Heft 10 Oktober 2002 € 4,80

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A € 5,75 · L € 5,75 · CH sfr. 9,50

INCLUSIVE 32 SEITEN

SONDERHEFT!

IRAK

GERMANS TO THE FRONT?

4 191202 704806 09

DIE WAHL SIEGER

in konkret Oktober 2002

hier konkret von Scott Ritter, Johannes von Dohnanyi
Stellt der Irak eine Gefahr für den Weltfrieden dar? Ist Saddam Hussein im Besitz von Massenvernichtungswaffen? Oder behauptet das die Bush-Administration nur, um einen Angriffskrieg zu rechtfertigen, der ganz andere Ziele hat? Es gibt wohl kaum jemanden, der diese Fragen kompetenter beantworten könnte, als der US-Amerikaner Scott Ritter, ehemaliger Offizier des Marine Corps, Golfkriegsveteran und bis 1998 Chef der UN-Waffeninspektoren im Irak. Mit ihm sprach Johannes von Dohnanyi

von Konkret

an Konkret

Dosenpfand auf Streubomben von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Wer braucht die PDS?Unlust am Untergang von Georg Fülberth
Zwei Kommentare zu einem Ergebnis der Bundestagswahl, geschrieben eine Woche vor dem Wahlgang: Warum das Scheitern der PDS ein Schadens- bzw. ein Glücksfall (gewesen) wäre

Wer braucht die PDS?Köchin und Menschenrechtler von Joachim Bruhn
Zwei Kommentare zu einem Ergebnis der Bundestagswahl, geschrieben eine Woche vor dem Wahlgang: Warum das Scheitern der PDS ein Schadens- bzw. ein Glücksfall (gewesen) wäre

»Besonders deutsch« von Thomas Uwer
Wie die Deutschen den Irakern Nachhilfe in Sachen Judenhaß gaben

Links & Rights von Jenna L. Brinning

Böse Pannen von Jürgen Elsässer
Für einen Präventivkrieg gegen den Irak gibt es keine Argumente. Die Propagandamaschine von Bush und Co. arbeitet allein mit faktenresistentem Meinungsterror

Der deutsche Weg nach Bagdad von Gerrit Brüning
Warum ein Krieg im Irak dem Interesse des deutschen Kapitals zuwiderläuft und was Friedenspolitik damit zu tun hat

»Der reinste Schlamassel« von Thomas Uwer, Thomas von der Osten-Sacken
Die Amerikaner diskutieren eine neue Feinderklärung: an die Adresse Saudi-Arabiens

Das Dream-Team von Jürgen Cain Külbel
Über des US-Vizepräsidenten Dick Cheney geschäftliches Interesse an einem erneuten Krieg gegen den Irak

Revolte in Ramallah von Thomas von der Osten-Sacken
Hat mit dem Rücktritt seines Kabinetts am 11. September die Entmachtung Arafats begonnen?

Hegemonie und Strafrecht von Oliver Tolmein
Warum die USA die Möglichkeiten des Internationalen Gerichtshofs beschneiden möchten

Dividende statt Reputation von Horst Pankow
Rußland baut seine Beziehungen zur »Achse des Bösen« aus

Drang nach Osten von Joanna Wiórkiewicz
Auch gegenüber Polen und Rußland erhält der deutsche Revanchismus mit der EU-Osterweiterung eine neue Chance. Fortsetzung des Beitrags »Achse des Bösen« (KONKRET 8/02)

Diktatur auf Raten von Stefan Schmalz
As usual: Die neue kolumbianische Regierung nutzt die Bekämpfung der Guerilla zum Abbau sozialer Leistungen und bürgerlicher Freiheiten

Kontinent am Abgrund von Winfried Wolf
Argentinien, Uruguay, Brasilien: Wie der mögliche Kollaps lateinamerikanischer Ökonomien die Weltwirtschaft bedroht und wie der Internationale Währungsfonds darauf reagiert

Armer Fürst von Erwin Riess

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Kunst & Gewerbe von Magnus Klaue

Die 11-9-Leinwand von Georg Seeßlen
Kultur-Kolumne

1.000 Jahre Riefenstahl von Gert Ockert
Und Deutschland gratuliert. Ein Sittengemälde

Kopflose Gespenster von Frank Illing
Zum 100. Geburtstag der surrealistischen Malerin Toyen

Evakuier mir! von Jens-Uwe Richter, Gunnar Schubert
Nach der »Jahrhundertflut«: ein Hilferuf von drüben

Reinigen und retten von Thomas Ebermann
Über die Aktivitäten des Vereins Deutsche Sprache

Forscher und Vorurteile von Jens Hoffmann

Buch & Deckel von Michael Rudolf
Bodo Kirchhoff: Schundroman. FVA, Frankfurt a. M. 2002, 316 Seiten, 19,80 Euro

Buch & Deckel von Christian Y. Schmidt
Olenin Terek: Der Mann aus Grosny. Eurasischer Verlag, Altomünster 2002, 348 Seiten, 20,90 Euro

Buch & Deckel von Rayk Wieland
Ulrich Peltzer: Bryant Park. Amman, Zürich 2002, 158 Seiten, 19,90 Euro

Buch des Monats von Gerd Fischer
Jonathan Franzen. Die Korrekturen. Rowohlt Verlag, Reinbek 2002, 780 Seiten, 24,90 Euro

Berlin – Kurfürstenstraße 135 von Kurt Pätzold
Porträt eines Verlags, den Verlockungen, sich ins modische Gedränge zu begeben, nicht erreichen

Die Nüsse des Friseurs von Jürgen Roth

lautet die legendäre Falschübersetzung von »Le Nozze di Figaro«. Es folgt die Fortsetzung des Friseurberichts aus KONKRET 3/02

FilmTheater von Andreas Busche
Auszeit

FilmTheater von Magnus Klaue
Der Pianist

FilmTheater von Tobias Nagl
The Navigators

Film des Monats von Gert Ockert
Minority Report

Kabale und Liebe in Mitte von Dietrich Kuhlbrodt
Bericht von den Dreharbeiten für einen Film, der Wenders, Schlöndorff und Konsorten vor Neid erblassen lassen wird – falls sie ihn jemals zu sehen kriegen

Maschendrahtzaun von Rayk Wieland

Melodie & Rhythmus von Martin Büsser
The Parallax Corporation: Cocadisco. Disko B/EfaChumbawamba: Readymades. Mutt Records/Zomba

Melodie & Rhythmus von René Martens
Random_Inc: Walking in Jerusalem. Mille Plateaux/Efa

Platte des Monats von Michael Sailer
Suede: A New Morning. Sony

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 10/02, S. 3

Scott Ritter, Johannes von Dohnanyi

hier konkret

Stellt der Irak eine Gefahr für den Weltfrieden dar? Ist Saddam Hussein im Besitz von Massenvernichtungswaffen? Oder behauptet das die Bush-Administration nur, um einen Angriffskrieg zu rechtfertigen, der ganz andere Ziele hat? Es gibt wohl kaum jemanden, der diese Fragen kompetenter beantworten könnte, als der US-Amerikaner Scott Ritter, ehemaliger Offizier des Marine Corps, Golfkriegsveteran und bis 1998 Chef der UN-Waffeninspektoren im Irak. Mit ihm sprach Johannes von Dohnanyi

konkret: Nach wochenlangem Reden vom Krieg hat Präsident George W. Bush vor den Vereinten Nationen endlich die amerikanische Irakpolitik erklärt. Können Sie jetzt wieder ruhig schlafen?

Ritter: Wären die USA ernsthaft um die Waffenkontrolle und Abrüstung des Iraks bemüht, dann hätte Präsident Bush mit einer mutigen und starken Rede vor den Vereinten Nationen wirkliche Führungsqualitäten beweisen können. Aber weil Bush weniger an der Entwaffnung des Iraks als am Sturz von Saddam Hussein interessiert ist, hat er in Wahrheit keine Kooperation angeboten. Er wollte der Vollversammlung seine politischen Ziele diktieren. Damit riskiert er die Zerstörung der Vereinten Nationen, die über ein halbes Jahrhundert die internationale Zusammenarbeit garantiert haben. Dies ist ein historisch entscheidender, ein sehr gefährlicher Augenblick. Wie soll ich da gut schlafen können?

konkret: Andererseits scheinen Geheimdienstberichte aus London Saddams Kontakte mit Al Qaida zu beweisen. Die Internationale Atomenergiebehörde in Wien hält Nuklearwaffen im Irak nicht mehr für ausgeschlossen. Das Internationale Institut für Strategische Studien (IISS) malt ein wahres Horrorszenario über die Massenvernichtungswaffen des Iraks. Und Sie stellen dem Iraker einen Persilschein aus.

Ritter: Ich habe nie behauptet, daß Saddam Hussein ungefährlich ist. Aber insgesamt haben die UN-Waffeninspektoren, allen Hindernissen zum Trotz, den Irak entwaffnet. Das Problem war die Vorgabe des Weltsicherheitsrats von einhundert Prozent Entwaffnung vor der Aufhebung der Sanktionen.

konkret: Und dieser Nachweis war unmöglich?

Ritter: Wir wußten noch nicht einmal mit Sicherheit, ob es die vermeintlich noch fehlenden zehn Prozent überhaupt gab. Bagdad hat das immer geleugnet.

konkret: Und das haben Sie geglaubt?

Ritter: Nein. Wir haben uns nur noch intensiver mit Saddam Husseins geheimen internen Machtstrukturen beschäftigt. Obwohl die UN-Resolutionen uns das Recht dazu gaben, blockierte der Irak von da an die Inspektionen, weil diese Recherchen angeblich nichts mehr mit der Suche nach Massenvernichtungswaffen zu tun hatten.

konkret: Damit wäre das Mißtrauen der USA gerechtfertigt?

Ritter: Warten Sie. Die USA haben das Wissen der UN-Waffeninspektoren über die geheimen Strukturen des Iraks mißbraucht, um den Widerstand gegen Saddam Hussein zu schüren und einen Putsch zu inszenieren. Aber der Sicherheitsrat hat den Sturz Saddam Husseins oder die Destabilisierung des Iraks nie autorisiert.

konkret: Immerhin hat Bagdad Sie und Ihre Truppe rausgeworfen!

Ritter: Falsch. Washington provozierte mit besonders aggressiven Inspektionen einen Konflikt, für den der Irak dann zur Strafe bombardiert wurde. Kein Wunder, daß Bagdad uns seitdem nur noch als außenpolitische Werkzeuge Amerikas betrachtete und die Inspektoren nicht mehr ins Land zurück ließ.

konkret: Haben Sie als amerikanischer Spion im Irak operiert?

Ritter: Ich habe das Mandat des Sicherheitsrats nie verletzt. Und als ich das nicht mehr garantieren konnte, bin ich gegangen.

konkret: Wie kam es dazu?

Ritter: Unter der Bedingung, daß sie unser Wissen nie für ihre eigenen Zwecke nutzen würden, halfen Geheimdienste verschiedener Länder uns bei der Auswertung der Informationen.

konkret: So naiv können Sie doch nicht gewesen sein!

Ritter: Anders als die USA haben sich Länder wie Deutschland, Frankreich und sogar Israel strikt daran gehalten.

konkret: Und was Sie damals zusammentrugen, plus die Hinweise auf die neuesten Gefahren, läßt Washington jetzt wieder von einer neuen irakischen Gefahr reden.

Ritter: Nur daß ich bis heute keinen überzeugenden Beweis dafür gesehen habe, daß der Irak nach dem Abzug der Inspektoren den Bau biologischer, chemischer und nuklearer Waffen wiederaufgenommen hat. Wissen Sie, anders als

George W. Bush habe ich für mein Land gekämpft. Darauf bin ich stolz. Aber von daher weiß ich auch, daß Krieg eine zu ernste Angelegenheit ist, um ihn auf der Grundlage von Spekulationen zu beginnen.

konkret: Alles nur Spekulationen?

Ritter: Fangen wir vorne an. Saddam Hussein ist ein weltlicher Diktator, der den islamischen Fundamentalismus seit dreißig Jahren bekämpft. Osama Bin Laden hält Saddam für einen Apostaten. Es ist absurd zu glauben, daß diese beiden Männer sich gegen die Vereinigten Staaten verbünden könnten.

konkret: Die Internationale Atomenergiebehörde argumentiert mit Fakten.

Ritter: Wenn Sie den Bericht der IAEO aufmerksam lesen, dann steht da drin, daß der Irak keine nuklearen Waffenkapazitäten hat. Die IAEO hat die falsche Interpretation des Weißen Hauses öffentlich dementiert.

konkret: Papiere aus dem Internationalen Institut für Strategische Studien (IISS) gelten in der Regel als zuverlässig. Auch das IISS warnt vor einer atomaren Bedrohung durch Saddam Hussein.

Ritter: Der IISS-Bericht basiert nicht auf Fakten, sondern auf Spekulationen. Schon die Wahl der Worte ist bezeichnend. Der Irak »könnte bald Atomwaffen haben«, heißt es da. Oder der Irak »könnte dies machen« oder »würde vielleicht« jenes tun. Alles unbewiesene Hypothesen, die um so gefährlicher sind, als sie von Washington als angeblich bewiesene Wahrheiten verbreitet werden.

konkret: Und Ihre Behauptungen sind keine Spekulationen?

Ritter: Die UN-Waffeninspektoren hatten bis 1996 zwischen 90 und 95 Prozent der irakischen Programme für Massenvernichtungswaffen zerstört. Allein für das Atomwaffenprogramm müßte Bagdad Milliarden-Dollarbeträge investieren, um auf den Stand von 1991 zurückzukehren. Das würde entdeckt werden. Aber nicht alles Nuklearmaterial, das angeblich im Besitz des Iraks war, wurde gefunden. Material übrigens, dessen Existenz für uns nie gesichert war. Der IISS-Report geht jetzt einfach davon aus, daß Bagdad dieses Material noch hat. Und das gleiche gilt für die angeblichen chemischen und biologischen Waffen. Ich weiß genug von der Materie, um die Quellen zu kennen, die benutzt wurden. Es ist die Art, wie die Autoren zu ihren Ergebnissen kommen, die mir Angst macht.

konkret: Warum?

Ritter: Da ist etwa Kay Taylor, der Leiter des Washingtoner Büros des IISS und wie ich ein ehemaliger UN-Waffeninspektor. In einem Radiointerview sprach er von einer kleinen Impfstoffabrik, in der das Regime kleine Mengen von Botulinum hergestellt haben soll. Angeblich ist dort auch das Anthrax-Labor von Saddam Hussein angesiedelt. Das Problem ist nur: Taylor behauptet, daß diese Fabrik, die von den Waffeninspektoren zerstört und inzwischen wiederaufgebaut wurde, heute wieder biologische Kampfstoffe herstellt. Er hat zugegeben, daß er dies nicht mit Sicherheit weiß. Ihm genügt es, daß die Iraker theoretisch dazu in der Lage sein könnten.

konkret: Und die chemischen Waffen?

Ritter: Die angebliche Produktion des gefährlichsten Nervengifts VX in kristalliner Form haben wir nie beweisen können. Wir haben Tabun und Sarin gefunden. Beide Kampfstoffe verlieren selbst unter perfekten Lagerbedingungen in fünf Jahren ihre Wirkung. Wir haben die irakischen Tabun- und Sarinfabriken zerstört. Und selbst wenn es da einen nicht entdeckten Rest chemischer Waffen gab, wäre der heute wertlos. Das würde übrigens so ähnlich auch für biologische Kampfstoffe gelten.

konkret: Aber könnte es nicht sein, daß der Irak heimlich die Produktion solcher Waffen wiederaufgenommen hat?

Ritter: Bis 1998 haben die UN-Inspektoren keinen solchen Versuch des Iraks entdeckt, die Chemiewaffen-Produktion wieder zu beginnen. Daß wir uns da recht verstehen: Ich teile die Sorgen, daß etwa Düngemittelfabriken ohne die dauernde Kontrolle der UN-Inspektoren schnell wieder umgerüstet werden könnten. Aber wir können doch nicht einen Krieg beginnen, weil wir glauben, daß der Irak etwas getan haben *könnte*. Bush muß beweisen, daß genau das geschehen *ist*.

konkret: US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld behauptet steif und fest, daß die nötigen Beweise im Besitz Washingtons sind. Angeblich hat Saddam Hussein seine Waffenfabriken in den Untergrund verlegt.

Ritter: Das ist dummes Geschwätz. Bis 1998 war ich persönlich für die Suche nach solchen Einrichtungen verantwortlich. Ich hatte spezielle Radaranlagen, mit denen man durch die Erdoberfläche schauen kann. Mit mir arbeiteten von der CIA ausgebildete Geophysiker. Wir haben nicht eine einzige solche Anlage gefunden. Es gibt sie einfach nicht.

konkret: Nur dummes Zeug?

Ritter: Muß ich deutlicher werden? Ich glaube, daß Donald Rumsfeld die Öffentlichkeit belügt.

konkret: Ein schwerer Vorwurf!

Ritter: Es ist unmöglich, Fabriken tief in den Untergrund zu bauen, ohne daß unsere Satelliten das entdecken. Rumsfeld ist von der Idee besessen, Saddam Hussein beseitigen zu müssen. Das ist verantwortungslos. Es verletzt alle Prinzipien, für die dieses Land einsteht. Schon allein deshalb müßte er zurücktreten!

konkret: Präsident Bush scheint seinem Verteidigungsminister aber zu glauben.

Ritter: Und damit bleiben nur zwei Alternativen. Entweder hat Rumsfeld neben dem Kongreß auch den Präsidenten belogen. Oder der ist sein Komplize bei dem Ganzen.

konkret: Welchen Grund sollte die Administration haben, ohne Not einen Krieg loszutreten?

Ritter: Ganz einfach. Die Neo-Konservativen um Bush haben zuviel politisches Kapital in die Beseitigung Saddam Husseins investiert, als daß sie da jetzt noch rauskönnten. Ich kann es nicht akzeptieren, daß wir unsere Soldaten gefährden, eine ganze Region destabilisieren und der irakischen Bevölkerung noch mehr Leid zufügen sollen, nur weil das irgend jemandem gerade in die politische Agenda paßt!

konkret: Um das zu verhindern, waren Sie kürzlich zu Gesprächen im Irak. Was haben Sie den Vertretern des Regimes gesagt?

Ritter: Daß sie keine Alternative haben, als die UN-Waffeninspektoren ohne jede Bedingung wieder ins Land zu lassen, wenn sie als Nation nicht vernichtet werden wollen.

konkret: Das Wort »bedingungslos« dürfte in Bagdad kaum Begeisterung ausgelöst haben.

Ritter: Immerhin haben sie versprochen, noch einmal darüber nachzudenken. Es gab ja auch eine gute Nachricht.

konkret: Welche?

Ritter: Wenn der Irak die Inspektoren wieder ins Land läßt, dann wollen einige Staaten wie Kanada, Südafrika und Belgien eine Rolle als ehrbare Vermittler oder, wenn Sie so wollen, als Kontrolleure übernehmen. Diese Staaten würden dafür sorgen, daß die Waffeninspektoren nicht mehr wie früher das Mandat der Vereinten Nationen verletzen und den Irak ausspionieren. Kurz und gut, ich habe dem Regime einen Ausweg gezeigt, mit dem einerseits der Krieg vermieden und zugleich die Würde und Souveränität des Iraks gewahrt werden könnte.

konkret: So einfach wäre es, den Krieg zu vermieden?

Ritter: Ich habe es den Irakern immer wieder gesagt: Erlaubt den UN, eure Entwaffnung zu zertifizieren – und Washingtons Politik wird zusammenbrechen. Ich glaube, daß sie das verstanden haben. Aber natürlich liegt die letzte Entscheidung bei Saddam Hussein. Der Ball liegt jetzt in seiner Spielhälfte.

konkret: Wie hat Washington auf Ihre Reise reagiert?

Ritter: Deren Strategie ist es, mich zu ignorieren. Bushs Berater Richard Perle hat öffentlich gesagt, daß jede Auseinandersetzung mit meinen Positionen mich nur glaubwürdiger machen würde.

konkret: Auch weil Sie vor einem militärischen Abenteuer warnen?

Ritter: Wenn die irakische Armee sich einer offenen Schlacht stellen würde, würden etwa 250.000 Soldaten reichen. Aber um Saddam Hussein und sein Regime aus Bagdad zu vertreiben, bräuchte man wohl viermal so viel. Wissen Sie, was es dann bedeuten würde, den Nachschub und die Verbindungswege zur Front zu sichern? Im Norden müßten die Kurden ruhig gehalten werden, damit die Türken nicht eingreifen. Die Westgrenzen müßten kontrolliert werden, damit der Irak keinen Angriff auf Israel starten kann.

konkret: Die offizielle Rede ist von höchstens 130.000 Soldaten.

Ritter: Ein klares Rezept für eine Katastrophe. Denn aus der Luft allein ist das nicht zu machen. Den nächsten Irakkrieg werden Bodentruppen gewinnen müssen. Aber die Politik hat den Militärplanern die Zügel aus der Hand genommen. Außenminister Colin Powell verletzt seine eigene Doktrin, daß die USA nur Kriege führen sollen, für die zu kämpfen es lohnt. Und dann auch nur mit erdrückender Übermacht. Nichts davon scheint mehr zu gelten.

konkret: Wieviel Zeit bleibt den Irakern noch, sich zu entscheiden?

Ritter: Nicht mehr viel. So, wie Präsident Bush redet, glaube ich nicht, daß der irakischen Regierung mehr als ein paar Wochen bleiben. Ich schäme mich, dies so sagen zu müssen. Aber es ist meine Regierung, die mit ihrer unilateralen Politik den internationalen Frieden und die Sicherheit gefährdet. Und die riskiert, daß ein Drittweltstaat den USA kräftig in den Hintern tritt.

Mit Scott Ritter sprach Johannes von Dohnanyi. Er hat zusammen mit Germana von Dohnanyi das Buch »Schmutzige Geschäfte und heiliger Krieg. Al-Quaida in Europa« veröffentlicht (Pendo Verlag).

Konkret 10/02, S. 4

von Konkret

KONKRET sei, schreibt Leser Pierre Stuckenschmidt mit Blick auf die Prämie für neue Abonnenten,

auch ohne Beigabe eine hervorragende geistige Erbauung, selbst für bekennende Kapitalisten. Davon ausgenommen sind einzig die Beiträge von Michael Schilling. Er symbolisiert die nicht zu umgehende Schattenseite der Meinungsfreiheit, welche es auch den größten Narren erlaubt, sich der breiten Masse zu präsentieren. Ich wünschte, KONKRET würde ihm noch etwas Zeit geben, um erwachsen zu werden.

Viel Zeit darf es nicht sein, denn Schilling steht im 62. Lebensjahr, ist altersgemäß weise, aber auch hinfällig, was ihn daran hindert, seine Wohnung im Zonenrandgebiet zu verlassen, um den sporadischen Einladungen zu Vorträgen etc. zu folgen, die bei der Redaktion eingehen.

Der Alice Schwarzer, neben allzuviel anderem (wie der Freundschaft zu Julius Streichers Fräulein Riefenstahl) auch Mitglied der Jury, die den Kulturpreis der »Bildzeitung« verleiht, wurde im KONKRET-Express die Ansicht nachgesagt, der schönste aller Fortschritte in der Geschichte der Menschheit sei für sie die Wahl einer Päpstin. Bis dahin, hieß es, müßten wir mit dem zweitschönsten Fortschritt vorliebnehmen, mit Deutschlands erster evangelischer Bischöfin Maria Jepsen, die aber auch nicht von schlechten Eltern sei. Das hat Frau Schwarzer in ihrer Zeitschrift zitiert und, nachdem sie den Witz über Frau Jepsens »Einkörperung des Glaubens«, auf den die Sätze hinauswollten, gestrichen hatte, mit der »Anm. d. Red.: Gähn« versehen lassen. Schlechter Umgang färbt ab. Aus der ehemaligen KONKRET-Autorin Schwarzer hat er Alice das Springerluder gemacht.

Neuerscheinungen in der konkret-**texte**-Reihe: Band 31 – Wolfgang Schneider (Hg.): *Kuba libre. Eine Insel spielt nicht mit.* 167 Seiten, 12,80 E; Band 33 – Thomas von der Osten-Sacken / Aras Fatah (Hg.): *Saddam Husseins letztes Gefecht? Der lange Weg in den III. Golfkrieg*. 288 Seiten, 14,80 E. Beide Bücher sind ab 2. Oktober im Buchhandel oder direkt beim Verlag erhältlich (siehe Anzeige auf Seite 21). Die Mitherausgeber bzw. Koautoren Thomas von der Osten-Sacken und Thomas Uwer stellen das Irak-Buch während der Frankfurter Buchmesse vor: am 10. Oktober um 20 Uhr im BCN-Café der FH Frankfurt.

Veranstaltungen: Same procedure as every year – während der Frankfurter Buchmesse tritt das Gemischte Doppel Tomayer/Gremliza im Club Voltaire auf: am 9. Oktober um 20 Uhr, Kleine Hochstraße 5.

Jürgen Elsässer stellt sein Buch *Deutschland führt Krieg* (**konkret texte** 32) vor und spricht zum Thema »Bomben auf Belgrad – Bomben auf Bagdad«: am 1. Oktober in Zürich (19.30 Uhr, Volkshaus, Stauffacherstraße, Blauer Saal) und am 25. Oktober in Berlin (20 Uhr, Galerie Terzo Mondo, Grolmannstraße 27/28).

Gut, daß wir verglichen haben:

Korrekturen zu Heft 9/02: Es muß mit der Skepsis der Redaktion gegenüber al-len mit »Al-« beginnenden Eigennamen zusammenhängen (Al-lah, Al-Fatah etc.), daß auf Seite 16 gleich mehrere davon durcheinandergerieten – Albert Oeckl heißt natürlich auch in der Bildzeile richtig Albert Oeckl, während der 1948 in Nürnberg verurteilte Alfred Krupp in Wahrheit Alfried Krupp hieß. – Florian Havemann war, wie sich aus dem Text auf Seite 20 ergibt, 19, nicht, wie's im Vorspann heißt, 16, als er aus der DDR floh; der auf der gleichen Seite erwähnte Architekt Henselmann hat nicht den Palast der Republik entworfen, sondern die Stalin-Allee. – Micha Brumlik hat die Grünen 1991 nicht aus Verärgerung über ihren

Protest gegen die Lieferung von Scud-Raketen an Israel verlassen (Seite 3). Tatsächlich ging es um Patriot-Raketen, die Israel benötigte, um die Scud-Raketen abzuschießen, mit denen der Irak das Land angriff.

»Cliff Baxter, der ehemalige Vizepräsident von Enron, war Ende Januar völlig erschossen in seinem Auto gefunden worden«, schrieb Autor Stefan Frank in seinem Beitrag (Seite 24), und merkt an: »Die von mir wörtlich aufgefaßte Wendung ›völlig erschossen‹ bezeichnet im Rheinland und anderswo einen Zustand körperlicher Erschöpfung. ›Völlig totgeschossen‹, wie im Heft gedruckt, habe ich noch nie gehört. Es muß sich dabei um eine norddeutsche Variante handeln.« Frank hat recht, Baxter aber ist trotzdem tot: Er erschoß sich in seinem Auto.

Der »pluralis majestates« der Seite 39 ist, so will’s schon das Kleine Latinum, ein pluralis majestatis. Unser aufmerksamer Leser in Marburg schrieb dazu: »Latein wollen, aber nicht können und nicht PDS wählen: ist das nicht ein bißchen viel bzw. wenig?« Die Antwort auf die Frage finden Sie in diesem Heft auf den Seiten 12 ff.

Konkret 10/02, S. 6

an Konkret

Schön irr

KONKRET 7/02: Gremlizas Express

In Ihrer wie immer schätzenswerten Glosse auf die gedanklichen Irrgänge des »Merkur« scheint Ihnen die eigentliche Dumm- und Bosheit des zitierten Beitrags entgangen zu sein. Mit dem Satz »Dionysos ist unser Zeitgenosse« spielt die »Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken« keineswegs auf Dionys (= Dionysios), den Tyrannen von Syrakus, an – was an sich schon irrsinnig genug wäre, liefert er doch in Schillers Ballade »Die Bürgschaft« das Modell eines zu Menschlichkeit und Einsicht geläuterten Gewaltherrschers, der dann »der Dritte« im Freundesbund werden will und kann, statt weiterhin seinem mörderischem Triebe zu frönen. Ich fürchte, der »Merkur« denkt schlimmer (oder gar nicht, was auf dasselbe hinausliefe), das heißt in diesem Fall an Nietzsche und dessen Theorie von den antagonistischen Prinzipien des Apollinischen und Dionysischen. Dabei erblickt Nietzsche im Gott Apoll das ordnende und humanisierende Prinzip der Kunst, im Gott Dionysos (ohne das kleine »i« des Tyrannen) jedoch das Prinzip des Archaischen, Vitalen und Rauschhaften, aus dem sich Kunstproduktion speisen muß, damit sich die »ewige und ursprüngliche Kunstgewalt« entfalten kann.

Als Kunsttheorie ist dieser Antagonismus durchaus diskussionswürdig – als politische Hypothese ist er untauglich, antiaufklärerisch und gefährlich: nicht nur wegen des hier perpetuierten Totalitarismus-Unsinns, sondern vor allem wegen der Heroisierung und Ästhetisierung politischer Akteure zu Produzenten tragischer Ereignisse.

Gerhard Härle

Heidelberg

Schön schnöselig

KONKRET 9/02: »›Der bußfertige Bengel‹« von Gunnar Schubert

Seit einiger Zeit macht sich etwas in KONKRET breit, was mich extrem ärgert, nämlich die neuen Schnösel. Jungs wie André Thiele oder Gunnar Schubert. Schubert glänzte bereits mit der Unverschämtheit, den guten Thomas Keck für die böse Schernikau-»Witwe« auszugeben, nun wirft er sich auf Hermann Kant und belehrt ihn über guten Stil, sich dabei – wir sind jung, wir dürfen's – mit »der Genossin« Edda Tannenbaum vergleichend. Nun muß man wohl kaum darüber reden, daß Schubert, der eine leicht altertümelnde Wortwahl (gegen die Wörter nichts) für guten Stil hält, sich auch noch lustig findet. Die Überschrift »›Der bußfertige Bengel‹« über diesem Textunding allerdings – das hat Hermann Kant nun wirklich nicht verdient.

Jörg Sundermeier

Berlin

Schön plöd

KONKRET 8/02: »Plöd wie Pisa« von Joachim Rohloff

Von Eurem verehrungswürdigen Herausgeber habe ich das Wort im Kopf, daß die größte Gefahr für deutsche Journalisten zwischen Scylla und Charybdis die ist, die beiden zu verwechseln. Das könnte auch für »Referenz« und »Reverenz« gelten. Jedenfalls hat man sich ja schon daran gewöhnt, daß es in anderen Blättern diesbezüglich drunter und drüber geht. Daß das aber in zwei aufeinanderfolgenden Nummern von KONKRET auch passiert, noch dazu in Artikeln über Georg Kreisler einerseits (»... hat er der jüdischen Sprachkritik ... Referenz erwiesen«) und »Casablanca« andererseits (»Eine der schönsten Referenzen ist wohl Woody Allen ... gelungen«), beides Personen oder Gegenstände, denen man gar nicht genug Reverenz (!) erweisen kann, das ist doch schon arg!

Gerhard Merz

per E-Mail

Schön blasiert

KONKRET 9/02: »Die Meistersinger von Nürnberg« von Rainer Trampert

Man muß Eckhard Henscheids in KONKRET vertretene Auffassung, daß »in Wagners Opernwerk ... keinen Satz und keinen Takt lang Antisemitisches noch Chauvinistisches noch Nazifaschistisches« sich finde, mitnichten teilen, um Henscheids Ingrimm nachvollziehen zu können, der ihn zu solch verstiegen-unsinnigen Aussagen treibt, und um selber bisweilen eine schier übermächtige Lust zu verspüren, der blasierten und verhockten, auf ewige Selbstbestätigung ihrer gammeligen Glaubenssätze erpichten linken Gemeinde und ihren Platzhirschen gehörig vors Schienbein zu treten, wenn man Rainer Tramperts Einlassung contra Wagner liest, der im Jahr 2002 in umständlicher Textexegese und mit dem Gestus des schonungslosen Entlarvers allen Ernstes etwas zu beweisen trachtet, was erstens kein Geheimnis ist und zweitens jeder, der es wissen möchte, in mittlerweile unzähligen allgemein zugänglichen Schriften nachlesen kann: daß der Herr Wagner ein großer Antisemit vor dem Herrn war und Figuren wie Alberich, Mime oder Beckmesser als »Judenkarikaturen« (Adorno) angelegt sind.

Wie es aber nun der Teufel bzw. die Dialektik will, sind die Beckmesser-Partien in den »Meistersingern« musikalisch die avanciertesten: Um Beckmesser so ekelhaft wie möglich zu charakterisieren, greift Wagner in Klangfarbe, Harmonik und Stimmführung zu musikalischen Mitteln, die geradewegs zur modernen Musik, d. h. zu Schönberg und Berg führen und damit jene gewalttätige Versöhnung in der Volksgemeinschaft, die Wagner in den »Meistersingern« beschwört, wieder zersetzen. Regression und Fortschritt gehen bei Wagner oft vexierbildlich ineinander über, und wer sich dieser Vertracktheit des Wagnerschen Werks nicht stellen mag, der sollte auch davon die Finger lassen, statt wie Trampert das Publikum mit auf den politisch korrekten Common sense spekulierenden Platitüden zu beliefern, denen sich nur eine Erkenntnis entnehmen läßt: daß er genausowenig wie der überwiegende Teil der prinzipienfesten Anti-Wagnerianer von der Musik irgendeine Ahnung hat.

Clemens Nachtmann

Berlin

Schön undemokratisch

KONKRET 9/02: »Putsch in Belgrad« von Jürgen Elsässer

Jürgen Elsässer beschreibt, wie Zoran Djindjic durch maßgebliche Einmischung Moritz Hunzingers, deutscher Regierungsstellen sowie der Friedrich-Ebert-Stiftung an die Spitze der jugoslawischen Regierung gehievt worden sei. Elsässer kritisiert diese Politik. Auch ich kritisiere diese Politik, ebenso wie ich zuvor die Politik Milosevics kritisiert habe. Zu welchem Urteil von Politik gelangt man jedoch, legt man Hermann L. Gremlizas Ausführungen »Avanti Popolo? Nej tak!« in KONKRET 6/02 zugrunde?

Gremliza legt darin seine Auffassung dar, daß der Volkswille, wenn er tatsächlich zum Ausdruck kommen würde, jedenfalls in der Klassen- und Massengesellschaft, »immer die Mobilisierung des Mobs, Lynchmord und Pogrom« bedeute. Folglich sei es wünschenswert, solange der Kapitalismus existiert, den Volkswillen »durch Delegation, Übertragung an ein ganzes System von Vertretern, Interpreten und Kontrolleuren, so zu veredeln (man kann auch sagen zu fälschen), daß er nicht mehr wiederzuerkennen ist«. Die Macht der Wirtschaft sei hierfür ein Segen. Ihr Einfluß auf die Presse ermögliche es dieser, »die zivilisierende Aufgabe wahrzunehmen, das Volk durch Lob und Tadel und – wenn nötig – durch massive Einschüchterung von der Wahl politökonomisch unproduktiver Kräfte abzuhalten«.

Hunzinger, Djindjic und die Friedrich-Ebert-Stiftung haben demnach genau das Richtige getan, um zu verhindern, daß es durch ein Übermaß an bürgerlichen Freiheiten zu Gewalt und Krieg kommt, ebenso wie Einschüchterung und Despotismus erfolgreich den Frieden in Jugoslawien garantiert haben.

Manfred Hübner

Mannheim

Schön schade

KONKRET 9/02: »Deutscher Frieden« von Hermann L. Gremliza

Zur Zeit gehen mit Ihnen die Kamele durch. Im Hinblick auf einen möglichen Angriff Israels durch den Irak mit biologischen oder chemischen Waffen, der nach der von Ihnen genannten Quelle eher nicht zu erwarten ist, fahren Sie fort: »Es wäre schön, er hätte recht, oder Israel besäße für den Fall er hätte un- recht, eine Waffe, die definitiv Abhilfe schafft.«

Sie wissen gut genug über die militärischen Möglichkeiten des Staates Israel Bescheid, um sich darüber im klaren zu sein, daß diese Waffe vorhanden ist. Was Sie eigentlich damit sagen, ist, daß Sie sich wünschen, daß Israel seine Atomwaffen im Kriegsfalle auch benutzt. Was genau fordern Sie hier also wirklich? Den atomaren Holocaust? Die Endlösung? Sie hören sich an dieser Stelle sehr nach dem Pack an, das Sie zu verabscheuen behaupten. Wie ärgerlich und schade.

Arne Offermann

Per E-Mail

Konkret 10/02, S. 9

Hermann L. Gremliza

Dosenpfand auf Streubomben

Es ist gekommen, wie es kommen mußte. Die Richtung, die wählen zu können der eine Kandidat den Leuten eine »Richtungswahl« versprochen hatte, lag fest, bevor der erste Stimmzettel den Boden der Wahlurne erreicht hatte. »Die Richtung ist klar – aufwärts!« plakatierte die Union und »Wir brauchen Taten«. Weiter so! Mit Schmackes, aber ohne Schärfe, würzig und doch mild. Mit dem Wort der »Frankfurter Allgemeinen« zum Sonntag: »Der Herausforderer setzt auf Zuspitzung – und hat dabei vorsichtig zu sein.« So wichtig war die Wahl nicht, daß ihretwegen Porzellan zerschlagen werden sollte.

War auch die von Allensbachs Demoskopen versprochene »Hochspannung« angesichts eines »dramatischen Kampfs« ausgeblieben – eine gewisse Neugier hatte sich doch gehalten. Denn die Wirtschaft, die ihren Stammtisch rechtzeitig in die gewünschte Stimmung zu bringen pflegt, war bis zum Schluß unschlüssig gewesen, wer unter ihr regieren soll. Zu fett hatten sich die vier Jahre Rotgrün fürs nationale Kapital erwiesen, als daß die Vorstände von Deutscher Bank und Daimler-Chrysler eine Verlängerung um jeden Preis verhindert sehen wollten. Die Regierung Schröder hatte den Konzernen Milliarden Steuern geschenkt, den Sozialstaat sozialverträglich – das heißt: bei eingekniffenem Schwanz der Gewerkschaftsführer – abgebaut und den deutschen Exporteuren die lang ersehnte militärische Eskorte gestellt, die der Schutz ihrer Anlagen in aller Welt erfordert.

Die Union wäre mit demselben Programm auf schärfsten Protest derer gestoßen, die es exekutiert haben: der Genossen, der Kollegen und der FreundInnen von Achtundsechzig ff. Hingegen war das Schärfste, was die Union gegen die rotgrüne Regierungspolitik vorzubringen hatte, jenes brave »So nicht und jetzt nicht«, mit dem ihr Fraktionschef Rainer Barzel einst der Ostpolitik von Willy Brandt und Hermann Josef Abs seine ablehnende Zustimmung erteilt hatte.

So nicht und jetzt nicht, bißchen anders bißchen später – es war auch das Programm des Kandidaten Stoiber. Von der »Homoehe« bis zur Ökosteuer – allem hatte er seine zustimmende Ablehnung erteilt. Nur der rotgrüne Ausstieg aus der Atomindustrie sollte rückgängig gemacht werden, was aber der besonderen Dramatik schon deshalb entbehrte, weil zwischen Saßnitz und Lörrach keiner zu finden ist, der ein AKW bauen oder auch nur so lange betreiben will, wie Trittins Gesetz es erlaubt.

Schröders Wort, es werde mit ihm keine deutsche Beteiligung an einem Krieg der USA gegen den Irak geben, hatte Stoiber ein schroffes »Keiner in Deutschland will Krieg« entgegengesetzt. Was in den letzten Wochen vor der Wahl als fundamentaler Gegensatz gehandelt wurde, ist nichts als eine taktische Nuance, die sich aus unterschiedlicher Einschätzung deutscher Möglichkeiten ergibt.

Die einen – Schröder, Fischer, Westerwelle/Möllemann – meinen, man könne den Kalten Krieg gegen die USA schon etwas offener führen, ruhig auch mit ein paar nationalistischen Parolen wie dem »deutschen Weg« und daß »über existentielle Fragen in Berlin entschieden wird und nicht irgendwo anders« (Schröder).

Andere – Stoiber, Schäuble, Klose – fürchten, daß Deutschland sich dabei noch übernehmen würde. Insgeheim wissen die einen wie die andern, daß die Bundesregierung, wenn die USA im Krieg not an irgendwelchen Spezialkräften hätten, die nur bei der Bundeswehr vorrätig sind, es sich nicht leisten könnte, nein zu sagen, ohne daß die Deutschen Schaden nähmen an ihrer Seele, dem Geschäft in Übersee. Die neue Bundesregierung wird, nachdem der arabischen bzw. islamischen Welt die deutsche Abneigung gegen einen US-Krieg unüberhörbar mitgeteilt ist, ja sagen.

Einig in zustimmender Ablehnung waren die Kandidaten auch über den Arbeitsmarkt, der modernisiert, dereguliert und entbürokratisiert werden müsse. Jedes der drei Codewörter meint dasselbe: Senkung der Löhne und Streichung geldwerter Rechte. All die »Errungenschaften«, mit denen die Sozialdemokratie und ihre Gewerkschaften zum 1. Mai prahlen, verdankte die Arbeiterklasse ausschließlich dem heldenhaften Kampf der unbedankten Genossen Lenin, Stalin, Breschnew. Was das Kapital im 20. Jahrhundert gewährt hat, hat es aus – leider fast nie begründeter – Angst gewährt, die Proleten könnten sich am Roten Oktober ein Beispiel nehmen. Gorbatschow (nicht der Mann, die gleichnamige Erscheinung) hat die Bourgeoisie von dieser Angst erlöst.

Löhne und Rechte der Unterklassen werden seither nach den Bedürfnissen des Kapitals festgesetzt. Es darf ein bißchen gestritten werden, welche seiner Bedürfnisse die wahren seien und ob manchen vielleicht eine Tendenz zur Selbstzerstörung innewohne. Schröder hatte versprochen, im Falle seines Wahlsiegs den Arbeitslosen das Leben noch etwas schwerer zu machen, nämlich die Vorschläge, die der Personalchef des VW-Konzerns, Hartz, gemacht hat, »auf Punkt und Komma« zu exekutieren. Die CDU wollte noch das eine oder andere Semikolon reinschreiben, den Grünen fehlte noch ein Frage-, der FDP ein Dutzend Ausrufezeichen.

Weil nirgends ein Unterschied war, der den Aufwand eines Regierungswechsels gelohnt hätte, hatte die CDU auf den letzten Drücker ein »Sofortprogramm Zuwanderung« aufgelegt. Das sei, hatte Angela Merkel eilig dazugesagt, »nicht ein rechtes, sondern ein soziales Thema«. (In Wahrheit kommt das Soziale in Kombination mit dem Nationalen immer aufs Nationalsoziale bzw. -listische raus.) Aber eben auch Stoibers Kandidat fürs Polizeiministerium war verdammt, das Motto »Vorsichtig sein!«, das die »Zeitung für Deutschland« ausgegeben hatte, zu beherzigen, durfte also nicht, wie der damit in Hessen erfolgreiche Roland Koch, den Ausländern ein Pogrom androhen, sondern ihnen bloß ein Programm (»Fördern und Fordern«) versprechen. Die Zuwanderung, so Beckstein, müsse sich nach den Erfordernissen des deutschen Arbeitsmarkts richten. Aber auch Schily, der stolz darauf ist, die Zahl der Asylbewerber unter das Niveau seines Vorgängers Kanther gedrückt zu haben, läßt nur die rein, die Siemens bestellt hat, und nicht mal die sind vollzählig erschienen. Und zur »inneren Sicherheit« war Beckstein schon lange nichts mehr eingefallen, was sein Freund nicht schon auf dem Zettel hatte. Bei den nächsten Koalitionsverhandlungen, versprach dieser Ronald Schily, werde er »nicht ohne Kronzeugenregelung« vom Platz gehen.

Um auch die letzte Ungewißheit zu nehmen, hatte die FDP, der Notgroschen des Kapitals, angekündigt, sie werde, wenn sich in den Traum von der 18 nicht der Alp eines Kommas einschliche, verhindern, daß die PDS, falls es der gelänge, vor ihrer endgültigen Abschaffung eine letzte Runde im Reichstag anschaffen zu gehen, Einfluß auf Bildung und Politik der nächsten Regierung habe. Außenminister werde dann Gerhardt, Innenminister Westerwelle, Wirtschaftsminister Brüderle. Ein Schwesterle hatten die Liberalen nicht vorgesehen, so daß wenigstens der selbständige Feminist wußte, wen er lieber nicht wählen wollen sollte. Über Möllemann, also den Antisemitismus, war kein Streit, sondern Gemeinsamkeit der Demokraten, von den freien bis zu den sozialistischen.

Und so kam, was kommen mußte. Die Wahl vom 22. September hat eine Regierung zur Folge, die weitermacht, wo die alte aufgehört hat. Sie wird die Löhne drücken, Arbeitslose enteignen, Ausländer Mores lehren, den Sozialstaat ab- und den Polizeistaat ausbauen. Eine sozialistische Fraktion im Bundestag hat es schon vor der Wahl nicht gegeben. Geben wird es Dosenpfand auf Streubomben. Es hätte nicht schlimmer kommen können. Auch nicht besser.

Geschrieben am 16., gedruckt am 18. September.

Konkret 10/02, S. 10

Herrschaftszeiten

Juden raus!

10. Juli, »Welt«:

Hauptberuflich lehrt Professor Mona Baker am angesehenen Institut für Wissenschaft und Technologie in Manchester. Nebenberuflich macht Professor Mona Baker sich Sorgen um den Nahen Osten: »Viele Menschen in Europa haben einen Boykottaufruf gegen Israel unterzeichnet«, sagt sie. »Israel ist über bloße Kriegsverbrechen hinausgegangen. Es ist grauenhaft, was dort vorgeht. Viele von uns würden darüber gern als Holocaust sprechen, den die Welt irgendwann wahrnehmen wird, viel zu spät natürlich, wie beim letzten Mal.«

Es gibt gewiß schreckliche Episoden in der Karriere von Riefenstahl. Es gibt die schändliche Geschichte mit den Zigeuner-Komparsen, die aus dem Lager geholt wurden, figurieren durften und ins Lager zurückgeschickt wurden, in den Tod. Aber andererseits ...

»FAZ – Zeitung für Deutschland«

Professor Mona Baker, die in Ägypten geboren wurde, gibt zwei wissenschaftliche Journale heraus, die sich mit Problemen der Übersetzung befassen. Bislang gab es unter den Redakteuren auch Israelis: Professor Gideon Toury und Dr. Miriam Schlesinger, beide aus Tel Aviv. Jetzt bat Mona Baker sie, ihre Posten zu räumen. Die Israelis weigerten sich, daraufhin wurden sie von Frau Baker gefeuert. »Ich bedauere, daß der israelische Staat existiert«, erklärte sie. Die beiden hätten ihren Job behalten dürfen, wenn sie bereit gewesen wären, nach Großbritannien überzusiedeln und sich von ihrem Heimatland loszusagen.

Gideon Toury hat inzwischen auf die Kündigung geantwortet: »Ich bin ganz zufrieden, ein Israeli zu sein. Tatsächlich verdanke ich mein Leben diesem Umstand. Der einzige Grund, warum es mich gibt, ist, daß es meinem Vater und meiner Mutter gelang, Deutschland Mitte und Ende der 30er Jahre zu verlassen und nach Palästina zu gehen. Sie waren die einzigen aus ihren Familien, denen das gelang.«

Aus der Redaktion

22. Juli, »Frankfurter Allgemeine« über das Bundeswehr-Gelöbnis in Berlin:

»Dieser Augenblick ist Ausdruck des Sieges der Werte, für die Stauffenberg und seine Kameraden ihr Leben gegeben haben«, sagte der Präsident (Kwasniewski), ... bevor er seine Rede auf deutsch mit den Sätzen beendete: »Die Geschichte hat gezeigt, daß Soldaten Tod und Schrecken verbreiten können, aber auch Frieden und Freiheit. Eine solche Armee ist die Bundeswehr. Ihr und eure Eltern können stolz darauf sein, einer solchen Armee anzugehören.«

Aus dem Volontariat

22. Juli, »Tageszeitung«:

30 Stunden nach seiner Ernennung schreitet Verteidigungsminister Peter Struck zum ersten Mal die Truppen ab – mit dem polnischen Staatspräsidenten Kwasniewski. Kwasniewski mahnte zunächst, die Geschichte habe gezeigt, daß Soldaten Angst und Tod verbreiten. Heute dagegen »kämpfen wir Schulter an Schulter für den Weltfrieden«. Struck zeigte sich »gerührt, wenn ich junge Männer ein solches Gelöbnis ablegen höre«. Er selbst habe zwar wegen seines Studiums nicht gedient, stehe aber der Bundeswehr nicht neutral gegenüber.

Gebührenfreie Verwarnung

22. Juli, »Tageszeitung«:

Unbekannte Täter haben wenige Wochen vor dem 10. Jahrestag des rassistischen Pogroms in Rostock-Lichtenhagen Brandanschläge auf das Büro der Arbeiterwohlfahrt im sogenannten Sonnenblumenhaus und einen Asia-Shop in unmittelbarer

Nähe des Hauses verübt. Ein Sprecher der Polizei erklärte, man ermittle wegen schwerer Brandstiftung »in alle Richtungen«. Im Juni dieses Jahres verurteilte das Landgericht Schwerin im letzten von lediglich 35 Prozessen gegen

Beteiligte des Pogroms drei Schweriner Naziskins wegen versuchten Mordes zu Bewährungsstrafen.

Nachschub für Menschenrechtler

23. Juli, »Tageszeitung:

Der Balkan ist zum Zentrum des internationalen Menschenhandels in Europa geworden. Dies geht aus einer Gemeinschaftsstudie des UN-Kinderhilfswerks (Unicef), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und des UN-Kommissariats für Menschenrechte hervor. Der Studie zufolge wurden neun von zehn Frauen, die auf dem Balkan als Prostituierte tätig sind, als »Ware« an Zuhälter und Bordelle verkauft. Nach Schätzungen von Nichtregierungsorganisationen wird der Großteil der 120.000 Frauen und Kinder, die jährlich aus Ost- und Südosteuropa in die Staaten der EU verkauft werden, über den Balkan geschleust.

Human kindness, overflowing

24. August, »Frankfurter Rundschau«:

Eine Risiko-Schwangerschaft und die daraus resultierende voraussichtlich schwere Geburt stellen für einen Kindesvater ein Abschiebehindernis dar. Mit dieser Entscheidung hob das nordrhein-westfälische Oberverwaltungsgericht in Münster ein Urteil des Düsseldorfer Verwaltungsgerichts auf und verpflichtete die Stadt Mönchengladbach, einen abgelehnten Asylbewerber aus Ex-Jugoslawien bis zur Geburt seines Kindes in Deutschland zu dulden, damit er seiner deutschen Verlobten bis zur Niederkunft helfend zur Seite stehe. Nach der Geburt darf der Kindesvater aber umgehend abgeschoben werden.

Du sollst kein Bildnis machen

28. August, AP:

Palästinensische Kinder mit Waffen sollen künftig nicht mehr fotografiert werden. Ein entsprechendes Verbot hat der Palästinensische Journalistenverband für seine Mitglieder erlassen. In jüngster Zeit waren des öfteren Bilder palästinensischer Kinder um die Welt gegangen, die bei antiisraelischen Demonstrationen Waffen trugen oder wie Selbstmordattentäter Sprenggürtel um den Körper gebunden hatten. Der stellvertretende Vorsitzende des Journalistenverbandes, Taufik Abu Chusa, sagte, solche Bilder schadeten dem Ansehen des palästinensischen Volkes und dienten der Propaganda Israels.

Es gibt, ähnlich wie bei der Flutkatastrophe, einen Trend weg vom bowling alone zu bowling together

---

»Freizeitforscher« Prof. Horst Opaschowski zu den Folgen des 11. September

The working class can kiss my ass

29. August, »Frankfurter Rundschau«:

Fließbandarbeiter in der Jim Beam-Destillerie von Clermont im US-Staat Kentucky wehren sich gegen die strikte Reglementierung ihrer Pausenzeiten, die ihnen nur vier Toilettengänge pro Schicht erlaubt. Laut Gewerkschaft haben einige der rund 100 Arbeiter aus Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes bereits in ihre Kleidung uriniert. Andere trügen Windeln oder täuschten eine Krankheit vor. Die Behörden haben die Firma bereits verwarnt, Jim Beam hat dagegen Einspruch eingelegt. Das Unternehmen habe vor der Einführung der Regelung einen Urologen konsultiert.

Werbt nicht für Juden!

3. September, »Berliner Zeitung«:

Das Plakat zeigt mehr als hundert Gesichter, die meisten von ihnen lächeln. Es sind Menschen, die Selbstmordanschlägen oder anderen Terrorakten von Palästinensern zum Opfer gefallen sind. Ihre Fotos umrahmen eine Frage: »Was, wenn es Ihr Kind wäre?« Seit Sonntag sollte das pro-israelische Plakat auf 50 Berliner U-Bahnhöfen hängen, zehn Tage lang. Aber dazu ist es nicht gekommen. Denn die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) und deren Werbetochter, die VVR Berek, haben den Aushang abgelehnt. Sie befürchten, daß die Plakate Gewalt provozieren. »Wir wollen keine politische Propaganda machen«, teilte BVG-Sprecher Wolfgang Göbel mit. »Es ist nicht unsere Aufgabe, Dinge zu publizieren, die uns in Schwierigkeiten bringen können.« So befürchte die BVG, daß Palästinenser Anlagen und Fahrzeuge beschädigen könnten. Das Unternehmen will neutral bleiben. »Auch wir sind gegen Gewalt. Jeder Tote ist einer zuviel. Doch wir sind gut beraten, uns einer Wertung zu enthalten«, so Göbel. »Diese Auffassung wurde vom Innenministerium zustimmend zur

Kenntnis genommen.« Göbel verweist auf Protestbriefe an die BVG. Ein Absender habe das Plakat als »Provokation« der rund 18.000 Palästinenser in Berlin bezeichnet. Es sei »eindeutig rassistisch und zionistisch« und richte sich gegen alle Muslime. Mit der Plakat-Aktion wollte die Jüdische Gemeinde zu Berlin um Solidarität mit Israel werben.

Sippentäter

3. September, »Süddeutsche Zeitung«:

Die palästinensische Autonomiebehörde hat die Entscheidung des israelischen Obersten Gerichtshofs scharf kritisiert, wonach die Deportation von zwei Familienangehörigen aus dem Westjordanland in den Gaza-Streifen rechtens sei. Chefunterhändler Saeb Erikat sprach von einem »schwarzen Tag für die Menschenrechte« und bezeichnete die Entscheidung als »Kollektivstrafe«. Der Oberste Gerichtshof in Jerusalem hatte die Abschiebung von zwei Geschwistern eines palästinensischen Attentäters erlaubt. Der Palästinenser Kifach Adschuri und seine Schwester Intissar waren bereits von einem israelischen Militärgericht für schuldig befunden worden, von den Attentatsplänen ihres Bruders gewußt zu haben. Dieser hatte sich zusammen mit einem weiteren Palästinenser Mitte Juli in einer Fußgängerzone in Tel Aviv in die Luft gesprengt und dabei fünf Menschen mit in den Tod gerissen.

Die Richter des Obersten Gerichts erklärten in ihrer Begründung, die Schwester des Attentäters habe ihren Bruder unterstützt und ihm den Sprengstoffgürtel zusammengenäht. Ihr Bruder Kifach habe den Attentätern Unterschlupf gewährt und bei der Beschaffung von Sprengstoff geholfen.

Amerika, dich haßt's sich besser

4. September, »Tageszeitung«:

Die meisten Europäer geben den USA die Mitschuld an den Anschlägen des 11. September, heißt es in einer Umfrage des German Marshall Fund unter 9.000 Europäern und US-Bürgern. Am häufigsten sei diese Einschätzung in Frankreich vertreten (63 Prozent), am wenigsten in Italien (51 Prozent). Knapp zwei Drittel der Europäer seien außerdem dafür, daß die EU sich neben den USA zur gleichberechtigten ökonomischen und militärischen Supermacht entwickeln sollte.

Gemeinsamkeit der Demokraten

5. September, »Stern«:

»Ob die Parteien auch einen wie Hitler aufnähmen?« fragte sich der Kölner Autor Rainer Popp. Unter dem Pseudonym Rudolph Lehwald schickte der 56jährige gleichlautende Bewerbungsschreiben an CDU, SPD, CSU, FDP und Grüne – versehen mit längeren Passagen aus Adolf Hitlers Buch »Mein Kampf«. »Der Stärkste an Mut und Fleiß erhält das Herrenrecht des Daseins zugesprochen. Nur der geborene Schwächling kann dies als grausam empfinden« ... Statt des Staatsschutzes kam der Postbote mit einem Schreiben von der Kölner CDU: »Ihren Brief habe ich mit Interesse und Genuß zugleich gelesen«, antwortete deren Geschäftsführer Max Motek. »Mit Ihren Ansichten sprechen Sie mir voll aus der Seele, zumal diese auch noch den Realitäten entsprechen. Ich freue mich über Ihre Absicht, der CDU Deutschlands beizutreten.« Kurz darauf freute sich auch der Kreisverband Ingolstadt der CSU auf sein neues Mitglied. Die FDP Köln schickte ebenfalls einen Aufnahmeantrag. Nur bei Rot-Grün mußte Popp mahnen. Auf telefonische Nachfrage begrüßte die Kölner SPD den Möchtegerngenossen. Nach mehreren Anrufen reagierten am Ende auch die Grünen: »Toll, daß Sie bei uns Mitglied werden möchten.«

Möllemannschaft

5. September, »Frankfurter Allgemeine«:

Antisemitismus hat in den vergangenen vier Jahren in Westdeutschland stark zugenommen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie über rechtsextreme Einstellungen, die das Meinungsforschungsinstitut Usuma im Auftrag der Universität Leipzig durchgeführt hat. Dem Satz »Auch heute noch ist der Einfluß der Juden zu groß« stimmten 31 Prozent der befragten Westdeutschen zu, bei einer identischen Erhebung im Jahr 1998 waren es 14 Prozent. In Ostdeutschland ist die Zustimmung zu der Aussage von 12 auf 14 Prozent gestiegen. Die Zustimmung unter den Westdeutschen zu der Behauptung »Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns« stieg von 9 auf 22 Prozent.

Das Ereignis dokumentiert die Ausweitung des Bedrohungssystems zu asymmetrischen Bedrohungen

---

Brigadegeneral Klaus Wittmann, Führungsakademie der Bundeswehr, zum 11. September

Konkret 10/02, S. 12

Georg Fülberth

Wer braucht die PDS?
Unlust am Untergang

Zwei Kommentare zu einem Ergebnis der Bundestagswahl, geschrieben eine Woche vor dem Wahlgang: Warum das Scheitern der PDS ein Schadens- bzw. ein Glücksfall (gewesen) wäre

Als Sportvereine noch keine Gewerbebetriebe waren, konnte in den Fußballstadien manchmal folgendes beobachtet werden: Das Publikum stand hinter der eigenen Mannschaft. Doch wenn sie sich blamierte, schlug die Stimmung um. Die Leute wechselten die Seite, lachten die Heimmannschaft aus und klatschten für die Gäste. Auf diesen merkwürdigen Rausch folgte bald nach dem Schlußpfiff ein böser Kater.

Hieran erinnerte im Sommer 2002 das Verhalten von nicht wenigen Linken, die einander versicherten, diesmal würden sie auf keinen Fall mehr die PDS wählen. Die sinkenden Umfragewerte wurden mit finsterer Genugtuung zur Kenntnis genommen. Für dieses Verhalten gab es Anlässe, denn spätestens im August hatte die Mannschaft damit begonnen, aufs eigene Tor zu schießen.

Als die Prognosezahlen für die PDS unter fünf Prozent sanken – wie 1998 zur gleichen Jahreszeit – , klammerten sich die demokratisch-sozialistischen Vordenker an die Behauptung der Umfrageinstitute, allein der Wiedereinzug ihrer Partei in den Bundestag könne einen Kanzler Stoiber verhindern. Gern wandten sie sich ihrer Lieblingsbeschäftigung zu: Staatsmann spielen. Der Wahlkampfleiter Dietmar Bartsch erklärte der »Süddeutschen Zeitung« auf einen entsprechenden Vorhalt: »Das stimmt, aber das Wesen der PDS war nie das einer bloßen Protestpartei. Das erklärt sich schon aus ihrer Vorgeschichte: Die SED hat ja nun wirklich damals den Staat getragen. So verkehrt sich unsere Herkunft vielleicht sogar zu einem Vorteil.«

Einmalig dürfte sein, daß eine Partei den Eindruck zuließ, sie wolle mitten im Wahlkampf die eigene Vorsitzende kaltstellen. Gabriele Zimmer mochte nicht so recht mitdelirieren.

Privatstrategien wurden ausgebreitet. Aus irgendeiner Grundsatzabteilung ist dem »Spiegel« ein Papier zugesteckt worden: Durch Zusammenarbeit sollten SPD und PDS sich selbst zugunsten einer irgendwann zu erhoffenden neuen Linkspartei aufheben. Das wirkt – gelinde gesagt – im Wettbewerb nicht gerade werbend. André Brie und Gregor Gysi bemühten sich anschließend um Schadensbegrenzung, indem sie in einem Brief an Lafontaine darauf hinwiesen, von Fusion könne natürlich nicht die Rede sein.

Bei solch anstrengenden Tätigkeiten auf Wolke sieben haben die für den Wahlkampf und den Zustand der Partei Verantwortlichen allerdings versäumt, mit drei Mißhelligkeiten angemessen umzugehen, die in diesem Sommer überraschend auftauchten: –

Die erste und unbedeutendste war die Bonusmeilen-Affäre einschließlich der – sagen wir mal: »gesinnungsethischen« – Reaktion Gregor Gysis. –

Zweitens: Während der Flut haben Abgeordnete der PDS zwar fleißig Sandsäcke gefüllt und geschleppt sowie Geld gespendet, aber ihr Wahlkampfleiter hatte vergessen, das Fernsehen zu bestellen. Es hätte wohl auch wenig genützt. Die ostdeutsche Klientel hielt bisher vor allem deshalb zur PDS, weil sie sich von den westlichen Machthabern vernachlässigt fühlte. Das schien plötzlich ein paar Wochen lang anders. –

Drittens: Als Schröder in der Irakfrage einen Konflikt mit den USA inszenierte, hätte die PDS wahrheitsgemäß sagen können, dem Mann sei nicht zu trauen. Schließlich habe er in Jugoslawien und Afghanistan Krieg geführt. Auch der Hinweis, der Kanzler fische im Trüben nach Karsli/Möllemann-Stimmen, war denkbar, wenngleich für Wahlkampfzwecke wohl zu kompliziert.

Aber da die PDS in dieser Phase ja mit dem Versprechen für sich Reklame machte, sie wolle Schröder retten, konnte sie schlecht die Wahrheit über ihren Favoriten sagen.

Immerhin wären eigenständige große Anti-Kriegs-Demonstrationen denkbar gewesen. Das gab aber der bürokratische Maßnahmenplan nicht her. Statt dessen lächelten die PDS-Granden geziert, zupften an der Weste ihres Dreiteilers und sahen Schröders Benehmen als einen Beweis der eigenen Regierungsfähigkeit: Jetzt könne doch niemand mehr sagen, man sei außenpolitisch unzuverlässig. Schließlich habe man in dieser Angelegenheit schon immer dasselbe gesagt wie neuerdings auch der Herr Bundeskanzler.

Kein Zweifel: Wer die PDS aus der Nähe betrachtete und gern bei den Gewinnern gewesen wäre, dem fiel es diesmal besonders schwer, sie zu wählen. Dennoch hätten Sie es tun sollen. Wichtiger als der subjektive Zustand einer Partei kann

ihre objektive Funktion sein, aus der ihr trotz aller Unfähigkeit Verstand zuwächst.

Die PDS hat nicht nur 1999 gegen den Jugoslawienkrieg gestimmt, sondern insgesamt 17 Mal gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr. Damit hat sie sich die Chance auf das sonst doch so heißbegehrte Mitregieren auf Bundesebene vorerst genommen. Seit ihrem Debakel auf dem Parteitag in Münster 2000 weiß die Führung, daß sie in der Militärpolitik sich keinen Kurswechsel leisten kann – sie würde sich selbst die Füße wegziehen.

Es gab die peinliche Entschuldigung von Roland Claus bei Bush für eine Protestaktion von Ulla Jelpke, Heidi Lippmann und Winfried Wolf. Wer ihn loswerden wollte, konnte am 22. September der PDS die Stimme verweigern. Das Dumme daran war, daß man dann bereit sein mußte, Jelpke und Wolf (sie kandidierten wieder) ebenfalls aus dem Bundestag zu kanten.

Opportunismus hat Grenzen, wenn er keine Abnehmer findet, man also von der Planstelle des Außenseiters einfach nicht herunterkommt. In Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt ist (beziehungsweise war) es damit vorbei. Hier müssen schon besondere – vom Westen aus nicht erkennbare – Gründe vorliegen, um der PDS bei Wahlen zum Abgeordnetenhaus oder zum Landtag die Stimme zu geben.

Beim Bundestag ist es deshalb vorerst noch anders, weil die PDS dort von Anfang an zur Opposition verurteilt war und aus dieser auch nur um den Preis der Selbstzerstörung herauskann. Vier Jahre sind eine lange Zeit. Da läßt es sich kaum vermeiden, daß man zuweilen auch etwas Gescheites vorschlägt. Hierzu gehörten die Überlegungen der PDS zur Finanzierung der Altersversorgung durch Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und Einbeziehung von Beamten, Selbständigen und Erträgen aus Vermögen.

Wer dies für Kinkerlitzchen hält und sich gerufen fühlte, am 22. September die PDS abzustrafen, hatte jetzt die Gelegenheit dazu. Das Dumme ist nur, daß der Schaden damit nicht aus der Welt ist, im Gegenteil: Dietmar Bartsch und Roland Claus waren gar nicht so sehr darauf angewiesen, wieder in den Bundestag zu kommen. Der Verlust der Mandate konnte in ihrer Kalkulation durch Vorteile mehr als ausgeglichen werden: Erstens war man die lästige West-Komponente los, die ohnehin nur kostete und nichts brachte. (Vor Jahren schon hatte die sächsische Bundestagsabgeordnete Ostrowski empfohlen, dieses Anhängsel abzustoßen.) Zweitens durfte man sich nun der aussichtsreicheren Hauptaufgabe widmen: Ausbau der PDS zu einer paus- und dumpfbackigen Regionalpartei-Ost, mit deren Hilfe man dann zu Minister- und Staatssekretärsehren kommen konnte.

Es gab andere Optionen: André Brie träumte offenbar von einem skandinavischen Parteiensystem mit einer Linkspartei jenseits von SPD und Grünen. Subjektiv fehlen der PDS hierfür alle Voraussetzungen. Aber wir haben ja gesehen, wozu bestimmte objektive Konstellationen manchmal selbst die Unbegabtesten instandsetzen. Insofern hatte Brie gar nicht mal eine so schlechte Idee. Er stand damit in Gegensatz zu Bartsch und Ostrowski. Wer am 22. September nicht die PDS wählte, half letzteren und war bereit, zugleich einen weiteren Prozeß auszulösen: den Abbruch von organisatorischen Strukturen im Westen, die sich in der Vergangenheit andere Linke, wenn sie nur intelligent, flexibel und distanziert genug waren, durchaus hatten zunutze machen können.

Dies alles haben Sie, als Sie nicht wählen gingen oder ungültig stimmten, entweder gewollt oder nicht gewollt. Es ist jetzt ja auch egal.

Georg Fülberth zog in KONKRET 9/02 eine Bilanz der rotgrünen Regierung

Konkret 10/02, S. 13

Joachim Bruhn

Wer braucht die PDS? Köchin und Menschenrechtler

Zwei Kommentare zu einem Ergebnis der Bundestagswahl, geschrieben eine Woche vor dem Wahlgang: Warum das Scheitern der PDS ein Schadens- bzw. ein Glücksfall (gewesen) wäre

Gesetzt den Fall – wäre das Verschwinden der Partei des Demokratischen Sozialismus nicht ein Glücksfall? Die mutmaßlich Leidtragenden jedenfalls wären an zehn Fingern abzuzählen, der Marburger Politikwissenschaftler Georg Fülberth darunter, der dann eine Leinwand weniger hätte für den Reichtum seiner Projektionen, dann der permanente Trotzkist Winfried Wolf, dessen sehr revolutionäre Taktik des »Entrismus« sich als ungedeckte Spekulation entlarvt hätte, weiter ein paar Pöstchenjäger, Assistenten und sonstige Stipendiaten der Luxemburg-Stiftung, die aber gewiß alert genug sind, bei Bölls unterzukommen, schließlich der kleine Stall dieser unentwegt vergnatzten linken Sozialdemokraten, die sich zwar fest vorgenommen hatten, Rosa Luxemburgs *Sozialreform oder Revolution?* zu studieren, aber nur zu Oskars Lafontaine und Negt vorstoßen konnten.

Gesetzt den Fall also: Der Schaden hielte sich in Grenzen; der Nutzen dagegen, wenn auch nur futurologisch kalkuliert, wäre erheblich: eine Partei des gemäßigten Fortschritts im Rahmen deutscher Gesetze weniger, eine Partei weniger, die, unbedingt staatstragend, dies aber kritisch, den politischen Souverän der wahrhaft demokratischen Willensbildung des ganzen Volkes zu unterwerfen verspricht, eine Partei weniger, die für »Neues Deutschland« agitiert und den Sozialnationalismus als nächstbestes Stadium des Humanismus ausruft, eine Partei schließlich weniger, die unter der herzergreifend reaktionären Parole »Arbeit soll das Land regieren!« antritt und so etwas für Sozialismus ausgibt. Der Abgang der PDS wäre der Fortschritt nach Maßgabe dessen, was überhaupt im postnazistischen wie spätkapitalistischen Deutschland als Fortschritt möglich ist, ein Fortschreiten nämlich nicht als Vorwärts zu neuem Horizont, sondern als Konkurs der politischen Reklame, d. h. Fortschritt als die Destruktion von Ideologie, nicht zwar, wie es sich gehörte, auf dem Wege der materialistischen Aufklärung, doch immerhin durch Mißerfolg und Pleite, dem einzigen Kriterium, das in der bürgerlichen Gesellschaft zählt.

Vielleicht wäre gar, scheiterte die Partei der Salamitaktik, auf einige Dominoeffekte zu hoffen. Ginge es nämlich mit rechten Dingen zu – aber was darf billigerweise von einer Partei erwartet werden, deren theoretisches Zentralorgan »Utopie kreativ« heißt? – , die PDS hätte niemals gegründet werden dürfen, sowenig wie die »Grünen«. Man erinnert sich widerwillig daran, wie vor Steinzeiten eine leidenschaftliche Debatte erst über »revolutionären Parlamentarismus« geführt wurde, dann über die famose »Basisdemokratie« und das Prinzip der »Anti-Parteien-Partei«. Dabei ging es bloß um den alternativen Gebrauch des Parlaments und der Staatsgewalt. Behauptet wurde erstens, der Staat habe sich im Grundgesetz nach Art. 15 GG tatsächlich zum Generalprokuristen der Erniedrigten, Beleidigten, Ausgebeuteten und Entrechteten ausgerufen, er wisse es nur noch nicht; behauptet wurde zweitens, dem demokratisch-sozialistischen Selbstbewußtsein des Staates stünde eine Phalanx habgieriger Monopole und durchtriebener Spekulanten entgegen, weswegen es einer wahrhaften, einer »antimonopolistischen Demokratie« bedürfe; drittens wurde behauptet, politische Verhältnisse seien im Kern nichts als Willensverhältnisse, Recht und Gesetz daher nur »Formen«.

Mehr als gewagt, nämlich peinlich war das schon 1980, fiel es doch hinter den »Stand der Forschung« zurück, den Johannes Agnoli 1967 in seinem Traktat *Die Transformation der Demokratie* bündig dargelegt hatte: Die Mission des Sozialismus sei nicht die berühmte »Aufhebung«, weder das berüchtigte »Absterben« noch gar der alternative Gebrauch, sondern die »Abschaffung des Staates« selbst, was bedeutet, »den objektiven Zwangscharakter der gesellschaftlichen Reproduktion zu eliminieren«. Man mag es Gruhl, Trampert und Kelly nachsehen, daß sie im Überschwang ihres Politizismus die Einsicht der Kritik der politischen Ökonomie als zugleich die einer Kritik der Politik wie Müll behandelten; um so mehr, als sie diese Einsicht nie besessen hatten. Wie und warum das ökonomische Ausbeutungsverhältnis zum politischen Herrschaftsverhältnis sich verdoppeln muß, um mit sich identisch zu sein, warum daher das Kapital erst in Form der Souveränität zu jener Ökonomie wird, auf der sich die ziemlich luftige, Liberté, Egalité, Schwesterlichkeit und Tierschutz verheißende Fata Morgana der Politik erhebt, blieb jedenfalls Geheimnis. Der Vorteil war immerhin, daß die Grünen ihren Ökostaatsfetisch nicht unter dem Markenzeichen des Sozialismus andienten, sondern als Bückware für Kleinbürger.

Mit der PDS verhält es sich anders und schlimmer: Die Grünen liquidierten eine objektive Möglichkeit, die PDS konserviert die untoten Idiotien des Leninismus. Die Grünen handelten nach dem Motto: »Sei schlau, geh' zum Überbau«, und sogar Antje Vollmer brachte es weiter; die PDS dagegen ist von vornherein die Ich-AG für Ladenhüter gewesen: eine schlichtweg überflüssige Partei, unnütz wie das Studium der Gesammelten Werke von Walter Ulbricht und Erich Honecker.

Eine Partei, die, charakterologisch betrachtet, eine Kreuzung aus Frauen für den Frieden, Karl-Eduard von Schnitzler (»Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein«) und den Jusos darstellt, die darauf besteht, so autonom zu agieren, daß sie bundesweit gegen den Jugoslawienkrieg trommelte, in Mecklenburg-Vorpommern aber die Koalition mit der Begründung fortsetzte, man müsse »etwas tun für die Menschen« (Holter), ist überflüssig wie ein Trickbetrug. Es ist das alte Lied. Aber wenn der 22. September wenigstens einen Fortschritt erbracht haben wird, dann hoffentlich den, die PDS auf das Niveau einer Freien Wählergemeinschaft zu drücken.

Einmal eher nüchtern, d. h. historisch betrachtet, ist es bemerkenswert, daß das Schisma der Arbeiterbewegung kaum je – den Rätekommunismus und die Kritische Theorie ausgenommen – als eine Spaltung innerhalb der Sozialdemokratie selbst verstanden wurde. Es nimmt daher nicht Wunder, wie überaus schnell, nach dem Zusammenbruch des Staatskapitalismus im Osten, ihr leninistisch-stalinistischer Flügel wieder zu eben dem reformistischen Programm zurückgefunden hat, dem er entsprang. Beide Fraktionen, ob Bebel oder Lenin, ob Noske oder Stalin, ob Willy Brandt oder Erich Honecker, hingen, gegen Marx, dem Staatssozialismus Ferdinand Lassalles an, wonach der Staat der »an sich« zum Gemeinwohl bestallte Tribun der werktätigen Massen sei, der »Staat des ganzen Volkes«. Das kennt man: »Jede Köchin soll den Staat regieren«, sagte der Jakobiner Lenin 1917 in *Staat und Revolution*; und weiter: »Wenn tatsächlich *alle* an der Verwaltung des Staates teilnehmen, dann kann sich der Kapitalismus nicht länger halten.« Bakunin läßt grüßen.

Es ist dies das Programm der Totalisierung des Staates als logische Vorstufe seines Absterbens: Stalin läßt ebenfalls grüßen. Das Programm der PDS verlangt zwar nur das »Recht auf Arbeit« plus die »Demokratisierung aller politischen Entscheidungen«, d. h. »Arbeit soll das Land regieren!« Aber der Fortschritt kann es nicht gewesen sein, wenn von der Geschichte ausgemusterte Leninisten als nun rabiatere Sozialdemokraten das Parlament zur »Tribüne des Klassenkampfes« umfunktionieren wollen, höchstens reicht es hin, das zeigte die »Geld ist genug da!«-Kampagne der PDS, im Volksverein mit Oswald Nell-Breuning und Jörg Huffschmid von Attac! die Polemik gegen das »Finanzkapital« und damit, objektiv betrachtet, den Antisemitismus zu schüren.

Gesetzt also den Fall, die PDS hätte am 22. September ihr Wahlziel verfehlt: Es wäre ein Glücksfall (gewesen). Nur ein Kollateralschaden wäre eingetreten; das Interesse an den *Kapital*-Schulungen der unabhängigen Linken hätte nachgelassen. Wie fragte doch die »Süddeutsche Zeitung« den neuen Wirtschaftssenator der PDS in Berlin, Harald Wolf: »Gibt es einen Satz aus dem *Kapital*, der für Sie Leitmotiv ist?« (»SZ«, 29.8.02). Der demokratische Sozialist antwortete: »Es gibt von Marx den schönen Satz, daß man gegen alle Verhältnisse angehen soll, wo (!) Menschen erniedrigte und beleidigte Wesen sind. Das will ich tun, aber das ist noch keine ausreichende Grundlage für Wirtschaftspolitik.«

Da hat man die ganze PDS: Weder stammt der kategorische Imperativ aus dem *Kapital* (das ihn vielmehr beweist), noch geht es Marx irgendwo sonst um »Wirtschaftspolitik« (sondern um das Programm der Abschaffungen) – eine überflüssige Partei, selbst was das ABC des Sozialismus angeht, eine Partei für staatstragende Köchinnen und andere Menschenrechtler: Ein Schaden würde es keinesfalls gewesen sein.

Joachim Bruhn ist Koautor des gerade im Ça ira Verlag, Freiburg, in 2., erweiterter Auflage erscheinenden Buches der Initiative Sozialistisches Forum »Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Über Israel und die linksdeutsche Ideologie« (200 Seiten, 13 Euro)

Konkret 10/02, S. 15

Thomas Uwer

»Besonders deutsch«

Wie die Deutschen den Irakern Nachhilfe in Sachen Judenhaß gaben

»Als ich am 29. früh gegen 6 Uhr wie gewöhnlich auf den Dämmen im Norden Bagdads meinen Spazierritt machte, sah ich in den Feldern an der Ostseite des Dammes Soldaten in feldmarschmäßiger Ausrüstung liegen. Die Offiziere erkannten mich und ließen mich weiterreiten.« Ganz beiläufig erwähnt der morgendliche Herrenreiter Dr. Fritz Grobba, von 1932 bis 1941 deutscher Geschäftsführer im Irak, in seinen Memoiren einen Militärstaatsstreich, um süffisant das folgende Frühstück mit dem noch amtierenden Premierminister zu beschreiben, den er ahnungslos den Putschisten überläßt. Anschließend widmet er sich wieder seinem Araberhengst.

Grund zur Beunruhigung hatte Grobba freilich nicht. Er selbst hatte die arabischen Nationalisten gefördert, die im Irak seit 1936 in immer kürzeren Abständen Regierungen einsetzten und wieder stürzten. Wer nicht bereits im Sold der deutschen Botschaft stand, suchte doch zumindest deren ideelle Unterstützung, um sich gegen die wachsende pro-deutsche Falange abzusichern. Zum Ende der dreißiger Jahre wurde im Irak keine Regierung mehr gebildet, an deren Zusammensetzung das deutsche Außenamt nicht wenigstens durch Konsultationen beteiligt war. Als Grobba und sein Stab 1941 den Irak verließen, befanden sie sich auf der Flucht vor britischen Truppen. Sie hinterließen ein Land, das mit ihrer Unterstützung nicht nur die erste faschistische Diktatur der Region erlebt hatte, sondern in dessen Politik der Antisemitismus als feste Größe eingeführt war.

Grobba hatte sich allerdings einen handfesteren Erfolg gewünscht. Wie viele andere im Auswärtigen Amt sah er in den arabischen Nationalisten Verbündete im Kampf um die Vorherrschaft in der Mittelmeerregion. »Selbst wenn die arabische Freundschaft zu Deutschland von eigenen Interessen geleitet ist«, berichtete er seinem Dienstherren in Berlin, »so ist sie doch ein wichtiger Faktor, aus dem wir sowohl politischen als auch ökonomischen Nutzen ziehen können«. Ein Aufstand der Araber in den Kolonien und Mandatsgebieten, so hoffte Grobba, würde Frankreich und Großbritannien empfindlich schwächen. Deutsche Agenten unterstützen daher vom Maghreb bis in den östlichsten Teil der arabischen Halbinsel antikoloniale arabische Bewegungen. »Dieselben Agenten, die ... in Palästina gearbeitet haben – gegen die Juden, aber auch gegen die Engländer – arbeiten heute in Algerien – gegen die Juden, aber auch gegen die Franzosen«, wird bereits 1937 in der »Jüdischen Revue« die deutsche Propaganda treffend beschrieben. Der Antisemitismus diente hierbei auch als ideologisches Bindeglied zwischen Gruppen, die über den gesamten arabischen Raum verteilt mindestens zwei verschiedene Kolonialmächte bekämpften.

Die Bedingungen, auf die Grobba und seine Agenten in Bagdad stießen, waren mehr als günstig. Der Irak war von den Briten bei seiner Gründung unter die Regentschaft des Hashemiten-Königs Faisal gegeben worden, der für die Aufteilung der Region zwischen Frankreich und Großbritannien im Sykes-Piquot-Abkommen entschädigt werden sollte. In London erhoffte man sich, so die Gunst der panarabischen Elite zu erwerben, deren von Faisal angeführten Aufstand gegen die Osmanen man einst unterstützt, später aber sich selbst überlassen hatte. Statt Gunst beherrschten jedoch Unzufriedenheit und antibritische Sentiments die Eliten. Die neue Staatsklasse rekrutierte sich aus Offizieren und Beamten, die den Irak von Beginn an als unzureichenden Ersatz empfanden und deren eigentliches Ziel weit über die nationalen Grenzen hinaus in einem arabischen Großreich lag, für dessen Zerfall sie die Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien verantwortlich machten. Deutschland galt ihnen, nicht nur aufgrund der Erfahrungen, die viele Offiziere mit der preußischen Militärschule im Osmanischen Reich gemacht hatten, als Vorbild für die eigenen großarabischen Ambitionen.

Die Araber standen vor dem Problem, daß »sie keinen ›arabischen‹ Staat hatten«, erklärt der Historiker Reeva Simon die germanophile Disposition der Panarabischen. Das bürgerlich-republikanische Nationenmodell, das die Existenz eines legalen Staates voraussetzt, kam für sie schon von daher nicht in Frage. »Nichtsdestotrotz waren sie (nach ihrer Vorstellung) eine Nation. Der deutsche Nationalismus, mit seiner Trennung von Nation und Staat, von kulturellem ›Sein‹ und legalen Institutionen, wurde folgerichtig zum Vorbild.« Deutschland und die »arabische Nation« hatten aus dieser Perspektive auch gemein, daß ihr nationales Programm an der Intervention derselben bürgerlichen Staaten gescheitert war.

Auch das schwerwiegende Manko des arabischen Nationalismus, aus der Niederlage heraus einen Nationalbegriff entwickeln zu müssen, hatte Deutschland, das nach der Niederlage des Ersten Weltkrieges erneut zur Großmacht geworden war, in den Augen der Panarabischen beispielhaft gelöst. So entwarf der Theoretiker des arabischen Nationalismus, Sa'ti Husri, eine fast mystische arabische Kulturnation, die nur äußerlich durch nationale Grenzen geteilt sei. Husri, zu dessen Vorbildern neben Herder, Fichte und Ernst Moritz Arndt auch der radikale Antisemit und Pangermane van Schönerer zählte, waren die aus dem Kolonialismus hervorgegangenen neuen Staaten genauso verhaßt wie die nichtarabischen Minderheiten, die innerhalb dieser einen Anspruch auf Macht erhoben. »Husrismus« bemerkte ein ägyptischer Autor damals, »drückt das Gefühl aus, daß die Arbeit für das Wohl der arabischen Nation die Annahme einer feindseligen Haltung gegenüber allen nichtarabischen Elementen verlangt, gleich ob diese innerhalb des arabischen Raumes leben oder

außerhalb«. Diese Feindseligkeit richtete sich bei Husri, der engen Kontakt zur deutschen Gesandtschaft in Bagdad pflegte, seit Mitte der dreißiger Jahre immer offener gegen Juden.

Erleichtert wurde die Arbeit deutscher Agenten auch durch die Widersprüche des britischen Imperialismus. Formal unabhängig, waren der irakische Staat und seine militärisch-bürokratische Elite in der politischen Praxis nach wie vor weitgehend an Großbritannien gebunden. Innerhalb der Nomenklatura des Staates scheiterte der vor allem gegen die Briten gerichtete Panarabismus stets daran, daß seine Träger im Alltag praktisch ständig mit ihren Feinden kooperieren mußten. Die Arbeit der deutschen Vertretung in Bagdad konzentrierte sich daher vor allem auf jene marginalisierten Zirkel arabischer Nationalisten, die im Hinblick auf die jüdische Immigration in Palästina offen mit der deutschen Rassenpolitik sympathisierten. Über diese »Palästina«-Komitees erfuhr die arabische Idee eine neue Gewichtung. Galt den Panarabischen die jüdische Einwanderung nach Palästina lange Zeit als Ausdruck gegen die Araber gerichteter kolonialer Politik – da die Briten diese doch duldeten – , so konzentrierte sich die Wahrnehmung nunmehr gänzlich auf den Zionismus, bis die Rolle der Briten zu Helfern der eigentlichen »jüdischen Bedrohung« geschrumpft war. Der Antisemitismus wurde so über »Palästina« zu einer ideologischen Konvention, mittels derer sich die panarabische Überzeugung äußern konnte, ohne in direkten Konflikt mit der britischen Imperialmacht zu geraten.

Die Arbeit der deutschen Gesandtschaft richtete sich folglich gezielt auf eine massenwirksame Verbreitung dieser Konvention. Unterstützung erhielt sie dabei seit 1939 von Hadj Amin al-Husseini, dem Mufti von Jerusalem, der über Beirut nach Bagdad gelangt war und eine der zentralen Figuren der Panarabischen wurde, die sich um die deutsche Gesandtschaft versammelten. Über den Archäologen Dr. Jordan, der im Dienst des Reichspropagandaministeriums stand, wurden zuerst an den Universitäten des Landes, später auch an ausgewählten Schulen, deutsche Lehrkräfte eingesetzt. Die deutsche Botschaft lieferte Bücher und Hefte an Schulen, richtete einen Studienaustausch ein und lud Beamte des Erziehungsministeriums zur Fortbildung nach Deutschland. Mit durchschlagendem Erfolg.

Der Leiter der Behörde, Mohammad Fadhil al-Jamali zeigte sich vor allem fasziniert von dem »militärischen Geist«, der an deutschen Schulen herrsche, wo »Schülern nicht der Kopf verstopft wird mit Fakten, sondern wo es um die Herausbildung von Charakter« gehe. Auch sein Kollege Sami Shawkat, der von Berlin in SA-Uniform nach Bagdad zurückkehrte und der, wie es in den Bulletins des britischen Nachrichtendienstes heißt, sich gerne »besonders deutsch« gab, war vor allem von der Hitler-Jugend fasziniert. In Anlehnung an die HJ gründete er die Studentenorganisation Futuwwa, über deren Aufgaben er 1939 der Zeitung »Al-Bilal« erklärte: »Wir wollen Krieg. Wir wollen unser Blut vergießen für das Heil des Arabertums.«

Dieser Gedanke schlug sich auch im Curriculum für die staatlichen Schulen nieder, in denen die »Geschichte der Araber« nunmehr als völkische Überlegenheitsvision einer arabischen »Wiege der Zivilisation« gegenüber den »zugewanderten und minderwertigen Völkern« – Juden, Assyrer, Chaldäer – gelehrt wurde. Deutsch verdrängte Französisch als zweite Fremdsprache an Bagdader Oberschulen, die Geschichte des »deutschen Volkes« wurde als Vorbild für das »arabische Erwachen« obligatorisch. Das Lehrmaterial sei ein »Katechismus des Hasses« beschwerte sich eine besorgte Mitarbeiterin der britischen Botschaft bei der irakischen Regierung – ergebnislos. Shawkat empfahl sogar, in Anlehnung an sein deutsches Vorbild, eine öffentliche Verbrennung »unarabischer« Bücher.

Über den palästinensischen Arzt Dr. Ruwayha, der später als Nazi-Spion von den Briten inhaftiert wurde, förderte die deutsche Gesandtschaft »Hilfsprojekte« in irakischen Kliniken und nahm sich über den Präsidenten der medizinischen Fakultät, einem Bruder von Sami Shawkat, der Ärzteschaft an. Offiziell war Ruwayha Botschaftsarzt, inoffiziell arbeitete er als Verbindungsmann zu jenen klandestinen Zirkeln, die illegal Waffen ins Mandatsgebiet Palästina schmuggelten und aus denen sich die spätere faschistische Regierung in Bagdad rekrutierte.

Die britische Vertretung hingegen konnte oder wollte lange Zeit diese Aktivitäten nicht wahrhaben. Noch 1938 wurde der Wunsch des irakischen Premierministers Nuri al-Sa'id zurückgewiesen, Grobba auszuweisen. Erst als es 1939 in mehreren Städten zu Unruhen kam, die in der Ermordung des britischen Konsuls Monck-Mason gipfelten, änderte sich die Wahrnehmung. Nachdem die verhafteten Organisatoren der Aufstände aussagten, ihre Flugblätter seien von deutschen Lehrern formuliert und mit Hilfe der Botschaft gedruckt worden, wurden rund ein Dutzend Deutsche, darunter auch der Archäologe Dr. Jordan, des Landes verwiesen. Damit war freilich nur ein kleiner Teil der deutschen Beteiligung aufgedeckt.

Die deutsche Legation, berichtete das Verbindungsbüro der Royal Airforce nun alarmiert nach London, finanziere nicht nur den Studentenbund Futuwwa, dem die Verhafteten angehörten, sondern sei finanziell stark an der arabischen Presse beteiligt und habe die Zeitung »Al-Alam al-Arabi« praktisch übernommen. Dort erschien seit 1938 unter anderem Hitlers *Mein Kampf* auf Arabisch. Auf Grobbas Initiative wurden irakische Journalisten zu »Weiterbildungen« nach Berlin eingeladen, Redaktionen wurden kostenlos mit deutschen Agenturmeldungen und propagandistischem Bildmaterial versorgt, und auch hohe Staatsbeamte, wie der Leiter der Schulbehörde und der Bildungsminister, waren auf Kosten der Botschaft in Deutschland. 1937 hatte Grobba einen Besuch Baldur von Schirachs beim Studentenverband Futuwwa in Bagdad organisiert, woraufhin dieser ein Jahr später eine eigene Delegation zum Reichsparteitag der NSDAP nach

Nürnberg entsandte. Daß all dies den britischen Behörden entgangen sein soll, ist schwer vorstellbar. Wahrscheinlicher ist, daß diese dem Treiben so lange zusahen, wie dieses sich scheinbar nur gegen Juden richtete. Das sollte sich bald rächen.

Im Juli 1940 dient sich ein Kreis panarabischer Offiziere den Achsenmächten als künftiger Verbündeter an. Sie erklären sich bereit, nach einer Machtübernahme mit Großbritannien zu brechen, sofern sie den Schutz der Achsenmächte genießen. Deutschland und Italien sollen zuvor eine Verpflichtungserklärung unterzeichnen, in der sie die nationale Unabhängigkeit arabischer Staaten anerkennen und erklären: »Deutschland und Italien anerkennen das Recht der arabischen Länder, die Frage der jüdischen Elemente, die sich in Palästina und in den anderen arabischen Ländern befinden, so zu lösen, wie es den nationalen und völkischen Interessen der Araber entspricht, und wie die Judenfrage in Deutschland gelöst worden ist.« Während die Erklärung – mit Ausnahme des Selbstbestimmungsrechts arabischer Nationen – von Deutschland sofort akzeptiert und über Radio ausgestrahlt wird, verhindert Italien den geplanten Deal in letzter Sekunde. Grobba, der seit Kriegsausbruch aus dem Irak verbannt ist, drängt dennoch weiter auf eine Unterstützung der Putschisten. Ein erfolgreicher Militärstaatsstreich, so seine Begründung, würde die strategisch wichtige Nachschubroute britischer Soldaten unterbrechen, die vom indischen Subkontinent ans Mittelmeer verlegt wurden. Als im April 1941 der Putsch erfolgt und der irakische Faschist Rashid Ali al-Gaylani die Anbindung seiner »Nationalen Notstandsregierung« an die Achsenmächte propagiert, reist Grobba in eiliger Mission nach Bagdad, um die Unterstützung des neuen Regimes zu koordinieren. Als er eintrifft, befindet sich dieses bereits in arger Bedrängnis.

Während britische Landetruppen von der Hafenstadt Basra aus nach Norden vorrücken, haben die Jugendgruppen Futuwwa und al-Kata'ib al-Shabab unter Yunis al-Sabawi praktisch die Polizeigewalt übernommen und terrorisieren die Bevölkerung. Sabawi, der sich selbst zum Gouverneur mehrerer Provinzen ernennt, war zuvor Angestellter der deutschen Botschaft und übersetzte Artikel aus »Stürmer« und »Völkischer Beobachter« ins Arabische. Ende Mai verhängt er eine Ausgangssperre für Juden und kündigt deren Ermordung an. Unter dem Eindruck des Terrors beteiligen sich in Bagdad nur wenige Menschen an den täglichen Aufmärschen unter der Führung des Muftis al-Husseini. Schiitische Stämme im Süden, die Kurden im Norden und Teile des Militärs stehen dem Regime offen feindselig gegenüber und unterstützen die Briten. Grobba ist angesichts der Lage verzweifelt, kann aber dennoch bis Mitte Mai erwirken, daß Militärunterstützung von der deutschen Führung zugesagt wird. Als schließlich Jagdflugzeuge der Luftwaffe in Bagdad eintreffen, schießen irakische Soldaten versehentlich die erste Maschine mitsamt dem deutschen Fliegeridol Major von Blomberg ab. Grobba, wird ein deutscher Agent gegenüber US-Streitkräften später aussagen, sei ein »Idiot« gewesen, mit der »Vision, als zweiter Lawrence von Arabien einen Aufstand anzuführen«. Er habe völlig übersehen, daß ein solcher Aufstand vorbereitet werden muß.

Die deutschen Waffen, die Grobba angefordert hat, erreichen Bagdad Anfang Juni. Gaylanis Regierung ist zu diesem Zeitpunkt bereits gestürzt. Im letzten Moment verläßt auch der deutsche Lawrence Bagdad, das bereits von britischen Truppen eingekreist ist. An Bord seiner Maschine befinden sich Gaylani und der Mufti von Jerusalem, die ihren panarabischen Kampf nunmehr von Berlin aus weiterführen. Ihre zurückgebliebenen Kampfgefährten verüben noch in derselben Nacht einen antisemitischen Pogrom, den ersten in der Geschichte des Irak. 179 irakische Juden werden ermordet, etwa tausend verletzt. In seinen Memoiren streitet Grobba später jede Verantwortung ab. Als Beleg für die »guten Beziehungen« zwischen der deutschen Botschaft und den »gänzlich unpolitischen« irakischen Juden führt er an, daß selbst der Rabbiner der Bagdader Gemeinde ihn konsultiert habe. Dieser hat Grobba in der Tat aufgesucht. Er bat ihn vergeblich, den irakischen Freischärlern Einhalt zu gebieten.

In die panarabischen Bewegungen des Nahen Ostens hat sich der Antisemitismus seitdem so tief eingefressen, daß auch die heutigen islamistischen Selbstmordattentäter sich umstandslos auf »säkulare« Wurzeln berufen können. Ihr Förderer und Mentor, der irakische Staatspräsident Saddam Hussein, bekennt sich offen zu der Tradition, die zwischen 1935 und 1941 die Deutschen im Irak eingeführt haben. Als seine Partei 1968 zur Macht kam, bestand eine ihrer ersten Handlungen darin, irakische Juden in einem öffentlichen Schauprozeß als zionistische Verschwörer abzuurteilen und auf dem »Liberation Square« im Zentrum Bagdads zu erhängen. Das Bestreben, von der Staatsverschuldung bis zur militärischen Niederlage jedes eigene Versagen als das Ergebnis des Zionismus hinzustellen, ist in arabischen Staaten derart verbreitet, daß man leicht übersieht, was dem notwendigerweise vorausging: die assoziative Verbindung von Juden mit einer scheinbar alles begründenden (kolonialen) Fremdbestimmung, die als Volksvorurteil schon im Alltagsbewußtsein der Massen verankert war, bevor der Staat Israel überhaupt gegründet wurde. An der Durchsetzung dieses Bewußtseins hatten die deutsche Nahostpolitik und vor allem das Engagement Grobbas im Irak einen entscheidenden Anteil.

Thomas Uwer schrieb in KONKRET_8/02 über die Quellen des arabischen Antisemitismus

Konkret 10/02, S. 17

Jenna L. Brinning

Links & Rights

Zuerst schießen, später Fragen stellen. So scheint Washingtons Motto in diesen Tagen zu lauten. Die Entscheidung, Saddam bei nächster Gelegenheit zu liquidieren, ist nicht zufällig vor den Kongreß-Wahlen im November gefallen. Die Republikaner müssen um Wähler kämpfen – »Alternet« nennt die Pläne der Bush-Regierung den »Wag the Dog War« (www.alternet.org/

story.html?StoryID=13749) – , und der Pressesekretär des Weißen Hauses, Ari Fleischer, muß der US-Presse nonchalant erklären, warum eine Kriegsintervention unbedingt noch vor der Herbstwahl stattfinden soll (www.whitehouse.gov/news/

releases/2002/09/20020906-3.html).

Die Frage, ob Deutschland sich am Krieg beteiligen sollte, wurde auch erfolgreich zum deutschen Wahlkampfthema gemacht: Alle Teilnehmer an der durch Schröder losgetretenen Debatte um einen »deutschen Weg« kommen irgendwo auf den Titel, und »Spiegel Online« muß uns daran erinnern, daß die Unterschiede der Positionen sehr fein sind (www.spiegel.de/politik/

deutschland/0,1518,208316,00.html). Die offizielle Stellungnahme der Bundesregierung, bei Redaktionsschluß eine weitere definitive Ablehnung jeder militärischen Aktion im Irak, findet sich unter www.bundesregierung.de. Die Website der United Nations, www.un.org, dokumentiert alle Sicherheitsratsresolutionen zum Irak in einem umfangreichen, frei zugänglichen Archiv. Der gemeinnützige Verein Informationsstelle Militarisierung (IMI) hat in sein Online-Archiv einen Überblick über deutsche Pressestimmen sowie kritische Analysen zur Friedensforschung gestellt (www.imi-online.de).

Während sechs von zehn amerikanischen Bürgern einen Angriff auf den Irak laut einer »Washington Post«-Umfrage bejahen, solange der Kongreß und die Verbündeten der USA zustimmen (www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A10140-

2002Aug12.html), behauptet die deutsche »Netzzeitung«, daß die Supermacht allmählich jene Verbündeten verliere (www.

netzeitung.de/servlets/page?section=

1109&item=201368). Bei einem Treffen mit Bush Anfang August warnte Jordaniens König Abdullah überraschend deutlich vor einem Krieg. Die Türkei fürchtet sich vor möglichen Unruhen in Kurdistan, sollten kurdische Separatisten im Irak nach einer Absetzung Husseins ihren eigenen Staat erhalten. Auch in Washington scheint man einiges zu überdenken: Wurde das Verhalten der Saudis früher wegen ihrer Allianz mit den USA eher gerechtfertigt, ist die Frage, ob sie in Zukunft »wirklich gebraucht werden« (www.timeeurope.com, Titel vom 5. August), in letzter Zeit lauter geworden. Die US-Administration stelle sich ins politische Abseits mit ihrer Weltinnenpolitik, so »Telepolis« (www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/

co/13203/1.html). Das wird ein möglicherweise sehr einsamer Herbst für Washington.

Konkret 10/02, S. 19

Jürgen Elsässer

Böse Pannen

Für einen Präventivkrieg gegen den Irak gibt es keine Argumente. Die Propagandamaschine von Bush und Co. arbeitet allein mit faktenresistentem Meinungsterror

Die Operation »Desert Storm« im Jahre 1991 forderte mindestens 150.000 Opfer. Diesmal werden es mehr sein, denn erklärtes Ziel der USA ist der Sturz Saddam Husseins – das erfordert die Eroberung von Bagdad.

Mit welchen Argumenten wird das avisierte Blutbad gerechtfertigt? Am 12. September erinnerte US-Präsident Bush vor der UN-Vollversammlung daran, daß die Weltorganisation aus der Anti-Hitler-Koalition hervorgegangen ist. Das irakische Regime stelle »genau jene aggressive Bedrohung dar, die abzuwehren die Vereinten Nationen geboren wurden«.

Saddam als Wiedergänger Hitlers? Das war schon 1991 falsch und ist jetzt vollends verrückt. Nazi-Deutschland war eine der Großmächte der damaligen Zeit und bis an die Zähne bewaffnet. Der Irak dagegen ist ein verarmtes Schwellenland, 1991 besiegt, in der Folge zwangsabgerüstet und durch die über zehn Jahre währenden Sanktionen von neuer Technologie weitgehend abgeschnitten. Beinahe jede Woche werden irakische Städte von Flugzeugen der USA und Großbritanniens bombardiert.

Als Präsident Kennedy 1961 Kuba angreifen wollte, zeigten seine Emissäre in der UN-Vollversammlung Satellitenaufnahmen von sowjetischen Raketenstellungen auf der Insel. Bush malte vor der Uno die Gefahr von Massenvernichtungswaffen im Irak an die Wand, sparte sich aber die Beweise. Neben Arroganz hat das noch einen ganz schlichten Grund: Es gibt keine Beweise – trotz Riesenfortschritten in der Satellitenüberwachung seit Kennedys Zeiten. Bush ersetzte Argumente durch Erpressung: Wenn die UN nicht mitzieht, machen es die Amerikaner alleine.

Sein Vorsatz, den Irak anzugreifen, steht seit langem fest und hatte von Anfang an nichts mit einer Gefährdung des Weltfriedens durch Saddam zu tun. Die US-Medien haben veröffentlicht, was Verteidigungsminister Donald Rumsfeld bereits am Nachmittag des 11. September 2001 von sich gab, als ihm die Geheimdienste erste Erkenntnisse über die mutmaßlichen Attentäter übermittelt hatten: »Judge whether good enough hit S.H. at same time. Not only UBL« (S.H. = Saddam Hussein, UBL = Osama Bin Laden). Und weiter: »Go massive ... Sweep it all up. Things related and not.«*

Die Versuche der US-Administration, den nackten Vorsatz mit Argumenten zu unterfüttern, sind allesamt kläglich gescheitert:

lDie Verbindung des Baath-Regimes zu den Selbstmordbombern des 11. September: Die Geschichte von einem angeblichen Treffen zwischen irakischen Agenten und Mohammed Atta in Prag ließ die US-Regierung im Mai 2002 offiziell fallen. Als Regierungsberater Richard Perle am 8. September gar von einem Treffen Attas mit Saddam Hussein in Bagdad berichtete, wurde er noch am selben Tag – böse Panne! – von Bushs Sicherheitschefin Condoleezza Rice korrigiert. Im CNN-Interview gab sie zu, nichts über Verbindungen zwischen Al Qaida und dem Irak in der Hand zu haben.

lDie Verwicklung Saddams in die Milzbrand-Briefsendungen: Die »Süddeutsche Zeitung« schrieb dazu Ende März: »Es gilt als sicher, daß es sich bei dem Absender der tödlichen Post um einen Staatsbürger der USA handelt, der zudem früher für das amerikanische Biowaffen-Programm gearbeitet hat. Es dauerte eine ganze Weile, bevor die Fahnder zu diesem Schluß kamen. Denn in den ersten Wochen nach dem Auftauchen der Milzbrand-Briefe ermittelten sie in die falsche Richtung – und zwar auf ausdrückliche Anweisung aus dem Weißen Haus. Denn Präsident Bush wünschte persönlich einen Nachweis für seinen Verdacht, daß der Irak hinter den Anschlägen steckte.«

lEine Gefahr durch irakische Massenvernichtungswaffen verneint UN-Waffeninspektor Scott Ritter mit Nachdruck in einem Interview in diesem Heft.

Die Entschlossenheit, mit der die USA ohne jeden Anlaß den Krieg beginnen wollen, stellt selbst frühere Aggressionen in den Schatten. So gab es sowohl 1991 als auch 1999 und 2001 konkrete Ereignisse, die dem militärischen Eingreifen wenigstens auf den ersten Blick eine Legitimation gaben: 1990 hatte Saddam Hussein Kuwait annektiert; dem Bombenkrieg gegen Jugoslawien gingen mehrmonatige bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen im Kosovo voraus; der Angriff auf Afghanistan konnte sich als Reaktion auf den 11. September ausgeben. Sicherlich hielten die Kriegsbegründungen auch in diesen Fällen einer genaueren Prüfung nicht stand. Doch es hatten immerhin tatsächlich mörderische Scheußlichkeiten stattgefunden, die sich – mit ein wenig geheimdienstlicher Nachhilfe – zu Kriegsgründen modeln ließen.

Unbestritten: Saddam Hussein ist ein blutiger Despot, kein Vergleich mit dem Sozialdemokraten Milosevic. Doch von solchen Herrschern gibt es drei Dutzend auf der Welt, allein die arabische Halbinsel ist voll davon. Sollen jetzt alle durch Krieg beseitigt werden? Vor allem: Saddam hat einen Gutteil seiner Schandtaten im Auftrag der Nato-Führungsmächte oder zumindest nach Absprache mit ihnen vollbracht. So war sein Feldzug gegen den Iran zu Beginn der achtziger Jahre den USA ganz recht, denn damals galt das Khomeini-Regime als die größte Bedrohung. Die USA unterstützten sogar den

Einsatz von C-Waffen gegen die Teheraner Revolutionsgarden, wie die »New York Times« am 18.8.2002 berichtete: »A covert American program during the Reagan administration provided Iraq with critical battle planning assistance at a time when American intelligence agencies knew that Iraqi commanders would employ chemical weapons.« Das Gift zur Vergasung von Kurden in Halabja und anderswo lieferten bekanntlich deutsche Firmen, die Regierung Kohl stellte Exportgenehmigungen aus. Auch den Einmarsch in Kuwait hatte Saddam mit den USA abgesprochen. Über ein Gespräch, das er wenige Tage zuvor mit US-Botschafterin Glaspie hatte, schreibt die »Washington Post«: »It is quite clear from the typescript of that meeting that Saddam asked permission from the United States to invade Kuweit, and it is equally clear that Glaspie, relaying the then-Secretary of State James Baker's words, gave him that permission.«

Gegner eines erneuten Krieges gegen den Irak werden in Deutschland und anderswo mit dem Vorwurf des Antiamerikanismus belegt. Würde das zutreffen, wären auch Bush senior und seine Berater Antiamerikaner: Sie, die 1991 für »Desert Storm« verantwortlich waren, sind allesamt auf Distanz zum schießwütigen Junior gegangen (»Bush and father at odds over Iraq strike« – www.timesonline.co.uk, 26.8.2002). Richtig ist vielmehr: Wer angesichts des Amoklaufs des US-Präsidenten nicht ein paar antiamerikanische Reflexe verspürt, ist hirntot, seine Körperfunktionen werden nur noch durch Infusionen der imperialistischen Propagandamaschine in Gang gehalten. Selbstverständlich sind solche Reflexe, wenn sie sich zu Ideologie und Rassismus verfestigen, gefährlich. Doch es gibt etwas, das hierzulande noch gefährlicher ist: wenn Menschen den Drang verspüren, ohne jede stichhaltige Begründung Krieg zu führen – heute gegen den Irak, morgen gegen den Iran oder Saudi-Arabien, übermorgen gegen Israel und die USA.

Jürgen Elsässer beschrieb in KONKRET 9/02, wie die deutsche Außenpolitik Zoran Djindjic zum serbischen Präsidenten gemacht hat

Konkret 10/02, S. 20

Gerrit Brüning

Der deutsche Weg nach Bagdad

Warum ein Krieg im Irak dem Interesse des deutschen Kapitals zuwiderläuft und was Friedenspolitik damit zu tun hat

Nach dem 11. September 2001 erklärte Deutschlands Regierung den USA ihre »uneingeschränkte Solidarität«, ein Jahr später distanziert sie sich von amerikanischen »Abenteuern« und propagiert einen »deutschen Weg«. George W. Bush läßt der Bundesregierung offizielles »Mißfallen« und »Zweifel an der Enge der Beziehung« ausdrücken. Der US-Präsident, erwidert der sozialdemokratische Fraktionschef Ludwig Stiegler, benehme sich, »als sei er der Princeps Caesar Augustus und Deutschland die Provincia Germania«. In der Irakfrage zeige sich, urteilt die »FAZ«, »wie weit die außenpolitische Entfremdung zwischen der derzeitigen amerikanischen Führung und Teilen Europas, insbesondere Deutschlands, inzwischen fortgeschritten ist«.

Gehört also Deutschlands »kritiklose Unterwürfigkeit« gegenüber den USA, über die linke Intellektuelle nach dem 11. September geklagt haben, der Vergangenheit an? Begehrt der »Vasall« (Walter Jens) auf? Hinter dieser Fragestellung verbirgt sich eine falsche Behauptung. Deutschland war nie unterwürfig, auch nicht nach dem 11. September: Schröder hat das Versprechen uneingeschränkter Solidarität immer relativiert. Seine Warnung, Deutschland werde sich an »Abenteuern« nicht beteiligen, sprach er schon Tage nach den Anschlägen aus. Daß Deutschland dennoch Soldaten nach Afghanistan schickte, folgte der Erwägung, daß nur mitreden kann, wer dabei ist.

Diese Überlegung wird wieder angestellt werden, wenn die USA in den Irak einmarschieren. Noch streiten sich die deutschen Parteien bloß darüber, wie das am besten zu verhindern sei. Sie fürchten, ein Krieg gegen Saddam werde »unweigerlich große Gefahren, immense Finanzlasten und Exporteinbußen für Deutschland, für Europa heraufbeschwören« (»Tagesspiegel«). Der deutsche Vorwurf, den USA gehe es nur ums Öl, das heißt: um materiellen Vorteil, ist scheinheilig. Um nichts anderes als um deutsche Interessen im Nahen Osten geht es Regierung und Opposition, wenn sie einen Krieg gegen den Irak ablehnen und ihre Distanz zu den USA markieren. Da hat Manfred Sohn in seinem Beitrag »Nie wieder Scheckbuch« (KONKRET 9/02) recht. Gleichwohl funktioniert dieser Mechanismus anders, als Sohn ihn beschreibt.

Die einhellige Meinung deutscher Außenpolitiker hat Volker Perthes von der Stiftung Wissenschaft und Politik in dem Band *Deutsche Nahostpolitik. Interessen und Optionen* dokumentiert: Deutschland sei ein geographischer Nachbar der Region, folglich sicherheitspolitisch zumindest mittelbar betroffen, besitze aber eher ökonomische als militärische Einflußmöglichkeiten; es habe wirtschaftliches und politisches Interesse an einer weitgehenden Einbindung des Nahen Ostens in das Einflußgebiet der EU, an Wachstum, Entwicklung und wirtschaftlicher Liberalisierung und Kooperation in der Region.

Nie wieder Abenteuer

1989 schloß die EU ein Kooperationsabkommen mit den Golfstaaten (ohne Irak). 1995 wurde auf der Konferenz von Barcelona die »Euromediterrane Partnerschaft« vereinbart. Ihr traten neben der EU die südlichen Mittelmeeranrainer Jordanien, Ägypten, Syrien, Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde bei. Zu ihren Zielen gehören eine Sicherheitspartnerschaft und eine Freihandelszone. Die EU-Länder sind der wichtigste Handelspartner aller Staaten in Nahost und Nordafrika, und der weitere Abbau von Handelsbarrieren würde diesen Vorsprung in ökonomische Dominanz verwandeln. Deutschland hat, anders als die USA, kein besonderes Interesse an niedrigen Ölpreisen, weil geringe Ölerlöse den deutschen Exportinteressen am Golf schadeten. Die meisten Ölländer importieren mehr aus Deutschland, als sie dorthin exportieren. Die deutschen Nahostexperten raten, die geplante euro-mediterrane Partnerschaft auf die Golfstaaten Jemen, Iran und später auch auf den Irak auszudehnen.

Dieses Projekt steht und fällt mit der Befriedung des Nahen Ostens. Ohne Stabilität gibt es keine regionale Kooperation, keine ökonomische Liberalisierung und Integration. Die USA aber wollen in Nahost das Hegemoniestreben einzelner Mächte militärisch unterbinden und ein System von Staaten schaffen, die sich gegenseitig in Schach halten. Perthes spricht daher von politischen und ökonomischen »Konkurrenzen« zwischen der EU und den USA in Nahost.

Andererseits dient ein unberechenbarer Saddam Hussein, der vielleicht über Massenvernichtungswaffen verfügt und mit seinen Prämien den Kampf der Palästinenser gegen Israel verlängert, dem deutschen Interesse genausowenig wie eine amerikanische Invasion. Daher fordern die Experten, die »Logik von Abschottung und Eskalation« gegenüber dem Irak zu überwinden, trotzdem aber das Rüstungsembargo aufrechtzuerhalten. Der 11. September ist zumindest an der Haltung der deutschen Nahostexperten spurlos vorübergegangen: Eine Invasion im Irak verwirft Perthes als völkerrechtswidrig, eine »Mandatsmacht« nach dem Sturz von Saddam Hussein, ausgeübt durch die EU oder die USA, werde sich »anhaltendem und blutigem Widerstand« gegenübersehen. Nötig sei statt dessen, die »strukturelle Angriffsunfähigkeit« des Irak zu

gewährleisten und »jene Tendenzen in der irakischen Elite zu unterstützen, die auf eine flexiblere, auf Ausgleich orientierte Außenpolitik setzen« (»SWP-Aktuell«, Mai 2002).

Nicht relevant für die Frage von Krieg oder Frieden sind die aktuellen deutschen Handelsbeziehungen. In den neunziger Jahren nahm der Außenhandel Deutschlands mit dem Mittleren Osten und Nordafrika von 3,1 auf 2,4 Prozent des gesamten deutschen Außenhandels ab, der größte Teil davon wurde mit Israel abgewickelt. Deutsche Investitionen erreichten 1999 in keinem Land der Region auch nur die 250-Millionen-Euro-Marke. Deutschland mag als Handelspartner in diesen Ländern auf den vordersten Plätzen rangieren – umgekehrt rangieren diese Länder für Deutschland aber unter »ferner liefen«.

Die Suche nach aktuellen kaufmännischen Interessen läßt bedeutendere Fragen der deutschen Positionierung aus dem Blick geraten, den Wald sozusagen mangels Bäumen nicht sehen. Die deutsche Nahostpolitik läßt sich nicht aus konkreten Geschäften entschlüsseln, sie folgt einer allgemeinen strategischen Orientierung.

Im Irak steht für Deutschland mehr auf dem Spiel als die Lage in Nahost. »Was aus deutscher Sicht vital ist, also allen anderen Zielen übergeordnet werden sollte«, mahnt der altgediente Außenpolitiker der SPD, Egon Bahr, »ist die Verhinderung einer neuen Bedrohung aus dem Osten, die den Frieden Europas gefährden könnte.« Ohne Rußland sei die Stabilität Gesamteuropas sicherheitspolitisch nicht zu gewährleisten. Berlin ist der größte Gläubiger Moskaus, die GUS-Staaten liefern über ein Drittel des Öls für die deutsche Industrie. Deutschland muß also daran interessiert sein, daß sich die einstige Supermacht erholt. Rußland bestätigte Ende August ein nahezu unterschriftsreifes Abkommen mit dem Irak. Die Rede ist von etwa 70 Projekten in der Ölindustrie, der Petrochemie, dem Verkehr und der Kommunikation mit einem Gesamtvolumen von 40 Milliarden US-Dollar. Die Deutschen fürchten, das Pentagon könnte dieses Geschäft zunichte machen und die Atommacht Rußland zu Verzweiflungsaktionen treiben.

Das Recht des Schwächeren

Weil die globale Akzeptanz internationaler Institutionen schwächere Staaten gegenüber stärkeren begünstigt, möchte Deutschland die Rolle der UN stärken. »Internationales Recht an die Stelle nationaler Macht zu setzen«, sagt Bahr mit Blick auf die USA, »das ist Substanz deutscher Außen- und Sicherheitspolitik.« Auch nachdem Deutschland wieder zu einer uneingeschränkt souveränen Großmacht aufgestiegen ist und seine ersten Kriege geführt hat, tritt es für eine Abwertung des Militärischen in der internationalen Politik ein. Nicht aus Friedensliebe: Deutscher Pazifismus ist, wenn die Trauben militärischer Erfolge zu sauer sind. Auch der »deutsche Weg« beschreibt nur die Einsicht, bei der derzeitigen militärischen Unterlegenheit Deutschlands und Europas gegenüber den USA mit zivilen Mitteln mehr gewinnen zu können als auf dem Kriegspfad. In der »Frankfurter Rundschau« feiert Dieter S. Lutz Schröders »deutschen Weg der Kriegsverhütung«. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik plädiert für den »deutschen Weg« der »Versöhnung von machtbewußtem und bescheidenem Verhalten«. Es gehe um eine »Zivilisierung (sprich: Verregelung) der internationalen Beziehungen«, weil im Falle Deutschlands »Großmacht und Zivilmacht einander bedingen« (»Internationale Politik« 9/02).

Bereits im Frühjahr hieß es in Berlin, ein Krieg der USA gegen den Irak werde die Anti-Terror-Koalition sprengen. Das war Beschreibung (Rußland würde ausscheren) und Drohung (man könnte selbst ebenfalls) zugleich. Schröders populistische Parole war Wahlkampf, ihr Inhalt nicht. Der »deutsche Weg« ist keine Erfindung nervöser Wahlkampfberater oder pazifistischer Dauernörgler, er stammt von einer kühl berechnenden außenpolitischen Elite. Er wird auch nach der Wahl gegangen werden: Jede Bundesregierung wird sich einem US-Angriff auf den Irak widersetzen. Jede wird allerdings in symbolischem Maßstab dennoch daran teilnehmen – nicht als Akt der Unterwerfung, sondern der Einmischung in den militärischen Verlauf und in die Geschicke der Region. Mittelfristig, vermutet die »FAZ«, bleibe im Kriegsfall nur die Möglichkeit »mitzumarschieren« oder »Einfluß im Nahen Osten zu verlieren«. Langfristig, deutet Egon Bahr an, wird Deutschland sich öfter auf jene Staaten stützen, die bereit sind, Krieg gegen die USA zu führen: »Es wäre ein Wunder, wenn die übrige Welt nicht das Gefühl bekäme, es könnte gut sein, wenn die amerikanischen Bäume nicht in den Himmel wachsen ... Europa wird sich an der Seite solcher Staaten finden, die aus ganz anderen Gründen ihr eigenes Gesellschaftsbild behaupten wollen.«

Gerrit Brüning studiert Geschichte, Politik und Germanistik in Berlin

Konkret 10/02, S. 22

Thomas Uwer, Thomas von der Osten-Sacken

»Der reinste Schlamassel«

Die Amerikaner diskutieren eine neue Feinderklärung: an die Adresse Saudi-Arabiens

»Der verwirrendste Aspekt der Nahostdebatte«, resümiert »Washington Post«-Kolumnist David Ignatius Ende August, »liegt in der vollkommenen Verkehrung bekannter Rollen. Die Konservativen, mit ihrer neuentdeckten Leidenschaft für eine Demokratisierung der Araber, treten auf wie liberale Internationalisten, während die Liberalen einen Konservatismus an den Tag legen, um den Status quo zu sichern.« Daß dieser überhaupt noch gesichert werden kann, bezweifeln mittlerweile jedoch nicht nur die sogenannten Neocons im Verteidigungspolitischen Rat und anderen konservativen Think-tanks der USA. Das über Jahrzehnte erfolgreiche Konzept US-amerikanischer Nahostpolitik wird offen in Frage gestellt, und das nicht nur aufgrund der Tatsache, daß 15 von 19 Attentätern der Anschläge in New York und Washington vom vergangenen Jahr aus Saudi-Arabien kamen und damit mitten aus dem Zentrum des amerikanischen Bündnisses am Golf. »Die große Bedrohung heute ist im Nahen Osten der islamische Faschismus, und Saudi-Arabien ist nicht sein Opfer, sondern seine Quelle«, schreibt beispielsweise Jeff Jacoby im »Boston Globe«. »Was jetzt benötigt wird, ist eine konstruktive Instabilität – die mit den Diktatoren und Fanatikern, die den Terrorismus unterstützen und den Weltfrieden gefährden, ein für allemal Schluß macht.«

Zieht man den Weltfrieden ab, so bleibt unterm Strich bei allen US-amerikanischen Kommentatoren und Analysten, daß die bisherige Strategie der Eindämmung regionaler Gegner durch Stabilisierung antikommunistischer Verbündeter gescheitert sei. »Bislang hat die US-Administration Demokratie im Nahen Osten immer nur als ein Instrument gegen ihre Gegner benutzt«, kritisiert der Liberale Stephen Cohen. Härter noch rechnet Victor Davis Hanson in »Commentary«, einem meinungsbildenden neokonservativen Magazin, mit den arabischen Verbündeten ab, die er kurzerhand zu Feinden erklärt. Es sei ein Fehler gewesen, schreibt er in bezug auf Saudi-Arabien, ein »korruptes, archaisches und inkompetentes Regime« zu stützen, das Pressefreiheit als einen Wettbewerb mißverstehe, »immer neue antisemitische Hetzartikel« zu verfassen. »Saudi-Arabien als Feind zu bezichtigen verkennt den entscheidenden Punkt«, meint wiederum Jim Hoagland von der »Washington Post«. »Im Gegenteil lassen sie jede Handlungsfähigkeit vermissen ... Die Saudis torkeln hinein in eine Situation, die den Vereinigten Staaten Schaden zufügt.« Die USA hätten sich selbst zuzuschreiben, ergänzt sein Kollege Ignatius, daß die Region immer noch in »diesem postosmanischen Morast« stecke. »Der Status quo ist der reinste Schlamassel, aber das ist er schon seit Jahrzehnten.«

Zuerst gegen die Linke und die Sowjetunion, später gegen den Iran haben die USA in den Öl-Oligarchien am Golf Regime gestützt, die jede oppositionelle Äußerung als Verrat bestrafen und Kritik nur im Rahmen einer islamisch verbrämten Ablehnung äußerer Feinde und ihrer schädlichen Einflüsse erlauben. Gestützt wurden Regierungen, deren Herrschaft sich einerseits auf der familiären Zugehörigkeit zur Elite aufbaute, die lediglich kleine Anteile des aus der Ölrente geschöpften Reichtums gönnerhaft an ihre Staatsklientel verteilt, und die andererseits über ein reaktionäres und auf religiöse Verbote gestütztes Gesellschaftssystem jede menschliche Äußerung der Bevölkerung unterdrücken. Wie effektiv dieses System jede Veränderung lange Zeit zu verhindern wußte, zeigt, daß – bis auf wenige Ausnahmen wie die »Volksfront zur Befreiung des Arabischen Golfes«, die einst Bahrain unsicher machte – kaum eine der arabischen Bewegungen Fuß fassen konnte, die während des Blockkonflikts als feindlich gefürchtet wurden.

Das Resultat dieser Entwicklung wurde jüngst in einem Bericht des UN-Entwicklungsprogramms UNDP dargestellt. Der dort errechnete »Human Development Index« der arabischen Welt, der sich aus den Eckwerten ökonomische Entwicklung, politische Freiheit, Zugang zu Informationen, Bildung und Gleichstellung der Frau zusammensetzt, fällt verheerend aus. Die 22 Länder der arabischen Liga liegen am untersten Ende der weltweiten Skala. Ihr Bruttosozialprodukt ist zusammengerechnet geringer als das Spaniens, während die Ölrente den Eliten einen unermeßlichen Reichtum beschert. Weniger Bücher werden pro Jahr ins Arabische als ins Griechische übersetzt und »von den 280 Millionen Arabern sind 65 Millionen des Lesens und Schreibens unkundig; zwei Drittel davon Frauen«. 51 Prozent aller befragten Jugendlichen äußerten den Wunsch, in den Westen zu emigrieren, da sie zu Hause keine Zukunftsperspektive mehr sehen. Die letzten zehn Jahre seien an den arabischen Staaten praktisch vorbeigegangen, konstatiert der Sprecher der Institution, Rima Khalaf. Aufgeschreckt von diesen Zahlen titelte die in Kuwait erscheinende Zeitung »Al Watan's«: »Die Araber leben in einem finsteren Zeitalter.«

Die Kritik ähnelt indes auffällig jener, die den linken arabischen Bewegungen vor zwanzig Jahren noch Gewicht gab. In der erstarrten Herrschaft arabischer Regime äußere sich ein Imperialismus, der naturgemäß ein Interesse daran hat, daß die Bevölkerungen unterentwickelt und politisch einflußlos bleiben. In den vergangenen Jahren waren es vor allem liberale Kritiker, wie die libanesischen Intellektuellen Fuad Adjami oder Youssef M. Choueiri, die aus unterschiedlichen Blickwinkeln die vollständige Erstarrung arabischer Gesellschaften als die Hauptquelle islamistischer Bewegungen bezeichneten und ein Ende der monolithischen Herrschaftsblöcke prophezeiten. Jetzt ist es Jim Hoagland von der »Washington Post«, der angesichts des angekündigten Sturzes Saddam Husseins in der arabischen Welt einen »Wald

fallender Bäume« sieht, und US-Verteidigungsminister Donald Rumsfield spricht von der arabischen Bevölkerung als den »Geiseln« ihrer Staaten. Der Ton, der zwischen den USA und dem Verbündeten Saudi-Arabien herrscht, hat sich merklich verschärft.

Anfang August wurde eine Sammelklage amerikanischer Angehöriger der Getöteten vom 11. September eingereicht, die von der saudischen Regierung Entschädigungszahlungen verlangen. Begründet werden die Forderungen unter anderem mit Verbindungen zwischen Mitgliedern des saudischen Königshauses und Osama Bin Ladens Al Qaida, der ausbleibenden Verfolgung von Mittätern und der Unterstützung, die der saudische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Prinz Bandar, verdächtigten Personen angedeihen ließ. Noch am 11. September soll dieser Angehörigen und Vertrauten Bin Ladens in seinem Privatjet aus den USA herausgeholfen haben. Praktisch zeitgleich mit der Klage wurden Details eines internen Briefings mit dem Verteidigungspolitischen Rat im Weißen Haus publik, in dem Laurent Muraviec von der Rand-Corporation empfahl, Saudi-Arabien offen als Feind zu behandeln und auch dort einen Systemwechsel zu initiieren. Konkret schlug er vor, ein Ultimatum zu stellen, nach seinem fruchtlosen Ablauf saudische Ölquellen zu bombardieren und die Auslandsguthaben einzufrieren.

Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten. In kürzester Zeit zogen saudische Anleger rund 200 Milliarden US-Dollar von amerikanischen Banken ab. Eiligst lud George W. Bush den saudischen Botschafter auf seine Ranch, um persönlich »Mißverständnisse« aus dem Weg zu räumen. Von Mißverständnis aber kann keine Rede sein. »Saudi-Arabien braucht keine Sonderbehandlung auf texanischen Ranchs, sondern einen Regimewechsel«, kommentierte der »Boston Globe« umgehend. Die Zeitschrift »Nation« stellte gleich die Entschuldigungen der Regierung mit in Frage.

Kaum waren Muraviecs Äußerungen bekanntgeworden, dementierte Verteidigungsminister Rumsfield und mokierte sich über die »undichte Stelle«, die das Material weitergegeben habe. Nicht aber wer diese »undichte Stelle« ist, sondern daß es sie gab, ist interessant. Rumsfield selbst hatte den Verteidigungspolitischen Rat zur informellen Runde ins Weiße Haus geladen, an der nicht gerade unbekannte Politikberater teilnahmen. Neben Richard Perle sitzen die früheren Verteidigungsminister James Schlesinger und Harald Brown, der ehemalige CIA-Direktor R. James Woolsey sowie der einstige Sprecher des Weißen Hauses, Thomas Foley, in dem Gremium, durch die Bank also Politiker, die in den konservativen Regierungen unter Ronald Reagan und George Bush senior bereits als Falken galten. Es sind zudem Leute, die das Verhältnis zwischen den USA und Saudi-Arabien während ihrer eigenen Regierungszeit zum engen Bündnis machten. Richard Perle beispielsweise war der zuständige Mann im Verteidigungsministerium der Reagan-Administration, der Saudi-Arabien ermunterte, die afghanischen Warlords zu finanzieren, und der dort den »American djihad« gegen die Sowjets organisierte. Wer auch immer plauderte, er hatte allen gedient.

So hat die losgetretene Debatte über Saudi-Arabien längst Fakten geschaffen, gegen die sich zurückhaltendere Beamte in der US-Administration wie Collin Powell nur mit Dementis zur Wehr setzen können. Die Hawk-O-Mania, wie »Nation« die Meinungsführerschaft der Neokonservativen bereits nennt, lebt indes nicht alleine von kriegerischer Rhetorik, sondern davon, daß sie ihrer Analyse eine Situation der eigenen Schwäche zugrunde legt, die auch Liberale sehen. Die Anschläge von New York und Washington im letzten Jahr gelten ihnen als Tiefpunkt in einer langen Reihe von Niederlagen, die eine vollständige Neuorientierung amerikanischer Außenpolitik erfordere. Denn in allen ihren traditionellen Einflußsphären ist den USA in den vergangenen zehn Jahren die Kontrolle entglitten, in Asien, stärker noch in Südamerika und am offensichtlichsten in Nahost. Von Europa zu schweigen, das überall dort in Konkurrenz zu den USA getreten ist. Die Option, nunmehr gegen jene Verbündete vorzugehen, auf die sich die geostrategische Hegemonie der USA einst gründete, räumt bewußt auch mit der als gescheitert betrachteten eigenen Außenpolitik auf. Daß man dabei gerne auf die Beteiligung europäischer Staaten verzichtet, ist weniger der Ignoranz, als vielmehr dieser Umorientierung geschuldet. Europa gilt den Konservativen längst nicht mehr als Verbündeter, sondern als Konkurrent, gegen den die USA ihre Interessen wahren müssen.

Tatsächlich sind es nunmehr europäische Regierungen, die an der unter US-Hegemonie eingefrorenen Ordnung in Nahost festhalten wollen, die sie so lange kritisiert haben. Zentral für diese Ordnung war die Vorstellung, über Israel die Region befrieden zu können und in der Zwischenzeit das unruhige arabische Hinterland ruhigzustellen. Diese Containment-Politik ist nicht nur daran gescheitert, daß der vorübergehend ausgeschaltete Irak sich im Laufe der Jahre unter anderem mit Hilfe der Europäer schrittweise rehabilitierte, während der Friedensprozeß steckenblieb. Die verbündeten arabischen Staaten unterliefen vielmehr auch direkt die Bemühungen um einen arabisch-israelischen Frieden und konterkarierten das Modell mit millionenschweren Zuwendungen an palästinensische Islamisten. Noch kürzlich sorgte in den USA eine Broschüre der saudischen Botschaft für Aufsehen, in der die Auszahlung mehrerer Millionen Dollar an die Familien palästinensischer Selbstmordattentäter als »humanitäre Hilfe« angepriesen wird. Anstatt die Region über einen israelisch-palästinensischen Prozeß zu befrieden, ist Israel mehr noch als zuvor zum Ziel terroristischer Gewalt und der Vernichtungsdrohung mit chemischen Waffen geworden.

Vor diesem Hintergrund hat der angekündigte Sturz Saddam Husseins die arabischen Staaten im gesamten Nahen Osten bereits merklich unter Druck gesetzt, ohne daß wirklich absehbar wäre, ob sich der beabsichtigte Systemwechsel nicht

doch auf einen Austausch des Personals beschränken könnte. Während sich die Kritik an einem möglichen Militärschlag auf die üblichen Lippenbekenntnisse zur arabischen Einheit beschränkt, ist Syrien praktisch auf Tauchstation gegangen. Nachdem bekannt wurde, daß etwa 180 Mitglieder der Al Qaida Unterschlupf in Syrien gefunden haben, kündigte Staatschef Baschar al Assad umgehend eine Zusammenarbeit mit den USA bei der Strafverfolgung an. Auch Yassir Arafat hat bislang noch kein Wort der Kritik an der Kriegsdrohung gegen den Mentor und Gönner der palästinensischen Intifada, Saddam Hussein, geäußert. Im Gegenteil, die Umkehrung der Nahost-politik, die nunmehr den Irak ins Zentrum gestellt hat, zeigt hier die sichtbarste Wirkung. Zwei Tage vor dem ersten Jahrestag der Anschläge von New York und Washington kündigte Arafat seine Bereitschaft zur Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen mit Israel an; einer seiner Sprecher verwies nachdrücklich auf das »demokratische Modell« Palästina.

Trotz aller Dementis des amerikanischen Außenministeriums haben die Neokonservativen vor Ort bereits Tatsachen geschaffen. »Wer glaubt, die Neocons wären mit Afghanistan und der ›Achse des Bösen‹ fürs erste beschäftigt, hat sich getäuscht«, kommentiert »The Nation«. »Im Gegenteil, die Liste der Feinde wird ständig erweitert.« Und damit auch die Liste jener Staaten, die sich merklich Mühe geben, nicht ins Visier der Hardliner zu geraten.

Thomas Uwer und Thomas von der Osten-Sacken sind Mitherausgeber/Autoren des konkret-texte-Bandes »Saddam Husseins letztes Gefecht? Der lange Weg in den III. Golfkrieg«, das in diesen Tagen erscheint

Konkret 10/02, S. 24

Jürgen Cain Külbel

Das Dream-Team

Über des US-Vizepräsidenten Dick Cheney geschäftliches Interesse an einem erneuten Krieg gegen den Irak

Richard Bruce Cheney gehört zu den Falken der Bush-Administration. Er hat für seine Kriegstreiberei gute Gründe, dabei allerdings auch einiges zu verbergen. Das spüren seine Landsleute: Nach einer Umfrage von »New York Times« und CBS aus diesem Jahr trauen 43 Prozent der US-Amerikaner dem Vizepräsidenten nicht. 89 Prozent glauben, daß er lügt. Wahr ist: Cheney verquickt auf absonderliche Weise Regierungsarbeit mit privaten Geschäftsinteressen. Und er wechselt wie selbstverständlich zwischen höchsten Staatsämtern und Aufsichtsräten großer Konzerne. Als einer der erfahrensten US-Politiker genießt er das Vertrauen mächtiger Fraktionen des US-Kapitals. Dort wird er liebevoll »Dick« genannt. Aber Bill Hartung, dienstältester Ermittler am World Policy Institute in New York, würde Cheney am liebsten wegen Korruption vor Gericht bringen.

Montag, 26.8.2002, Nashville/Tennessee: Treffen amerikanischer Kriegsveteranen; prominenter Gast: Dick Cheney. In seiner Rede erklärt der US-Vize: »Wenn die USA noch länger warten, wird der Irak nur stärker.« Freiheit und Frieden brächten die USA dem Irak, denn »... dieses Land würde nicht mehr auf die Gnade von Terroristen oder Terrorregimes angewiesen sein«. Und weiter: »Eine Rückkehr der UN-Waffeninspektoren würde uns keinerlei Sicherheit geben, daß Saddam sich an die UN-Resolutionen hält. Im Gegenteil, es besteht eine große Gefahr, daß uns das die falsche Sicherheit geben würde, daß Saddam irgendwie unter Kontrolle ist.«

Wenige Wochen zuvor, 10. Juli 2002: Judicial Watch, Kontrollorgan der amerikanischen Justiz, reicht Klage beim Bezirksgericht Dallas gegen Dick Cheney ein. Der Vorwurf: Bilanzfälschungen. Die Erlöse des texanischen Ölunternehmens Halliburton von 1999 bis 2001 sind um 445 Millionen Dollar zu hoch ausgewiesen worden. Cheney war von 1995 bis 2000 Direktor des Konzerns. Während seiner Amtszeit soll die Firma Bilanzen aufgemotzt und Bücher gefälscht haben, um den Aktienkurs in die Höhe zu treiben. Larry Klayman, Chairman von Judicial Watch, fordert im Namen der getäuschten Aktionäre 200 Millionen Dollar Schmerzensgeld. Cheney schweigt.

»Dick Cheney ist mein Freund«, läßt der Texas-Ölmann und jetzige US-Präsident Bush sein Volk wissen. Höchstpersönlich setzte er kürzlich einen seiner Vertrauten, den Vorsitzenden der Börsenaufsicht SEC, Harvey Pitt ein, um die Vorwürfe gegen Halliburton zu überprüfen. Nicht ganz uneigennützig, denn Bush junior sitzt in der gleichen Klemme. Mauscheleien mit Rüstungsindustrie und Energiekonzernen wirft ihm Judicial Watch vor. Harvey Pitt wird auch das irgendwie untersuchen. Larry Klayman weiß: »Wir kämpfen gegen die Mächtigen. Kein anderer tut das.«

Ob Präsident, Vize, Außen- oder Verteidigungsminister, an der Spitze der US-Administration stehen Multimillionäre, die aufs engste mit der Ölindustrie verbandelt sind. »Das Weltbild der Bush-Regierung«, schreibt Gregg Easterbrook im Wochenmagazin »New Republic«, »ist das Weltbild von Ölmännern.« Und für die Ölindustrie, so die Nachrichtenagentur Reuters, sei die Connection Bush – Cheney das »Dream-Team«.

Der erneute Krieg gegen den Irak scheint beschlossene Sache. Seine erfolgreiche Durchführung brächte dem Dream-Team Entlastung von allerlei Filzvorwürfen und den USA die Kontrolle über die zweitgrößten Ölreserven der Welt. Der Plan steht schon seit einigen Jahren. Bereits 1998 schrieb David Trucker vom US-Verteidigungsministerium in einer Militärzeitschrift: »Für die USA gibt es nur eine Region, für die es zu kämpfen lohnt: Das Gebiet vom Persischen Golf nördlich bis zum Kaspischen Meer und östlich bis Zentralasien. Hier lagern 75 Prozent der Welterdöl- und 33 Prozent der -erdgasreserven.«

Im Golfkrieg vor elf Jahren, den Dick Cheney als Verteidigungsminister unter Bush senior managte, hatte sich Washington bereits die militärische Präsenz in Saudi-Arabien gesichert. Cheney wurde damals berühmt. Für seine Führungsrolle in den Operationen »Desert Storm« und »Desert Shield« erhielt er im Juli 1991 die Presidential Medal of Freedom, die höchste zivile Auszeichnung der USA. Seit Ende letzten Jahres sind nun auch Afghanistan und Zentralasien weitgehend in amerikanischer Hand, mitsamt den dortigen Erdöl- und Erdgasvorkommen. Mit Saddams Sturz und der Installation einer US-freundlichen Regierung, die Cheney fordert, würden alle amerikanischen Ölträume in Erfüllung gehen.

Es war ein weiter Weg für Cheney bis ins Dream-Team. Seine Karriere begann bereits unter Nixon, ehe ihn der spätere Präsident Ford zum Stabschef ernannte. 1989 wurde Cheney unter Präsident Georg Bush senior Verteidigungsminister. Der aus Wyoming stammende Republikaner spezialisierte sich auf militärische Aktionen und Geheimdienstoperationen. 1989 stürzten seine Marines in Panama den Diktator Manuel Noriega. Hunderte unschuldiger Zivilisten kamen bei den von ihm geleiteten »Säuberungsaktionen« um.

Als Verteidigungsminister der Jahre 1989 bis 1993 initiierte und beaufsichtigte Cheney die größte Privatisierungsaktion des Pentagon. Die Texanische Baufirma Brown & Root, ein Subunternehmen des Ölkonzerns Halliburton, wurde von ihm zu diesem Zweck ausgewählt. Für 3,9 Millionen Dollar sollte sie 1992 ein Gutachten über Privatisierungsmöglichkeiten für

die Logistik bei Auslandseinsätzen der US Army verfassen. Brown & Root verfügte über Erfahrungen im Kriegsgeschäft. Während des Vietnamkriegs bauten sie im Krisengebiet Straßen, Landebahnen und Militärstützpunkte. Noch 1992 erhielt die Firma weitere 5 Millionen Dollar für gutachterliche Tätigkeiten und schließlich einen Fünf-Jahres-Vertrag für die Kooperation mit dem US Army Corps of Engineering. Das so simple wie effektive Verfahren: Verteidigungsminister Cheney reduzierte die Anzahl der Soldaten um ein paar Hunderttausend. Brown & Root stießen in die Lücke und übernahmen militärische Infrastruktur-Projekte. In den folgenden Jahren kassierten sie auf Basis des Vertrages für Aufbau und Versorgung militärischer Stützpunkte in Somalia 62 Millionen, in Bosnien 740 Millionen und in Saudi-Arabien 5,1 Millionen Dollar.

1993 übernahm Clinton die Regierung. Cheney mußte gehen und erhielt im texanischen Ölunternehmen Halliburton eine Führungsposition. Als Belohnung für seine Rolle im Golfkrieg, hieß es. Die Schlacht gegen Saddam Hussein hatte dem Konzern mehrere hundert Millionen Dollar eingebracht: für das Löschen der Ölbrände und den Wiederaufbau Kuwaits. In Wahrheit kaufte das Unternehmen sich mit Dick Cheney einen Namen mit Gewicht im Nahen Osten, bei den multinationalen Ölkonzernen und in der US-Regierung.

Für Halliburton, den weltweit führenden Ölindustriezulieferer, waren vor allem Cheneys Öl-Connections interessant. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kauften sich amerikanische Ölkonzerne im zentralasiatischen Markt ein. Unocal, Exxon Mobil Oil, Conoco und Chevron sicherten sich allein bis zu 50 Prozent an den wichtigsten Konsortien zwischen Turkmenistan und Aserbaidschan. Chevron hatte Cheney bereits im Juni 1990 als Berater rekrutiert. Cheney damals: »Ich kann mich an keinen Zeitpunkt erinnern, an dem für uns eine Region plötzlich strategisch derart wichtig wurde wie die kaspische.« Mittlerweile sitzt er zusammen mit den Chefs von Chevron und Texaco im Kazakstan's Oil Advisory Board und hat ein Joint-venture mit Shell angeschoben. Und dann gibt es da noch die Ölfirma Ramco Energy. Die hat große Erdölvorkommen in Aserbaidschan entdeckt. Bevor Cheney als Vize ins Weiße Haus ging, fädelte er als Vorstandschef von Halliburton mit Ramco einen Großdeal am Kaspischen Meer ein. Der wurde im Mai 2001 mit der Regierung von Aserbaidschan besiegelt. Ramco und Halliburton arbeiten nun eng zusammen, um das Öl aus dem Kaspischen Meer zu pumpen.

Sämtliche Konzerne investierten in der Folge 20 Milliarden Dollar in die Erschließung der Vorkommen. Doch gab es von Beginn an ein ernsthaftes Transportproblem. Zentralasien liegt fernab der Weltmeere. Das Öl muß in die Häfen, um mittels Tanker in die USA verschifft zu werden. Verschiedene Pipeline-Routen über Land wurden diskutiert, geplant und verworfen. Die ökonomischste Lösung wäre eine Pipeline, die vom Kaspischen Meer über Afghanistan bis nach Pakistan führt. Cheneys Firma Halliburton übernahm Mitte der neunziger Jahre – vorläufig – den Milliardenjob für Bau und Versorgung der Pipeline quer durchs Reich der Taliban. Auch die diesbezügliche Expertise wurde von ihr erstellt.

Mit Hilfe der CIA, des pakistanischen Geheimdiensts SIS und Saudi-Arabiens war Anfang der neunziger Jahre das Taliban-Regime in Afghanistan installiert worden. Umgehend »... trafen sich die Amerikaner mit den Taliban, um über eine Leitung vom turkmenischen Danletabat durch Afghanistan ins pakistanische Gwadar zu sprechen«, so der Experte der Deutschen Bank, Conrad. Die »Schüler des Islam« wurden als Wächter der Pipeline auserkoren. 180 Millionen Dollar Wegezoll jährlich handelten die Taliban mit der US-Regierung und dem US-Ölkonzern Unocal aus. Der Plan wurde verworfen, als sich die politische Lage der Region als instabil erwies. Die Taliban verprellten die USA durch Attentate, wollten wohl auch das Geschäft mit den saudischen Ölscheichs alleine machen. Damit war ihr Schicksal bereits 1998 besiegelt. Schon im August dieses Jahres bombte das US-Militär einige Taliban-Posten weg.

Im Ergebnis des Afghanistankrieges sicherten sich die USA Ende 2001 endgültig den Zugang zu dem energiepolitisch und strategisch brisanten Gebiet Pakistan/Afghanistan und zu den Erdöl- und Gasvorkommen Zentralasiens und des Kaspischen Meeres. Mittlerweile unterhält das US-Militär ein halbes Dutzend neuer Militärstützpunkte in Afghanistan und den zentralasiatischen Staaten Kirgisien, Tadschikistan, Usbekistan. Die sollen langfristig dort belassen werden, um amerikanischen Ölmultis den Zugang zu den Gas- und Erölreserven der Region zu sichern.

Auch der Bau der Erdöltrasse durch Afghanistan ist nun wieder im Gespräch. »Eine Trasse durch Afghanistan ist nicht nur billig, sie ist auch schnell zu bauen«, urteilt Hilmar Rempel von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. Das »Umweltjournal« berichtete im Januar 2002: »Diese Leitung soll in etwa zwei bis drei Jahren gebaut werden.« Im Juli 2002 traf Dick Cheney beim Energy Task Force Meeting, das sich mit dem Pipelinebau beschäftigt, mit den Verantwortlichen von Halliburton, Enron und Unocal zusammen. Über das Ergebnis hüllt er sich in Schweigen. Die afghanische Regierung bevorzugt Unocal, vielleicht weil der Regierungschef Harmid Karsai dort einst in Lohn und Brot stand. Möglich ist aber auch, daß Cheneys Firma Halliburton die Pipeline vom Kaspischen Meer bis zum pakistanischen Seehafen Gwandar bauen wird.

Zurück zu Cheneys Karriere bei Halliburton. 1995, kurz nach seinem Einstieg, übernahm der Konzern die Firma Brown & Root. Die war unter Cheneys Amtszeit als Verteidigungsminister in das militärische Geschäft eingestiegen. Cheney begann nun abzukassieren, was er in die Wege geleitet hatte. Zwischen 1992 und 1999 bezahlte das Pentagon mehr als 1,2 Milliarden Dollar für den Einsatz und die Arbeit von Brown & Root an allerlei Unruheplätzen rund um den Globus.

Unter Cheneys Führung wuchs Halliburton. Die 1919 gegründete Firma hat mittlerweile 100.000 Angestellte und Niederlassungen in 120 Ländern. Vom Bohrturmleasing bis hin zu seismischen Tests reicht ihr Angebot. Cheney vermehrte die Zahl ausländischer Tochterfirmen von 9 auf 44. Zwischen 1995 und 2000 siedelte er, nach Mitteilung des Verbraucherschützers Ralph Nader, eine ganze Reihe davon in Steueroasen auf den Bermudas und den Cayman-Inseln an. »Als Cheney noch bei Halliburton war, hat das Unternehmen vom Bund Aufträge im Wert von 2,3 Milliarden Dollar erhalten. Das war doppelt soviel wie in den fünf Jahren zuvor«, berichtete der »Tagesspiegel« im Jahre 2001.

Cheney scheute auch illegale Geschäfte nicht. Als Chef des Halliburton-Konzerns ordnete er im Herbst 1998 den Verkauf von Ölfördertechnologie im Wert von 50 Millionen Dollar an. Empfänger: der Irak, sein einstiger (und zukünftiger) Gegenspieler. Die internationale Staatengemeinschaft hatte Sanktionen über Saddams Imperium verhängt. Cheney umging das Embargo mit Hilfe einiger Firmenableger in Europa. Halliburtons Subunternehmen Dresser Industries Inc. und Ingersoll-Rand exportierten Wasser- und Abwasserpumpen, Ersatzteile zur Ölförderung und Pipeline-Zubehör, um den irakischen Ölterminal Khor al Amaya zu reparieren. Den hatte die US- Luftwaffe im von Cheney gemanagten Golfkrieg zerstört. Cheney erklärte, »Irak ist schwierig«, und schwieg ansonsten. Der frühere Chairman von Ingersoll-Rand, James E. Perrella, behauptet: »Oh, definitiv, er hatte Kenntnis vom Geschäft.« Halliburtons versteckte Irak-Deals von 1997 bis 2000 waren umfangreich: 73 Millionen Dollar Auftragsvolumen – Equipment für Ölproduktion und Ersatzteile.

Der Expolitiker Cheney wurde bei Halliburton plötzlich vermögend. Als dessen Direktor verdiente er jährlich 2 Millionen Dollar und war zugleich der größte Shareholder des Konzerns. Er verfügte über Aktien und Optionen im Wert von 40 Millionen Dollar. Als ihm Bush junior 2002 die Vizepräsidentschaft anbot, verkaufte er im August desselben Jahres Aktien im Wert von 20 Millionen. Die Gewinne aus dem Rest sollen an Stiftungen übertragen worden sein. Eine satte Abfindung über mehrere Millionen Dollar im Jahr 2000 versüßte ihm zusätzlich den Weg ins Amt des Vizepräsidenten. Auch seine Pensionsansprüche beim Ölriesen liegen im Millionen-Dollar-Bereich. Dabei scheint die Liaison mit dem Konzern längst noch nicht beendet zu sein – es gibt Hinweise darauf, daß Cheney nach wie vor Teilhaber bei Halliburton ist.

Als Cheney im Jahr 2000 Vizepräsident der USA wurde, setzte er vorsorglich seinen langjährigen engen Vertrauten, den Vier-Sterne-Admiral Joe Lopez, früher Chefkommandeur der US-Streitkräfte in Südeuropa, als Vermittler zwischen Regierung und Halliburton ein. Seither machen Halliburton und insbesondere das Subunternehmen Brown & Root richtig Kasse. Ihnen fliegen die Verträge vom Pentagon nur so zu.

Schon der Balkanvertrag war für Brown & Root äußerst profitabel. 740 Millionen Dollar nahm die Firma während der US-Militäroperationen im ehemaligen Jugoslawien ein – für den Aufbau von Abwassersystemen, Küchen, Duschen, die Reinigung der Bekleidung für 20.000 US-Soldaten etc. Im Herbst 2001, als die UCK in Mazedonien am Ziel war und die Waffen ruhen ließ, durfte Brown & Root eine Machbarkeitsstudie für eine Ölpipeline – Projekttitel AMBO – für ein Konsortium aus BP-Amoco-ARCI, Chevron und Texaco erstellen. Dabei geht es um den transeuropäischen Korridor »Nummer VIII« mit Straßen, Tunnels, Brücken, Schienen, Hafen- und Wasserstraßenanschlüssen, Gas- und Glasfaserleitungen, also um die infrastrukturelle Erschließung weiterer Profitmöglichkeiten auf dem Balkan. Laut »FAZ« vom 27.8.2001 ist eine Investitionssumme von 1,13 Milliarden Dollar vorgesehen. Die AMBO-Trasse soll vom Schwarzmeerhafen Burgas durch Bulgarien und Mazedonien bis Vlore an die albanische Adria führen. Mit einer Kapazität von 750.000 barrel/day wird die Pipeline den Benzinbedarf von 20 Millionen europäischen Autos decken. Über sie wacht die US-Festung Camp Bondsteel in der amerikanischen Besatzungszone des Kosovo. Bondsteel ist die größte Militärbasis außerhalb der USA seit dem Vietnamkrieg, benannt nach Sergeant James Leroy Bondsteel, einem Rambo, der in einer vierstündigen Schlacht zehn Vietcongbunker zerstört und unzähligen US-Soldaten das Leben gerettet haben soll. Ausstattungs- und Versorgungsfirma dieses Camps: Dick Cheneys Brown & Root.

Im Juli 2002 schloß Halliburton mit dem Pentagon einen Vertrag über die logistische Unterstützung des US-Militärs in Afghanistan. Bereits Ende April/Anfang Mai 2002 waren die ersten Beschäftigten von Brown & Root auf der Bagram Airbase in Südafghanistan angekommen, um das dortige Camp zu übernehmen. Auch die Khanabad Airbase in Usbekistan, ein Hauptstützpunkt im Krieg gegen Afghanistan, steht jetzt unter der Leitung dieser Firma. Brown & Root kümmern sich um die Instandhaltung der Lager, um Wäsche, Lebensmittelbeschaffung und Landebahn. Der Sprecher des US Army Operations Support Command in Alexandria, Virginia, mochte sich auf Nachfrage nicht festlegen, ob noch weitere US-Camps in Manas, Kirgisien, Afghanistan oder Pakistan von Brown & Root übernommen werden. Das Ganze ist Bestandteil eines neuen Zehn-Jahres-Vertrags zwischen Brown & Root und dem Pentagon, der am 14.12.2001 unter der Bezeichnung Logistics Civil Augmentation Program (LOGCAP) unterzeichnet wurde.

In Übereinstimmung mit dem LOGCAP-Abkommen erhielt Brown & Root seit Ende des vergangenen Jahres Aufträge über mehr als 100 Millionen Dollar vom US State Departement für die Erhöhung der Sicherheit in den US-Botschaften – etwa in Taschkent und Usbekistan. 16 Millionen Dollar zahlt die US Navy für den weiteren Ausbau der Gefängnisse auf Guantánamo an Brown & Root.

Auch im Ausland ist das Subunternehmen von Halliburton aktiv. So zahlt die Russian Agency 283 Millionen Dollar für die Entsorgung von Flüssigbrennstoff, Raketen des Typs ICBM und den dazugehörigen Silos. Und von den Philippinen

kommen 100 Millionen Dollar für den Umbau einer früheren Schiffsreparaturwerkstatt der US Navy zu einem modernen Handelshafen. Auch die britische Armee ist nicht knauserig; sie zahlt 420 Millionen Dollar für Serviceleistungen an ihren Mammuttankern. In einem weiteren Langzeitvertrag mit dem britischen Militär wurde vereinbart, daß Brown & Root den Devonport Royal Naval Dockyard, Englands einzige Ausbesserungs- und Tankanlage für nuklear angetriebene U-Boote, betreibt bzw. wartet.

»Wir sprechen von Nepotismus auf höchstem Niveau und Vorteilsnahme auf Kosten der US-Steuerzahler«, so Pratap Chatterjee, amerikanische Radiojournalistin, die in Sachen Halliburton seit mehreren Jahren recherchiert. Der Autor des Buches *The Last Energy War,* Harvey Wasserman, schreibt: »Das Bush-Cheney Team wandelt Amerika in ein Familienunternehmen um.« Bill Hartung vom World Policy Institute sieht das ähnlich: »Cheney gibt dem Begriff Hintertür einen neuen Sinn. Wenn er nicht wiedergewählt werden sollte, so hege ich keinen Zweifel, daß er zu Halliburton zurückkehrt ... Das ist eine Company, die mehr Erfahrung mit Insider-Deals und Korruption hat als mit Effizienz.« – »Während des Zweiten Weltkriegs gab es ein Komitee beim Senat über Kriegsprofiteure. Ich denke, wir sollten es wieder einsetzen und bei Brown & Root ermitteln.«

Das dürfte den Politgeschäftsmann Cheney nicht beeindrucken. Drei Herzanfälle hat er schon überstanden. Sein vierfacher Bypass wird ihn an rein gar nichts hindern.

Jürgen Cain Külbel ist freier Autor und lebt in Bremen

Konkret 10/02, S. 27

Thomas von der Osten-Sacken

Revolte in Ramallah

Hat mit dem Rücktritt seines Kabinetts am 11. September die Entmachtung Arafats begonnen?

»Unser Ziel bestand darin, die Regierung zu stürzen, und jetzt ist die Regierung gestürzt«, erklärte der Fatah-Abgeordnete Jamal al-Shobaki der israelischen Zeitung »Ha'aretz«, nachdem erstmals in der neueren Geschichte ein arabisches Parlament die Exekutive zum Rücktritt gezwungen hatte. Ausgerechnet am 11. September reichte in Ramallah das palästinensische Kabinett geschlossen seine Demission ein, um so einem Mißtrauensantrag des Parlaments zuvorzukommen. Yassir Arafat versuchte bis zur letzten Minute, seine 21 Kabinettsmitglieder, denen in den vergangenen Wochen die palästinensische Presse in zunehmend scharfer Form Inkompetenz und Korruption vorgeworfen hatte, zu retten. Dabei waren es nicht etwa radikale Abgeordnete, sondern vor allem als gemäßigt geltende und zum Teil sogar zu Arafats engsten Beratern gehörende alte Fatah-Funktionäre, die auf dem Mißtrauensvotum bestanden. Der Kolumnist der »Jerusalem Post«, Kaled Abu Toameh, sieht in der »Palastrevolution« in Ramallah den bisherigen Höhepunkt einer langsamen Entmachtung Arafats durch die Fatah, die bereits im April nach dem Wiedereinmarsch israelischer Truppen in die Westbank begonnen habe, die Politik des »alten Mannes« als selbstzerstörerisch zu kritisieren.

Erst kürzlich hatte der hohe PLO-Funktionär Nabil Amr der Zeitung »Al- Hayat al-Jedida«, jenem offiziellen Verlautbarungsorgan der Palästinensischen Nationalbehörde (PNA), das je nach Tageslaune die Nazis entweder für ihre Judenpolitik lobt oder den Holocaust als zionistische Erfindung leugnet, erklärt, die »zweite Intifada« sei für die Palästinenser zum Debakel geworden. In einem »offenen Brief an Yassir Arafat« erinnerte er daran, daß »vor Freude auf den Straßen getanzt wurde, als wir vom Scheitern in Camp David erfuhren«, und daß man »Bilder von Präsident Clinton mit Dreck bewarf, der sich immerhin mutig für einen Palästinenserstaat mit geringfügigen Grenzverschiebungen einsetzte«. Nach zwei Jahren Intifada fordere man nun, was Arafat damals abgelehnt hatte – »mit dem Unterschied, daß wir es sicher nicht bekommen werden«.

Es sei erstaunlich, so der israelische Kolumnist Danny Rubinstein, daß plötzlich ein PLO-Funktionär die Angebote von Camp David als »historische Chance« bezeichne, zumal in einer Zeitung, die auf den Lohnlisten der PNA stehe. In den vergangenen zwei Jahren hatte kaum eine Handvoll Palästinenser öffentlich an der Politik Arafats Kritik geübt, außer daß ihm zu große Kompromißbereitschaft gegenüber der »zionistischen Entität« vorgeworfen wurde. Nun fordert selbst Abdel Razek Yehiyeh, den Arafat vor einigen Wochen, im Rahmen eines angekündigten Reformprozesses, zum neuen Innenminister der PNA ernannt hatte, ein völliges Ende der Gewalt gegen Israel, man solle statt dessen künftig auf gewaltlosen Widerstand setzen.

Seit längerem stellen auch israelische Beobachter einen gewissen Wandel vor allem innerhalb von Arafats Fatah-Bewegung fest. Während es einerseits dem israelischen Militär zunehmend gelinge, Terrorzellen auszuheben und Anschläge im Vorfeld zu verhindern, veranlasse die durch Ausgangsperren bedingte katastrophale wirtschaftliche und soziale Lage immer mehr Palästinenser zuzugeben, daß die Intifada gescheitert sei, so der Herausgeber der in Ostjerusalem erscheinenden Zeitung »Al-Quds«. Seit Monaten ist die marode Wirtschaft in den Palästinensergebieten faktisch zum Erliegen gekommen, die Arbeitslosenquote beträgt weit über 50 Prozent, und inzwischen soll jeder fünfte Palästinenser seine Grundversorgung mit Lebensmitteln nicht mehr decken können, während weiterhin Millionensummen, vor allem aus der EU und den arabischen Staaten, im korrupten Apparat der PNA versickern.

In Israel ist man sich sicher, daß – sollte sich der 11.9. in Ramallah als erster Schritt zur Entmachtung Arafats und zu einem damit einhergehenden Politikwechsel der Palästinenser erweisen – dies vor allem dem harten Durchgreifen der israelischen Armee und der kompromißlosen Haltung der Bush-Administration in ihrer Nahostpolitik zu verdanken ist. Die Drohungen gegen Saddam Hussein, den ideellen Gesamtpaten aller palästinensischen Terrorkommandos, scheinen auch hier Wirkung zu zeigen. Obwohl die EU weiterhin alles in ihrer Macht stehende unternimmt, Arafat zu stützen, und ihre Emissäre der Fatah sogar eine umgehend von Israel zurückgewiesene Erklärung aufsetzten, in der es hieß, man wolle künftig auf Terror innerhalb Israels verzichten, ist Arafat so isoliert wie nie zuvor seit seinem Amtsantritt 1994.

Insbesondere der neue Generalstabschef der israelischen Armee, Moshe Ya'alon, setzt auf eine systematische Zerschlagung des palästinensischen Widerstands und schätzt die Rückendeckung aus den USA: »Die Amerikaner verstehen langsam, daß der Konflikt mit den Palästinensern ein untrennbarer Teil des weltweiten Kriegs gegen den Terrorismus ist.« Mit Härte und Kompromißlosigkeit müsse, so Ya'alon, den Palästinensern beigebracht werden, daß sich Terrorismus nicht auszahle. Ihm zufolge sprechen die Palästinenser nämlich weiterhin »mit drei Zungen; auf arabisch fordern sie den Djihad und die Nichtanerkennung des Existenzrechts Israels, auf englisch sprechen sie von Besatzung, Kolonialismus und Apartheid, und auf hebräisch fordern sie den ›Frieden der Aufrechten‹. Was sie wollen, ist Israel in einen palästinensischen Staat verwandeln.«

Allerdings ist man sich innerhalb der israelischen Regierung uneins über die künftige Linie. Verteidigungsminister Benjamin Ben Eliezer und Shimon Perez fordern nun, die positiven Signale aus Ramallah zu honorieren. Ben Elizier begrüßte den Rücktritt des palästinensischen Kabinetts als wegweisende Entscheidung und erklärte: »Es reicht nicht mehr aus, den Palästinensern nur zu zeigen, was sie zu verlieren haben, wir müssen ihnen auch Hoffnung für eine bessere Zukunft bieten können.« Sein »Gegenspieler« Ya'alon dagegen ist überzeugt, daß ausschließlich weiterer Druck die gewünschten Resultate bringt. Nur gezielte Präventivschläge gegen den Terrorismus, der einem »Virus« gleiche, die Aufrechterhaltung der israelischen Kontrolle in der Westbank und eine Ablösung Arafats garantierten das langfristige Überleben Israels.

Die Signale, die Ariel Sharon aussendet, sind doppeldeutig. Anläßlich des jüdischen Neujahrsfestes sah er erstmals Anzeichen eines Wandels auf palästinensischer Seite und sprach von einem möglichen Durchbruch. Sein Büro kündigte sogar Gespräche mit dem palästinensischen Unterhändler Mahmoud Abbas (Abu Mazen) an. Gleichzeitig beschuldigte er erneut die PNA, ein Netzwerk des Terrors zu unterhalten, und verglich Arafat mit Saddam Hussein und Bin Laden.

Auch Sharon weiß, daß der »Sieg des palästinensischen Volkes«, wie ein palästinensischer Abgeordneter den Rücktritt des Kabinetts bezeichnete, nicht unbedingt ein Neuanfang sein muß. Denn weder die radikalen Organisationen innerhalb der Fatah noch die Islamisten unterstützen den Wandel, vielmehr setzen sie weiter auf Terror gegen Israel. Und vielen Palästinensern fällt es schwer, sich nunmehr einzugestehen, daß die sogenannte Al-Aksa-Intifada ihnen nichts gebracht hat. Anders als von ihnen (und der EU, Arafats treuem Alliierten) erhofft, gelang es nämlich bislang nicht, mit Anschlägen auf Zivilisten und permanente Vernichtungsdrohungen die israelische Gesellschaft so zu zerrütten und zu spalten, daß sie bereit gewesen wäre, Zugeständnisse an den Terrorismus zu machen.

Konkret 10/02, S. 28

Oliver Tolmein

Hegemonie und Strafrecht

Warum die USA die Möglichkeiten des Internationalen Gerichtshofs beschneiden möchten

»Jedesmal, wenn sich eine Gesellschaft in der Krise befindet, richtet sie instinktiv ihren Blick auf ihre Ursprünge und sucht dort nach einem Zeichen.«

Octavio Paz

»Wir sind Demokraten, auch wenn es die Besatzungsmächte an Demokratie mangeln lassen. Wir müssen die Demokratie verteidigen, auch gegen die Besatzungsmächte.«

Kurt Schumacher

In Helsingör, wo Hamlet einst im Selbstgespräch seine Herzens- und Gewissensnöte austrug, ließ der Koordinator der EU-Außenpolitik, Javier Solana, anläßlich des letzten Außenministertreffens seinen Gefühlen öffentlich freien Lauf und verkündete vor versammelter Medienmenschheit: »Der Internationale Strafgerichtshof wird von allen EU-Mitgliedstaaten sehr geliebt.« Wenn Gerichte zum Objekt sehnsüchtiger Gefühle werden, ist es um das Recht, das Nüchternheit verlangt, in der Regel schlecht bestellt. Das gilt gerade auch fürs internationale Recht, das ohne eine weltweit verbindliche gesetzliche Basis viel mehr noch von Kompromiß und Verhandlung lebt, als das zur Not mit dem staatlichen Gewaltmonopol durchsetzbare Recht der Nationalstaaten.

Daß in Zusammenhang mit der an Schärfe zunehmenden Kontroverse über Einrichtung und Ausgestaltung des Ständigen Internationalen Strafgerichtshofs nun gelegentlich auch das Innerste nach außen gekehrt wird, paßt zwar einerseits zu den emotionalisierten Debatten über Strafrecht, die auch aus den Nationalstaaten bekannt sind. Es steht aber in offenem Widerspruch zum sonst recht pragmatisch motivierten Umgang mit Recht in den internationalen Beziehungen, wie ihn gerade auch die EU-Staaten beispielsweise in Zusammenhang mit dem Angriff der Nato-Staaten auf Ex-Jugoslawien 1999 pflegten, der vom Völkerrecht kaum und von der Uno ganz sicher nicht gedeckt war. Mit einigem Engagement wandten sich damals aber nicht nur die USA, sondern auch Deutschland, Frankreich oder die Niederlande, um nur einige der heutigen Streiter im Kampf ums internationale Recht zu nennen, gegen eine Auseinandersetzung mit den rechtlichen Problemen des Luftkriegs vor dem Internationalen Gerichtshof und erst recht gegen eine Übernahme der Verantwortung für Verstöße gegen das Kriegsrecht vor dem Internationalen Ad- hoc-Kriegsverbrechertribunal für das frühere Jugoslawien.

Die Front derer, die damals so vehement gegen eine umfassende juristische Aufarbeitung des Kriegs auf internationaler Ebene antraten, ist mittlerweile nicht einfach nur zersplittert. Einige der EU-Staaten haben sich mit der Bundesrepublik Deutschland an die Spitze der Befürworter einer weit ausgedehnten internationalen Strafgerichtsbarkeit gesetzt. Gerade das Land, in dem so viele Rechtswissenschaftler jahrzehntelang eifrig bemüht waren, die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse als Siegerjustiz zu delegitimieren, wird offenbar nun vom Ehrgeiz getrieben, das Musterland des internationalen Strafrechts zu werden. Passend dazu hat die rotgrüne Bundesregierung mit einem bereits in Kraft getretenen eigenen Völkerstrafgesetzbuch auch die Voraussetzungen dafür geschaffen, überall dort einzugreifen zu können, wo es opportun erscheint und wo der Internationale Strafgerichtshof, aus welchen Gründen immer, selbst nicht anklagt.

Auf der anderen Seite arbeiten die USA daran, den Ständigen Internationalen Strafgerichtshof, dessen Gründung sie selbst jahrelang nachdrücklich unterstützt haben, in die Bedeutungslosigkeit zu drängen, bevor noch die ersten Richter gewählt sind. Die Bush-Administration drängt in bilateralen Verträgen mit Drittstaaten darauf, daß die Nichtauslieferung von US-Soldaten an den Den Haager Strafgerichtshof verbindlich zugesagt wird. Als Druckmittel dienen Wirtschaftshilfe, politische Unterstützung bei den Nato-Beitrittsverhandlungen und der Waffenhandel. Die Phalanx der EU-Staaten wollen die USA durch ein bilaterales Abkommen mit Großbritannien oder Italien aufbrechen: Großbritannien ist der EU-Staat, der selbst am stärksten in die Interventionen der USA involviert ist, Italiens Regierungschef Berlusconi hat zu den anderen EU-Staaten, vor allem aber auch zum Recht ein äußerst, nun ja: pragmatisches Verhältnis.

Gleichzeitig ist es der Bush-Administration im Juli gelungen, im UN-Sicherheitsrat die Resolution 1422 durchzusetzen. Mit diesem Beschluß will der UN-Sicherheitsrat den Internationalen Ständigen Strafgerichtshof daran hindern, Ermittlungen gegen Bürger von Staaten einzuleiten, deren Heimatländer dem IStGH-Statut nicht beigetreten sind, wenn die Handlungen, die ihnen vorgeworfen werden könnten, in Zusammenhang mit einer von der Uno autorisierten friedenserhaltenden oder friedensdurchsetzenden Maßnahme stehen. Diese eingeschränkte Immunität gilt nur für ein Jahr, sie kann aber Jahr für Jahr verlängert werden. Ob der Sicherheitsrat überhaupt die Kompetenz hat, diese nur zeitlich begrenzte prinzipielle Immunität für ein Gericht zu erlassen, das kein UN-Gremium ist, sondern auf einem mehrseitigen

völkerrechtlichen Vertrag basiert, ist unter Juristen auf der ganzen Welt umstritten. Vieles spricht dafür, daß der Sicherheitsratsbeschluß zwar nicht rechtmäßig ist – wirksam ist er aber auf jeden Fall.

Überdies haben die USA zu einem im internationalen Vertragsrecht äußerst ungewöhnlichen Mittel gegriffen, indem sie die Unterschrift, mit der sie das Rom-Statut des IStGH signierten, offiziell zurückzogen. Ihre Vorstöße auf internationaler Ebene gegen den neuen Strafgerichtshof, der bislang noch nicht einmal über einen Etat, geschweige denn über Richter oder Ankläger verfügt, werden innenpolitisch flankiert durch den Servicemembers-Protection-Act, der die Regierung befugt, US-Soldaten, die trotz allem vor ein internationales Strafgericht gestellt werden, mit Gewalt zu befreien.

Daß die USA so brachial gegen den neuen Strafgerichtshof angehen, wird in der Debatte mal als »Obsession« charakterisiert, mal damit erklärt, daß die USA reichlich Anlaß zur Sorge hätten, der Strafgerichtshof könnte gegen Soldaten ihres Landes ermitteln wollen. Tatsächlich hat sich im Vorfeld der Verabschiedung des Rom-Statuts von 1998 gezeigt, daß der Einfluß der USA in der Versammlung der Vertragsstaaten, die Richter und Ankläger wählen, die aber auch die Kompetenzen des Gerichts erweitern können, begrenzt ist. Die USA haben hier, anders als im UN-Sicherheitsrat, kein Vetorecht und können, anders als innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO), deren Gremien ebenfalls verbindliche Beschlüsse fällen und die den USA keine besonderen formalen Rechte zugestanden hat, auch nicht mit Hilfe ökonomischer Beeinflussung Entscheidungen in die von ihnen gewünschte Richtung lenken. Zudem bleiben im Bereich des Handels am Ende immer noch Verhandlungsmöglichkeiten offen. Das Strafrecht erfüllt aber, so wie es auf internationaler Ebene diskutiert wird, keinen operationalisierbaren Zweck, sondern ist selbst Ausdruck moralischen Handelns. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß seine Protagonisten, die sich als Agenten der Menschenrechte wahrnehmen, versuchen werden, seinen Wirkungsraum zunehmend zu erweitern.

Daß die Vertragstaatenkonferenz die von den USA so dringend verlangte Möglichkeit, das Gericht durch den Sicherheitsrat wenigstens ansatzweise kontrollieren zu lassen, abgewiesen hat, ist ein weiteres Indiz dafür, daß die internationale Strafgerichtsbarkeit, so wie sie jetzt etabliert werden soll, keinen Primat der Politik anerkennen will. Was im Rahmen eines auf Gewaltenteilung aufbauenden Nationalstaates plausibel und wünschenswert erscheint, muß im weitaus weniger formal organisierten internationalen System, das von Akteuren geprägt ist, die auf allen Ebenen um Einfluß und Macht konkurrieren, kein Fortschritt sein. Bleiben im Nationalstaat Morde oder auch Betrügereien ungesühnt, verfällt dennoch im allgemeinen die Gesellschaft nicht dem Chaos. Am Beispiel des Nahostkonflikts läßt sich jedoch leicht zeigen, wie die selektive Durchsetzung von (Straf-)Recht dazu führen kann, daß die politischen Verhältnisse zum Tanzen gebracht werden.

Auch wenn also, wie das Beispiel des Kriegsverbrechertribunals für das frühere Jugoslawien zeigt, die Gefahr so groß nicht ist, daß GIs oder US-Außenpolitiker sich vor den Schranken des neugeschaffenen Internationalen Strafgerichts verantworten müssen, bedeutete die Anerkennung einer solchen Instanz in jedem Fall eine teilweise Aufgabe staatlicher Souveränität und politischer Handlungsmöglichkeiten, ohne daß dem aus Sicht der USA ein Vorteil entspräche. Auch wenn das nicht der Grund für die ablehnende Haltung der Amerikaner gegenüber dem IStGH ist, sollte zumindest angemerkt werden, daß keineswegs ausgemacht ist, daß die Wahrung von Menschenrechten ausgerechnet mit Hilfe des internationalen Strafrechts besonders wirkungsvoll durchgesetzt und abgesichert werden kann. Erfahrungen, die mit internationalem Strafrecht bislang gemacht wurden, lassen dessen politische Wirksamkeit für die Durchsetzung von Menschenrechten eher zweifelhaft erscheinen.

Die Schärfe der gegenwärtigen Auseinandersetzung um den Internationalen Ständigen Strafgerichtshof, die nicht zufällig ihr Echo auch in der harten Kontroverse um die Angriffspläne der US-Regierung gegen den Irak gefunden haben, hat deswegen auch wenig mit der Idee des internationalen Strafrechts selbst zu tun. Den Staaten, die sich gegenwärtig als treibende Kraft einer weitergehenden Verrechtlichung der internationalen Beziehungen profilieren, ist zu einem erheblichen Teil daran gelegen, auf diesem Weg zu erreichen, was wirtschafts- und militärpolitisch derzeit ausgeschlossen scheint: den weltpolitischen Handlungsspielraum der USA einzugrenzen und damit die eigene Position auszubauen.

Daß die USA nicht nur Anstrengungen unternehmen, um sich gegen diese prinzipielle Begrenzung ihrer Souveränität zu behaupten, sondern auch überall dort querstellen, wo es punktuelle völkerrechtliche Abkommen gibt, beispielsweise zum Klimaschutz, hat ihre Position spürbar geschwächt. Die Härte, die sie derzeit selbst gegen die in Bündnisse mit ihr eingebundenen EU-Staaten aufbringen muß, um ihre Interessen zu wahren, signalisiert, daß sie im Konkurrenzkampf um die Hegemonie ihre herausgehobene Stellung in der Weltpolitik schon mittelfristig einbüßen könnten. Ob die im gleichen Zug zu beobachtende Orientierung der USA auf den südasiatischen, pazifischen Raum diese Entwicklung bremsen kann, wird sich zeigen.

Oliver Tolmein hat den Band »Welt Macht Recht – Konflikte im internationalen System nach dem Kosovo-Krieg« veröffentlicht (Konkret Literatur Verlag)

Konkret 10/02, S. 30

Horst Panko□

Di□ idende statt Rep□ tation

R□ □ land ba□ t seine Be□ ieh□ ngen □ □ r □ Achse des B□ sen□ a□ s

Im August führte das russische Forschungsinstitut »Vtsiom« eine Umfrage unter 1.600 Russen durch. Dabei ging es auch um die Bewertung der Anschläge vom 11.9.2001. Die Frage »Stimmen Sie zu, daß die Amerikaner bekommen haben, was sie verdient haben, und daß sie nun wissen, wie sich die Menschen in Hiroshima, Nagasaki, Irak und Jugoslawien bei Angriffen gefühlt haben?« wurde von 52 Prozent mit »Ja« beantwortet.

Man sollte daraus keine vorschnellen Schlüsse ziehen. Erstens sind Russen keine Deutschen, die – wenn an der Stelle von Jugoslawien Dresden erwähnt worden wäre – wohl noch zahlreicher zugestimmt hätten. Zweitens ist bekannt, daß bei Meinungsumfragen die Formulierung der Fragen ihre Beantwortung vorprägt. Hätte die Frage gelautet »Stimmen Sie zu, daß es grausam und unmenschlich war, den Menschen in Amerika die Erfahrung von Hiroshima etc. aufzubürden?« wäre sie wohl ebenfalls überwiegend mit »Ja« beantwortet worden. Und schließlich sollte man nicht vergessen, daß die nach dem 11.9.2001 erfolgte Annäherung zwischen den USA und der GUS von der russischen Bevölkerung weitgehend begrüßt wird. Ein »Bündnis gegen den Terror«, insbesondere den islamischen der tschetschenischen Gotteskrieger, die ihren Djihad längst vom Kaukasus auf russische Metropolen ausgedehnt haben, gilt als unverzichtbar.

Gleichwohl verweist eine solche Umfrage auf Unsicherheiten der russischen Außenpolitik. Einerseits befindet sich das postsowjetische Rußland, was die Bedrohung durch irrationale Vernichtungsattacken betrifft, in einer ähnlichen Lage wie die von islamischer Seite als »großer Teufel« dämonisierten USA, hat also ein elementares Interesse, am diplomatischen und vor allem militärischen Potential der »letzten Supermacht« zu partizipieren. Andererseits ist das Bündnis zwischen einer führenden und einer quasi auf Drittweltniveau herabgesunkenen Ex-Weltmacht keine Wohltätigkeitsveranstaltung. Trotz aller offiziell deklarierten Gemeinsamkeit hat doch jeder für seine Kosten selbst aufzukommen. Und da beginnen die russischen Probleme.

Von deutschen Beobachtern werden sie mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. »Die Mitgliedschaft in der Anti-Terror-Allianz«, schreibt die »Süddeutsche Zeitung«, »hat Rußland bislang Reputation verschafft, aber wenig Dividende. Amerikanische Investoren etwa sind nach wie vor äußerst zurückhaltend.« Dieser Umstand provozierte den »Spiegel« gleich zu einer eindrucksvollen Miniatur internationaler Küchenpsychologie: Der russische Präsident Putin gleiche »einem Mann, der in einer Zweckehe steckt – und der weiß, daß er nicht treu sein kann«. Als Indizien für die bereits vollzogene Untreue gelten Rußlands intensive Beziehung zu den Staaten der von US-Präsident Bush ausgemachten »Achse des Bösen«: Irak, Nordkorea, Iran. Während »Le Monde« sich in diesem Zusammenhang veranlaßt sieht, eine »gewisse Instabilität in den amerikanisch-russischen Beziehungen« festzustellen, drängt sich hierzulande scheinbar zwingend die Frage auf: »Ist Rußlands Flirt mit dem Westen also schon nach einem Jahr wieder beendet?« (»SZ«). Unberechtigt ist diese Frage nicht, wenngleich sie besser lautete: »Kann Rußland sich einen solchen Flirt überhaupt leisten?«

Das zwischen Rußland und dem Irak in der ersten Augusthälfte vereinbarte Kooperationsabkommen hat jedenfalls ein Volumen von etwa 40 Milliarden Dollar. Rußland liefert dem Irak dafür in einem Zeitraum von fünf Jahren Ausrüstung und Unterstützung für die Bereiche Ölindustrie, Chemieproduktion, Bewässerung, Eisenbahnbau sowie Verkehrs- und Kommunikationsprojekte. Darüber hinaus steht der Irak noch aus sowjetischen Zeiten bei Rußland stark in der Kreide. Auf die Rückzahlung dieser Schulden will natürlich auch Putin nicht verzichten. Als nach der Vereinbarung des Abkommens der irakische Botschafter in Moskau vollmundig erklärte: »Rußland war, ist und wird unser wichtigster Handelspartner bleiben«, hätte man glauben können, Rußland neige eher der deutschen Position einer duldenden Unterstützung des Hussein-Regimes zu.

Doch seitens der russischen Regierung erfolgte nicht nur die Klarstellung, man bewege sich mit dem Abkommen im Rahmen der UN-Sanktionen gegen den Irak, sondern russische Stellen bemühten sich auch – ganz im Gegensatz zur deutschen Haltung – um Kontakte mit der irakischen Opposition. Kurz nachdem in Berlin die symbolische Besetzung der irakischen Botschaft durch Oppositionelle mit allen Schikanen der Terroristenbekämpfung durch ein SEK-Kommando beendet worden war, traf sich der russische Botschafter in Washington mit dem Leiter des dortigen Büros des »Irakischen Nationalkongresses«. Dieser äußerte sich zufrieden über das Treffen und über eine in Aussicht gestellte Zusammenarbeit nach dem Sturz Husseins.

Anders sieht die Sache in bezug auf Nordkorea aus. Als Rußland im April 2001 ein Abkommen zur Kooperation im Rüstungsbereich mit dem asiatischen Zombie-Sozialismus vereinbarte, fiel die US-Reaktion sehr harsch aus. Die russisch-amerikanischen Beziehungen waren seinerzeit unterschiedlichen Einschätzungen zufolge auf dem tiefsten Stand seit dem Ende der SU. Was eigentlich, fragten sich kritische Beobachter, soll an dem Hungerleiderstaat, an dessen prekärer Situation die USA zweifellos nicht unschuldig sind, so gefährlich sein? Und vor allem: Kann er die russischen Waffen überhaupt bezahlen? Er kann.

Nordkorea selbst betreibt nämlich einen schwunghaften Waffenexport, namentlich in den Iran. Die Langstreckenraketen vom Typ »Shihaw 3« und »Shihaw 4« (Reichweite 1.300 bzw. 2.000 km), die das Mullah-Regime Anfang Mai erfolgreich testete bzw. gerade entwickelt, basieren auf der Technologie der von Nordkorea gelieferten »No-Dong-Raketen«, die ein Resultat des von Nordkorea und Rußland in Kooperation entwickelten »SLV«-Raketenprogramms darstellen. Für den Iran sind solche Waffen vor allem interessant, um israelisches Territorium beschießen zu können. Die Mullahs machen sich berechtigte Hoffnungen, nach dem absehbaren Sturz Husseins die Nachfolge als antizionistische Führungsmacht der Region anzutreten. Regionalmacht ist der Iran bereits durch nordkoreanische Waffenhilfe geworden. Anfang September wurde der erfolgreiche Start einer iranischen Rakete mit der Bezeichnung »Fatah a-110« gemeldet, die eine Reichweite von 400 Kilometern hat. Sie ist der verbesserte Typ einer chinesischen Boden-Boden-Rakete, deren technologische Voraussetzungen ebenfalls über Nordkorea geliefert wurden.

Während Rußland am Trägerraketenexport in den Iran über die nordkoreanische Connection nur indirekt beteiligt ist, könnte es zu einem direkten Lieferanten für die durch die Raketen transportierten atomaren Sprengköpfe werden. Seit sieben Jahren arbeiten etwa 4.000 russische und iranische Fachleute am Ausbau des Druckwasserreaktors Buschehr am Persischen Golf. Der Bau des AKW war 1974 vom Siemens-Konzern begonnen worden, wurde dann zunächst von einer Fatwa Chomeinis, die AKWs als »unislamisch« verurteilte, und schließlich vom iranisch-irakischen Krieg unterbrochen. Zu Beginn der neunziger Jahre hätte Siemens weiterbauen können; das wurde aber durch US-Druck auf die Regierung Kohl verhindert. Die Russen sprangen ein und kassierten dafür etwa eine Milliarde iranischer Petrodollars. Das mag angesichts des russischen Staatsdefizits nicht viel sein, doch schon winken neue Aufträge: Der russische Atomkonzern Technopromexport bestätigte am 27. August laut »Handelsblatt«, daß Rußland von 2004 an zusätzlich vier mittelgroße Atommeiler in den iranischen Städten Tabas und Ramin sowie zwei kleinere Reaktoren in Shahid Mohammad Montazeri bauen will. Insgesamt plane der Iran 15 neue Atomanlagen binnen zehn Jahren, die alle Technopromexport liefern wolle.

Ob das der »Anti-Terror-Allianz« bekommt?

Horst Pankow schrieb in KONKRET 7/02 über ein nationales Wunschkonzert

Konkret 10/02, S. 31

Joanna Wiórkiewicz

Drang nach Osten

Auch gegenüber Polen und Rußland erhält der deutsche Revanchismus mit der EU-Osterweiterung eine neue Chance. Fortsetzung des Beitrags »Achse des Bösen« (KONKRET 8/02)

Soll keiner sagen, in Nordostpolen, dem Südteil des früheren Ostpreußens, sei die deutsche Tradition tot: Zuerst eine Messe in deutscher Sprache, dann deutsche Trachtentänze, deutsche Volkslieder, gemeinsame Erbsensuppe und selbstgebackener Kuchen – so feierte das Städtchen Olsztyn den letzten Juli-Sonntag des Jahres 2002. Eingeladen hatte man zum »Sommerfest«, auf gut deutsch also. Für die Polen dieser Region war das nichts Neues. Ähnliche Veranstaltungen waren in den vergangenen Jahren in Ostróda und Olsztynek arrangiert worden. Auch diesmal war es wieder ein Bombenerfolg. Dieter Schwarz, der das Event im Auftrag der Landsmannschaft Ostpreußen organisiert hatte, schätzte die Zahl der Besucher auf 1.200 – 400 Gästen aus Deutschland und 800 sogenannte Volksdeutsche aus der Region. »Wir wollen nur freundliche Beziehungen knüpfen. Wir erwarten nichts mehr« – erklärte er sanft der polnischen Presse. Die ist in Nordpolen zu 50 Prozent in deutschem Besitz.

Ihre wahren Absichten zeigte die Ostpreußische Landsmannschaft, als sie sich im März 1997 weigerte, das Eintreten für die »nationale und staatliche Einheit Deutschlands unter Einschluß Ostpreußens« aus ihrer Satzung zu streichen. Das sind »außenpolitische Ziele(n), die im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen, zu zahlreichen internationalen Verträgen der Bundesrepublik Deutschland (u. a. dem Zwei-plus-Vier-Vertrag) und im Widerspruch zum Grundgesetz stehen. In der Präambel des Grundgesetztes heißt es, daß ›die Deutschen‹ (es folgt die Aufzählung der Bundesländer) ›die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet‹ haben«, schrieb die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke in einer Kleinen Anfrage 1995. Die Kohl-Regierung antwortete, daß »Voraussetzung für die Annahme von Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung das Vorliegen entsprechender tatsächlicher Anhaltspunkte« sei – »diese Voraussetzung liegt der Bundesregierung nicht vor«. Die Landsmannschaft Ostpreußen konnte weitermachen.

Zu ihren wichtigsten Unterstützern gehört Edmund Stoiber. Der sprach am 23. Juni auf dem Ostpreußen-Tag in Leipzig. Seine Kernthese: »Deutschland ist eine große, eine vielgestaltige Kulturnation. Und dazu gehört untrennbar Ostpreußen mit seiner reichen Geschichte und Kultur.« Unter großem Beifall forderte er die »Aufhebung der Rechtsakte ..., die zur Enteignung und Vertreibung der Deutschen aus dem heutigen Polen geführt haben« (»FAZ«). Den sogenannten Vertriebenen solle – unabhängig von den EU-Vorschriften, welche Polen nach dem Beitritt zur EU ohnehin zur Niederlassungsfreiheit für alle EU-Bürger verpflichtet – das »Recht auf Heimat« gewährt werden. In seiner Entgegnung auf Stoiber wies der polnische Premier Leszek Miller darauf hin, daß die polnischen Dekrete nach 1945, im Unterschied zu den Benes-Dekreten in der Tschechoslowakei, immer nur deutsche Staatsbürger betroffen haben, nicht aber die eigenen Landsleute deutscher Herkunft. Der frühere Justizminister Lech Kaczynski forderte, Polen müsse den EU-Beitritt davon abhängig machen, daß »Vermögens- und Grenzfragen« nicht ständig neu aufgeworfen würden.

Die deutsch-polnischen Spannungen nach der Stoiber-Rede versuchte die »FAZ« aufzulösen, indem sie nach eigenen Recherchen »in der öffentlich nicht zugänglichen Datenbank des polnischen Parlaments« darauf hinwies, daß die Dekrete, deren Aufhebung der Unionskandidat gefordert hatte, »längst rechtsverbindlich vom polnischen Gesetzgeber aufgehoben« worden sind. Ob damit die polnischen Sorgen überflüssig sind, ist jedoch äußert fraglich: Wenn »Enteignung und Vertreibung« de jure außer Kraft sind – muß dann nicht erst recht befürchtet werden, daß die Revanchisten zurückkehren und ihren alten Besitz fordern? (Nota bene: Allein dem Petitionsausschuß des Europäischen Parlaments liegen Restitutionsforderungen deutscher Staatsbürger für polnisches Eigentum im Wert von rund 1,1 Millionen Euro vor – Stand Ende 2001.) Schon vor einigen Jahren hatte Jan Maria Jackowski, wortgewaltiger Parlamentsabgeordneter der Solidarnosc-Wahlaktion, unter dem deutschsprachigen Titel »Drang nach Osten« die deutschen »Träume von einem großen Reich« und die zunehmenden »Tendenzen zur Ostkolonisation« kritisiert. »Einige Millionen Deutsche« aus der ehemaligen UdSSR sollen, so seine Befürchtung, in Polen angesiedelt werden. Nach einem EU-Beitritt Polens könnten die Deutschen ihre Ziele ungehindert durchsetzen, was »im Grunde einem faktischen Anschluß der (früheren deutschen) Gebiete an Deutschland gleichkommt«.

Volk ohne Land

Die Forderung nach Aufhebung der »Enteignungsdekrete« ist auch deswegen pikant, weil die Enteigneten schon längst entschädigt wurden, und zwar durch den bundesdeutschen Staat seit 1951 im Rahmen des Lastenausgleichs. So erhielt beispielsweise die kürzlich verstorbene Marion Gräfin Dönhoff nach eigenen Angaben 600.000 Mark. Hinzu kamen noch günstige Kredite, Integrationshilfen und steuerliche Vergünstigungen. In der DDR erhielten die Umsiedler die symbolische Summe von 4.000 DDR-Mark. Im Zwei-plus-vier-Vertrag, der völkerrechtlichen Grundlage der deutschen Wiedervereinigung, mußte die Kohl-Regierung 1990 wohl oder übel nicht nur die Westgrenze Polens garantieren, sondern

auch auf Entschädigungen für Schlesier und Ostpreußen verzichten. Doch werden die Deutschen nach dem EU-Beitritt Polens ihre früheren Besitzungen nicht ganz einfach zu einem Spottpreis aufkaufen?

Die Statistik bestätigt, daß diese Furcht nicht unbegründet ist. Schon jetzt, vor der EU-Osterweiterung, haben deutsche Staatsbürger über Sondergenehmigungen des polnischen Innenministeriums mit dem Landkauf begonnen. Das betraf im Jahr 2000 insgesamt 867 Hektar und im Jahr 2001 weitere 836 Hektar Land bester Qualität. Zielgebiet sind vor allem Schlesien, das ehemalige Ostpreußen und die an Deutschland grenzenden Regionen. Zur Erschleichung der Genehmigungen gründen die Deutschen Stiftungen und fiktive polnisch-deutsche Handelsgesellschaften, in denen der deutsche Partner heimlich das ganze Stammkapital zur Verfügung stellt und damit alle Rechte auf das Land hat. Mittlerweile befinden sich über Kauf und Verpachtung 500.000 Hektar polnischen Bodens in ausländischen, vor allem deutschen Händen. Das sind die offiziellen Zahlen. Glaubt man dem Volksmund, sind sogar 70 Prozent Schlesiens bereits in deutschem Besitz. Marek Swietlik, Direktor des Katasteramtes aus Opole (dem früheren Oppeln), kann das weder bestätigen noch dementieren. Jedenfalls, so Swietlik, ist die deutsche Nachfrage nach billigem polnischen Land und nach Immobilien sehr groß, und es gibt viele Menschen und Institutionen, die bereit sind, gegen angemessene Bezahlung gegenüber der Verwaltung die Rolle des Strohmannes zu spielen.

Die Differenz zwischen den offiziellen Zahlen und den inoffiziellen Schätzungen läßt sich vielleicht damit erklären, daß viele »volksdeutsche« Landkäufer einen polnischen Paß haben und deswegen auf dem Katasteramt als Inländer registriert sind. Die »FAZ« beziffert die Zahl der Bürger, die sich neben dem polnischen auch einen deutschen Paß besorgt haben, allein in der Region Opole auf 70.000, ein Fünftel der Bevölkerung. Der Doppelpaß ist zwar illegal, wird aber vom polnischen Staat toleriert – das ermöglicht es den Neudeutschen, ohne Probleme im reichen Nachbarland zu malochen und die polnische Armutsstatistik, die ohnehin schon 20 Prozent Arbeitslosigkeit ausweist, nicht weiter zu belasten. Schon 1994 hieß es dazu in der »Süddeutschen Zeitung«: »Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß bei vielen Autochthonen die wirtschaftliche Attraktivität der Bundesrepublik eine große Rolle spielte, nach dem in Oberschlesien weitverbreiteten Motto: ›Das Vaterland ist dort, wo die Wurst hängt.‹«

In ganz Polen soll die Zahl der Volksdeutschen mittlerweile selbst nach Warschauer Angaben 300.000 betragen – erst nach dem Fall der Berliner Mauer hatte der damalige Premier Tadeusz Mazowiecki dem deutschen Drängen nachgegeben und die Existenz einer deutschen Minderheit anerkannt. Samuel Salzborn hat in seiner sorgfältigen Studie *Heima□□ech□ □nd Volk□ □□ m□kampf. A□ □enpoli□i□che Kon□ep□e de□ Ve□ □□iebenen□e□b□□nde Umsi□□□□□□* (Hannover 2001) untersucht, wie sich diese Minderheit seither verhält. Auf der einen Seite nimmt ihr Einfluß auf der nationalen Ebene beständig ab: Bei den Wahlen 1990 gewann sie einen Sitz im Senat und sieben im Sejm, 1994 waren es ein Sitz im Senat und vier im Sejm, 1997 ging der Senatssitz verloren, und in den Sejm zogen nur noch zwei Volksdeutsche ein.

Diese Entwicklung hängt mit der stark zurückgehenden Wahlbeteiligung der Volksdeutschen zusammen – die »Warschauer« Politik interessiert sie nämlich nicht mehr. Eine gegenläufige Entwicklung zeigt sich, wenn man die Kommunalwahlen in den Siedlungsschwerpunkten der deutschen Minderheit untersucht. Im Raum Opole erreichten deren Kandidaten im Jahre 1990 26,4 Prozent und legten 1994 auf 35 Prozent zu. Bei den Wahlen 1998 war der Wahlkreiszuschnitt etwas anders, ein Vergleich ist daher nur bedingt möglich. Jedenfalls errang die »Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Deutschen« (SKGD) im Landkreis Opole 29 von 45 Sitzen, in Krapkowice 18 von 30 und in Strzelce Opolskie 19 von 35. Die polnische Tageszeitung »Gazety Wyborcza« kommentierte, daß damit »faktisch die Deutschen die Wahlen in dieser Region gewonnen« haben. Henryk Krol, Sprecher der SKGD, sah in dem Wahlerfolg ein »Signal für die Rückkehr der Schlesier«. »Wir sind in Schlesien zu Hause, die Polen sind bei uns zu Gast«, hatte er schon 1996 bei einem Deutschlandbesuch verkündet. Die polnischen Medien verschweigen oder verharmlosen diese Bestrebungen, stellen sie höchstens noch als komisch dar – der Wunsch nach einem möglichst schmerzlosen Anschluß an die EU läßt sie verstummen. Am 18. Juli 2002 wurde eine Delegation des »Bundes der Vertriebenen« (BdV), also des Dachverbandes der Revanchisten, sogar zu einer Sitzung der Sejm-Kommission für Minderheiten eingeladen, ohne daß die Presse davon Kenntnis nahm.

Das fehlende Gespür für die Gefahr läßt sich erklären: Den Slogan »Heim ins Reich« sucht man in den Schriften der deutschen Revanchisten mittlerweile vergeblich. Der heute gut zwei Millionen Mitglieder zählende BdV hat sich zwar nie von seiner Charta aus dem Jahr 1950 distanziert, doch seit Ende der sechziger Jahre arbeitet er systematisch an einer »Europäisierung« seines Forderungskatalogs. Floskeln wie »Minderheitenschutz«, »föderale Ordnung in Europa«, »Hoheitsrechte und Teilsouveränitäten« sind leider in Polen unbekannt, weswegen man dort gegen die darin steckenden politischen Absichten nicht gerüstet ist. »Die parallele Anwendung des völkischen und des regionalistischen Partikularismus macht eine militärische und aggressive Landnahme nicht mehr nötig, weil scheinbar jedem die Wahl seiner Heimat freisteht. Diese Freiheit wird nur durch die Faktizität der politischen, kulturellen und ökonomischen Kontrolle dieser Gebiete eingeschränkt«, resümiert Salzborn die Vorgehensweise des modernisierten Revanchismus.

Wie die »Faktizität der Kontrolle« funktioniert, zeigt sich am Beispiel von Szczedrzykowice in der Nähe von Opole, das unter Nazi-Verwaltung 1934 den Namen »Hitlersee« bekommen hatte. Dort hat im März dieses Jahres die SKGD eine Tafel

am Denkmal der im Ersten und Zweiten Weltkrieg gefallenen deutschen Soldaten rekonstruiert. Die Inschrift lautet: »Mit Liebe und Dankbarkeit – die Bewohner von Hitlersee«. Nach Presseberichten wurde die Tafel inzwischen entfernt.

Journalisten aus Opole bekommen täglich Briefe entsetzter Polen, die sich über den aggressiven Chauvinismus der Neudeutschen beklagen. Aber auch in diesem Fall schweigen die Medien – angeblich, um die Spannungen nicht noch zu verstärken. Auch der Landrat (»Marschall«) der Opolskie-Wojwodschaft hat kein Rezept zur Beruhigung der Lage. Ein Beispiel ist der Ort Kotlarnia in der Gemeinde Bierawa, wo die polnischen Einwohner nach erfolglosen Protesten gegen die Germanisierung des Schulunterrichts ganz im Ernst einen Verein der polnischen Minderheit gegründet haben, um die gleichen Rechte wie die deutsche Minderheit (die dort zu Mehrheit geworden ist) zu erlangen.

... bis an die Memel

Die Nervosität in Polen nimmt zu, weil die deutsche Gefahr auch von Osten droht: Mit der EU-Osterweiterung wäre die russische Oblast Kaliningrad, also der nördliche Teil des früheren Ostpreußen, vom russischen Kernland auf dem Landweg nur noch über EU-Territorium zu erreichen. Brüssel will künftig für den Transit gemäß den Schengener Regelungen Visa von den Russen verlangen und damit die Exklave de facto strangulieren; Moskau fordert im Gegenzug einen visafreien Korridor.

Ursprünglich wollte Präsident Putin einen solchen Korridor auch über polnisches Gebiet führen lassen, was geographisch völlig unsinnig ist: Der kürzeste Landweg vom russischen Kernland nach Kaliningrad führt über die baltischen Staaten; wollte man über Polen nach Kaliningrad reisen, müßte man einen großen Umweg in Kauf nehmen. Ein Korridor durch Polen wäre nur dann sinnvoll, wollte man Kaliningrad (auch) mit Deutschland verbinden. Mit einer solchen Anbindung aber haben die Polen traumatische Erfahrungen gemacht. Anfang September hat Moskau die Irritationen beseitigt; die russische Regierung fordert jetzt nur noch einen Zugangsweg über Litauen. Selbst die Visapflicht für private PKW-Reisende will Rußland akzeptieren – doch die EU-Kommission bleibt weiter hart.

Seit Jahren investiert die EU in das »europäische Kaliningrad-Projekt« (Gerhard Schröder): 40 Millionen Euro »technische Unterstützung«, davon 15 Millionen Euro für eine Pipeline aus Rußland, 2,4 Milliarden Euro für Transitkosten, zehn Millionen Euro für die Entwicklung der zollbegünstigten Sonderwirtschaftszone, drei Millionen Euro für ein Informationszentrum ... Selbstverständlich hat Deutschland ein besonderes Interesse an Kaliningrad. Es ist der wichtigste wirtschaftliche und kulturelle Partner der Exklave. Im Oktober 1999 hat ein modernes BMW-Werk die Produktion aufgenommen – die Lohnkosten in der Region sind niedriger als in Polen und Litauen; sie liegen sogar noch ein Viertel unter dem russischen Durchschnitt. Ende 2000 stellte das Auswärtige Amt in einer Expertise fest: »Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die Entwicklung einer ›EU-Enklave‹ Kaliningrader Gebiet nach der Osterweiterung der Europäischen Union grundsätzlich im bestehenden EU-Rechtsrahmen lösbar ist.« Dieser Rahmen bietet im Bedarfsfall genug Rechtstitel für weitere Einmischungen, etwa für eine brüderlichen Hilfe für ethnische Minderheiten. Unter solche subsumiert das Europäische Zentrum für Minderheitenfragen (EZM) in Flensburg, ein wichtiges Instrument der deutschen Subversionspolitik, 130.000 der 950.000 Kaliningrader.

Bereits 1989 hatte Friedrich Wilhelm Christians, der damalige Vorstandssprecher der Deutschen Bank, von der Errichtung einer »industriellen Ostseeregion K« geschwärmt. Gorbatschow versuchte daraufhin 1990, Kaliningrad samt seiner Umgebung zu verkaufen, doch 70 Milliarden Mark waren Bonn zuviel. Immer wieder gibt es Stimmen, den Deutschen ihr Königsberg kostenlos zurückzugeben, als Unterpfand für ein geostrategisches Bündnis nach Rapallo-Art. Der Gedanke, zunächst vom Rechtsextremen Schirinowski erwogen, wurde 1997 von den Generälen N. P. Klotkow und Alexander Dugin in ihrem Buch *G□ □ ndlagen de□ Geopoli□ik. Die geopoli□i□ che Z□ k□ nf□ Pi□ □ land* weiterentwickelt. »Die Achse Moskau-Berlin könnte den ganzen Komplex vieler Probleme lösen, die sowohl Rußland als auch Deutschland gegenwärtig Schwierigkeiten bereiten. Rußland würde bei einer solchen Allianz den direkten Zugang zum hohen Technologiestand Deutschlands und zudem gewaltige Investitionen für seine eigene Industrie erhalten.«

Im Januar 2001 meldete der britische »Daily Telegraph«: »Deutschland führt mit Rußland geheime Gespräche über die Abtretung Königsbergs. Nachdem Moskau seine 22 Milliarden schweren Schulden nicht gezahlt habe, beabsichtige Deutschland, Kaliningrad unter seine wirtschaftliche Kontrolle zu nehmen.« Schröder und Putin dementierten. Aber damals lag die EU-Osterweiterung noch in weiter Ferne.

In Teil 1 de□ Se□ ie □ □ell□e J□ □gen El□ □ □ □ e□ die □e□ anchi□ □i□ chen Bh□ □ dap□ □ nden-Wo□ □ □ e□ □ □ ng fo

---

Joanna Wiórkiewicz ist freie Journalistin und lebt seit 1988 in Berlin

Konkret 10/02, S. 34

Stefan Schmalz

Diktatur auf Raten

As usual: Die neue kolumbianische Regierung nutzt die Bekämpfung der Guerilla zum Abbau sozialer Leistungen und bürgerlicher Freiheiten

Am 7. August dieses Jahres rückte mit Kolumbien ein Land in das Rampenlicht der Weltöffentlichkeit, dem schon lange nicht mehr solch eine Aufmerksamkeit geschenkt worden war. Der Anlaß des allgemeinen Interesses war eine Serie von Anschlägen am Tag der Amtsvereidigung des neuen Präsidenten, die in der Hauptstadt des Landes 14 Todesopfer und 74 Verletzte forderte und in einem Raketenangriff auf den Palacio de Nariño in Bogotá gipfelte.

Die weltweite Berichterstattung hatte meist folgenden Tenor: Ein mit überwältigender Mehrheit demokratisch gewählter Präsident, der gegen die chaotischen Zustände in seinem Land vorgehen wollte, sei während seiner Amtsübernahme von einem Drogenhändlerring, der das Land schon seit Jahren terrorisiert, attackiert worden. Daß der Präsident – Álvaro Uribe Vélez – jedoch keineswegs ein Musterdemokrat ist und die Attentäter – die FARC-EP (Fuerzas Armadas Revolucionarios de Colombia – Ejército del Pueblo) – nicht das kolumbianische Pendant zum Al-Quaida-Netzwerk sind, wurde, nun ja: verschwiegen. Es hätte auch nicht zu einer Reklame gepaßt, mit welcher eine Besserung der Zustände nach dem Ende des Systemkonflikts auch für Südamerika dargestellt wird: Es gebe dort, abgesehen von Kuba, keine Diktaturen mehr.

Eigentlich schade. Denn tatsächlich hält die aktuelle Entwicklung in Kolumbien zwei Möglichkeiten von »Demokratie und Marktwirtschaft« bereit, die einen genaueren Blick lohnen. Erstens: Der auch anderwärts wohlbekannte Kasinokapitalismus wandelt sich hier gerade zum Kasernenkapitalismus um. Zweitens: Anders als in den Zeiten der Stroessners und Somozas wird eine lateinamerikanische Diktatur nicht mehr herbeigeputscht, sondern sie präsentiert sich als eine Demokratie im Kriegszustand mit dem Zweck, einen Gegner auszuschalten, mit dem die alten Regimes über Jahrzehnte nicht fertig geworden sind.

Die älteste Guerilla Lateinamerikas

Eine Besonderheit der kolumbianischen Geschichte besteht darin, daß sich eine Guerillaorganisation über Jahrzehnte als Faktor der Innenpolitik behaupten konnte und damit die oppositionelle Zentralachse bildete, deren Bekämpfung das Hauptziel aller Varianten der herrschenden Politik sein mußte: die FARC-EP. Sie waren in »La Violencia« – einem blutigen Bürgerkrieg 1948-1957 – aus Bauernselbstverteidigungsverbänden und Revolutionsgemeinden hervorgegangen, hatten sich 1964 neu gegründet und konnten, anders als viele lateinamerikanische Guerillas, auf eine breite bäuerliche Basis vertrauen.

Die Organisation überlebte mehrere Jahrzehnte, erhielt im Rahmen der lateinamerikanischen »Guerillawellen« neuen Zulauf und konnte ihre Existenz durch die offene politische Repression und das geschlossene kolumbianische politische System legitimieren: Nach dem Bürgerkrieg hatten die Liberale und die Konservative Partei die »Frente Nacional« (Nationale Front) geschlossen. Hier teilten sie alle Staatsämter untereinander auf. Die FARC-EP waren die schlagkräftigste – wenngleich notgedrungen illegale und bewaffnete – Opposition gegen dieses Kartell. Zunächst orientierten sie sich an der Politik Moskaus und fungierten als der bewaffnete Arm der schwachen kolumbianischen kommunistischen Partei. Zudem erhielten sie eine Schar von kleineren Geschwistern: die guevaristische ELN, die maoistische EPL und die undogmatische M-19, die als einzige der Gruppen in den Städten an Boden gewann.

Drogen und Paramilitärs

In den achtziger Jahren ergriffen die politischen und ökonomischen Eliten Kolumbiens neue Maßnahmen gegen die »Guerillaflut«. Sie bestanden im Aufbau von paramilitärischen Verbänden, die ab 1982 als eine Art privater Söldnertrupp (siehe hierzu Raul Zelik in KONKRET 7/2002) nicht nur effektiv die Guerilleros, sondern auch deren soziale Basis und andere Oppositionelle zu bekämpfen begannen. Ihre gesellschaftliche Basis ist ein Bündnis aus Viehzüchtern, Ölmultis, Drogenhändlern und der Armee. Die »Paras« operierten unter verwirrenden Namen und richteten regelmäßig Massaker an Zivilisten an. Diese Form des militärischen »Outsourcing« ermöglichte nicht nur die Selbstdarstellung des Staates als unbeteiligte dritte Partei im Konflikt, sondern führte darüber hinaus zur Entpolitisierung der kolumbianischen Bevölkerung.

Verschärft wurde die Entwicklung durch den Drogenhandel. Der Kokainboom in den Vereinigten Staaten in den frühen achtziger Jahren erzeugte eine enorme Nachfrage nach »Stoff« und führte zur Umstrukturierung der kompletten kolumbianischen Wirtschaft. Die örtlichen Schmuggler hatten im Zuge des vorangegangen Marihuanabooms bereits Erfahrungen mit illegalen Märkten gesammelt und konnten nun ihr Know-how nutzen, um die Mehrheit der Produktionsanlagen der Droge in Kolumbien anzusiedeln, obwohl die potentesten Arten der Kokapflanze in den

Nachbarländern wachsen. So entstanden zwei mächtige Drogenkartelle (Medellín und Cali), die sich Anfang der neunziger Jahre eine erbitterte Fehde lieferten, die wiederum 1993 mit der Zerschlagung des Medellín-Kartells und der Auffächerung der Drogenproduktion endete.

Die gesellschaftlichen Auswirkungen des Drogenkrieges und der Existenz einer auf illegalen Marktoperationen fußenden Bourgeoisie waren gravierend: In Medellín und in geringem Umfang auch in anderen kolumbianischen Städten war ein Markt für »sicarios« (Auftragskiller) entstanden. Die Drogenbourgeoisie war mit der traditionellen Oligarchie des Landes verschmolzen, und der Anbau von Koka in Kolumbien florierte – die Preise für Koka waren einfach höher als für legale Agrargüter. Das wirkte sich selbstverständlich auch auf die bäuerliche Basis der Guerillas aus. Die FARC-EP sahen sich zunehmend mit der Frage konfrontiert, wie mit den Kokabauern zu verfahren sei, und entschieden sich für eine Tolerierung des Anbaus.

Ende der achtziger Jahre war also die Situation entstanden, für die Kolumbien noch heute traurige Berühmtheit besitzt: Ein schmutziger Bürgerkrieg zwischen Drogenbaronen, Viehzüchtern, Paramilitärs und Armee einerseits und Guerillas andererseits. Die Mehrheit aller sozialen Konflikte wurde nun militärisch ausgetragen.

Politische Komplettrestauration

Die Umbrüche in der Weltpolitik, insbesondere der Zusammenbruch des Ostblocks, führten zur vorübergehenden Demoralisierung der kolumbianischen Guerillas und motivierte die politische Klasse des Landes, den Versuch einer Komplettrestauration des diskreditierten politischen Systems zu wagen. Der kolumbianische Staat wurde 1991 durch die Verabschiedung einer liberalen Verfassung symbolisch neu gegründet. Die Demobilisierung einiger kleinerer Guerillagruppen – der militärisch geschwächten M-19 und der Indígena-Organisation Quintín Lame – schienen dem Projekt Legitimität zu verleihen und ermöglichten sogar die zeitweilige Renovierung des angestaubten kolumbianischen Zweiparteiensystems.

Die FARC-EP und die ELN beteiligten sich infolge schlechter Erfahrungen nicht an dem Projekt – Demobilisierungsversuche unter der Regierung Betancur (1982-86) hatten zu einem Massenmord an ihren legal operierenden Funktionären geführt.

Die Neugründung scheiterte kläglich. Nachdem die Regierung Gaviria (1990-94) einen unerbittlichen neoliberalen Reformkurs gefahren hatte, versank die Nachfolgeregierung Samper (1994-98) in Korruptions- und Drogenskandalen. Die FARC-EP erhielten nun wieder Zulauf und konnten militärische Erfolge verzeichnen. Die Organisation, die sich inzwischen über Entführungen, die Besteuerung des Drogenanbaus und andere »Revolutionssteuern« finanzierte, war von der klassischen Guerillataktik der »Nadelstiche« abgewichen und begann, direkte Angriffe gegen militärische Basen der Armee zu führen. Das Ergebnis waren eine vollkommen demoralisierte kolumbianische Armee und ein machtlos erscheinender Staat. Die brenzlige Lage veranlaßte den US-Geheimdienst, Papiere zu veröffentlichen, in denen offen vor der Gefahr der Übernahme der Staatsmacht durch die FARC-EP gewarnt wurde – wenn nicht bald eingegriffen werde.

Plan Colombia

Der Wahlkampf 1998 zeugte von der mißlichen Situation. Das Thema »Frieden« gewann an Bedeutung, und die Kontrahenten versuchten sich in ihren Friedensangeboten an die FARC-EP gegenseitig zu überbieten. Der Sieger des Urnengangs, der Konservative Andrés Pastrana, begann prompt mit Friedensverhandlungen und stellte den FARC-EP sogar eine entmilitarisierte Zone in der Größe der Schweiz zur eigenen Verwaltung zur Verfügung. Die Verhandlungen scheiterten jedoch an den widersprüchlichen Vorstellungen der Konfliktparteien. Während Pastrana den sozialen Status quo aufrechterhalten wollte, war die Umwälzung genau jenes Zustands das Hauptziel der FARC-EP, die sich mittlerweile ein sozialdemokratisches Programm gegeben hatten.

Zeitgleich mit dem Scheitern der Verhandlungen wurde 1999 der »Plan Colombia« von der Regierung veröffentlicht. Er markiert das Ende der Versuche, mit den FARC-EP zu einer Art Koexistenz zu kommen, und den Beginn einer neuen Phase, in der sie durch die militärische Mobilisierung einer formal demokratischen Gesellschaft endlich militärisch liquidiert werden soll.

Offiziell sollte der Plan im Umfang von 1,7 Milliarden Dollar zur Umsetzung des Friedensprozesses dienen. Bei einem genaueren Blick auf das knapp 20seitige Papier, das in drei verschiedenen Versionen zirkulierte – eine mit einer stark militärischen Komponente für die US-Regierung, eine weitere mit einer Betonung der Menschenrechte für die EU und eine dritte mit einem unbezahlbaren Finanzschlüssel für den kolumbianischen Kongreß – , wird dem Leser schnell klar, daß es sich um einen Bluff handelt. Außer freundlichen Absichtserklärungen enthält das Programm ein ziviles Ziel: die Privatisierung von Staatsunternehmen, und ein militärisches: die gewaltsame Lösung des Konflikts.

Der einzige gesicherte Finanzposten waren 1,1 Milliarden Dollar Hilfe aus den USA, materialisiert in 53 Helikoptern, einem Stab von US-Militärberatern und der Ausbildung einer speziellen »Drogenpolizei«. Dies Aufgebot stellte den Ausgangspunkt für die militärische Eskalation dar. Mit der exzessiven Besprühung der Kokafelder mit dem hochgiftigen Pilz Fusarium oxysporum wurde die biologische Kriegführung gegen die soziale Basis der FARC-EP aufgenommen. Im Februar 2002 begann schließlich die heiße Phase des Feldzugs – die Armee attackierte die entmilitarisierte Zone. Damit tat die Pastrana-Administration genau das Gegenteil dessen, wofür sie eigentlich gewählt worden war: Sie hatte zunächst mit Verhandlungen Zeit gewonnen, dann die Finanzierug eines massiven Angriffes gesichert und diesen schließlich auch begonnen. In der Presse wurde das Scheitern des Prozesses jedoch ausschließlich den FARC-EP zugeschrieben.

Die Eskalation

Die gesellschaftliche Stimmung befand sich auf dem Nullpunkt: Der »Friedensprozeß« war gescheitert, und die politische Lage schien hoffnungslos. Plötzlich tauchte jedoch eine Retterfigur am Horizont auf, die nach den vergeudeten Jahren des »Friedensprozesses« auf eine »harte Lösung des Konflikts« setzte und auf emphatische Zustimmung der enttäuschten städtischen Mittelschichten traf. Álvaro Uribe Vélez betrat die politische Bühne. Der parteiunabhängige Newcomer konnte mit der Unterstützung mächtiger gesellschaftlicher Gruppen aufwarten: Die Besitzer der größten kolumbianischen Tageszeitung »El Tiempo« versorgten ihre Leser nicht nur mit Propaganda, sondern stellten gleich noch mit Francisco Santos den Vizepräsidenten. Großgrundbesitzer und Kapitaleigner durften sich auf neue »soziale Reformen« freuen. Die Konservative Partei verzichtete auf einen eigenen Präsidentschaftskandidaten, und auch die Paramilitärs waren dem neuen Stern am politischen Himmel äußerst wohlgesonnen. Uribe gewann im April mit einer Antikorruptions-, Antiterrorismus- und Pro-Kriegskampagne und dem festen Versprechen, »für Recht und Ordnung zu sorgen«, die Wahlen im ersten Urnengang mit 53,1 Prozent. Die FARC-EP reagierten auf die Wahl mit einer militärischen Offensive und den anfangs erwähnten Anschlägen.

Die neue Regierung handelte schnell und schien gewillt, ihren Beitrag zur weltweiten Transformation des Kasinokapitalismus zum Kasernenkapitalismus zu leisten: Die erste Amtshandlung Uribes bestand in der Verhängung des Ausnahmezustandes für neunzig Tage. Dies mag zwar, blickt man in die jüngste Vergangenheit, keine wirklich spektakuläre Maßnahme sein – immerhin wurde der Ausnahmezustand in den letzten Jahren fünfmal verhängt – , allerdings spricht die Umsetzung der weiteren Schritte eine deutliche Sprache, welche politischen Ziele die neue Regierung ins Auge gefaßt hat.

Gemäß der Einsicht, daß Kriege harte Zeiten sind, wurden erste »soziale Reformen« in Angriff genommen. Auf der Agenda der Regierung stehen eine Rentenreform, die den Beitragssatz für Arbeitnehmer schrittweise von 13,5 auf 15,5 Prozent und das Mindestalter für den Rentenbezug um sieben Jahre erhöhen wird. Außerdem trat zum September ein Gesetzespaket in Kraft, das die »Flexibilisierung des Arbeitsmarkts« vorantreiben soll, sprich die Zeitspanne, in der für geleistete Arbeitsstunden keine Zuschläge bezahlt werden, um sieben Stunden verlängert und gleichzeitig die Extrapauschalen zusammenstreicht.

Das ist allerdings neoliberale Normalität wie in vielen anderen verschuldeten lateinamerikanischen Staaten, die am Tropf des IWF hängen. Die eigentliche kolumbianische Innovation besteht in der innenpolitischen Aufrüstung. Uribe setzte die Abhörung des gesamten kolumbianischen Handynetzes durch und begann, Pläne für ein Spitzelnetz in der Größenordnung von einer Million Personen zu veröffentlichen.

Die militärische Lage soll durch eine Hilfsarmee von etwa 15.000 Bauern, die einer Legalisierung der Paramilitärs Vorschub leisten könnte, eine Vermögenssteuer in Höhe von 1,2 Prozent zur »Rettung der Demokratie« und durch einen großzügigen Topf von 48 Milliarden Pesos (18,5 Millionen Euro) für die Resozialisation von Deserteuren der illegalen bewaffneten Gruppen verbessert werden.

Auch auf ausländische Hilfe kann das Regime zählen: Die US-Regierung stellt einen weiteren Kredit in Höhe von 1,7 Milliarden Dollar für den kolumbianischen Krieg zur Verfügung, um ihren Plan der amerikaweiten Freihandelszone FTAA nicht am geostrategisch zentralen Kolumbien scheitern zu lassen und den reibungslosen Rohstoffabtransport aus dem Land abzusichern.

Die Uribe-Regierung wendet inzwischen alle ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen für den Krieg auf und wird im Inland nach ihrem militärischen Erfolg bewertet werden. Die Gefahr eines langwierigen Guerillakriegs bleibt hierbei selbstverständlich nicht ausgeschlossen, immerhin existieren die FARC-EP schon seit 38 Jahren. Es besteht daher die Möglichkeit, daß der Ausnahmezustand zum Dauerzustand wird. Die kolumbianische Verfassung bietet für dieses Szenario einige Möglichkeiten, zum Beispiel die Verlängerung des Ausnahmezustands um weitere 180 Tage. So könnte die Regierung Uribe zu einem Novum in der Geschichte Kolumbiens werden: zu einer Diktatur auf Raten.

Stefan Schmalz studiert Politikwissenschaft in Bogotá

Konkret 10/02, S. 36

Winfried Wolf

Kontinent am Abgrund

Argentinien, Uruguay, Brasilien: Wie der mögliche Kollaps lateinamerikanischer Ökonomien die Weltwirtschaft bedroht und wie der Internationale Währungsfonds darauf reagiert

Die Gefahr eines »double dip«, einer weiteren, noch tieferen und in den USA einsetzenden Rezession, wird seit Sommer 2002 in der internationalen Wirtschaftspresse immer wieder beschworen. Dabei spielt für die US-Ökonomie und den nordamerikanischen Finanzsektor inzwischen insbesondere auch die Gefahr einer Ausweitung der Krise in Lateinamerika eine wichtige Rolle – sie war Ende 2001 in Argentinien ausgebrochen, hatte Mitte 2002 Uruguay erreicht und hat inzwischen Brasilien erfaßt. Neben der tiefen Krise, in welcher sich die zweitgrößte Ökonomie der Welt, Japan, seit geraumer Zeit befindet, neben der labilen Konjunktur in Westeuropa und vor allem in deren führendem Land, der BRD, und neben den ständig neuen Kursstürzen an den internationalen Börsen würde eine solche Krise in Lateinamerika zur weiteren Destabilisierung der internationalen kapitalistischen Ökonomie erheblich beitragen. Vor diesem Hintergrund ist die erpresserische Politik zu sehen, die der Internationale Währungsfonds (IWF) gegenüber Brasilien im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im Oktober betrieb.

Die gegenwärtige Lateinamerika-Krise ist typisch für das Zusammenwirken unterschiedlicher Krisenfaktoren und ihre wechselseitige Beeinflussung. Sie begann mit dem wirtschaftlichen Kollaps Argentiniens im Sommer 2001. Wie üblich hieß es in den internationalen Finanzkreisen, es handle sich um einen Einzelfall, für den eine falsche Wirtschaftspolitik vor Ort verantwortlich sei. Der Internationale Währungsfonds behauptete, die Regierung in Buenos Aires habe »zu lange« an der festen Bindung des Pesos an den US-Dollar festgehalten – wo doch gerade diese Maßnahme mehr als ein Jahrzehnt lang in der internationalen Finanzwelt als beispielhaft und als Grundlage für eine solide Wirtschaftsentwicklung gefeiert worden war.

Im ersten Halbjahr 2002 griff die argentinische Krise auf Uruguay über, das lange Zeit als »die Schweiz Lateinamerikas« gegolten hatte. Das bezog sich sogar auf die regionale »Schatzbildung«: Seit rund einem Jahrzehnt hatten die gut und besser verdienenden Argentinierinnen und Argentinier, die der verfassungsrechtlich garantierten Bindung des argentinischen Peso an den Dollar mißtrauten, ihr Geld bei Banken in Uruguay angelegt. Diese Gelder machten im privaten Banksektor 60 Prozent aller Einlagen aus. Nach dem offenen Ausbruch der Krise in Argentinien Mitte 2001, der Freigabe des argentinischen Pesokurses und des Sturzes der Währung ins Bodenlose fürchteten die Sparer mit einiger Berechtigung, die Krise könnte auf das Nachbarland Uruguay übergreifen. Bis Ende Juni 2002 zogen sie Milliardensummen von den Bankkonten in Montevideo ab, um sie vermeintlich sicher in anderen Ländern anzulegen.

Der Kapitalabzug entsprach rund 35 Prozent der Einlagen bei den privaten Banken Uruguays. Zwei große Banken gerieten in Schieflage. Die Zentralbank in Montevideo intervenierte, um deren Zusammenbruch zu verhindern. Nunmehr witterte das internationale Finanzkapital leichte Beute und flüchtete in Erwartung einer Abwertung aus der uruguayischen Währung. Mehrere Wochen lang intervenierte die Zentralbank, um den Kurs des uruguayischen Peso – und dessen faktische Bindung an den Dollar – zu stabilisieren. Doch es wiederholte sich die Entwicklung, die es ein knappes Jahr zuvor in Argentinien gegeben hatte: Am 20. Juni 2002 kapitulierte die Zentralbank in Montevideo; der Wert des uruguayischen Peso fiel binnen weniger Tage um mehr als 20 Prozent. Die Reserven der Zentralbank schrumpften im Juli 2002 auf die Hälfte. Anfang August wurde auf Anordnung der Regierung in Montevideo ein großer Teil der Bankguthaben eingefroren, um einen finanziellen Zusammenbruch Uruguays zu verhindern.

Seither ist die Rede davon, daß »die gesamte Region (Lateinamerika) aus den Fugen gerät« (»Spiegel« 28/02), daß »ganz Lateinamerika gegen die Finanzkrise (kämpft)« und daß »der ganze Kontinent am Abgrund steht« (»Financial Times Deutschland«, 23.6.02).

Brasilien

Im Zentrum der Lateinamerikakrise steht das führende Land des Subkontinents, Brasilien. Mit einer Wirtschaftskraft, die 40 Prozent aller lateinamerikanischen Länder ausmacht, und mit einer Auslandsschuld, die ein Drittel der Schulden des gesamten Subkontinents beträgt, ist seit Ausbruch der Krise im weltweiten Wirtschaftssystem nun erstmals ein ökonomisches Schwergewicht vom Staatsbankrott bedroht.

Die Rating-Agentur Moody’s hat bereits im Mai 2002 ein Beispiel ihrer Macht gegeben: Moody’s hatte die Kreditwürdigkeit Japans herabgestuft und – in einem spektakulären öffentlichen Auftritt vor dem japanischen Parlament – zum Ausdruck gebracht, daß ein Staatsbankrott Japans nicht mehr auszuschließen sei. Damit wurde ein neuerlicher Niedergang des Nikkei-Index’ eingeleitet, der zur Vertiefung der japanischen Krise führte. Ende Juni 2002 wiederholte sich nun der Vorgang an anderem Ort. Moody’s stufte die Kreditwürdigkeit Brasiliens auf das Niveau des zweitriskantesten Landes der Welt herunter. Danach gelten nur argentinische Staatsanleihen als noch riskanter als brasilianische. Eine

gewisse Rolle spielte bereits damals die Möglichkeit, daß bei den Wahlen im Oktober Luiz Inácio Lula da Silva, der Kandidat der Arbeiterpartei (PT), die Wahl gewinnen und damit beim vierten Anlauf doch noch brasilianischer Präsident werden könnte. Doch dieser Aspekt war bereits zu diesem Zeitpunkt vorgeschoben.

Es ist vor allem das Krisenpotential selbst, das sich in Brasilien aufgehäuft hat, welches die Alarmglocken schrillen läßt. Das Land hat sich in der Vergangenheit dem freien Welthandel geöffnet. Seine letzten Regierungen, insbesondere die noch amtierende unter Cardoso, verhielten sich, ähnlich wie zur selben Zeit diejenigen in Argentinien und Uruguay, wie Musterknaben, die den Kommandos des Internationalen Währungsfonds stets gefolgt und die Lehren der neoliberalen Wirtschaftstheorie – Liberalisierung, Abbau der Zollschranken, Reduktion der staatlichen Ausgaben für den öffentlichen Dienst usw. – in die Praxis umgesetzt hatten. Dies hatte einen umfassenden Ausverkauf von Staatseigentum zur Folge. Dieser Ausverkauf täuschte eine gewisse Zeit über die binnenökonomische Auszehrung hinweg. Gleichzeitig stieg die Auslandsverschuldung kontinuierlich weiter an. Inzwischen liegen die brasilianischen Auslandsschulden bei 287 Milliarden US-Dollar und entsprechen 55 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Aussagekräftiger noch ist der Vergleich dieser Auslandsschuld mit den brasilianischen Exporten, da die Auslandsschulden in der Regel in Devisen und damit durch Exporte beglichen werden müssen. Die Auslandsschuld entspricht 296 Prozent der jährlichen Exporte Brasiliens. In anderen Worten: Brasilien müßte drei Jahre lang sämtliche Exporterlöse einsetzen, um die aufgelaufene Auslandsschuld abzutragen. Nur Argentinien weist mit 383 Prozent eine bedrohlichere Quote auf. In dem ebenfalls von der neuen Krise bedrohten Mexiko liegt diese Quote bei (immer noch hohen) 91 Prozent.

Die neue Krise führte bis zum August in ganz Lateinamerika zu massiven Abwertungen aller Währungen: Der argentinische Peso verlor mehr als 80 Prozent und sank auf ein Fünftel des Werts, den er am Jahresanfang 2002 noch hatte. Der venezolanische Bolivar verlor 70 Prozent seines Werts. Der mexikanische Peso büßte 12 Prozent ein. Der brasilianische Real brach im Laufe der erst relativ kurzen Krise von Anfang des Jahres bis Ende Juli 2002 bereits um gut ein Drittel ein. Das bedeutet, daß sich die in der Regel in Dollar fakturierten Auslandsschulden, gemessen in inländischer Währung und gemessen in aufzuwendenden Arbeitsstunden, entsprechend verteuern. In anderen Worten: Die Bedienung des Schuldendienstes wird immer schwieriger. Immer mehr real verausgabte Arbeitskraft muß aufgewandt werden, um Zins und Tilgung auf Schulden zu begleichen, die nun »rechnerisch« durch die Abwertung sprunghaft wachsen.

Diese Konstellation hatte bereits in den Sommermonaten dazu geführt, daß einigen großen exportorientierten und im Ausland verschuldeten Unternehmen der Zusammenbruch droht. Die internationalen Großbanken, die um ihre Kredite bangen, begannen, den entsprechenden brasilianischen Partnern rigoros die Kreditlinien zu kappen. Jao Henrique Marchewsky, der Finanzchef des Textilherstellers Buettner, der ein gutes Drittel seines Umsatzes im Ausland realisiert, beklagte sich gegenüber der »Financial Times« (London): »Es handelt sich hier um eine unglaubliche Ungerechtigkeit. Wir haben diesen Banken gewaltige Beträge für Zins und Tilgung bezahlt, und dann schneiden sie uns ohne Vorwarnung von weiteren Krediten ab.«

Lulas Kandidatur

Die New Yorker Bank Goldman Sachs hat bereits bei den ersten Krisenzeichen in Brasilien für ihre Kunden einen »Lulameter« entwickelt. Danach wird die Entwicklung des Real-Währungskurses mit den Wahlumfragen verknüpft; die Formel lautet: Je mehr Zustimmung zum Kandidaten Lula, desto niedriger der Real, je niedriger der Real, desto wahrscheinlicher ein brasilianischer Finanzcrash. Der internationale Großanleger George Soros, dessen ehemaliger Schützling Arminio Fraga Chef der brasilianischen Zentralbank ist, verkündete lauthals, ein Wahlsieg Lulas würde »Chaos für Brasilien« bedeuten.

Tatsächlich sind derlei Befürchtungen weder durch die Person noch durch das politische Programm Lulas gedeckt. Fragt man Lula, ob nicht eine Kapitalflucht drohe, wenn er die Wahlen gewinnt, antwortet er: »Wir müssen die Bedingungen dafür schaffen, daß in den produktiven Bereichen investiert wird. Wenn es die Möglichkeit gibt, Geld und Gewinne zu machen, dann kennt das Kapital keine ideologischen Vorbehalte mehr. Ein Kapitalist ist immer auf Gewinn aus.« Fragt man nach, wie wohl Volkswagen do Brazil reagieren werde, wenn er den Minimallohn in bescheidenem Umfang anheben und die Arbeitszeit nur leicht kürzen würde, antwortet er: »Ginge es den Bossen nur um niedrige Löhne, dann wären die längst alle in Haiti ... Wir dürfen nicht immer davon ausgehen, daß es Kapitalflucht gibt, wenn die Linke an die Macht kommt. Wenn wir das annehmen, dann können wir gleich den Löffel abgeben. Was könnte die Linke denn VW Schlechtes tun? Ist es schlimm, wenn wir Arbeitnehmer in Konsumenten der eigenen Produkte verwandeln? Wir – die PT – haben erreicht, daß uns die ausländischen Unternehmen respektieren. Dieser Tage kam ein US-Unternehmer zu mir. Die wollen in Gasanschlüsse für Wohnungen investieren. Er kam zu mir, weil ich, wie er sagt, der einzige Politiker bin, der dafür kein Schmiergeld will.«

Diese Antworten bekam ich bei einem Interview mit Lula im Jahr 1995, nach der Niederlage im Wahlkampf 1994 (»ND«, 24.6.02). Der Lula der Wahlkampagne 2002 kommt so geläutert, wenn nicht gewendet, daher, daß das führende brasilianische Magazin »Veja« mit »Lula light« titelte. Der Kandidat der Arbeitspartei greift seine früheren Forderungen,

wenigstens einen Teil der Auslandsschulden nicht zurückzuzahlen und einige Privatisierungen rückgängig zu machen, nicht mehr auf. Mehr noch: Ende Juni 2002 ließ er zur Beruhigung der Finanzmärkte im Fernsehen einen handgeschriebenen »Brief an das brasilianische Volk« verlesen, in dem er für den Fall seiner Wahl versprach, »alle geschlossenen Vereinbarungen« – also auch diejenigen mit dem IWF – einzuhalten. Kurz darauf erschien er auf dem Parkett der Börse von Sao Paolo und rief: »Wenn das Land wachsen soll, muß die Börse auch wachsen.« Die Börsianer applaudierten. Doch ähnlich wie beim Besuch des Wirtschaftssenators Gysi an der New Yorker Börse, der zum selben Zeitpunkt stattfand, scheinen Bekenntnisse von Wendehälsen an diesen Weihestätten des Kapitalismus für das Kapital im Wortsinne Bärendienste zu sein: Seit Lulas Besuch in Sao Paolo und seit Gysis Auftritt an der Wall Street hat sich der Kursverfall an beiden Börsenplätzen beschleunigt.

Besonders deutlich wurde die kapitalkonforme Haltung Lulas beim Thema der gesamtamerikanischen Freihandelszone, einem Lieblingsprojekt der US-amerikanischen Regierung. Gegen diese »Free Trade Area of the Americas« (FTAA) führte im Sommer 2002 eine breite Bewegung in Brasilien – getragen unter anderem von Gewerkschaften und der Katholischen Bischofskonferenz – ein selbstorganisiertes Plebiszit durch. Joao Felicio, Vorsitzender des gewerkschaftlichen Dachverbandes CUT, erklärte: »Das Freihandelszonen-Projekt FTAA wird unsere Arbeitsplätze und die Rechte von Gewerkschaften und Arbeitskräften noch mehr unterhöhlen und zugleich das Handelsbilanzdefizit vergrößern. Brasilien wird angesichts dieses verschärften Freihandels noch mehr ausbluten. Wir widersetzen uns einem solchen Deal, von dem allein die USA profitieren.« Rund zehn Millionen Unterschriften kamen im selbstorganisierten Referendum gegen die FTAA zusammen. Doch Lula und seine PT hatten sich von der Protestbewegung ausdrücklich distanziert, obgleich die PT mit einer kritischen Haltung zum Freihandel groß geworden war.

Der IWF-Kredit

Als im Juli die Krisentendenzen unübersehbar auf Brasilien übergriffen und den Real in die Abwertung zogen, verkündete der IWF die Vergabe des größten Kredits seiner 60jährigen Geschichte: 30 Milliarden US-Dollar soll Brasilien erhalten. Höhe und Struktur dieses Kredits weisen auf eine massive Wahlbeeinflussung hin und darauf, daß Brasilien nach der Wahl vom 6. Oktober – gleichgültig, wie der Wahlsieger heißt – vom Sitz des IWF in New York aus regiert werden soll. Auf den ersten Blick scheinen die mit dem Kredit verbundenen Auflagen nicht allzu hart zu sein, so daß sie von vielen Seiten gelobt wurden. Auch Lula erklärte, sich im Fall seiner Wahl an die Auflagen halten zu wollen.

Die Brisanz des Großkredits steckt jedoch in drei Aspekten: Erstens wird sein größter Teil (rund 80 Prozent) erst im Jahr 2003 ausgezahlt, dann also, wenn die neue Regierung im Amt ist. Implizit heißt dies, daß er nur an eine Regierung ausgezahlt wird, die im Sinne des IWF agiert und Cardosos neoliberale Politik fortsetzt. Zweitens erhält Brasilien den Kredit nur, wenn die Staatskasse einen »primären Einnahmeüberschuß« erwirtschaftet, der 3,75 Prozent des Bruttoinlandprodukts ausmacht, so daß die Rückzahlung des Kredits aus diesem Überschuß weitgehend gewährleistet ist. Drittens wurde der noch amtierenden Regierung zugestanden, weitere zehn Milliarden Dollar aus ihren Devisenreserven zur Stabilisierung des Währungskurses einzusetzen. Zusätzliche sechs Milliarden Dollar als Teil des IWF-Kredits sollen bereits in den kommenden Monaten Brasilien für den gleichen Zweck, die Stabilisierung des Real, zufließen.

Die Auswirkung dieser Kreditvergabe ist eine doppelte: Einerseits wird dem spekulativen Kapital, das im vergangenen Jahrzehnt nach Brasilien floß, ein geordneter Rückzug finanziert. Der Real wird zunächst nicht – wie in Argentinien – ins Bodenlose fallen. Die Ruhe an der brasilianischen Front wirkt sich positiv auf die übrigen »Emerging markets«, etwa in Südostasien, der Türkei und Rußland aus, die als nächste von den Krisentendenzen erfaßt werden könnten. Um dieses Ziel zu erreichen wird die brasilianische Zentralbank noch vor der Amtseinführung der neuen Regierung den größten Teil ihrer Reserven verpulvern. Auch die »FAZ« (9.8.02) geht davon aus, daß »die neue Regierung zum Jahreswechsel mit leeren Händen dastehen« könnte. Auf der anderen Seite werden der brasilianischen Regierung mit der Forderung nach einem »primären Einnahmeüberschuß von 3,75 Prozent des BIP« die Daumenschrauben angelegt. Sie wird diesen Überschuß mit unsozialen Sparmaßnahmen erwirtschaften müssen. Der Spielraum für soziale Verbesserungen, für Investitionen in Bildung, Armutsbekämpfung und Infrastruktur tendiert gegen Null.

An den Finanzmärkten löste die Ankündigung des Brasilienkredits Begeisterung aus. »Das gesamte weltweite Finanzsystem wurde durch das IWF-Paket gestärkt«, so ein Sprecher des Bankhauses Julius Bär. Der »Asien-Stratege« bei Salomon Smith Barney, Don Hanna, erklärte, eine »um sich greifende Krise in den Emerging markets« sei damit »endgültig abgewendet«; das IWF-Paket wirke »sich auch positiv auf Indonesien und die Philippinen aus«. Stefan Mitropoulos von der Bankgesellschaft Berlin, ein Finanzinstitut, das sich bekanntlich auf regionaler Ebene auf vergleichbare Geschäfte spezialisierte, wie sie derzeit die internationale Finanzwelt in Brasilien tätigt, meinte: »Mit dem Hilfspaket wurde eine große Last nicht nur von Brasilien, sondern von den gesamten Märkten genommen.«

Keiner dieser Kommentatoren spricht davon, daß vergleichbare Großkredite in Südkorea, Rußland, Indonesien und Argentinien in den vergangenen Jahren insofern fehlschlugen, als die Krise regelmäßig ein oder zwei Jahre später erneut aufbrach, und daß derselbe IWF, der sich in Brasilien heute großzügig zeigt, gleichzeitig das nunmehr am Boden liegende

Argentinien am langen Arm verhungern läßt. Verschwiegen wird auch, daß Brasilien noch vor wenigen Wochen als völlig überschuldet galt – und nach Auszahlung des neuen Großkredits gut zehn Prozent mehr Auslandsschulden haben wird.

Winfried Wolf hat zuletzt das Buch »Afghanistan, der Krieg und die neue Weltordnung« (Konkret Literatur Verlag) veröffentlicht

Konkret 10/02, S. 38

Erwin Riess

Armer Fürst

»Wenn ein Bürger nicht durch Verbrechen noch Gewalt, sondern durch die Gunst seiner Mitbürger ihr Fürst wird, bedarf er weder außerordentlicher Tüchtigkeit noch ausgezeichneten Glückes, sondern nur einer guten Dosis vom Glück begünstigten Scharfsinns«, sagt Machiavelli. In der Epoche des untergehenden Bürgertums hat sich an diesem Auslesekriterium nichts geändert. Der einzige Unterschied zum bürgerlichen Zeitalter besteht darin, daß der Fürst der Gegenwart sich als Demagoge drapieren muß.

1986 übernahm Jörg Haider die FPÖ bei einem Stimmenanteil von 3 Prozent. 1999 überholte sie mit 28 Prozent die ÖVP. Dennoch überließ Haider den Christsozialen den Kanzler. Schüssels historische Mission bestand darin, die FPÖ durch ihre Regierungsbeteiligung zu blamieren. Volksschulabschluß und die Kenntnis der Kärntner Landeshymne reichten, um einen freiheitlichen Ministerposten zu bekommen. Haiders Pressesprecherin wurde Vizekanzlerin, der Sohn des Kärntner Jaguar-Vertreters Finanzminister, ein Tierarzt Frauenminister. Das Verkehrs- und Infrastrukturministerium bekamen in folgender Reihenfolge: ein steirischer Lodenträger, eine oberösterreichische Bäuerin, ein Kärntner Biobauer.

Teils spielerisch, teils mit ein wenig Ennui trieb der Fürst die Koalition von seinen Gnaden vor sich her. Seine historische Mission war es, dem Kanzler zu zeigen, daß man gleichzeitig in der Regierung und in der Opposition sein kann. Einige Zeit ging das gut. Irgendwann aber verdroß es den Fürsten, Wiesenfeste, GTI-Treffen und Holzmessen zu eröffnen. Er flog nach Lybien und in den Irak und suchte dort Zerstreuung. Die war aber nur von kurzer Dauer. In den Augen des Fürsten sind Ghaddafi und Saddam Hussein auch nur Bezirkspolitiker in der Wüste. Diese Typen kannte der Fürst schon aus Kärnten. Also wandte er sich wieder der Republik zu, wo der Kanzler träge geworden war und glaubte, sich am Manna des bürgerlichen Alltags laben zu können. Das mag der Fürst aber gar nicht leiden. Er warf daher seine Lehensträger, die Gefallen an der großen Stadt gefunden hatten, aus der Regierung und schreckte den Kanzler mit dem Ruf »Neuwahlen« vom Schreibtisch auf.

Tapfer nimmt der Kanzler den Kampf auf, wissend, daß er keine Chance hat. Zeitungen und Meinungsforscher verkünden zum x-ten Mal das endgültige Ende des Fürsten. Die übrigen Parteien wähnen sich als Wahlsieger. So weit, so bekannt. Der Fortsetzung des Immergleichen steht nichts mehr im Wege. Der einzige Trost ist, daß es nicht mehr wie zu Zeiten Machiavellis um Krieg und Frieden, sondern um Steuerreform und Beamtenpension geht. Unter diesen Auspizien läßt es sich immerhin noch leben.

Konkret 10/02, S. 39

Horst Toma□ er

Toma□ ers ehrliches Tagebuch

Sehr geehrte Ewigkeit im unbegrenzten Raum!

Lieben Dank für Ihren Zuruf aufs Band (ich war, Pardon, grad mit meiner Hausärztin, der Gräfin von Jericho, auf ein Wochenende im Harz) und – die netten Grüße von Ihrem Herrn Gemahl. Sie fragten, was an Neuigkeiten es so gebe bei uns, und daß Sie sich brennender denn der Dornbusch im A. T. hiefür interessiereten. Jenu: Kanzlerkandidaterein und andre Kinderein hatte es vor Ort natürlich senza Zahl, das Halbieren der Arbeitslosen und die Ausrufung von Eisenbahnhöfen zu Nichtraucherzonen fand reichhaltig statt und auch der von der Klassenjustiz ins Spiel importierte schuldmindernde »Größenwahn« beim Flowtex-Milliardenbetrüger und die bereits jetzt in den Supermärkten plazierte Weihnachtsware der Schokofigurenindustrie passierten anstandslos, während freilich die Uno noch immer mit sich ringt da drüber, ob sie unabhängig bleiben oder sich als Staat den USA assoziieren soll. Nichtigkeiten as usual also. Bis auf eins: Franz Josef Wagner (»the most bustering ›Früchtchen‹ at the German figtree«, Dennis Hopper) schreibt neuerdings in seiner »Post von Wagner« in der »Bildzeitung« an Kalenderdaten. Am 10. September zum Beispiel an den 10. September: *Lieber 10. September, heute vor einem Jahr warst Du der letzte unschuldige Tag ... Ja, wie warst Du, gewöhnlicher, glücklicher, in fröhlicher Sicherheit gelebter Tag? ... Ich lebe in Berlin. Wir hatten schlechtes Wetter, Herbstwetter, Regen, kalt. 11 Grad. Ich trug einen Pullover beim Schreiben. In meinem Diary (Tagebuch) habe ich nachgeguckt, was ich an diesem 10.September dachte. Ich hatte tatsächlich nachgedacht, über das Wetter zu schreiben. Ein Nachruf auf durchsichtige Sommer-Mädchenkleider, ein Abschiedsbrief an den Sommer. Und mich dann doch entschieden, einen Brief an Frau Christiansen zu schreiben, die reichlich indisponiert, (hicks, Herr Eichel, ich meine hupps, hicks Herr Eichel) moderierte. Ich schrieb sanft über die Hicks-Probleme einer von ihrem Mann verlassenen Karrierefrau. Wie schön war dieser 10. September! Es war der Tag, als wir noch nicht wußten, daß wir alle Krebs haben ... Am nächsten Tag war ich krank. Herzlichst Ihr Franz Josef Wagner.*□

Und er schreibt, tags drauf, an – Ruinen:

Liebe Twin Towers (†) Ihr Friedhöfe aus Luft. Da, wo noch eure □ Foot prints□ , Fußabdrücke, sind, wird heute um 8.46 Uhr, genau zu der Minute, als der erste Terrorist vor einem Jahr in den Nordturm raste, der Toten gedacht ... Es ist nun der Streit unter Stadtplanern, Landschaftsgestaltern, Designern, Historikern, Hinterbliebenen und Theologen entbrannt, ob man die Twin Towers genau so wieder aufbauen soll oder nicht oder anders. Immerhin geht es um 1.245.000 Quadratmeter Bürofläche in den Himmel hoch gebaut. Um 90 Milliarden Dollar Gesamtschaden, um 83.000 Jobs. Und es geht um den Friedhof aus Luft. Luft lassen. Die Friedluft. (Ohne herzlichst. Nur mit F J Wagner).

W i e , sehr geehrte Ewigkeit, finden Sie, daß ein seine derdermaßen kitschkriminell zusammengeschmierten Millionen allein zinserziehender Vorruheständer im Herbstüberzieher, der dem tagesliterarischen Lupfen des Deckels vom Arianesommertittenarschundmösentopf die sanfte Adresse an eine besoffene Moderatorin der an Veränderung zurecht zutiefst uninteressierten Herrschaftszeiten vorzieht, nicht nur Kalenderdaten und Ruinen duzt statt siezt, sondern auch dem Verwertungsfuror des Kapitals mitten in NY eine Profitauszeit zu empfehlen sich erdreistet?

Gehört, sehr geehrte Ewigkeit, so ein Donotgood nicht in die lebenslängliche Bewährung, sagen wir in der Jodsalzmine von Bad Reichenhall? Erst grad vorhin sagte mir Charlotte Burg, eine gute Freundin, die trotz ihres tödlichen Nierenkarzinoms ästhetisch auf dem Damm ist: »Hotte, dieser Kerl hat keinen Krebs, er spielt aber, wortwixerisch, damit rum; so einem Schwein ... nein, nicht Schwein, ich will lieber sagen, so einem schweinischen Schelm wünsche ich beileibe nicht den Krebs an den Hals, es reicht, daß ich ihn habe, aber: Hätte er ihn denn, so würde er sich doch ganz schön umgucken, wenn ihm während der Chemotherapie seine Schneidezahnlücke ausfällt.«

Ihre Tochter Claudia aber, eine im vergangenen Sommer ganz normal ein durchsichtiges Sommer-Mädchenkleid tragende Hauptschulabsolventin, meinte gestern (in unserem freireligiösen intergenerationellen Gesprächskreis) wörtlich: »Diesen mit der ›Goldenen Feder‹ des Kalten Bauer Verlags zu Hamburg bewürdigten Kerl sollte man entweder in die Brennesseln schubsen oder an die Wand stellen und ihn dann dort stehen lassen.« Kann man, sehr geehrte Ewigkeit, dieser meines Erachtens zurecht aufgebrachten Jugendlichen deswegen böse sein?

Einen schönen Tag Ihnen und Ihrem Gatten wünschend verbleibe ich als Ihr Ihnen wohlgesonnener H. T.

PS: Ach, ums Haar vergessen, sehr geehrte Ewigkeit: Nina Ruge schreibt in »Readers Digest/Deutschland«: *Warum ich am 22. September wählen gehe: Erlauben Sie mir, eine □Buckower Elegie□ von Bertolt Brecht für wahlpolitische Ziele zu mißbrauchen: □Ich sitze am Straßenhang. Der Fahrer wechselt das Rad. Ich bin nicht gern, wo ich herkomme. Ich bin nicht*

gern, wo ich hinfahre. Warum sehe ich den Radwechsel mit Ungeduld? ... Da ist ein Fahrer, der in die Zukunft steuert. Das Rad wechselt. Und Bertolt hockt untätig am Straßenrand.

Mal am Hang. Mal am Rand. Nina nein. Nina, Deutschlands gebildetste Gesichtsmuschi, und Gspusi eines BMW-Managers a. D. gibt Bertolt elegieexegetisch Contragas: *Dem Fahrer, der am 22. September das Rad wechselt, dem schaue ich keineswegs zu. Den lasse ich gar nicht ran an das Ding! Das mache ich schön selbst. Was ist das überhaupt für ein Kerl? Nimmt der einen anderen Reifentyp, der nur runderneuert wurde? Zieht er die alten Pneus wieder auf, die gerade einmal eine Wegstrecke durchgehalten hatten? Welche Sorten Räder hat er denn überhaupt? Auch wenn sich herausstellen sollte, daß keiner der Reifen meinen Qualitätsvorstellungen komplett entspricht: Ich möchte selbst entscheiden, womit ich weiterrolle, in meine Zukunft, auf die ich mich freue. Ich werde also am 22. September wählen gehen weil ich Lust an Verantwortung habe. Weil ich steuern will. Weil ich den Reifentyp bestimmen will. Und den Fahrer auch.*

»Das mache ich schön selbst.« Ist Ihnen, sehr geehrte Ewigkeit, soo eine Absichtserklärung auch schon einmal untergekommen? Bis demnächst,

herzlichst Ihr Hotte T.

Konkret 10/02, S. 40

Magnus Klaue

Kunst & Gewerbe

Die schönsten Träume sind lila

Das wirklich Wichtige erfährt man immer zu spät. Zum Beispiel daß es, wenn nur genug Stimmen zusammengekommen wären, doch eine Alternative zum »materialistischen« und »unspirituellen« Regiment von Schroiber bzw. Stöder gegeben hätte. Durch gezielte Desinformation ist aber verhindert worden, daß »Die Violetten« (www.die-violetten.de) in den Bundestag einziehen können. Sicher steckt auch hinter dieser Kampagne der Verfassungsschutz. Die Forderungen des Vereins für »spirituelle Politik«, der regelmäßig in einer »spirituell-vegetarischen Siedlung« bei Magdeburg Treffen zu Themen wie »Handlesen« oder »Seelenwanderung« abhält, stehen dem Kommunistischen Manifest an Radikalität nicht nach: »Die Kluft zwischen Arm und Reich soll verringert werden«, während alle anderen Parteien deren Vergrößerung verlangen. »Atomspaltung wird abgelehnt«, Haarspaltung aber nicht. Und die europäische Frage? »Spirituell gesehen, inkarniert« – resp. koitiert, transpiriert und kollabiert – »jeder Mensch in dem Land, in dem er sich entsprechend seinem Karma und seinem Bewußtseinsentwicklungsplan optimal entwickeln kann.« Und wer sich in Deutschland nicht entsprechend seinem Bewußtseinsentwicklungsplan optimal entwickeln kann, darf zur Strafe nicht einfach zusammengetreten werden, denn: »Wir wissen, daß jeder Mensch nur von seinem Bewußtseinsstand denken, fühlen und handeln kann. Daher bringen wir allen Verständnis entgegen, wobei jedoch« – sorry, aber's is halt so – »Gewalt und Ausländerfeindlichkeit nicht hingenommen werden können.«

Wenn man trotzdem wegen der kulturellen Inkompatibilität seines Bewußtseinsentwicklungsplans von ein paar Glatzen totgehauen wird, erhält man Besuch von Dina Ahlers. Die ist »Jenseits-Vermittlerin« und kommt im Auftrag der »Violetten« regelmäßig fragen, wie's so geht. Das ist nicht immer angenehm für Frau Ahlers, denn sie sieht und hört die Toten nicht nur – »gelegentlich kann ich sie sogar riechen«. Zur Frage »Kontakte mit Verstorbenen – ist das möglich und, wenn ja, empfehlenswert?« kann sich Frau Ahlers deshalb nicht eindeutig äußern. Aber mit dem Programm der »Violetten« kann sie sich voll identifizieren. Da steht nämlich drin: »Auch und gerade spirituelle Menschen wollen (und sollten!) gleichgesinnte politische Vertreter haben.« Stimmt schon. Schließlich wissen wir, daß jeder Mensch nur von seinem Bewußtseinsstand denken, fühlen und handeln kann. Daher bringen wir allen Verständnis entgegen. Wobei jedoch als Reaktion auf gezielte Verarschungs- und Verblödungskampagnen künftig zumindest in Ausnahmesituationen Gewalt und Inländerfeindlichkeit hingenommen werden sollten.

Gläubige Glatzen

Wer die »Violetten« für Softies hält und sich trotzdem, spirituell gesehen, gemäß seinem Karma und seinem Bewußtseinsentwicklungsplan optimal entwickeln möchte, der ist bei den »Jesus-Skins« (www.jesusskins.

org) vielleicht besser aufgehoben. Bei dieser »Oi-Band«, deren Platten »Gospel Oi«, »Im Auftrag des Herrn« und »8 Fäuste für ein Halleluja« nicht mehr erhältlich sind, die jedoch gerade das Album »Oi, Oi, Amen« bei »I.N.R.I. 77 Records« veröffentlicht hat, geht's richtig zünftig zur Sache: »Skinhead sein ist prima, doch was wir stets vermissen / In unserer Szene gibt es nicht gerade viele Christen / Doch wir sind Jesus-Skins, und wir gehen gegen an / Auf der Straße, in der Kirche – wir stehen unsern Mann ... / Wir sind Skins und Christen / Wir preisen Gott den Herrn / Und prügeln Heiden windelweich / Und wir tun es gern«.

Wir müssen darüber hinaus sein, jedem nonstop erklären zu wollen, daß wir Antifaschisten sind, denn das sollte längst Teil des nationalen Selbstverständnisses sein. Deutschlands erfolgreichster Popexport der vergangenen Jahre ist die Band Rammstein. Super deutsch, und deren Herz schlägt links

---

Tim Renner, Chef des Musikkonzerns Universal

Anders als bei den »Violetten« kann hier also nach Herzenslust drauflosgedroschen werden, der Segen kommt direkt von oben: »Ich weiß, Ihr könnt Gewalt nicht leiden / Doch auch Jesus war nicht davon frei / Es ist der ehrliche Weg / Ne richtig schöne Schlägerei«. Wobei jedoch Ausländerfeindlichkeit pfui ist: »Denn alle Menschen, die es gibt auf dieser schönen Erde / Haben die gleichen Rechte, sind Schafe in Gottes Herde«. Um ein Zeichen gegen die »Nazi-Scheiße« zu setzen, grüßen sich die Kahlgeschorenen unter den Schafen statt mit »88« (für »Heil Hitler«) mit »77« (für »Grüß Gott«). Auch sonst stehen die Bandmitglieder Matthäus, Markus, Lukas und Johannes politisch links. Sex vor der Ehe? »Okay«, sagt Lukas, »solange sich einer nicht wild durch die Gegend vögelt«. Abtreibung? »Klar, solange sie nicht als nachträgliche Empfängnisverhütung verstanden wird.« Überhaupt »reden viele Pastoren doch total an den Jugendlichen vorbei«.

Während die »Jesus-Skins« darüber aufklären, wie der ordentliche Deutsche zu seinem Glauben kommt: »Wir haben die Nacht gesoffen und über Jesus diskutiert / Und als der Morgen anbrach, hab ich mir den Kopf rasiert«.

So ähnlich wird's wohl auch bei Kardinal Meißner gewesen sein. Dorfkaplan Felix, der die »Jesus-Skins« promotet, versteht sich jedenfalls bestens mit ihnen: »In den achtziger Jahren kamen sie in eine meiner kirchlichen Jugendgruppen und musizierten am Lagerfeuer.« Am Anfang war noch ein gewisser Judas dabei, der aber schon bald »seinem Namen alle Ehre machte«. Nach dem ersten Konzert »brannte er mit einem Großteil der Einnahmen durch und vertrank dieses Geld in der Großstadt, obwohl es der christlichen Jugendarbeit in Südafrika zugute kommen sollte. Selbstverständlich flog Judas aus der Band.« Ihr Engagement für Toleranz dokumentieren die »Jesus-Skins« auch durch die Initiative »Skinheads Against Religious Prejudice« (S.H.A.R.P.), mit der sie junge Leute ansprechen wollen, denen »die Heilsarmee zu hippiemäßig ist«: »Die Mischung aus Skinheadkult und dem Glauben an Jesus kann für viele ein Weg aus der Trostlosigkeit sein.« Und für andere ein Weg hinein. Je nach Bewußtseinsentwicklungsplan.

Global Help

Gute Taten sind anstrengend. Wer bislang der Dritten Welt helfen wollte, mußte Formulare ausfüllen und Spendenquittungen sammeln. Soll ja alles steuerlich absetzbar sein. Aber das gute Gewissen entschädigt für die Mühen. Und wenn man sich dann, wie jüngst Verona Feldbusch, ein kleines Schwarzes gekauft hat, kann man sogar kostenlos zu den Eingeborenen fahren und sich mit dem niedlichen Zulu im Arm ablichten lassen. »Das ist meiner«, strahlte Verona neben ihrem namenlosen Adoptivsohn aus dem Süden Afrikas kürzlich in die Kameras von Sat 1.

In Zukunft kann sie auf den Papierkram verzichten und muß keinen Cent mehr zahlen, wenn sie helfen will. Sie braucht nur auf die »Hungerseite« zu klicken (www.thehungersite.com), und schon hat wieder ein Baby überlebt. Besorgt wird die Online-Fütterung von »Sponsoren«. Auch die deutsche Bäckerinnung (www.baecker.org) unterstützt die Aktion. Schließlich sterben pro Jahr 40 Millionen Menschen an Hunger – »das entspricht 300 Flugzeugabstürzen täglich«. Der deutsche Betreiber der »Hungerseite« will zeigen, »wie easy es sein kann, daß unterernährte Menschen in der Dritten Welt täglich ein Essen erhalten«. Nämlich so: Man klickt einfach auf den »Hungerbutton« und fordert damit die kooperierenden Sponsoren auf, eine Spende zu überweisen. Prompt ist ein Kind mehr auf Erden satt. Da die beteiligten Firmen die »Hungerseite« als »Werbung« und Beitrag zur »Unternehmenskultur« betrachten, ist freilich »leider« ein »Überwachungssystem« installiert, das sicherstellt, daß jeder Nutzer nur »einmal pro Kalendertag« spenden läßt. Dafür wird pro Klick immerhin »ein halber Cent« in den Kongo oder sonstwohin überwiesen. Da kommt schon was zusammen.

Ich wähle auf jeden Fall Herrn Schröder. Mehr verrate ich nicht

---

Nena

Und während des Besuchs der »Hungerseite« kann man bei www.TheRainforestSite.com oder www.TheBreastCancerSite.

com eben mal ganz easy ein paar Hektar Natur gesundklicken oder »unterprivilegierten Frauen« helfen, »die an Brustkrebs leiden«. Schließlich geben wir »so viel Zeit für unnütze Dinge aus«, da ist es nicht falsch, wenigstens »eine Minute pro Tag einer guten Sache zu widmen«. Wer bezweifelt, daß die virtuelle Spende direkt im Magen des richtigen Empfängers landet, kann aber auch klein anfangen und einfach *Meyers Taschenlexikon* über Ruanda abwerfen lassen. »Experten« haben nämlich herausgefunden, »daß man Hunger letzten Endes nur durch Bildung reduzieren kann«.

Konkret 10/02, S. 43

Georg Seeßlen

Die 11-9-Leinwand

Kultur-Kolumne

Das Schöne und das Furchtbare an der US-Kultur ist, daß alles zuerst einmal Bild wird und als Bild sogleich ins Religiöse lappt. Nicht in eine bestimmte Religion, sondern in eine Mischung aus Religion, Kapitalismus und Patriotismus, die viel weniger Dogma als Code ist. »America« ist eine Glaubenssache. Das Nationale und das Religiöse (Gott, Amerika und der Dollar) sind in kaum einem anderen Land so konsequent, aber auch so willkürlich miteinander verbunden. Zu den Vorteilen dieser Bilderkultur gehört, daß der sentimentale Kult und die Praxis des Lebens zweierlei sind; die Verbindlichkeit des Codes hat Grenzen. Zu den Nachteilen gehört es, daß von Zeit zu Zeit die Welt an der Praxis amerikanischer Religionsbilder zugrunde zu gehen droht.

Wo sich Bildercode und Interesse zur Ideologie vereinen, und an welchem Punkt die daraus resultierende Politik in den Krieg mündet, ist schwer zu sagen. In jedem Fall kann man von Europa aus amerikanische Bilder nie wirklich unschuldig betrachten. Dazu müssen wir gar nicht den mannigfachen Verflechtungen von Unterhaltungsindustrie, Rüstungsindustrie und Militär nachgehen. Andererseits sollte man die Bilder auch wieder nicht so ernst nehmen, wie wir uns das im Umgang mit politischen Statements angewöhnt haben. Dazu ist dieser Bildercode zu offen und zu widersprüchlich. Nicht einmal ein übler flagwaver wie »Pearl Harbour« läßt sich ohne weiteres als »Propaganda« begreifen. Unglücklicherweise verleitet gerade der innere Reichtum der US-Bildercodes viele Kritiker in Europa allerdings dazu, ihren Produkten alles zu verzeihen. Unsere Rezeption hat häufig selbst etwas Religiöses an sich.

Anyhow. Natürlich setzt der 11. September wieder ein zähes Räsonieren in Gang: Hat Hollywood den Anschlag vorausgeahnt, haben die Terroristen die Katastrophenphantasie nur in die Wirklichkeit übersetzt, und ist die Wirklichkeit dieses Anschlags anders denn unter Zuhilfenahme des Bildercodes uns nicht ins »kollektive Gedächtnis« zu senken? Das waren die Fragen, die sich vor einem Jahr stellten. Mittlerweile interessiert uns längst schon wieder das »Menschliche in der Katastrophe«, und wir wollen den Bildern einfach wieder trauen und folgen. Eine Zusatzfrage allenfalls: Wie reagiert jetzt die Bildermaschine?

Die Geschichte von Film und Terror ist voll von bizarren Episoden. Ursprünglich war z. B. in Brian de Palmas »Carlito's Way« (1993) geplant, dem Gangster einen symbolträchtigen Tod auf den Treppen des World Trade Center zu gönnen. Aber dann kam der erste Anschlag auf die Twin Towers, und es waren wohl nicht nur praktische Gründe, die diese Art von Gangstertod für die US-Leinwände untauglich machten. Dann waren die Treppen der Grand Central Station dran – aus der U-Bahn kommend stirbt der Gangster.

Schon damals veränderten die Zwillingstürme ihre Funktion in der Ikonographie der populären Kultur. Zuvor waren sie ein Endbild: die Erfüllung und zugleich das Nichtmehrweiter des amerikanischen Traums. Der sterbende Gangster am Fuß der Twin Towers hätte das große mythopoetische Eingedenken der Ambivalenz und Abgründigkeit sein können, das andere des American Dream: American Gothic. Mit dem ersten Anschlag mußte das Bauwerk sozusagen schlagartig anders gesehen werden. Entweder gar nicht mehr oder als positives »Wahrzeichen«.

Dabei war der Zusammenhang von Hochhaus und Terror seit den siebziger Jahren ein fester Bestandteil der Cinematographie. Vielleicht war das nicht nur eine Ahnung der realen Gefahren, sondern auch ein Bild der sozialen Klaustrophobie. Die B-Variationen der »Die Hard«-Filme waren da schon immer expliziter; in »Deadly Takeover« (1996) legt die Gangstercrew eines verbitterten US-Offiziers Sprengstoff ans Weiße Haus und kidnappt in Israel Wissenschaftler, die mit chemischen Kampfstoffen experimentieren. Die terroristischen Gefahren werden gleichsam im Kreis herum endlos produziert. Alle Feindbilder sind nur Masken. Seit Frankenheimers »Black Friday« hatte sich der Terroristenfilm zu einem Genre entwickelt, das immergleiche Bilder von Bedrohung, Angst und Zerstörung montiert, aber endlos mit den Subjekten dieser Szenarien spielt. Arabische Fanatiker, deutsche Neonazis, Geheimdienstleute, russische Verschwörer, Psychopathen, Black Panther und White Trash. Und das Ganze in wechselnden Allianzen und Maskeraden.

Was bei aller Einflußnahme des Pentagon dankenswert klar bleibt in den Terrorfilmen, vermutlich weil man sich nicht dafür schämt, ist der Zusammenhang zwischen Krieg und Ökonomie. Sogar bei den Einzelkämpfertypen, die mal nach Nicaragua, mal nach Afghanistan aufbrechen, konzentrieren sich die Filme erst einmal auf die Frage: Wer bezahlt das Ganze? Die Politiker, aber nicht die Geldgeber, sind oft die Bösen. Es gibt hier einen Kampf zwischen altem und neuem Kapital, den es schon im Western gab. Man kann sie deshalb auch als rechte Selbstreinigungsfilme ansehen.

Die Terrorphantasie im Kino war jedenfalls auf einem Höhepunkt, als es wirklich passierte. Die Produktion verpaßte sich eine Pause, von der man von vornherein wußte, daß sie nicht lange dauern und keinem Verwertungsinteresse schaden würde. Verschoben wurden Filme, in denen das Objekt des Angriffs eine zu bedeutende Rolle spielt (»Spiderman«), in denen es zu viel Bomben und Explosionen gibt (»Big Trouble«), Terrorfilme wie Arnold Schwarzeneggers »Collateral

Damage« und schließlich CIA-Aktionen wie »Bad Company«, die Anlaß zu unerwünschten Vergleichen hätten geben können. Natürlich wurden diese Filme bald nach dem 11.9. als »Kommentare« lesbar. Man unterstellte ihnen ein unklares »Wissen«, so ist das mit Bildercodes. Die meisten waren aber nur schlecht und charakterlos.

Weder die Ursache noch das Ziel des Krieges scheint in diesen Filmen der Jahre 1999 bis 2002 zu interessieren, nur das Verhalten mittendrin. Tatsächlich war wohl irgendeine kriegerische Aktion mit der Wahl von George Bush jr. unausweichlich geworden, und Hollywood hatte Bush-Filme schon in Planung, so wie sie Reagan- und Clinton-Filme produzierten, die von der guten Community, der Liberalität und der selbstironischen Konstruktion des Glücks der »Flintstones« erzählten. Nicht so sehr der Terroranschlag und die Reaktion darauf, sondern der Krieg als existentielle und nicht zuletzt als integrierende nationale Erfahrung war im Bildercode längst vorformuliert.

Der Kriegsfilm evoziert die Barbarei der Situation. Er ist viel eher geeignet, nach hinten zu sehen, als ein aktuelles Geschehen zu begleiten, und eine Renaissance der »warnography« à la »Top Gun« scheint denn doch wieder nicht in Sicht. Statt dessen blickt man in Filmen wie John Woos »Windtalkers« (2001) oder Randall Wallaces »We were soldiers« (2002) zurück, in den Zweiten Weltkrieg und nach Vietnam, um eine Art von Heldendenkmälern zu schaffen, die sich durchaus von der nationalen Ideologie befreien. Es geht ausschließlich um die Werte und Tugenden, die Helden aus sich entwickeln, auch wenn das System, in dem sie agieren, krank und korrupt ist. Sie finden sich selbst in Kriegen ohne Inhalt.

In diesen Filmen geht es um die Produktion eines Bildes von sich selbst, das offensichtlich so nur im Krieg zu haben ist. Wenn wir den Codes glauben, dann werden die USA gegen den Irak Krieg führen, nicht um einer Ordnung oder eines Rechts wegen, nicht einmal aus ökonomischem Interesse. Sondern aus einem quasireligiösen Verlangen nach Moral und nach dem Bild. Werden diese Filme mitschuldig sein, oder haben sie nur etwas »vorher gewußt«, wie die Katastrophenbilder etwas vom Einsturz der Twin Towers gewußt haben? Das ist eine falsche Frage. Weil man in einem Kreis keinen Anfang finden kann. Und kein Ende.

Konkret 10/02, S. 44

Gert Ockert

1.000 Jahre Riefenstahl

Und Deutschland gratuliert. Ein Sittengemälde

Sie haben sich nie für etwas geschämt, niemals um die Opfer ihrer Mordlust getrauert, keine Sekunde lang die Schuld, in der sie vor der ganzen Welt stehen, akzeptiert, keinen Augenblick lang innegehalten, um vor sich selbst zu erschrecken und vor ihrer Geschichte, ein halbes Jahrhundert lang nicht. Und inzwischen tun sie nicht mal mehr so, als ob. Die Deutschen kommen mit ihrer Vergangenheit bestens klar, weil sie nur das in ihrem Gedächtnis bewahren, was bei Gedenktagen nicht stört. Sie sind mit sich im reinen, weil sie jeden, der sie an das erinnert, was sie, und nicht nur eine kleine, exotische Bande von Nazi-Unholden, angerichtet haben, als einen abtun, der sie in den Schmutz ziehen will. Das abscheulichste und entsetzlichste Verbrechen in der Geschichte der Menschheit hat nichts mit ihnen, sondern nur mit ihrem Namen zu tun. Doch wenn sie sich einmal geschichtsbewußt geben, nehmen sie den Holocaust zum Vorwand, endlich wieder Kriegsverbrechen begehen zu können. Kein nennenswerter Akt der Sühne ist den Deutschen je gelungen, den man ihnen nicht hätte aufzwingen müssen, und dann war er erst recht nicht nennenswert. Sie reden sich heraus seit 57 Jahren, sie leugnen, lügen, fälschen, drohen, verklagen, jammern, quatschen schön oder schweigen stur, und sie sind darüber steinreich geworden und arrogant; unbesiegbar, weil sie keine Reue kennen, unentrinnbar, weil sie sich aufdrängen, wo sie nur können, unsterblich, weil ihr Schlaf von keinen Alpträumen gestört wird. Deutsche haben keine Alpträume, denn sie sind selbst einer.

Wie sehr die Kinder der Mörder ihren Eltern in der Absenz von Trauer und Scham ähneln, wie viel Geschwätz sie entfesseln, um nur nichts Selbstkritisches sagen zu müssen, wie sie das Maul aufsperren, damit sie es anderen verbieten können, all das läßt sich am besten besichtigen, wenn ein runder Geburtstag ansteht. Wie z. B. soeben der hundertste einer Frau, die alle Lügen und Frechheiten, alle Gewissenlosigkeit und alles Selbstmitleid dieser Deutschen derart plakativ verkörpert, daß man meinen möchte, sie sei eine Art ektoplasmatische Erscheinung, geboren bei einer nationalen Séance gleich nach Kriegsende, der fleischgewordene kollektive Unwille der Deutschen zur Scham, und darum so alt, so unverwüstlich, so grauenerregend: ein Gespenst der Gemeinheit, eine Wiedergängerin, die für jeden ermordeten Juden ein Jahr Lebenszeit geschenkt bekommen hat, ein Zombie des Obszönen.

Die Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag der Berta Helene Amalie Riefenstahl am 22. August in Pöcking am Starnberger See sowie in sämtlichen Medien des Landes sind der reine Brechreiz gewesen, doch wieder einmal haben es die Eingeborenen nicht geschafft, über sich selbst zu kotzen. Man kann es ihnen vielleicht beibringen, indem man sie mit der Nase in die Scheiße stößt, die aus allen Kanälen und Druckerzeugnissen gequollen ist, als Hitlers treueste Freundin, Goebbels' beste Propagandistin, Streichers liebste Regisseurin so alt wurde, wie hierzulande nur alte Nazis werden. Man kann das versuchen. Aber machen wir uns nichts vor: Eine Stube, in der so viel Dreck gehäuft liegt, kriegt man auch auf diese Weise nicht rein, niemals.

Die üblichen Verdächtigen

Wer nicht kommen wollte an den Starnberger See, um der nationalsozialistischen Art Directress zu huldigen, der wußte schon, warum. Wer gekommen ist, wußte es auch, und brachte artig was mit, wie das »Hamburger Abendblatt« berichtet. *Uschi Glas schenkte hundert Rosen, Peter Gauweiler überreichte eine Götterfigur aus Nymphenburger Porzellan, Petra Schürmann offerierte ihr selbstgeschriebenes Buch.* Was eventuell die erste echte Bestrafung ist, die Riefenstahl je erleiden mußte. *Fast 200 Bekannte und Verwandte hatte die Filmemacherin in das Hotel Kaiserin Elisabeth am Starnberger See eingeladen. Die umstrittene Regisseurin – die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Volksverhetzung – erschien im türkisfarbenen Abendkleid.* Ein Kleid und eine Farbe, über das und die sich, nach den Hochglanzfotos zu urteilen, ebenfalls streiten ließe, aber das Volk will nicht verhetzen, sondern loben, so eitel kommen wir schließlich nie wieder zusammen, und diesen Staatsanwalt wird unsere Leni genauso überleben wie alle anderen Staatsanwälte. *»Solange wir eitel sind, bleiben wir jung. Der Beweis: Leni todschick in Max-Dietl-Couture.«* Soll laut »Bunte« Antje-Katrin Kühnemann in ihrer Laudatio geschwärmt haben, und wer die wespenartige Fernsehärztin mal erlebt hat, der weiß: Hier hat »Bunte«, anders als bei Prinzessin Caroline oder Tom Cruise, nichts erfinden müssen.

Es hat im »Kaiserin Elisabeth« seit Kaiserin Elisabeth solche Szenen aufrichtigster Untertanenliebe nicht gegeben. Das »Hamburger Abendblatt« wundert sich darüber nicht einmal: *Schaulustige und Fotografen (riefen) laut »Leni, Leni!« ... Was er seiner Wanderfreundin Leni schenkte, wollte der Extrembergsteiger (Reinhold Messner) ... nicht verraten: »Das ist zu intim.«* Und das will was heißen, wenn's ein Kerl sagt, der ein paar Tage zuvor für den MDR und das ziemlich propagandakompaniekompatible Riefenstahl-Jubel-Feature »Ich wollte nie so alt werden« vor der Kamera seine Verliebtheit in diese Frau ohne Scheu präsentierte und mit der Inbrunst eines zwangsitalisierten Tirolers röhrte: *Das ist eine mutige Frau, die ihr Leben gelebt hat, und ich glaube, es ist höchste Zeit, daß man dieses Lebenswerk anerkennt.* Ja, hätte

sie doch ihr Leben gelebt gehabt! Aber sie lebt es weiter und immer weiter, und auch nächstes Jahr wird Leo Kirch, wenn's geht, wieder kommen, und Willy Bogner hält sich den Terminkalender frei, und schon gar nicht fehlen wird Alice Schwarzer, die beste Freundin, die jemand wie Riefenstahl sich wünschen kann. Was aber die »Anerkennung fürs Lebenswerk« betrifft, muß der Extremschwätzer Messner sich nicht länger grämen. *Kinopräsident Steffen Kuchenreuther überreichte Leni die SPIO-Ehrenmedaille für ihre Verdienste um den deutschen Film* (»Bunte«). Und man sollte darüber nicht schimpfen, sondern sich freuen, nun ein weiteres Argument zu besitzen, dem deutschen Film und seinen Kinopräsidenten nicht über den Weg zu trauen.

Im Reigen der Gratulanten

Leider ist man auch im Ausland nicht ganz dicht, wenn solch ein Monument des Starrsinns sich zum Hundersten hochstapelt. *Sie sind ein Genie, seit 20 Jahren bin ich verliebt in Sie und kenne alle Ihre Filme*, grüßte via Video, von Maskengesicht zu Maskengesicht, Michael Jackson ekstatisch. Und Jodie Foster dürfen wir uns nicht länger so intelligent vorstellen, wie sie in ihren Filmen dreinschaut, denn die Schauspielerin will unbedingt die Biographie der Riefenstahl nachspielen und solche Nähe zu einer Schreckensfrau macht blöd, wie die Grußkarte beweist: *Ich wünsche Ihnen Gesundheit und nur Liebe.* Was allerdings soll Riefenstahl mit »Liebe« anfangen? Auf Flaschen ziehen und in den Starnberger See schmeißen? Weibisches Gequassel! *Spielen*, verfügt des Teufels älteste Tochter in der »Bunten«, *darf Jodie mich erst, wenn ich mal nicht mehr lebe.* Also schätzungsweise nie. *Ich habe keine Lust, mich darüber aufzuregen, was Hollywood aus meinem Leben macht.* Und dafür wird sie notfalls so alt werden wie das Reich dann doch nicht wurde, das ihr innigster Freund einst begründete.

Denn sie ist eine *Überlebenskünstlerin, die auch noch im hohen Alter für Überraschungen sorgt*, wie die »Neue Post« begeistert titelt. *Sie machte Propaganda-Filme für Hitler! Sie war ein Foto-Genie! Sie wird verachtet und doch von vielen verehrt / Heute 100! Leni Riefenstahl feiert rauschende Party!* schreit »Bild«, und das sind erst die Headlines. Darunter jodelt ein echter Blieswood: *Alte Dame oder Hexe Hitlers? Filmregisseurin des Jahrhunderts oder Karriereristin des Führers? Pin-up-Girl der Nazis oder nur »Narzisse«? Das Urteil wird die Nachwelt fällen: »Ich war anfangs sehr beeindruckt von Adolf Hitler ...«* Das Zitat ist von Riefenstahl, nicht von Blieswood. Glaube ich. Und der peinlichste Journalist des Universums, Franz Josef Wagner, bei dem irgend etwas in der zerebralen Anlage schon seit langem nicht funktioniert, widmet dem *lieben Geburtstagskind* eine »Post von Wagner«, die sich allenfalls auf einer »Diddl«-Glückwunschkarte besser machen würde als in »Bild«: *In Ihrer genetischen Anlage hat irgend etwas nicht funktioniert. Vielleicht stoßen deshalb nicht alle Deutschen auf Sie, unsere größte lebende Künstlerin, an. Happy Birthday trotzdem, Sie Dame mit den zwei Gesichtern.* Die größte lebende Schreckschraube eine »Dame« zu nennen, konnte wahrlich nur jemandem einfallen, der hinten Wagner heißt.

Doch während man sich in diesen Fällen noch mit der imprägnierten Doofheit, Würde- und Geschichtslosigkeit der Boulevardpresse herausreden kann, wird es bei Volker Schlöndorff schlicht pathologisch: *Man kann nicht umhin, sie zu bewundern, sowohl für ihre Vitalität als auch für das, was sie künstlerisch geschaffen hat.* Man kann schon, wenn man seine Zwetschgen beisammen und nur einen Hauch von Kunstverständnis hat. *Niemand sollte ihr das Talent absprechen. Aber es ist immer ein Risiko, wenn sich ein Künstler einen Förderer aussucht. Das war schon bei den Medicis im Mittelalter so* (»Welt«). Nur daß Michelangelo nie einen »Triumph des Willens« gemeißelt, Da Vinci kein »Fest der Schönheit« gezeichnet und Botticelli für seine Bilder nicht einen einzigen Zigeuner versklavt hat. Denn diese Künstler hatten nicht bloß ein Talent, sondern auch Charakter. Die lupenreine Frechheit des Vergleichs erklärt aber und endlich, warum kein anderer als Schlöndorff Chef der Babelsberger Filmstudios werden durfte.

Die volle Unbefangenheit der deutschen Jugend, die bekanntlich den Kopf lieber noch als in den Sand in den Arsch steckt, offenbart, ebenfalls in der »Welt«, Philipp Stölzl, ein Kollege von Schlöndorff und dem Pöckinger Scheusal, der sich für einen sehr erfolgreichen Videoclip der Nazi-Chique-Band Rammstein beim »Olympia«-Film bediente: *Riefenstahls Werke sind dabei, etwas zu werden wie ein behauener Stein aus der Römerzeit, dem man das Leben und Leiden, das sich um ihn herum abspielte, nicht mehr ansieht.* Weil man's nicht mehr sehen mag und sowieso einen Hau hat wie kein Stein aus irgendeiner Zeit.

O ja, es verwirrt und verdummt, sich allzu eingehend mit dem wirren Geschnarre und brunzdummen Werk der Parteitagsfilmerin zu beschäftigen! Claudia Lenssen, eine Filmhistorikerin, die vormals zur Entlarvung der Legenden, die Riefenstahl um sich errichtete, viel Verdienstvolles geleistet hat, sollte sich schleunigst einen neuen Forschungsgegenstand suchen, ehe ihr das Gehirn vollends verkäst: *Sie fasziniert auch heute, weil sie eine Emanzipationsgeschichte repräsentiert – eine unangenehme, extravagante, rücksichtslose.* Schreibt Frau Lenssen allen Ernstes in der »Taz«. *Die Riefenstahl verkörpert ... den Paradigmenwechsel vom klassischen weiblichen Schauobjekt für den voyeuristischen Blick hin zur technisch versierten Kamerafrau.* »Paradigmenwechsel« sagt man ja seit 1989 ständig, wenn es um Schweinereien geht, aber vor einen Bus solcher Größe ist bisher ja nicht mal der Glotz gelaufen. *Wache Teilnahme an gesellschaftlichen Vorgängen war nie Leni Riefenstahls Sache. Sie folgte ihrer Obsession fürs Märchenhafte.* Daher der Gastauftritt von

Schneewittchen und ihren 100.000 SA-Zwergen im »Triumph des Willens«. Die Obsession, der Frau Lenssen nachlesbar und etwas tragisch unterliegt, kann noch kuriert werden. Ein-, vielleicht zweimal »Sein oder Nichtsein« von Ernst Lubitsch angesehen, und die Sache ist ausgestanden.

Ja, aber!

Oder sind wir jetzt zu optimistisch? So gut wie alle Deutschen scheinen unheilbar verrückt zu werden, sobald sie der dumpfen, mit Blut und Schweiß lackierten Nazi-Ikonographie Riefenstahls begegnen. Stellvertretend für sie, die nicht mehr zu retten sind, outet sich Harald Martenstein im »Tagesspiegel«: *Wie unglaublich gut sie trotz allem ist! Manche behaupten, daß »Triumph des Willens«, das schwärzeste Meisterwerk der Filmgeschichte, ihr bei weitem bester Film ... langweilig sei – falsch, man muß nur das Gehirn ausschalten, man muß einfach alles vergessen, was man über das Dritte Reich weiß, dann haut es einen um, dann bläst es einen weg, noch heute. Dann ist man, noch heute, zwei Stunden lang ein Nazi.* Und das ist schon unglaublich gut, das haut einen um, das bläst einen weg, ist *eine unbezahlbare Erfahrung*, die Martenstein nicht missen möchte, weil seine offene Begeisterung für einen unendlich öden, gänzlich inhumanen, durch und durch nationalsozialistischen Müll angeblich beweist, daß er, Martenstein, niemals zum Nazi mutieren wird. *Von Bazon Brock stammt der Satz, daß man wissen muß, daß man ein Nazi sein könnte. Nur dann könnte man sicher sein, daß man keiner wird.* Aber es genügt, zwei Stunden lang einer zu sein, und schon ist das Nazitum keine Angelegenheit der Phantasie mehr.

Die Sympathie ist jetzt und fortan da, und weil man den Oberschurken nicht gut finden darf, noch nicht, umarmt man dessen Liebhaberin: *Sie hat im entscheidenden Rennen aufs falsche Pferd gesetzt, auf Hitler.* Es war nämlich das pure Glücksspiel, damals, ob man das Gehirn ausschaltete und zum Nazi wurde oder nicht. In Hollywood wäre sie zweifellos zur größten Regisseurin aller Zeiten aufgestiegen. Was nun Jodie Foster nachholen muß. Wenn sie lange genug lebt dafür. Riefenstahl, blödelt Martenstein, *ist vermutlich keine Nationalsozialistin gewesen, das sagten jedenfalls alle, die sie damals kannten, nur ein Genie auf Arbeitssuche.* Das nehmen mußte, was es kriegen konnte, weil der schwer faschistische Schmarren, den Riefenstahl bereits 1932 in »Das blaue Licht« inszeniert hatte, allein von den Nazis goutiert wurde. *Auch das muß man sehen: Riefenstahl hilft etlichen Verfolgten, Juden, »Halbjuden«, ein Wort von ihr genügt.* Daß ein Wort von ihr genügte, wird tatsächlich bestätigt, wenngleich anders, als der weggeblasene Schmock Martenstein frischweg in die Gegend behauptet.

Eine der wenigen Zigeunerkomparsinnen, die »Tiefland« überlebten, erzählt in der »Süddeutschen Zeitung«, was ihr passierte, nachdem sie vom Set geflüchtet war. Bald fing die Polizei sie ein, und das Genie verlangte von der jungen Frau Bußfertigkeit, was das Mädchen verweigerte: *Da hat die Frau Riefenstahl gesagt: »Dann kommst du eben ins Konzentrationslager.«* Und so geschah es auch. Harald Martenstein findet derlei häßliche Anekdoten vermutlich nicht »unglaublich gut«, darum nimmt er sie kurzerhand nicht wahr. Seine Ignoranz ist so deutsch wie der »Triumph des Willens«, und sein Fazit desgleichen: *Sie war keine Teufelin – aber sie möchte unbedingt als Unschuldsengel in Erinnerung bleiben. Darauf besteht sie. Wer aber unschuldig sterben möchte, der stirbt besser jung.* Und wer bescheuert werden möchte, der versuche, solche Apologien zu verstehen.

Der Mann vom »Tagesspiegel« ist nicht allein. Fast einstimmig schreit das Feuilleton zum Jubeltag der fürchterlichen Frau »JA, sie hat für die Nazis Filme gedreht, ABER darum ist die Leni doch noch lange kein Nazi!« Elke Schmitter schnoddert im »Spiegel«: *Der deutsche Widerwille, der Zorn gegen Riefenstahl sind vielleicht nur damit zu erklären, daß sie eine ganz neue, populäre Kunstform eroberte und zur Vollendung brachte – und zugleich, schon im Entstehen, dieser Kunstform ihre Unschuld nahm.* Die Deutschen zornig auf ihre Lieblingsregisseurin? Das ist neu. Daß sie aber übelnehmen, weil Riefenstahl einer »ganz neuen Kunstform«, die 1933 immerhin gut drei Jahrzehnte auf dem Buckel hatte, die »Unschuld nahm« – das ist vollkommen idiotisch. Was trinkt Frau Schmitter eigentlich, wenn sie schreibt? *Riefenstahls Filme sind nicht »genuin faschistisch«, wie ihre einflußreiche Kritikerin Susan Sontag behauptete. Der Faschismus selbst ist künstlerisch ein Sammelsurium: aus Futurismus und kaltem Blick, falscher Natürlichkeit, Monumentalverliebtheit und neoklassizistischem Schönheitskult. Russen und Italiener, US-Amerikaner und die Mystiker des Nordens propagierten Elemente dieser Ästhetik zur selben Zeit wie die Nazis.* Kurz: Riefenstahl konnte schon deshalb keine faschistischen Filme anfertigen, weil es eine faschistische Kunst gar nicht gibt. Frau Schmitter nimmt einen letzten tiefen Schluck aus der Pulle und nennt die ungenuine Faschistin *eine berüchtigte Nervensäge nicht ohne Charme*. So ähnlich steht es in Goebbels' Tagebüchern auch.

Hilmar Hoffmann, der als SPD-Kulturfunktionär zur Verheerung der Stadt Frankfurt und des Goethe-Instituts mehr beitrug, als man seinen bescheidenen Fähigkeiten zutrauen würde, konnte in der Woche vor Riefenstahls Geburtstag auch nicht länger verhehlen, daß es ihn weggeblasen hat und er dem Charme der Leni erlegen ist. Der »Frankfurter Rundschau« war das Plädoyer ihres alten Kumpans immerhin so peinlich, daß sie es, am 15. August, nur in indirekter Rede zitieren mochte: *Für ... Hilmar Hoffmann war Leni Riefenstahl viele Jahre die »ideologische Kurtisane Adolf Hitlers«. Doch heute plädiert Hoffmann ... für eine Neubewertung ihrer künstlerischen Produktion. Nicht nur Leni Riefenstahl, vor allem in Frankreich*

und den USA als größtes Dokumentarfilmgenie aller Zeiten gefeiert, sei von Hitler anfangs fasziniert gewesen. Auch viele andere seien wie die Schriftstellerinnen Agnes Miegel oder Ina Seidel anfällig gegenüber dem Nationalsozialismus gewesen. Doch nicht nur Riefenstahl, sondern auch weltberühmte Protagonisten der proletarischen Sowjetavantgarde um Wladimir Majakowskij oder die Stummfilmregisseure Sergej M. Eisenstein (»Panzerkreuzer Potemkin«), Dziga Wertow oder Wsewolod Pudowkin hätten in ihren Filmen das »hehre Pathos der ideologisierten Gemeinschaft gefeiert und metaphysische Schauer erzeugt«. Deren Genie sei jedoch in keiner Kinematographiegeschichte bestritten worden, meint Hoffmann. Ging auch nicht: Eisenstein, Wertow und Pudowkin hatten nämlich eines. Allerdings – gemessen an der intellektuellen Potenz dieses Hoffmann, der für seine späte Liebe zu Nazifilmen Sergej Eisenstein mit Dreck bewirft, geht sogar die Riefenstahl als Genie durch.

Den Tagesbefehl zum 100. Geburtstag auszugeben, blieb irgendeinem Ralf Dorschel in der »Hamburger Morgenpost« vorbehalten: *Leni Riefenstahl ist eine der einflußreichsten Künstlerinnen des gesamten 20. Jahrhunderts – und nicht nur der fatalen Jahre vor '45. Aber wer sich das eingesteht, wird mit Hinweisen auf Goebbels und Hitler abgefertigt. Wir alle eiern rum. Aber mal den Hut ziehen vor Leni Riefenstahls langem Leben und auch ihrem Lebenswerk, sogar ihrer absurden, sturen Flucht ins Unpolitische, das darf man. Muß man sogar.* Aber wie stellt der Dorschel es an, einen Hut zu ziehen, wo er doch gar keinen Kopf hat, auf dem einer sitzen könnte? Und wie kommt dieses naßforsche Henri-Nannen-Schulgewächs dazu, uns »alle« des »Rumeierns« zu zeihen? Die meisten sind ja ebensolche Riefenstahl-Fans wie er. Und die anderen, leider die wenigsten, finden dieses Werk und diese Frau ohne Einschränkung einfach widerlich.

Für sie schreibt Georg Seeßlen in der »Taz« den einzigen vernünftigen und angemessenen Artikel des Tages: *(Riefenstahls) Blick auf die Welt, die Menschen, die Dinge, die Beziehungen, die Bewegungen, die Dimensionen, die Perspektiven, kurz alles, was aus einem Blick ein Bild herzustellen vermag, (ist) im Wesen antihuman, gefühllos ..., todesgeil, mitleidlos, anti-aufklärerisch und faschistisch ... Unmoralische Bilder erkennt man, wenn man sie schon nicht anders erkennt, auch am unmoralischen Prozeß ihrer Herstellung.* Und Nazi-Sympathisanten an ihrer Sympathie für Nazis. Ja. Und kein Aber.

Man sagt den Deutschen nicht etwas Wahres, ohne daß sie aufheulen. Die Stimme des Volkes mit akademischem Abschluß plärrte, fünf Tage später und gleichfalls in der »Taz«, aus Lesern, die sich zweifellos über die präzise Polemik des Spezialisten mehr erregt haben als jemals über einen Kriegsbeschluß ihrer Lieblingspartei. Um Seeßlen als Übelkrähe zu denunzieren und unsere Leni zu retten, wird der Autor kurzerhand als Macho und Frauenhasser enttarnt. *Eine Frau soll also selbstlos die unterdrückte Sexualität von Millionen Nationsalsozialisten visualisiert haben. Dies wirft ein erschreckendes Bild auf einen chauvinistisch-politisch-ästhetischen Diskurs, der bis in die Gegenwart reicht.* Erschrickt Oliver Miersch und holt sich einen nach dem andern runter: *Was bei der Betrachtung ihrer Bildsprache meist aber außer acht gelassen wird, ist die geradezu atemberaubende Erotik vieler ihrer Arbeiten, die ungebändigte Lust am männlichen Körper, die ihre Bilder zeigen. ... Leider wurde dies jedoch nie – auch nicht von Frauen – als Ausdruck weiblicher Sexualität gesehen.*

Die »Bunte« überliefert, was die Frau mit der atemberaubend erotischen Bildsprache ihren Festgästen zurief: *Alles hätte ich mir vorstellen können, aber daß ich 100 Jahre alt werde, niemals!* Sie ist unter all diesen exemplarischen Deutschen wahrscheinlich die einzige Person gewesen, die weiß, daß ihr Geburtstag und all das Gewese um ihn in einem zivilisierten Gemeinwesen unvorstellbar wären. In Deutschland aber ist nur der Tod nicht ihr Freund.

Gert Ockert schrieb in KONKRET 6/02 über die vermeintlichen Gefahren von Computerspielen

Konkret 10/02, S. 47

Frank Illing

Kopflose Gespenster

Zum 100. Geburtstag der surrealistischen Malerin Toyen

Schon oft wurde die marginale Rolle beklagt, die Frauen in den Kunstavantgarden gespielt haben. Trotz (oder wegen?) seiner programmatischen Verherrlichung der Frau ist der Surrealismus da keine Ausnahme gewesen. Die tschechische Malerin Marie Cerminová gehörte zu den wenigen Künstlerinnen, die den langen Atem besaßen, sich innerhalb der surrealistischen Gruppe durchzusetzen. Um den Preis allerdings, im Gegensatz zu den meisten ihrer männlichen Kollegen längst wieder vergessen zu sein. Am 21. September 2002 war ihr 100. Geburtstag.

Bereits ihr früh angenommenes Pseudonym Toyen läßt sich als Verweis auf eine männlich dominierte Gemeinschaft lesen. Vom französischen »citoyen« (Staatsbürger) abgeleitet, benutzte Toyen bewußt die im Tschechischen maskuline Form, eine den späteren Feminismus geradezu konterkarierende Lösung. In ihren Arbeiten ist die Rolle der Frau jedoch ein zentrales Motiv. Seit den fünfziger Jahren wird ihr Werk von anwesend-abwesenden Frauengestalten bestimmt, die im Spannungsfeld von befreiter Imagination und dem realen Zugriff des Mannes stehen.

Über Toyens Jugendzeit ist wenig bekannt. Im Alter von 17 Jahren verließ sie ihr Elternhaus und schloß sich der Prager Bohème an. Ein Studium an der Hochschule für angewandte Kunst brach sie bereits nach kurzer Zeit wieder ab. Bei einem Ferienaufenthalt am Mittelmeer lernte sie 1922 den Maler Jindrich Styrsk´y kennen, mit dem sie bis zu seinem Tod eng zusammenarbeitete. Beide schlossen sich 1923 dem »Devetsil« an, der damals maßgeblichen tschechischen Avantgarde-Bewegung, die einen hedonistischen Kommunismus propagierte. Die von Cheftheoretiker Teige seit 1924 unter dem Schlagwort »Poetismus« herausgegebenen Lebenskunst-Programme suchten nach einer Verbindung von konstruktivistischen Ideen und sozialistischer Umgestaltung der Gesellschaft. Hinzu kam die Begeisterung für moderne französische Lyrik und postkubistische Kunst, von den seinerzeit erfolgreichen Devetsil-Lyrikern Nezval und Seifert in assoziativen, oft exotischen Gedichten umgesetzt. Toyen orientierte sich an diesen Programmen, was dazu führte, daß sie von ihren kubistischen Anfängen zu einer kurzen Phase »naiver« Gemälde wechselte, bestimmt von den Motiven der poetistischen Lyrik: Tänzerinnen, Karneval und Zirkus.

Eine Erbschaft Styrsk´ys ermöglichte ihnen ab 1925 längere Aufenthalte in Paris. Über den dort schon seit einiger Zeit ansässigen Devetsil-Maler Josef Sima konnten sie rasch Kontakte zur Kunstwelt knüpfen, nahmen beispielsweise zusammen mit Arp, Delaunay, Klee, Ernst und Mondrian an der Ausstellung »L'art d'aujourd'hui« teil. Zu einer Einzelausstellung ihrer Bilder verfaßte Philippe Soupault, der Mitbegründer des Surrealismus, 1927 den Begleittext.

Im selben Jahr fügten auch Toyen und Styrsk´y den zahlreichen Ismen jener Zeit ihren eigenen hinzu: den Artifizialismus. Im dazugehörigen Manifest verknüpften sie die Absage an jeglichen Realismus mit einer Konzeption der Verarbeitung von Erinnerungen, was zu einer »Poesie, die die Lücken zwischen den realen Formen ausfüllt«, führen sollte. Von der Idee her waren sie dem Surrealismus damit schon nahe, lehnten aber dessen damalige malerischen Resultate als »auf formaler Ebene historisierend« ab. In ihrer Malerei bewahrten sie stets einen konstruktiven Anteil, beschränkten sich also nie auf den von André Breton vorgegebenen »reinen psychischen Automatismus«.

Toyens artifizialistische Bilder werden meist durch Titel und wenige Formfragmente als imaginäre Landschaften ausgewiesen, bei denen Reste kubistischer und konstruktivistischer Gestaltungsweisen auf einen nachlässigen Umgang mit Farbe treffen, der die Grenzen der dargestellten Formen verschwimmen läßt. Mit ihnen wurde die lyrische Abstraktion des Informel der fünfziger Jahre bereits in vielen Punkten vorweggenommen – von heute aus gesehen die wohl spannendste Phase innerhalb Toyens malerischer Entwicklung. Das Echo in der zeitgenössischen Pariser Kunstszene hielt sich jedoch in Grenzen.

Um 1930 wandten sich Toyen und Styrsk´y schrittweise dem Surrealismus zu. Styrsk´y übersetzte Lautréamonts Maldoror und verfaßte Biographien über Rimbaud und de Sade, die zum Teil von Toyen illustriert wurden. Die Kontakte zu den französischen Surrealisten um Breton vertieften sich; 1934 ging daraus die Prager surrealistische Gruppe hervor, in der Teige, Nezval, Styrsk´y und Toyen trotz mancher Differenzen erneut zusammenfanden. Anders als Styrsk´y, der mit Fotografien und Collagen neue Wege einschlug, blieb Toyen der Malerei treu. Die Bilder ihrer surrealistischen Phase rufen mit stets wiederkehrenden Motiven von kopflosen Gespenstern, Torsi, rätselhaften Tieren und Kleidungsstücken eine Atmosphäre unbestimmter Bedrohung hervor.

Während des Krieges versteckte Toyen den jungen jüdischen Dichter Jindrich Heisler, der 1938 zu der Gruppe hinzugekommen war, in ihrer Prager Wohnung. Öffentliche Betätigung war zu dieser Zeit unmöglich, doch untätig ist die Künstlerin nicht gewesen – schon wenige Monate nach der Befreiung fand eine Ausstellung mit ihren Bildern aus der Kriegszeit statt. Deren surrealistische Bildsprache stand ganz im Zeichen der traumatischen Besatzungszeit, einem realen, von der Imagination nur schwer zu fassenden Schrecken.

Nach der stalinistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei mußten die Surrealisten 1948 ihre Aktivitäten erneut in den Untergrund verlagern. Toyen und Heisler befanden sich zu dieser Zeit in Paris und kehrten nicht mehr zurück. Sie schlossen sich der Gruppe um Breton und Benjamin Péret an, die im kulturellen Leben Frankreichs allerdings nicht mehr die progressive und innovative Rolle einnahm, welche sie vor dem Krieg innehatte. Heisler starb, erst 39 Jahre alt, 1953. Im selben Jahr erschien eine Monographie über Toyen mit Texten von Breton, Péret und Heisler, so daß sie nun auch in Frankreich bekannter wurde; einige Einzelausstellungen folgten sowie – erst nach ihrem Tod 1980 – eine erste große Retrospektive 1982 mit ihren, Styrsk´ys und Heislers Werken. Auch in der CSSR fand in der Phase der kulturpolitischen Liberalisierung in den sechziger Jahren wieder eine Ausstellung ihrer Bilder statt.

Über all die Zeit blieb Toyen sehr öffentlichkeitsscheu; sie hat sich über ihr Werk und ihr Leben kaum je selbst geäußert. Auch zu den zahlreichen polemischen Debatten in ihrer tschechischen Zeit meldete sie sich nie zu Wort. An den beliebten Umfragen der Surrealisten hat sie sich jedoch oft beteiligt, und so weiß man, daß sie eine der wenigen in der Gruppe war, die noch 1954 Marx freundschaftlich bei sich empfangen hätte.

Frank Illing schrieb in KONKRET 5/02 über den Poetisten Vitezslav Nezval

Konkret 10/02, S. 48

Jens-Uwe Richter, Gunnar Schubert

Evakuier mir!

Nach der »Jahrhundertflut«: ein Hilferuf von drüben

»Der reißende Strom wird gewalttätig genannt

Aber das Flußbett, das ihn einengt

Nennt keiner gewalttätig«

Bertolt Brecht: »Über die Gewalt«

Wie steht es in Zeiten, in denen Sachsen die nationale Flutrinne ist, mit der nationalen Frage in dem jungen Bundesland? Bedingt gute Nachrichten gibt es aus Pirna zu vermelden. Hier muß das unter der Führung der führenden Volksgenossen der Skinheads Sächsische Schweiz zum Breitensport gewordene »Ausländerklatschen« ein paar Tage pausieren. Der örtliche Landtagsabgeordnete Klaus Leroff bzw. »Lerow« (NTV) bzw. »Leroll« (Sat 1) meldete Vollzug: »Die Truppen stehen.« Einschließlich der Skinheads. Es hat nichts genutzt. Eine Woche später verkündet der MDR: Pirna sei »ein Ort der zerstörten Träume«. In Freiberg ging zur selben Zeit alles geordnet weiter. Einer der beiden vom örtlichen Jungvolk zurechtgewiesenen Vietnamesen wurde laut Polizei »krankenhausreif getreten und geschlagen«.

In Zwickau verrieten hingegen Kameraden am 13. August die nationale Sache, da sie ihre Kundgebung aus Anlaß steigender Pegelstände kurzfristig absagten. Bereits ein Jahr zuvor hatte der Kreisvorsitzende der NPD Dresden versagt. Der Bürgermeister werde schon sehen, was passiert, wenn wir erst im Rathaus sitzen. »Dann wird«, jiddelte es unter dem Eindruck der nahen Neuen Synagoge aus ihm heraus, »Tacheles gesprochen.« Ostküste überall.

Dresden im Spätsommer dieses Jahres, das ist Dresden im Krieg. Stadtteile wie Gohlis und Laubegast mußten nach harten Abwehrkämpfen den alliierten Schlammfluten überlassen werden. Nach Bombenterror, roter Zwangsherrschaft und Strömen von Ausländern nun die Benes-Flut. Der Tscheche macht auch noch schmutzige Scherze. Man schicke den Sudetendeutschen nur ihre Häuser zurück. Per Fluß. Und sobald die Wassermenge nachläßt, gießen sie Altöl nach.

Die Semperoper hatte passend »Schwanensee« an- und wieder abgesagt. Aber es gibt auch gute Nachrichten für die Zone. Parallel zu steigendem Pegel sinken die Preise fürs nationale Hauptgemüse. Am 15.8. auf der Hauptstraße für 0,99, tags drauf auf der Alaunstraße für 0,88 Euro das Kilo Bananen. Leider gibt es auch Defätisten, Miesmacher und Hörer von Feindsendern. Zuerst desertierten die Wessi-Weicheier der »Nordsee«-Kette und die Loser-Gang von der Telekom. Die Würschtlbräter konnten mit Hilfe weiterer Wassermassen verdrängt werden, nicht so die Sensations- und Katastrophentouris aller (an)geschlossenen Anstalten, die mindestens stündlich neue Erlebnisberichte präsentierten, deren Substanz in etwa den Heilsversprechen der Kaffeefahrtenanbieter entsprach. Viele von ihnen sind wohl hier, können aber nicht ganz da sein.

Ein wenig aufreibend auch sind die Krawalltouristen von MDR bis RTL. Für den 17.8. kündigten von A wie Armleuchter bis B wie Biermänner, also ARD und »Bild«, eine ZynoBenefizDisse an. Angesichts von knapp zehn Toten zu diesem Zeitpunkt müßte selbst das nicht gerade ob flatternder Mitgefühle und latenter Deutschenfreundlichkeit in Verruf geratene KONKRET-Autorenkollegium an soviel »Menschenverachtung« (B. Bohley) im Titel lange häkeln: »Die Hoffnung stirbt zuletzt«.

Daß in Zeiten knapper Verlagskassen auch die »FAZ« keine klugen Köpfe ins Nichtabonnentengebiet östlich der ehemaligen Demarkationslinie schickt, sondern die anderen strafversetzt, ist verständlich. Hätte aber nicht wenigstens ein Satisfaktionsfähiger, es müßte durchaus kein Gerechter sein, ein Mandat bekommen können? Ach, es kommt doch wieder nur der Reiner Burger. »Am Samstag morgen ist der private Autoverkehr in der sächsischen Landeshauptstadt fast völlig zum Erliegen gekommen.« *So* schreibt, wer von Örtlichkeit, Thema und Schreiben gleich viel Ahnung hat und wem der eigene Hosenschlitz die Außengrenze des Universums ist. Der erledigte Autoverkehr sieht dann so aus: »Überall sieht man Privatleute mit ihren Lieferwagen Sandsäcke zu neuralgischen Punkten in der Stadt transportieren.«

Während die »sächsische Sintflut« das Ihre tut, gibt es, meint der Hofchronist in der Sonntagsausgabe weiter, »ein beachtliches Krisenmanagement«. Um den Streber-Artikel etwas zu drapieren, gibt der Autor Weisheiten der Agenturen hinzu, als wären es eigene. Es scheint ihm langweilig zu werden, weshalb er ein wenig Städteversenken spielt. »Torgau ist überflutet«, lügt er in der »FAS«. 24 Stunden später wird der N-24-Mann vor Ort melden: »Es ist nicht Torgau selbst, was bedroht ist.« – »Noch ist Torgau nicht direkt betroffen«, bestätigt am Dienstag der NTV-Reporter.

»So fließen die Floskeln dahin, reißen weg, was mal Information, Transparenz, Genauigkeit gewesen sein könnte.« Was sich 21 Seiten nach Burger im selben Organ wie eine Anklage durch Claudius Seidel gegen den hauseigenen

Katastrophenjournalisten liest, gilt anderen, trifft aber aufgrund der Personaldichte fast zwangsläufig immer die Richtige. »Und ganz oben im Wetterhubschrauber des Mitteldeutschen Rundfunks fliegt die Reporterin und sieht vor lauter Wasser ihr Thema nicht mehr und nicht das Publikum. Alles ist im Fluß.«

Gemeint ist die MDR-Kompetenz-Schlammwelle Sylvia Peukert, die das Sommerloch mit publizistischem Brackwasser füllt. »Jahrzehnte nach dem Krieg wird in Sachsen wieder von der Stunde Null gesprochen.« – »Das ist wie Krieg«, orgelt eine weitere Dresdnerin in der ARD, womit sie »die etwas übertriebenen Wassermengen« (»FAS«) meint. Dem schließen sich Vertreter des starkbehaarten Geschlechts vollinhaltlich an. Josef Joffe gibt auf Seite 1 der »Zeit« einen vor: »Es herrscht sozusagen Krieg, und alle gehen hin.« Au ja, »wie im Krieg«, freut sich auch Rotbäckchen Andreas »the Pfanni-Face« Fritsch vom MDR. Was aber will das konzentrierte Kompetenztrotteltum uns damit sagen? Heute wie damals zwölf Jahre deutsche Wertarbeit im Arsch? Neue Zwangsarbeiter braucht das Land? Oder wollen die Erlebnis- und Bekenntnisdresdner wieder so was wie die höchste NSDAP-Mitgliedsdichte pro Kopf der Bevölkerung im ganzen Reich herbeibarmen? Man steckt gottlob nicht drin. »Wir sind schon einmal vernichtet worden«, mümmeln nicht nur altgewordene BDMädchen im »Nachtjournal«. Wann wird man sie je verstehen? Da hilft DPA, die einen 74jährigen Günther Kunath aufgetan hat, der sich bemüht, alle Einschätzungen über diesen Menschenschlag zu bestätigen. »Die Menschen hier halten in der Not unglaublich zusammen. Das ist spätestens seit ’45 typisch für uns«, sagt »der ehemalige Soldat«, sprich: Angehörige der Wehrmacht.

Dumpf ist Trumpf, da darf Sachsens braun-gelbe Truppe, die FDP, nicht fehlen, deren Chef ein neues Plakat ankündigt: »Tauch auf Sachsen. Bomben, Mauer und nun das Wasser – wir packen auch das!« Lustiger ist nur noch der RTL-Bericht »Fluten – Die Natur schlägt zurück« (»Der Kampf gegen die Wassermassen ist wie ein Krieg gegen einen übermächtigen Gegner«); während seiner Ausstrahlung werden auf den begleitenden Videotexttafeln wichtige Verbraucherinformationen zum Thema »Bordell-Tester« geliefert. Und eine Angestellte der Semper-Oper macht sich für einen kurzen Auftritt im Westfernsehen gänzlich zum Affen. Etwas Mundartliches fließt aus ihr heraus: »Ich kennd bludische Dränen wein.« Was das heißt, mag eine Szene andeuten, die wir am 16.8. bei »Eisen-Fäustel« auf der Bautzner Straße erlebten. Ein Muttchen, welches eigentlich nur einen Flaschenreiniger hatte kaufen wollen, blickte die übrigen Kunden an und fragte: »Wann kommt denn nun die Wehrmacht zum Aufräumen?« Alle senkten die Augen, niemand hatte den Mut, ihr zu sagen, daß die ehrvergessene Clique um Dönitz uns schon vor längerem dem aus dem Osten kommenden Unbill überlassen hat.

Während anderswo noch »bis zur totalen Erschöpfung« (NTV) und »unter höchstem Einsatz von Mensch und Material« (MDR) irgendwas getan wird, sieht man von Sachsen »Bilder wie im Krieg« (»Neue Post«). Von Pirna, dem »Ort der zerstörten Träume«, von der Nachbarstadt »Bad Schandau, der Perle der Sächsischen Schweiz« (Sat 1). Oder von Weesenstein, »wo der Fluß seinen Blitzkrieg geführt hat« (ZDF). In einer anderen Perle, der Perle des Muldentals, in Grimma, traf man fast auf den Tag vor einem Jahr drall-braunhirnige Maiden mit ihren teilrasierten Germanariern beim Pressefest des NPD-Zentralorgans »Deutsche Stimme«. Am 13.8. rief der Bürgermeister die Bundeswehr zum Putsch: »Bitte kommen Sie hierher mit’m Panzer.« Was will er? Und warum nur ein Panzer? Löcher ins Wasser schießen? Doch Matthias Berger, der Dorfschulze von Grimma, »Sachsens traurigstem Ort« (Sat 1), kam nur mit seinen Emotionen nicht klar. Eine gute Woche später sagt er, wie es wirklich ist: »So ein Gefühl, das habe ich erst einmal gehabt, und das war, als die Mauer fiel.«

Selten kommt einer zum Kern des Kriegsgetümmels. Wenn die »Junge Welt« ihre vollvölkische Halbautomatik, den Antisemiten Werner Pirker, mal gesichert im Waffenschrank läßt, kommt sie gar zu Erkenntnissen. Die Kriegsgleichnisse, heißt es dann, bezögen sich nicht auf jene, »die deutsche Soldaten unlängst in Jugoslawien angerichtet haben«, sondern auf die, »die bei der Niederschlagung des deutschen Faschismus durch die Antihitlerkoalition entstanden«.

Was aber nützt dieses dünne Stimmchen der Vernunft gegen die Bemühungen des »FAZ«lers und seines Freundeskreises, die Geschichte umzuschreiben? Da kommen sie dann sogar mit dem »Schicksal« auf ihrer Heimseite FAZ.net im Weltnetz. »Die Nacht des verheerenden Feuersturms im Zweiten Weltkrieg, der Verfall der weltberühmten Gebäude während der DDR-Zeit und nun die Jahrhundertflut: Dresden ist voll von Schicksalsschlägen.« Und in dieser von Schlägen vollen Situation, in der es der »gemeinsamen Anstrengung der gesamten Nation« bedarf, findet sich erstmals auch die Gemeinsamkeit der Demokraten im Landtag in Form eines parteiübergreifenden Entschließungsantrags. Denn wenn Deutsche leiden, kommen sie mitnichten zu Verstand, sondern wieder nur zu sich selbst. Eingedenk der Tatsache, daß der Freistaat »noch ein schönes und weltoffenes Land sei« (s.o.), gehe es nun darum, unter Einsatz des »ungebrochenen Willens der Sachsen in einer solidarischen Gemeinschaftsleistung ihre Heimat neu aufzubauen«. Denn – dreimal verfluchtes Schicksal – die Flut »war die größte Naturkatastrophe, die Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges getroffen hat«. Was das nun wieder heißen soll? Daß der WK Zwo eine Naturkatastrophe war, die über die arglosen Deutschen hereinbrach? Oder war nur dessen Ende eine Katastrophe, genauer: wider die Natur, da, wäre alles mit rechten Dingen zugegangen, wir doch hätten gewinnen müssen? So sei, erfährt man auf Anfrage, das überhaupt nicht gemeint gewesen. Sondern nur aufnotiert worden (»Entschließungsantrag der Fraktion CDU, PDS und SPD zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, Thema: Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe im Freistaat Sachsen und die vorgesehenen Maßnahmen zum Wiederaufbau, DS 3/6942 vom 4.9.«).

Wir möchten mit einem Wort unseres Heimatsenders, dem MDR, schließen: »Wie ein Moloch steigt die Flut durch alle Ritzen« – und geben zurück an die angeschlossenen Klärwerke.

Jens-Uwe Richter und Gunnar Schubert schrieben den Bericht unter erschwerten Bedingungen im Katastrophengebiet. Ihr Beitrag erreichte die Redaktion per Flaschenpost

Konkret 10/02, S. 50

Thomas Ebermann

Reinigen und retten

Über die Aktivitäten des Vereins Deutsche Sprache

Von einer Überfremdung wird gesprochen, wenn eine größere Anzahl von Menschen fremder Kultur ein Land überschwemmt. Das weiß doch jeder in Deutschland, größere Anzahl ist Schwemme, und es handelt sich um *ungebetene Gäste, die wir höflich – gegebenenfalls auch unsanft – vor die Tür bitten.* Mit Händedruck oder gefesselt nach Abschiebehaft, das darf der Gast entscheiden, also: von uns keine Gewalt.

Der »Verein Deutsche Sprache«, aus dessen Organen hier zitiert wird, hat es nicht in erster Linie auf die Jagd auf lebende Menschen abgesehen. Er verfolgt Ausländer in einer ihrer gefährlichsten Formen, führt einen Kampf, in dem es ums Verschlingen und Sterben geht, wie der erste Preisträger des vereinseigenen Jakob-Grimm-Preises uns, die wir erschaudern, lehrt: *So wenig wie Menschen wehren sich Worte, / wenn Überfremdung eine Sprache verschlingt: / Deutsch stirbt bald ab durch erzwungene Importe / der Englischsprechenden ... Selbst wer singt, / tut's in unserem US-fixierten, verrockten Land / nie mehr ohne transatlantisches Vokabular.*

Das ist von Rolf Hochhuth – auch so einer, der mal als kritisch galt und doch nur deutsch ist.

Alltags, wenn nicht Festakt und Grimm-Preis-Verleihung ist, kämpfen die 13.000 Vereinsmitglieder gegen jeden einzelnen Anglizismus. Während zum Beispiel die Regionalgruppe Kassel für eine *identitätsstiftende Benennung des neuen Einkaufszentrums* demonstriert, irrt die gesamte Ortsgruppe Hannover, begleitet von einem Medientroß, durch den Hauptbahnhof und behauptet, sie fände die Toilette nicht, weil die nicht mehr so heißt. Man freut sich kurz über ein Schild, auf dem *Öffnungszeiten* steht. Aber nur wenige Meter entfernt *lauert schon wieder das Grauen.* Denn wo man einst im Wartesaal speiste, ist nun die DB-Lounge, in der man keinen Bissen runterkriegt, auch weil schräg gegenüber ein Service-Point die Auskunft verdrängt hat. Da sagt man sich – und diesen Titel trägt auch die Wanderausstellung des Vereins – *Ich glaub, ich bin in Manhatten.*

Hermann Neemann, der, wie sein Verein rät, täglich bei der Telekom anruft, um der Aushilfskraft, die ihn schon kennt, mitzuteilen, daß er sich *als deutscher Bürger beleidigt fühlt,* solange dort Operator beschäftigt werden; Hermann Neemann, der nicht mehr tankt, wo Shop oder wash auf den Tafeln steht, während ihm »Tigerwäsche« ausgezeichnet gefällt; dieser Hermann Neemann also klebt nur noch rasch ein paar Plakate in Hannovers Hauptbahnhof, auf denen *wir sprechen auch deutsch* steht, weil er nach Hause will, um den Vordruck einer »Testamentarischen Verfügung« auszufüllen, in der als sein letzter Wille festgehalten wird, daß die Kiste, in der er unter die Erde kommt, »Sarg« genannt werden muß.

So dient Hermann der deutschen Sache noch über den Tod hinaus, hat er doch von Bestrebungen des Vorsitzenden des Bundesverbandes Deutscher Bestatter gehört, der Kundschaft anzubieten, sie könne sich auch in einer *peace box* in die Grube senken lassen. Das hat dem Bestatter-Chef den Titel »Sprachpanscher des Jahres 2001« eingebrockt – sein Vorgänger war übrigens Rektor der Universität München, der von *departments* statt von »Fachbereichen« gesprochen haben soll.

Es ist zum Verzweifeln, selbst das einstmals so national zuverlässige »Deutsche Jugendherbergswerk« lädt ein zum Halloween, was man doch auch wirklich »Kürbisfest« nennen könnte.

Um all diese Mißstände einmal zu systematisieren, hat der Verein Deutsche Sprache 4.600 Anglizismen aufgelistet, die – und zwar per Sprachgesetz – liquidiert gehören. Ein Beispiel, es ist ungefähr das 4182. soll genügen: *Spoiler.* Nein, »Windableitblech« heißt das, nicht Spoiler, Windableitblech.

Und dann, weil ja auch sonst die vielen bedrohlichen von den wenigen nützlichen Ausländern zu sortieren sind, die kleine Zahl an Ausnahmen, die, unter Aufbietung aller Kräfte an Toleranz, so eben zu akzeptieren sind. – *Slip.* – Geht, vielleicht, obwohl auch Unterhose ... – *Hobby.* – Zur Not, wenn einem nicht gleich Steckenpferd ... – *Grill.* – Bratrost wäre schöner, aber wir sind gemäßigt. Wie die Zeitung »Junge Freiheit«, in der der Vorsitzende Professor Krämer erläutert, wir sollten durch die *deutsch-englische Schimpansensprache* tierisch dumm und wehrlos gemacht werden. Mit jedem Anglizismus werde *ein Trojanisches Pferd eingeschleust,* das zunächst nur *dem angloamerikanischen Einfluß überall Zugang verschafft.* Aber das ist nur ein Etappenziel, denn die *Vorrangstellung der angelsächsischen Sprache* wird nur als *Zwischenschritt zu einer weltweiten Herrschaft betrachtet,* in der wir bestenfalls noch Hilfsvölker, also die *verlängerte Werkbank der USA sind.*

Wer denkt, das sei Zukunftsmusik, der irrt. Schon heute ist ein großer Teil der Verluste, die deutsche Unternehmen manchmal einfahren, wenn sie nicht gerade Gewinne machen, darauf zurückzuführen, daß in der Chefetage zuviel englisch gesprochen wird, was *kein kreatives Denken und Verhandeln möglich macht«.* Das ist vielleicht nicht jedem bewußt, der »Spoiler« statt »Windableitblech« sagt, aber in der Politik wächst das Bewußtsein von den Vorzügen der Argumente, die alles Ungemach dem Fremden anlasten, es von außen kommen lassen, vom strategischen Konkurrenten sogar.

Bernhard Vogel bestellt nur noch *Karten statt Tickets*, und der pfälzische CDU-Chef will wieder *Luftkissen statt Airbag sagen*, womit er sich gegen die von Wolfgang Thierse beobachtete *sprachlich moralische Verluderung* stemmt und sich Oskar Lafontaines Parole *unsere Sprache soll wieder deutscher werden* anschließt. Der Europa-Abgeordnete Willi Rothley schleudert der Lufthansa, die ihn auf englisch anschrieb, ein tapferes *Sie werden uns nicht eine andere Sprache aufzwingen* entgegen. Antje Vollmer befindet sich im *persönlichen Widerstand ... gegen die schrillen, modischen, expertenlastigen Anglizismen,* und hier, im Widerstand, wirkt auch der PDS-Fraktionsvorsitzende Prof. Dr. Peter Porsch, der Richtlinien für den *Gebrauch der deutschen Sprache* fordert und im »Berliner Sprachbündnis« des VDS das Feld den Rechten nicht überläßt, weil er selbst einer ist.

In Berlin übrigens, die Menschen danken es bis heute dem Ex-Innensenator Werthebach, der das verfügte, ist aus jedem Schriftstück jeder Behörde jeder Anglizismus verbannt – da kriegt man die Senkung der Stütze, die Schließung des Schwimmbads, den Termin für den Arbeitsdienst oder die Uhrzeit für den Antritt einer Haftstrafe garantiert in reinstem Deutsch serviert. Und aus solchen Anlässen weiß man eben, daß es unwichtig ist, ob man reich oder arm, Mann oder Frau, links oder rechts, klug oder blöde ist, denn *Sprachen sind ... das wichtigste Element nationaler – übrigens auch persönlicher – Identität,* wissen Helmut Schmidt und Peter Gauweiler, der sich ja auch schon um die »Blutpanschung« sorgte und so bewies, daß der Rassenwahn des reinen Blutes Ergänzung und nicht Widerspruch zum Wahn der reinen Sprache ist: *Die gemeinsame deutsche Sprache ist unser Über-Ich.*

Der »Verein Deutsche Sprache« hat also manch mächtigen Verbündeten. In den Regionen, in denen die national befreiten Zonen recht häufig sind, hat auch jede andere »Ausländerei« schlechte Karten. Bei den Wahlen zum Kreistag in Bischofswerda zum Beispiel *zeigen alle Kandidaten Flagge für unsere Muttersprache.* Da hat Kultur ihren Ort, denn dort ist noch bekannt, daß *das Deutsche wegen seines Formenreichtums in der Genauigkeit des Ausdrucks dem Englischen unbestritten überlegen ist.*

Das führt der Akademiker auf die den Germanen eigene *Bildung zusammengesetzter Substantive und die flexible Satzstellung* zurück, spürt aber auch beim Schützenfest, das nicht »Event« heißt, beim Werbespot ohne Anglizismen – *Liebe ist, wenn es (Vater-)Landliebe ist* – und beim Betrachten der lustigen Volksmusikanten, daß hier sich noch unverfälscht ausdrückt, was bereits Turnvater Jahn als *das Gemeinsame des Volkes, sein innewohnendes Wesen, sein Regen und Leben* bezeichnete. Dieser Jahn, Judenhasser und Experte für Wehrertüchtigung durch Turnen im Stile militärischen Drills, hat übrigens sein Leben lang der gleichen Passion gefrönt, welche auch den heutigen Sprach-Saubermännern eigen ist: *Er übersetzte mit Leidenschaft Fremdwörter.*

Das sind die Wurzeln unseres Vereins Deutsche Sprache: Der Haß der romantischen Dichter auf Aufklärung, Französische Revolution und die Abschaffung der Ständeordnung durch Napoleons Siege; dafür die Liebe zu Germanentum und Mittelalter mit ewig von Gott gefügter Ordnung.

»Übertrieben«, schrieb Goethe, der von dieser Richtung keine gute Meinung hatte, wurde eine »besser geglaubte Vorzeit wertgeschätzt, man wollte recht mit Gewalt zur alten Deutschheit zurückkehren. Daher die Sprachreiniger ...« Mit Gewalt, sagt Goethe, und bei sprachpatriotischem Gebietsanspruch und Feindbestimmung geht es ja um diese auch ganz elementar; erst später wird dann behauptet, das alles sei höchst »natürlich gewachsen«.

Was ist das deutsche Vaterland?
So nenne endlich mir das Land!
So weit die deutsche Zunge klingt
Und Gott im Himmel Lieder singt,
Das soll es seyn!
Das, wackrer Deutscher, nenne dein.

Schäumt ein uferloses Meer,
über diese Franken her!
Eine Lustjagd, wie wenn Schützen
Auf die Spur dem Wolfe sitzen!
Schlagt ihn tot! Das Weltgericht
Fragt euch nach den Gründen nicht!

Ich hab hier Ernst Moritz Arndt und Heinrich von Kleist einfach gemischt, das ist zulässig – sie und viele deutsche Dichter für den Krieg blasen ohnehin denselben Sound. Nein, Sound nicht, Jargon habe ich gemeint oder besser noch: Ton.

Und wenn wir nun das Arndt-Kleist-Gemisch mit dem Hochhuth-Vers vergleichen, was fällt dann auf, außer der konjunkturellen Kleinigkeit, daß Napoleon jetzt Bush heißt, dafür aber die Endreime von identischer Qualität sind? Sie sind, auch wenn durch fast 200 Jahre getrennt, gemeinsam im Befreiungskrieg. Die Feldzüge tragen heute, woran man sieht, daß sie noch keine authentisch deutschen sind, Namen wie »Enduring Freedom« oder »Essential Harvest«. Das verlangt nach sprachbewußter Korrektur. »Lustjagd« sagt Kleist – wie schön doch Deutschlands Sprache ist!

Gekürzte Fassung eines Textes aus dem Buch von Rainer Trampert und Thomas Ebermann: *Sachzwang und Gemüt. Sarkastische und analytische Texte über die Republik, die Welt und unsere Nachbarn*, das gerade im Konkret Literatur Verlag erschienen ist

---

Thomas Ebermann berichtete in KONKRET 5/02 über proisraelische und propalästinensische Demonstrationen in Berlin

Konkret 10/02, S. 51

Jens Hoffmann

Forscher und Vorurteile

Der Band Vorurteil und Rassenhaß erleichtert die Bewertung der Literatur zu den faschistischen Bewegungen Europas und weist auf Defizite in Forschung und öffentlicher Auseinandersetzung hin. In Einzelstudien rekonstruieren die Autorinnen und Autoren die in den verschiedenen Nationalstaaten wirkungsmächtig gewordenen Formen des Antisemitismus und analysieren den Einfluß, den die Nazideutschen auf diese Bewegungen hatten. Ergänzt wird die zum 60. Geburtstag des Historikers Wolfgang Benz veröffentlichte Sammlung durch einige Aufsätze, in denen das Fortwirken antisemitischer und antiziganistischer Einstellungen nach Ende des Zweiten Weltkriegs untersucht wird. Die Texte sind in sachlichem Ton verfaßt, Zankereien mit der forschenden Konkurrenz oder mit politischen Repräsentanten kommen selten vor. Hier wollen Leute ungestört ihre Quellen bearbeiten. Hier werden die Schreibtischlämpchen zum Feierabend noch mit Gelassenheit ausgeknipst.

Neben kenntnisreichen Darstellungen der Nachkriegssituation in Polen (Beate Kosmalla) und Rumänien (Mariana Hausleitner, Brigitte Mihok) und der Präsentation genauerer Methoden zur Bestimmung antisemitischer Einstellungen (Thorsten Wagner) lassen sich in Vorurteil und Rassenhaß *allerdings auch Bewertungen finden, die in einer den Traditionen emanzipatorischer Aufklärung verpflichteten Publikation überraschen. So irritiert etwa die Selbstverständlichkeit, mit der Péter Sipos in seinem Beitrag zu »Politik und Antisemitismus in Ungarn vor 1945« affirmativ von »jüdischem Groß- und Finanzkapital« schreibt und antisemitische Übergriffe mit dem Ausleben angeblicher »Frustrationsgefühle« in anarchistischen gesellschaftlichen Verhältnissen gleichsetzt. Hagen Fleischer bezeichnet in seinem Text zu Griechenland die durch Armut erzwungene Einwanderung albanischer Flüchtlinge als »Masseninfiltration« und macht putzigerweise die griechische Linke dafür verantwortlich, daß die Herrschenden Antisemitismus und Antikommunismus zu einem Feindbild verbanden. Yehuda Bauer schließlich stellt in seinem Text zum unbewaffneten jüdischen Widerstand in Osteuropa den der Herrschaft der Deutschen ausgelieferten Judenräten von Brest-Litowsk und Kosów »gute Noten für ihre Standfestigkeit und Rechtschaffenheit« aus. Ein etwas weniger leichtfertiger Umgang mit dem Thema hätte den Beiträgen gutgetan.*

Graml/Königseder/Wetzel (Hg.): *Vorurteil und Rassenhaß – Antisemitismus in den faschistischen Bewegungen Europas*. Metropol Verlag, Berlin 2001, 456 Seiten, 21 Euro

Konkret 10/02, S. 52

Michael Rudolf

Buch & Deckel

Bodo Kirchhoff: Schundroman. FVA, Frankfurt a. M. 2002, 316 Seiten, 19,80 Euro

Dreieinhalb Bemerkungen zum Bodo Kirchhoff jetzt. Da mögen sie nun jubeln überall, aber ein Schundroman ist sein *Schundroman* formal betrachtet nicht. Denn, erstens, Kirchhoff kann nicht annähernd so gut schreiben, daß es hinreichend schlecht für dieses Genre geriete. Das haben wir ja oft: Kaum geht die holprige Rede von Dingen, deren Praxis ihnen wenig geläufig ist – Sex und Verbrechen – , schon schäumen die Feuilletonmäuler auf, daß überhaupt kein Zweifel am Schundcharakter des betreffenden Buches bestünde. Nur, woher wollen die Schlafwagenkellner von »Taz« und »FAZ« das wissen?

Kann uns egal sein. Wir wollen – wenn's schon draufsteht – wirklichen Schund lesen und uns daran delektieren. Wir wollen endlose Wortwiederholungen und ausufernde Temporafehler, damit sich uns die Gedärme verknoten. Wir wollen möglichst oft unterbrochene Kausalketten, damit wir mit dem Kopf nicken können: »Ja, is halt so auf dieser Welt.« Und wir wollen derbe Späße und abgedroschenste Groschenweisheiten, bitte am Stück. Wir wollen Floskeln und Phrasen, bis unser Mageninhalt nach Tageslicht verlangt. Wir wollen, daß uns schlecht wird, weil wir dreimal pro Seite ausrufen müssen: »O Gott, ist das schlecht!« Was wir nicht wollen, sind Schachtelsätze wie etwa auf Kirchhoffs Seite 28 (fünfzehn Zeilen) oder 53 (sechzehn Zeilen). Wir wollen keine »Parodie auf Trivialromane« (»Die Zeit« und »NZZ«), weil es so was nicht gibt. Wir wollen auch nicht schon auf Seite 29 (von immerhin 316) wissen, wohin der Handlungshase läuft. Wir wollen weiterhin nicht – und das ist Kirchhoffs zweiter Kardinalfehler – , daß ein Kritiker ein Thema sei. Das gilt auch für den Tod eines Kritikers (hier als Nebenfigur das versehentliche Opfer einer Körperverletzung mit Todesfolge). Da muß Kirchhoff sich seit geraumer Zeit ausschließlich unter Analphabeten bewegt haben. Oder Vollidioten. Wen sonst interessiert dieser kugelrunde Krawallmacher? Wir wollen auch nicht Kirchhoffs dritten kapitalen Denktrug ertragen, der da lautet, er wolle sich »den Betrieb vorknöpfen, statt ihn zu erdulden«. Wo man ihn lediglich zu ignorieren hätte.

Doch ist dies ein Gedanke, der allen schriftstellernden Betriebsnudeln der fernste zu sein scheint. Wenn ihnen denn jemals ein Gedanke, der diese Bezeichnung verdiente, nah gewesen ist. Wir wollen gar nicht wissen, welche und wieviel »Prominente« wie beziehungsweise wie sehr verschlüsselt im *Schundroman* auftreten – unverschlüsselt interessieren sie uns ja auch nicht. Und zu guter Letzt: Rezensieren wollen wir Bücher über diese ranzige Bagage erst recht nicht.

Konkret 10/02, S. 52

Christian Y. Schmidt

Buch & Deckel

Olenin Terek: Der Mann aus Grosn . Eurasischer Verlag, Altom nster 2002, 348 Seiten, 20,90 Euro

Igor Rassov ist ein alter Tschetschenienkämpfer von der Omon-Spezialtruppe des russischen Innenministeriums und »glühender« Patriot. Igor Rassov ist für »einen starken Staat«, denn: »das brauchen wir Russen jetzt am meisten«. Igor Rassov ist Naturliebhaber, er liebt die Bäume und die Blumen, überhaupt alles Schöne. Er ist gegen McDonald's und jede Art von Schund. Er mag die Gummipuppen der Fernsehsendung »Kykly« (das russische Pendant zu »Spitting Image«) nicht, denn: »Das ist nicht nur Schund, sondern verletzt einen Menschen auch in seiner Ehre.« Igor ist auch ein begnadeter Ficker. Wenn er es tut, versinkt jede Frau »im Taumel ihrer wilden Lust«. Hauptsächlich aber will Igor Joschka Fischer killen, denn dieser Büttel der Amerikaner sabotiert die deutsch-russische Freundschaft und ist die eigentliche »Lokomotive, die den Zug für Rußland in die falsche Richtung zieht«. Und so macht er sich auf den Weg nach Deutschland.

Igor Rassov ist die Hauptfigur in Olenin Tereks Roman *Der Mann aus Grosn* und soll wohl so etwas wie ein russischer James Bond sein, nur mit hehreren Zielen. Denn Rassov ist Mitglied der »Organisation Taurage« (OT), ein Geheimbund, benannt nach der 1812 zwischen russischen und preußischen Generälen geschlossenen »Konvention von Tauroggen«. Das Ziel der Vereinbarung von damals: Europa von Napoleon zu »befreien«; das Ziel der »Taurager« von heute: den Einfluß der USA auf dem eurasischen Kontinent zurückzudrängen und eine Allianz zwischen Rußland und Deutschland zu schmieden.

Gegner der edlen OT ist »Westside«, eine Gruppe von Einflußagenten, die dem »Moloch Amerika« dienen. Ein Top-Westside-Mann heißt Isaak Cohen. Seine Frau Sarah schläft mit arglosen russischen Männern, um Informationen abzuschöpfen, und betreibt nebenbei eine Künstleragentur. Die aber in Wahrheit nichts anderes ist als »Teil eines Apparats, der neue politische Strukturen in Rußland installierte«. Und als ein Teil der Gruppe auffliegt, kann sich ein Agent wohin absetzen? Klar: »gerade noch nach Israel«.

Dieser Schrott zwischen zwei Pappdeckeln, als »Book on Demand« im – hihi – Eurasischen Verlag erschienen, ist nicht nur antisemitisch, plump verschwörungstheoretisch, nationalistisch, prodeutsch und aus den miesesten Gründen antiamerikanisch. Es ist auch kitschigste Kolportage und quälend langweilig erzählt. Was ausformuliert gerade mal ein halbes Din-A-Blatt füllt, nämlich die sogenannte eurasische Idee, wird, gepreßt in gestelzte Dialoge, auf zig Seiten abgehandelt. Unübertroffener Höhepunkt die Frage: »Warum singen wir nicht miteinander, wir Eurasier? ... Lieder sind die Schlüssel zu den Herzen. Weshalb singt der ganze Großkontinent nur noch englisch?« Das Lesbarste am ganzen Buch ist noch der Klappentext. Und Joschka Fischer muß am Ende auch nicht dran glauben.

Konkret 10/02, S. 52

Ra□ k Wieland

Buch & Deckel

Ulrich Pelt□ er: Br□ ant Park. Amman, Z□ rich 2002, 158 Seiten, 19,90 Euro

Man tut diesem Buch möglicherweise unrecht, wenn man es liest oder zu sehr liest. Es will vielmehr hin und wieder in der Hand gehalten oder auf dem Schreibtisch vergessen werden. Es liegt sehr gut im Licht des Nachmittags. Gegen gelegentliches Durchblättern, so wie man fasziniert und kopfschüttelnd zugleich ältere Modezeitschriften durchblättert, ist aber nichts einzuwenden. Zwischen den Sätzen kann man wunderbar abschweifen, weggehen, verreisen, gern auch länger. Und wenn man, nach Monaten vielleicht, zu der Erzählung zurückkehrt, merkt man mit Erstaunen, daß man nichts versäumt hat.

Das Buch ist ein New-York-Buch. Es schildert die alltäglichen Sensationen der Stadt. Sämtliche Tageszeiten kommen vor. Es gibt eine Bar, es gibt eine große Bibliothek, es gibt Kino. In den Straßen spielt sich etliches ab. Erinnerungsfetzen, Zitate aus Chroniken, Straßenbeobachtungen und am Ende auch *breaking news* vom WTC-Anschlag durchkreuzen den Text. Das erste Wort der Erzählung ist □ Von□ , das letzte □ nichts□ . Um den Teil dazwischen zu absolvieren, muß der Leser Sätze bewältigen wie diesen, der das Sitzen im Restaurant Veselka thematisiert: □ Gut sitzt man nicht auf den Stühlen, deren Rücklehne sich auf zwei Leisten oben an den Klappgestellen beschränkt, darunter Leerraum, in den man hineinrutscht, wenn man sich nicht einigermaßen geradehält, als ob es darum ginge, ein längeres Bleiben subtil zu verhindern, die Zeit, die man für sein Sandwich und eine kleine Ruhepause braucht (vor wenigen Jahren noch war hier ein Treffpunkt von Junkies, war es selbst bei Tageslicht gefährlich, den Park zu betreten, eine der städtischen Todeszonen wie der Tompkins Square, wo man starb, ohne daß jemand Notiz davon nahm, blutige Spritzen im Gebüsch, Mullbinden, irgendwelche Kleidungsstücke, ein Schuh, ausgemergelte, frierende Körper, die über die Kieswege schlichen, sich im nächtlichen Glanz der in den Hochhäusern ringsum erleuchteten Fenster begegnende Schatten, nicht sichtbar die Augen, die einen musterten, kaum spürbar der Pieks in die Vene), sich immer wieder aufrichtend, weil die Kante der unteren Leiste einem ins Kreuz drückt.□

Das ist natürlich nur ein Satz unter vielen. Der Rezensent ist nach der Lektüre von diesem vorerst verreist.

Konkret 10/02, S. 53

Gerd Fischer

Buch des Monats

Jonathan Franzen. Die Korrekturen. Rowohlt Verlag, Reinbek 2002, 780 Seiten, 24,90 Euro

Ursprünglich sollten *Die Korrekturen* pünktlich zur Buchmesse auf deutsch erscheinen. Doch der sogenannte Presse-Vorlauf, also das Getöse um den Roman von Jonathan Franzen, das aus den Vereinigten Staaten über den Atlantischen Ozean drang, bewirkte eine finanziell einträgliche Revision des Publikationsplans: In den ersten beiden Monaten des vorgezogenen Verkaufs, im Juli und August, verließen 175.000 Exemplare der 780-Seiten-Schwarte die Verlagsauslieferung, fünf Auflagen wurden gedruckt. Mittlerweile hat Rowohlt nachgelegt. Franzens Essaysammlung *Anleitung zum Einsamsein* ist seit Mitte September käuflich zu erwerben, sein erster Roman aus dem Jahr 1988, *The Twenty-Seventh City*, erscheint demnächst. Auf dem nordamerikanischen Kontinent griff eine Million Käufer nach den *Korrekturen*, in mehr als zwanzig Sprachen soll das Buch schon übersetzt sein.

Jonathan Franzen als einen sehr schnell sehr reich gewordenen Mann zu bezeichnen, ist deshalb durchaus berechtigt. Daß ihn damit dasselbe Schicksal ereilte wie seine *Korrekturen*-Nebenfigur Brian Callahan, der es en passant gelingt, ein Computerprogramm für »$ 19.500.000« zu verkaufen, spricht für Franzens literarischen Realitätssinn. Ja, Callahans in Erfüllung gegangener American dream erheischt gar größere Plausibilität, entstammt er doch einer Fabrikantenfamilie, wohingegen Franzen 42 Jahre seines Lebens als weißes amerikanisches Fast-Nichts im gehobenen Mittelstand verbrachte. Und obwohl Brian nach drei Vierteln des Buches abtritt und danach keinen mehr der Gedanke beschäftigt, was eigentlich Mr. Callahan so treibt, schärft die wunderbar zufällige Parallele vom plötzlichen Reichtum, der über Autor wie Nebenfigur gekommen ist, den Blick für die Botschaft, die Franzens Buch aussendet: Das mit Ideologien und damit einhergehendem individuellen Hirnschwurbel belastete Leben bedarf gewisser Korrekturen – dann ist einiges möglich.

Schon im zweiten Kapitel, versehen mit der Überschrift »Der Versager«, das den Zweitjüngsten der fünfköpfigen Familie Lambert – zentrales soziales Gefüge des Romans – vorstellt, enthüllt Franzen seine Vorstellung vom falschen Leben im richtigen. Chip Lambert bändelt mit einer seiner Studentinnen, Melissa, an und kriegt dafür gnadenlos auf die Nuß: Er merkt, daß er nur dank eines kleinen Glücksbringers in Tablettenform guten, von keinem schlechten Gewissen belasteten Sex mit Melissa zustande bringt. Sie läßt ihn sitzen. Zuvor erklärt sie ihm, daß man sich für den Kapitalismus begeistern, sich und seine Eltern lieben kann, und öffnet Chip damit feengleich die Augen für die Erkenntnis, »daß an der Welt nicht das Geringste auszusetzen war, auch daran nicht, sich in ihr wohl zu fühlen, ja daß das Ganze allein sein Problem war«. Die Affäre fliegt auf, die verheißungsvolle Universitätskarriere bricht abrupt ab (wegen Verstoßes gegen die Political correctness).

Chip handelt. Er verkauft seine Bücher – »die Marxisten«, »seine Feministen« usw., den ganzen linken Klumpatsch – , außer der Shakespeare-Gesamtausgabe. Er verwirft ein eben vollendetes Drehbuch, fliegt nach Litauen, um US-Anleger zu betrügen, verdient schnelles Geld, verliert es wieder in der postsozialistisch-raubtierkapitalistischen »Anarchie« (Franzen), kehrt Weihnachten zurück ins Haus Lambert, sorgt dafür, daß sein an Parkinson und schwerer Demenz leidender Vater in ein Krankenhaus kommt, verweigert ihm die Unterstützung zum Selbstmord, heiratet eine jüdische Ärztin, wird Vater von Zwillingen und macht sich an die Überarbeitung seines Drehbuchs.

Auch die anderen vier Hauptpersonen nehmen Korrekturen vor, oder aber das Schicksal greift als Lebenskorrektiv ein. Als sei er der Wunsch-Schwiegersohn von Zeitgeist und adrett verwalteter Moderne, verbindet Franzen relevante Lebensabschnitte der fünf Lamberts. Die Schnitte sitzen wie in einem ambitionierten, nichtsdestoweniger erfolgreichen Kinofilm, es wird montiert, faksimilierte E-Mails kommen zum Einsatz, Firmenlogos, Kritzeleien. Die hektischen Dialoge, unterbrochen etwa von Kindern, die nach Buntstiften oder Aufmerksamkeit gieren, würde jeder Soap-Drehbuchautor begeistert übernehmen. Die Länge der Sätze wechselt in gefälligen Metren. Franzen psychologisiert nicht zuviel, aber auch nicht zuwenig, und die niemals anstrengenden Naturbetrachtungen wirken im Gang der Ereignisse so geschmackvoll plaziert und trotzdem knallig wie die Le-Corbusier-Liege im Büro eines Senior Art Directors.

All das erleichtert es, das Buch im Schwimmbad zu lesen, wo man sich nebenher »das Gehirn durchbraten lassen« kann – ein Vergnügen, das dem selbstbewußt antiintellektuell auftretenden schwedischen Ehepaar Söderblad die reinste Wonne ist. Nicht gerade berauschend, solch ein Lebensentwurf, aber nicht zwingend korrekturbedürftig. Denn Signe Söderblad hat so viel Holz vor der Hütte, daß selbst der debile alte Lambert nicht anders kann, als seiner Luxusliner-Tischnachbarin hin und wieder in den Ausschnitt zu linsen. Was will man machen, Signe is real life.

Kein Wunder, daß es begeisterte *Korrekturen*-Besprechungen geradezu hagelte. Wohl auch deswegen, weil Franzen die Topthemen derjenigen Feuilleton-Redakteure durchnudelt, die sich der Aufgabe verschrieben haben, ihre Seiten in eine Verlagsbeilage für »Kurse und Klonen« umzuwandeln. Biowissenschafts- oder Börsengebrumm begleiten die Lamberts und ihre Entourage tagein, tagaus.

Redakteure, sagt Franzen, fühlten sich besonders angesprochen von seinem Buch, sie hätten oft ähnliches zu erdulden wie die Lambert-Kinder: entfremdet von Heimat und Elternhaus in irgendeiner Großstadt zu leben. Stimmt, oder hieße es sonst unisono bei allen Rezensenten, die Lamberts seien eine amerikanische Durchschnittsfamilie, eine Familie – könnte man hinzufügen – , der sie ebensogut selbst entwachsen sein könnten? Diese Mittelwertsberechnung hat nur einen Haken: Vater Alfred ist Ingenieur, Sohn Gary verdient als Chefetagen-Banker ordentlich Geld, Tochter Denise kocht in einem der bekanntesten Restaurants der USA und tritt im Fernsehen auf, Mutter Enid ist wie alle anderen ihrer Sippe weiß.

Eine einzige Person, die in Franzens Roman zum Zuge kommt, stammt aus einer weißen amerikanischen Durchschnittsfamilie (Schwarze, Latinos etc. treten gar nicht erst auf): Don Armour. Der Vietnam-Veteran arbeitet als angelernter Zeichner bei einer Eisenbahngesellschaft, einen Sommer lang zusammen mit der Ferienaushilfe Denise Lambert, der »Tochter des Chefs vom Chef seines Chefs«. Denise schläft mit ihm und kriegt das, was sie will: zum ersten Mal Sex, noch vor dem College. An dem Weihnachtsfest, zu dem Franzen alle Lamberts schlußendlich versammelt, eröffnet ein schon extrem verwirrter Alfred seiner Jüngsten, Don Armour habe ihm, um seine Entlassung abzuwenden, gedroht, die Affäre mit Denise bekanntzumachen. Doch der leitende Ingenieur kündigt selbst, kurze Zeit vor dem offiziellen Ruhestand, und bringt damit seine Familie um viel Geld und sich selbst womöglich um den Verstand.

Und so liegt der Gedanke nahe, Don Armour, dem die Verwirklichung des amerikanischen Traums nie auch nur in den Sinn gekommen war, sei wie ein giftiger Wurm in das Fundament der Familie Lambert eingedrungen. Er habe die sexuelle Korrektur von Denise (sie wird lesbisch) eingeleitet und den pflichtversessenen Albert Lambert von der hundertprozentigen Erfüllung seiner Aufgabe abgehalten, somit aber den Keim für Parkinson und Demenz gelegt. Ob die Nebenfigur Don Armour und ihr unabsichtlich subversives Wirken zufälliges Ergebnis ambitioniert-literarischer Konstruktion ist oder den realistischen Gehalt der *Korrekturen* bündelt, soll Franzens Geheimnis bleiben.

–

Konkret 10/02, S. 54

Kurt Pätzold

Berlin – Kurfürstenstraße 135

Porträt eines Verlags, den Verlockungen, sich ins modische Gedränge zu begeben, nicht erreichen

Daß sich das Unternehmen bei seiner Gründung in der Berliner Kurfürstenstraße ansiedelte, könnte als Signal für ein Programm gemeint gewesen sein. Die Adresse des Verlags, von dem hier die Rede sein wird und der durch die Herausgabe von Büchern gegen Rassismus und Antisemitismus bekannt wurde, differiert um 20 Hausnummern von jener, die das nicht mehr erhaltene Gebäude trug, in dem sich das Referat IV B 4 des Reichssicherheitshauptamtes einst etabliert hatte. Adolf Eichmann und seine Komplicen firmierten unter Kurfürstenstraße 115/116.

Wie die Geschichte der meisten Verlage hat auch die des Metropol Verlags mit der Biographie seines Gründers und Leiters zu tun. Friedrich Veitl, der in München Politische Wissenschaften zu studieren begann, ging es in der bayerischen Hauptstadt geistig und politisch allzu ruhig zu. Er siedelte 1974 nach Berlin an die Freie Universität über, weil sich dort die Revolution vorzubereiten schien. Die fand dann doch nicht statt. Er aber fand Arbeit im Verlagsgewerbe. Sein Aufstieg begann mit der Pleite des Unternehmens, bei dem er sich verdingt hatte. Er reagierte auf sie mit dem Wagnis einer eigenen Gründung.

Das erste im Metropol Verlag veröffentlichte Buch ließ noch nicht erkennen, wohin die Reise gehen würde. Es erschien eine Festschrift für Margeritha von Brentano, eine außergewöhnliche Gestalt in der Reihe der Vizepräsidenten der Freien Universität. Bald darauf offerierte Rainer Erb, einer der besten Kenner der Geschichte von Judentum, Judenverfolgung und Antisemitismus in Deutschland, für den keine bundesrepublikanische Universität eine Professur hatte, ein mit Werner Bergmann verfaßtes Manuskript, das unter dem Titel *Die Nachtseite der Judenemanzipation* erschien. Es wurde wegweisend – wie die Beziehungen, die Veitl zu Herbert A. Strauss, Gründungsdirektor des an der Technischen Universität geschaffenen Zentrums für Antisemitismusforschung, knüpfte. Aus ihnen wurde unter dessen Nachfolger Wolfgang Benz eine feste Beziehung zwischen dem heute international renommierten Institut und dem Verlag. Dessen Ruf ist sehr weit freilich noch nicht gedrungen – wenn er die Staatsgrenzen mittlerweile auch überschritten hat. Bücher aus dem Niederländischen (Jules Schelvis: *Vernichtungslager Sobibor*) und aus dem Polnischen (Alina Margolis-Edelman: *Als das Ghetto brannte*) erschienen in Übersetzungen. Aus dem Italienischen wird eine Untersuchung Gustavo Cornis, eines in Triest lehrenden Historikers, demnächst herausgegeben, die bereits auf englisch unter dem Titel *Hitler's Ghettos* erschienen ist.

Das Flaggschiff des Verlags, richtiger: eine ganze Flaggschiffflotte, stellt eine auf nahezu ein halbes Hundert angewachsene Buchreihe dar. Sie findet sich Titel für Titel aufgelistet auf der letzten Innenseite jeder Ausgabe der »Zeitschrift für Geschichtswissenschaft«. Die gibt Metropol ebenfalls heraus, sie erscheint monatlich und versammelt, wie vergleichbare Periodika, Aufsätze, Tagungsberichte und Rezensionen in meist bunter Mischung. Ein Unikat stellt die im Fachjargon »Zetteffge« genannte Publikation insofern dar, als ihre Gründung weit in DDR-Zeiten zurückreicht. Gerade feiert sie ihr 50jähriges Jubiläum. Zu ihren sechs Herausgebern gehören zwei Historiker, die im ostdeutschen Staat an der Wissenschaftsakademie beschäftigt waren. Wer in frühen Jahrgängen blättert, wird zwar eine nicht dogmenfreie, aber über wesentliche Fragen deutscher Vergangenheit diskutierende Zunft antreffen. Er mag sich bei einem solchen Rückblick wünschen, es möge unter Historikern heute streitbarer zugehen, auch und gerade dann, wenn mal keine Publikation zu verhandeln ist, die, von Reklamefachleuten gehypt, bald so schnell wieder verschwunden ist, wie sie erschien.

Besagte Flaggschiffreihe, die vom Zentrum für Antisemitismusforschung herausgegeben wird, firmiert unter der schlichten Dachzeile *Dokumente, Texte, Materialien*. Sie wurde 1991 von Wolfgang Benz' Buch *Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus. Juden in der Bundesrepublik* eröffnet. Ihr 45. Band stammt von Kurt Schilde und heißt *Bürokratie des Todes. Lebensgeschichten jüdischer Opfer des NS-Regimes im Spiegel von Finanzakten*. Die Buchreihe zeichnet sich durch Vielfalt der Annäherungsweisen und Fragestellungen und einen hohen Anspruch an Kenntnis und Durcharbeitung der Quellen aus. Zeitlich reicht das Gebotene zurück bis in die mittelalterliche Geschichte (*Die Legende vom Ritualmord*). Geographisch erfaßt sie Tatsachen und Prozesse, die von Ekuador und Chile, die im Zusammenhang mit der Geschichte der Emigration deutscher Juden auftauchen, bis in das Territorium der westlichen Sowjetunion reichen, wovon mehrere Publikationen über das Morden der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD (insbesondere in Litauen und Lettland) handeln.

In die Reihe aufgenommen, ihr Hauptthema erweiternd, wurden Veröffentlichungen, die sich mit der Geschichte weiterer Minderheiten befassen, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Polen und der UdSSR. Dazu gehören mehrere zeitlich bis in die Gegenwart führende Arbeiten zur Geschichte der Sinti und Roma (*Die Nachkriegsdeutschen und »ihre Zigeuner«* und *Zurück nach Nirgendwo. Bosnische Roma – Flüchtlinge in Berlin)*. Ihren Platz haben in der Reihe Stimmen von Frauen und Männern, die sich erlittener Verfolgungen erinnern. Aus dieser Gruppe stammt auch der »Bestseller« des

Verlags: Eugen Herman-Friede hat über seine jungen Jahre berichtet, eine Zeit, in der er, ein Jude, in einer Gruppe des deutschen Widerstands untertauchen konnte, solidarische Hilfe erfuhr und überlebte: *Für Freudensprünge keine Zeit. Erinnerungen an Illegalität und Aufbegehren 1942-1948* (5. Aufl. 2002).

Gelegen oder ungelegen: In den Texten dieser Buchreihe sind der Bundesrepublik und ihren Bürgern immer wieder auch Spiegel vorgehalten worden. Wer in Politik oder Bildung – kaum lassen sich die beiden Begriffe hierzulande noch in einem Atemzug nennen – tätig ist und sich zu humanitärem, aufklärendem oder solidarischem Handeln anstelle bloßer Bekenntnisse vor Fernsehkameras anregen lassen wollte, konnte sich auch im Speziellen kundig machen (*Neonazismus und rechte Subkultur*).

Metropol, ein kleiner Verlag, der es mit einer Jahresproduktion von 20 bis 25 Büchern (von Band 11 an erscheint auch das renommierte *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* dort) bis auf die Schwelle zum mittleren Unternehmen gebracht hat, prägt sein Profil weiter aus. Verlockungen, sich ins modische Gedränge zu begeben, haben ihn nicht erreicht. Abschweifungen in die Geschichte der DDR, die auch räumlich nahelagen, blieben selten. Wie von der Masse des anderswo Produzierten wird da nichts bleiben. Aber die Veröffentlichun-gen des Verlags, die von der Geschichte der Juden und ihrer Verfolgung handeln und sich auch mit der Geschichte weiterer Minderheiten beschäftigen, kann, wer sich sachkundig machen möchte, nicht übergehen.

Das gilt auch für weitere Reihen, die der Verlag ediert. Eine bereits abgeschlossene hat die Geschichte der nationalsozialistischen Okkupation zum Gegenstand. Sie besitzt eine gewisse Verwandtschaft zu einem DDR-Unternehmen, dem einzigen, das auf dem Gebiet der Faschismusforschung das Jahr 1990 überdauerte und zu Ende geführt werden konnte. Während aber *Europa unterm Hakenkreuz* in der Hauptsache Dokumente bot, denen jeweils hochinformative Einleitungen vorangestellt wurden, liefert die Metropol-Reihe Darstellungen und Interpretationen durch eine internationale Autorenschaft: Die zehn Bände umfassende Reihe zielt auf Querschnitte und Vergleiche, die Gemeinsames und zu Unterscheidendes pointieren, so in *Die »Neuordnung Europas«*, einer Inspektion der Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten oder in *Von Lidice bis Kalavryta*, einer Analyse von Widerstand und Besatzungsterror. Jeder dieser Bände bietet reiches Material für die Auseinandersetzung mit revisionistischen Tendenzen in der Geschichtsschreibung. Insbesondere gilt das für die Dokumentation *Deutsche Politik im »Protektorat Böhmen und Mähren« unter Reinhard Heydrich 1941-1942*, die vor allem der kürzlich verstorbene, unstreitig beste Kenner des Themas, Miroslav Karny, erarbeitet hat.

Bis zum sechsten Band mit dem Titel *Jüdische Kinder auf der Flucht 1940-1945* ist die eigene Buchreihe *Rettungsversuche für Juden vor der Verfolgung und Vernichtung unter nationalsozialistischer Herrschaft* gediehen. Eine weitere, kürzlich begonnene Serie vereint Schriften zur *Geschichte der Konzentrationslager*. Das neueste, eben erschienene Buch hat deren Frühgeschichte zum Gegenstand. Zu meinen Favoriten der Verlagsproduktion gehört der Sammelband gegen *Vorurteil und Rassenhaß,* eine Festschrift, mit der Mitarbeiter, Freunde und Schüler Wolfgang Benz überraschten. Ihre Autoren, die in elf Staaten forschen und lehren, durchmusterten den Antisemitismus in untergegangenen wie existierenden faschistischen Bewegungen Europas von Spanien bis Finnland. Zu den Stolpersteinen gehört darin die Erwähnung jener jüdischen Offiziere in der finnischen Armee, die seit 1941 gemeinsam mit Deutschland gegen die UdSSR kämpften, bis der nordeuropäische Staat rechtzeitig Frieden suchte. Die Episode wird hier erwähnt, weil es zum Programm des Verlages gehört, statt glatt eingängiger Thesen auch verstörende Fakten und gedankliche Irritationen anzubieten – was vom Spannen von Fallstricken ja durchaus zu unterscheiden ist.

Der Autor veröffentlichte mit Erika Schwarz bei Metropol »Tagesordnung Judenmord. Die Wannseekonferenz 1942« (zuletzt 1998, italienische Übersetzung Bologna 2000) und »Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof. Franz Novak – der Transportoffizier Adolf Eichmanns« (1994)

Konkret 10/02, S. 56

Jürgen Roth

Die Nüsse des Friseurs

lautet die legendäre Falschübersetzung von »Le Nozze di Figaro«. Es folgt die Fortsetzung des Friseurberichts aus KONKRET 3/02

»Aber Haare wachsen langsam und sind zeitweise einfach nebensächlich.«

Wolf Wondratschek

Der Figaro, teilt uns Gustave Flauberts *Wörterbuch der Gemeinplätze* mit, sei »eine der treibenden Kräfte der Revolution«. Der aus Funk, Fernsehen und der ersten Lieferung dieses Berichts bekannte Figaro Gerhard Meir, dem seine Ghostwriterin Christine Eichel »einen fast Flaubertschen Blick für die Vexierspiele der gesellschaftlichen Mikrokosmen« angedichtet hatte, ist eine treibende Kraft der geistigen Implosion. Dem Makromuskelmagazin »GQ« bescheinigte er, ganz dem eigenen literarischen Doppelklarbild des *Salons* verpflichtet, das sein »Romanheld Julian« als Schöpfer »avantgardistischer Frisuren« und morscher Gedanken abgibt: »Männer klatschen genauso gern wie Frauen.« Deshalb gelte für ihn »als Friseur«, stringent geschlußfolgert, »die Devise: zuhören, Klappe halten«.

Daß dem leider nicht so ist, mußten wir in jüngster Zeit mehrfach erfahren. Um den Friseur und seine aktuelle gesellschaftliche Rolle entzündete sich zumal auf Grund der lästigen Debatte über des Kanzlers Kopf und dessen Façon ein Geschnatter, das selbst das immerwährende Gebabbel rund um die deutsche Trivialtrinität Beckenbauer-Becker-Feldbusch zeitweilig und arschklar in den Schatten stellte.

Meirs Kontrahent, der Schröder-Barbier Udo Walz, murrte anläßlich der gerichtlichen Auseinandersetzungen im Casus »Gefärbter Kanzler« und im Zuge eines eineinhalbstündigen Specials des Hessischen Rundfunks, »ein guter Friseur« sei ohnehin, äh, also, bei so einem guten Friseur wie ihm, da sei es, Schröder hü oder hott, »also erst mal wichtig«, daß »da natürlich ein bißchen Psychologie dabeisein« müsse, denn »man muß die Leute auch ‘n bißchen aufbauen«.

»Heute geht im Grunde Wash-and-go«, ergänzte Walz, anscheinend schon gut aufgetankt, ging aber nicht zur Verhandlung vor der Pressekammer des Hamburger Landgerichts. Dort nämlich war bereits am 12. April unter der Abwesenheit des Kronzeugen Walz und der Anwesenheit der republikgesamten Pressemeute haargenau achtzehn Minuten lang der Regierungsantrag auf eine strafbewehrte Unterlassungserklärung zuungunsten der Nachrichtenagentur DDP bekakelt worden. Gestützt auf die eidesstattlichen Versicherungen der Kanzlercoiffeure (Walz und Stephan Krause aus dem Hause Parfümerie Roggendorf, Hannover), wollte Berlin dem zur Kirch-Media gehörigen Deutschen Depeschendienst untersagen, künftig die Behauptung der »Imageberaterin« Sabine Schwind von Egelstein (München) zu verbreiten, Schröder lasse »die grauen Schläfen ... wegtönen«.

Schröders Anwalt M. Nesselwang, so die Presse bis in die »Washington Post« hinein, wusch der Gegenpartei den Kopf, Walz ließ ausrichten, des Kanzlers Standardprogramm sei »Waschen, Schneiden, Fönen für 30 Euro«, selbst den Einsatz von »Re-Nature-Produkten« könne man einwandfrei verneinen, und während Krause noch intimer beichtete, es sei »über den kompletten Kopf feines, graues Haar verteilt«, hielt Meir den Rand. Indessen die »Frankfurter Rundschau« Mikroessays zur »über seinem Haupt sich öffnenden Schere aus Schönheit und Glaubwürdigkeit« verfaßte und Angela Merkel attestierte: »Die CDU-Chefin setzt mit ihrer Frisur einseitig auf Glaubwürdigkeit«, schrie aber dann die »Bildzeitung« vom 13. April: »Der Kanzler soll zum Haartest!«, welche Forderung justament die FDP-Generalsekretärin Cornelia Pieper unterstrich und mit ihrem möllemannmäßigen Vorstoß Richtung Vox populi jedoch ein erbärmliches Echo erntete. Die gescheiten Leser nämlich kommentierten das ganze Geochse witzig und abgeklärt: »Dideldum – 58 Jahre und kein bißchen weis(ß)e« oder: »Die Politiker sollten sich lieber auf ihre Aufgaben konzentrieren, als auf ihre Haarfarbe zu schauen!«

Derweil sich diese Geschichte also zur »Groteske« (»Spiegel«) auswalzte und das Kanzleramt vorerst qua »Law-and-Order-Aktion« (»Taz«) eine derart beängstigend schnittige Form bewies, daß einem die grauen Haare zu Berge standen, moserte die »Taz«, die Wahlkampfstrategie zugunsten der rot-grünen Schluris schwer voranbringend: »Angela Merkels Straßenköterbraun ist schon seit längerem suspekt ... Und die dunkelblonde Westerwelle schimmert ebenfalls verdächtig.« Zumindest Angela bekam daraufhin einen Schimmer, schnallte die Gunst der Fernsehstunde und suchte bei Gabi Bauer (ARD) die Offensive: »Seitdem der Kanzler darüber streitet, ist die Diskussion über meine Frisur zurückgegangen. Das finde ich ausgesprochen angenehm. Übrigens: Meine Haare sind getönt.«

Potzzement! Hie mithin wahre »Schönung durch Tönung« (»Taz«) und die zum Gotterbarmen grausliche Verwirrung des Vorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse, Hermann-Josef Arentz: »Angela Merkel ist auf dem besten Wege, zur Königin der Herzen in der Union zu werden«; dort schließlich am 17. Mai Schröders »waschechter Sieg« (»Spiegel«); denn dessen

Rechtsbeistand hatte beim graumelierten Richter Andreas Buske tatsächlich eine endgültige Unterlassungsverfügung betreffs falschen Tönungstönen und Mähnenmäkelei erfochten, weil »ddp nicht bei Schröder nachgefragt« habe.

»Die Bundesregierung äußerte sich zufrieden«, hieß es im »Spiegel«, die Welt atmete kräftig durch, der »Prozeß, auf den ganz Deutschland wartete« (»Bild«), lag bei den Akten, aus denen Alessandro Manzoni einst seine ungeheuerliche, 1840 erschienene Romanchronik *Die Schandsäule* komponierte. Ursprünglich als Bestandteil der *Brautleute* konzipiert, schildert das dünne Buch die Geschichte jener Säule, die 1630 in Mailand errichtet wurde, um zwei angebliche »Pestschmierer« zu ächten – einen Kommissar und den Barbier Giangiacomo Mora. Beide beschuldigte man, die Pest durch eigenhändig hergestellte Salben verbreitet zu haben – eine Erfindung des korrupten Justiz- und Beamtenapparats – , und beide peinigte man unermeßlich.

»Der Schmerz folterte ihm die Lüge aus dem Mund«, berichtet Manzoni. Mora, »der unglückliche Barbier«, fiel einer perversen, inquisitorischen Willkür zum Opfer. »Während sie sahen, daß der Schmerz die gewünschte Wirkung hervorbringe, erhörten sie nicht das Flehen des Unglücklichen, ihm denselben zugleich zu ersparen. Sie schärften ihm ein, ›daß er zu gestehen anfangen solle‹.«

Mora, der nur, wie damals üblich, ein paar Apothekendienste verrichtet hatte, starb auf Geheiß der Richter, der »Schlächter«, die rasten »in ihrem Krieg gegen alle Augenscheinlichkeit«. Moras Haus wurde abgerissen, und die »Schwelle (sollte) von einer Schandsäule bezeichnet werden«. Ziviler geht es zu in Wolf Wondratscheks neuem Prosastück *Mozarts Friseur*, namentlich im Friseursalon in der Wiener Griechengasse, den ein ehemaliger Findling betreibt, schmuck-, mühe- und arglos, ein Mann mit »langsamem Blick«, der dem des Nachruhms müden Mozart »einen *crew-cut*, den klassischen Kurzhaarschnitt *American style*« verpaßt und seine Bude führt als ein wahrhaft autonomer Mensch:

»In ihm sind Kräfte, die auf unteilbaren Besitz aus sind. Er bewacht etwas Unersetzliches: sich selbst. Er produziert in den Lücken seiner Arbeit private Zeit. Die verteilt er großzügig als Geschenk. Ihm ist der Wert seiner Gabe, ihre Kostbarkeit, natürlich unbekannt. Profiten steht er ahnungslos gegenüber. Daß er in einer Zeit, wo keiner Zeit hat, eine Rarität zum Nulltarif anbietet, müßte ihm einer erst umständlich erklären.«

Die Utopie dieser Örtlichkeit, eine heitere, geschichtenbeseelte Oase jenseits des Verwertungszwanges zu schaffen, treibt eine Art postpostmoderne Figaroistik hervor: »Es ist alles erlaubt, was Haare hergeben, vom historischen Kopfputz bis zum politischen Manifest. Es wird toupiert und geglättet, gerollt und verlängert, tätowiert und gebleicht. Vor den Spiegeln entstehen feenhafte Verspieltheiten ebenso wie Protestfrisuren gegen Rechtsradikalismus und Folter oder gelgestärkte, seitlich wie Flügel wirkende Haarwände, die taubenblau den Weltfrieden symbolisieren wollen.«

Auch an die frühen Siebziger erinnert Wondratscheks Legende, an eine Zeit ohne »verchromte Kabinette für cut-, curl- und nail-Dienste«, ja ohne Friseurdiskurs: »Es war aussichtslos, einem noch mit Pomade kommen zu wollen. Außerdem war es ein Kräftemessen mit Staatsgewalten, in der Unordnung auf dem Kopf ein Versprechen der Zukunft zu sehen, eine Grundvoraussetzung für die Vorstellung vom richtigen Leben. Warum sich einmischen? Wildwuchs war Wahrheit!«

In dreißig Jahren aber rauschten manche Unwahrheiten durch den Blätterwald der »Subkultur«, und hängengeblieben im Wildwuchs der Buchstaben ist nach der Kritik der Geschlechterverhältnisse und nach diversen sonstigen Kritiken sonstiger popkultureller Moden »eine kleine Frisurkritik«. Die Ausgabe 7/02 des Avantgardeheftes »Spex« annonciert statt einer »kleinen Literatur« (Deleuze/Guattari) nun Frisurendiskurs: Die Hamburger Friseure, Partyorganisatoren und DJ-Agenten Christian Liedel und Gerald Steier/Steyr »wollen so gar nicht dem Klischee des Friseurs gehorchen; sie halten sich fern vom Glamour und beharren auf ihrem Recht, die Party mit schmutziger Substanz zu rocken«.

Was substantiell so klingt: »Das ist echt, das ist auch ohne Farbe, und das ist ... kein Styling-Produkt, sondern echter Rock-’n’-Roll-Schweiß.« Ohne Scheiß. Und man weiß: »Durchstufen gehörte auch mal zu den verbotenen Worten.« Das verbietet nicht, irgendwelche anderen Worte abzusondern: »Nach dem ganzen Eighties-Pop erwarte ich New-Romantic- und Gothic-Welle. Die Frisuren müssen wieder extremer werden, das kündigt sich auch schon an ...«

»Andererseits«, schmalzen die zwei Schnuffel und »Kreateure« vom Hessischen Rundfunk, »sind heutzutage viele Haarschnitte schnuffi«, und selbst wenn David Beckhams blondierter WM-Hahnenkamm derart schnuffi war, daß Englands Nationalcoach Sven-Göran Eriksson einen »High-Society-Barbier« (»Leipziger Volkszeitung«) nach Japan beorderte, um da oben für Ordnung zu sorgen, überzeugte gleichwohl (und ohne Beachtung des allgemeinen Fußballertrends zur Glatze, zwecks prophylaktischer Abwehr etwaiger Daum-Haaranalysen) noch ein wenig schnuffiger der etwas ältere und seit einiger Zeit ohne schlunzigen Schnauzi vor den Weltkameras deutschlandbefeuert und -feiernd herumschunkelnde BR-Klopper Waldi Hartmann, der uns via Leserbrief an die Münchner »Abendzeitung« friseurfinal dergestalt unterrichtete und die Haarspaltereien unserer Tage geraderückte: »Geehrter Herr Frisör Meir, in Ihrer Spalte bieten Sie Ihren Lesern die Wette an, daß ich in Zukunft nur noch regional berichten darf und fürs internationale Geschäft ausgewechselt werde. Ich halte dagegen. Wetten, daß ich noch dann für die ARD moderieren werde, wenn sich Ihre schreibende Tätigkeit auf das Ausstellen von Rechnungen für Waschen und Legen beschränken wird? Und das ist auch gut so.«

»Friseure«, klagt – abseits des immer weiter gefaßten Fußball-Friseur-etc.-Zusammenhangs – Werner Bartens', Martin Halters und Rudolf Walthers *Letztes Lexikon* (Eichborn, Frankfurt/Main 2002), »sind in den letzten Jahren kreativ geworden und nennen ihre Etablissements neuerdings Haarmani, Kopfsalat oder Haarem. Der Friseur unserer Tage versteht sich nicht länger nur als schnöder ›Handwerker, der die Pflege des Haupthaares und des Bartwuchses zur Aufgabe hat, also Rasieren, Haarschneiden, -waschen und -formen, ferner auch Kopfmassage und die Anfertigung künstlicher Haararbeiten‹, wie Brockhaus 1928 schreibt« – und dabei kaum Friseursalonromane meint. Oder doch? »Unter den ›körperlichen und geistigen Voraussetzungen‹, die das Lexikon aufführt, wird schon das Streben nach Höherem erkennbar. Von ›völliger Beweglichkeit der oberen Gliedmaßen‹ und ›Handgeschicklichkeit‹ ist dort ebenso die Rede wie von ›Formensinn‹ und ›Sprachgewandtheit‹.«

Etwas knapper traktierte das Lemma Flauberts Wörterbuch, eine Anleitung für den Salonsmalltalk: »**Barbier.** Immer von Sevilla.« Und: »Ließen früher zur Ader.« Die segensreichsten unter ihnen verteilten sogar Kopfnüsse und stopften Mäuler. Sagt die Sage. Die ich mir grad ausgedacht habe. Ende des Berichts.

Wolf Wondratschek: *Mozarts Friseur*. Hanser, München/Wien 2002, 176 Seiten, 14,90 Euro

---

Jürgen Roth hat zuletzt u.a. »Kotzbrocken. Machthaber und Maulhelden des Fußballs« (Europa) veröffentlicht

Konkret 10/02, S. 58

Andreas Busche

FilmTheater

Auszeit

Regie: Laurent Cantet; mit Aurélien Recoing; F 2001; 132 Minuten; ab 10. Oktober im Kino

Man ist, was man arbeitet. Das kapitalistische Entfremdungsphänomen äußert sich längst nicht mehr nur in den Produktionsprozessen. Der gesamte Wertschöpfungsprozeß ist zur Farce geworden. Was bleibt, ist nackte Panik. Laurent Cantet ist die Perversität der neoliberalen Sozialmoral nicht entgangen, wenn er seinen Figuren noch ein Minimum an Restwürde zukommen läßt. Da zeichnet sich der Marxist auch wieder als Humanist aus. In seinem letzten Film, »Ressources Humaines«, hatte er wunderschöne Fabrikhallen-Tableaus entworfen und mittendrin trotzig-stolze Arbeiter, deren kakophone Klage-Kantaten im Maschinenrhythmus fast untergingen. Wie im Musical wirkte die Interaktion Mensch-Maschine manchmal, dem Ent-/Verfremdungs-Genre par excellence.

Mit »Auszeit« verschärft Cantet diese Tragik zur Groteske. Zum Lachen ist es trotzdem nicht. Hotelfoyers und Büroempfangshallen sind die Welten, in denen sein Film angesiedelt ist, und sie wirken so trist wie die Industrielandschaften Antonionis. Jeden Morgen verläßt Vincent seine Familie, um dort den Leistungsträgern der Gesellschaft nahe zu sein. Daß er seinen Job verloren hat, wagt er seiner Familie nicht zu erzählen; es kostet ihn genug Zeit, die Illusion eines Jobs aufrechtzuerhalten. Nicht arbeiten zu dürfen, ist die größte Tragik in diesem Leben. Vincent erzählt, daß er für die UN in Genf arbeiten würde, und dann redet er von Marktexpansion, während sein eigenes Leben immer weiter zusammenschrumpft.

Ein kleiner Mensch in riesigen Räumen ist der bleibende Eindruck von »Auszeit«. Cantet begnügt sich jedoch nicht damit, exemplarische Bilder zu entwerfen. Seine karge, stilisierte Inszenierung entwickelt über zwei Stunden ein griffiges psychologisches Profil der Protagonisten einer Leistungsgesellschaft. Es ist nicht die Krise des Sozialen, die das Individuum kaputtmacht, sondern die Krise des Menschen in diesem »Sozialen«. In seiner Schlußeinstellung erweist sich Cantet dann auch als knallharter Realist. Da sieht man, im Büro des Personalchefs, diesen letzten Blick Vincents: Grauen und nackte Panik. Er ist wieder angekommen in der geregelten Arbeitswelt, aber es ist kein Happy-End. Es ist nur eine andere Hölle.

Konkret 10/02, S. 58

Magnus Klaue

FilmTheater

Der Pianist

Regie: Roman Polanski; mit Adrien Brody, F/BRD/PL/GB 2002 (Tobis); 148 Minuten; ab 24. Oktober im Kino

Polanskis Verfilmung der Autobiographie von Wladyslaw Szpilman, der in Warschau als Pianist arbeitete, nach dem Einmarsch der Deutschen im jüdischen Ghetto lebte, mit Hilfe polnischer Untergrundkämpfer der Deportation entkommen konnte und von einem Wehrmachtssoldaten vor den Nazis geschützt wurde, ist anläßlich der Verleihung der Goldenen Palme in Cannes mit »Schindlers Liste« verglichen worden – meist zu Ungunsten Polanskis. Sein Film, hieß es, behandele auf altbackene Weise ein Thema, das Spielberg viel eindringlicher dargestellt habe: die Rettung eines Juden durch einen Deutschen, »ein ergreifendes Beispiel von Zivilcourage« (Pressetext).

Man mag Polanski vieles vorwerfen – den Vergleich mit Spielberg hat er nicht verdient. Die deutsche Filmkritik, die sein Werk als Beitrag zur historischen Reinwaschung lesen möchte, verfehlt dessen Gehalt. Der NS-Offizier Wilm Hosenfeld, der Szpilman in einer Baracke entdeckt und ihm Kleidung und Nahrung zur Verfügung stellt, tritt erst in den letzen zwanzig Minuten in Erscheinung und ist, anders als Spielbergs Schindler, keine Identifikationsfigur. Er riskiert bei seinen Hilfsmaßnahmen so gut wie nichts mehr. »Die Russen sind kurz vor der Stadt«, informiert er Szpilman, »du wirst nur noch ein paar Wochen aushalten müssen, länger nicht.« Es ist nicht, wie in »Schindlers Liste«, das Menschlichste im Menschen, das Hosenfeld den Juden, den er »He, Jude« ruft, unterstützen läßt, sondern ein Entschluß angesichts der drohenden Niederlage.

Im Mittelpunkt des Films steht denn auch nicht die von der deutschen Kritik zur melodramatischen Klimax aufgeblähte Rettung, sondern der Alltag polnischer Juden unter der NS-Herrschaft. Hier gelingen Polanski eindringliche Szenen. Szpilmans Vater darf nach Einführung der »Kennzeichnungspflicht« nicht mehr auf dem Bürgersteig gehen und muß durch die stinkende Gosse waten. Soldaten stürmen eine Wohnung, befehlen der beim Essen sitzenden Familie strammzustehen und werfen einen Mann, der im Rollstuhl sitzt und sich nicht aufrichten kann, aus dem Fenster. Ein Hungernder stiehlt einer Frau ihre Suppenschüssel, läßt sie fallen und leckt die Suppe vom Asphalt auf. Selten ist die »Vertierung des Menschen«, von der Primo Levi in seinen Büchern berichtet, so beklemmend ins Bild gesetzt worden. Die Deutschen erscheinen als gehorsame Vertreter einer mörderischen Ordnungsmacht, nicht als »Menschen mit Herz«, wie Spielbergs Schindler. Eine triumphale Szene kurz vor Ende zeigt, wie die gegen alle Wahrscheinlichkeit Überlebenden den von russischen Soldaten zusammengepferchten NS-Schergen ins Gesicht spucken.

Was auch immer gegen die Ästhetik des psychologischen Realismus einzuwenden ist, die Polanskis Film adaptiert – zur Relativierung deutscher Schuld ist er, anders als »Schindlers Liste«, nicht geeignet.

Konkret 10/02, S. 58

Tobias Nagl

FilmTheater

The Na igators

Regie: Ken Loach; mit Dean Andrews, Thomas Craig; GB 2001 (Neue Visionen); 93 Minuten; ab 10. Oktober im Kino

Mit »The Navigators« kehrt Ken Loach, einer der letzten marxistischen Filmemacher, zu seinen Anfängen zurück – wenn auch unter gänzlich veränderten Vorzeichen. Hatte er 1975 mit »Days of Hope« für einen der größten Skandale der britischen Fernsehgeschichte gesorgt, als er die Geschichte der englischen Klassenkämpfe bis zum Generalstreik 1926 gegen die sozialdemokratische Bürokratie rekonstruierte, ist die revolutionäre Perspektive nun einer gänzlich defensiven gewichen.

Es ist 1995, und die neoliberale Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen ist in vollem Schwung. Sechs Kumpel aus South Yorkshire erleben eines Morgens ihr blaues Wunder, als vor ihrem Arbeitsplatz ein neues Logo prangt und ihnen mitgeteilt wird, daß sie ab heute nicht mehr für die staatliche British Rail, sondern für den privaten Betreiber East Midland arbeiten. Alle alten Kompromisse seien hinfällig; an den Sicherheitsvorkehrungen solle sich jedoch nichts ändern: »Death has to be kept to a minimum«, erklärt das Management in einer der komischsten Szenen. Und auf Nachfrage, was das bedeute: »Two a year.«

Natürlich ist das in einem Loach-Film eine böse Vorahnung, und natürlich bleibt nichts beim alten: Krankengeld gehört bald der Vergangenheit an, wie auch geregelte Arbeitszeiten; Ungelernte kommen in die neuen »Teams«, mit denen die alten Arbeits- und Freundschaftsstrukturen zerschlagen werden. All das geschieht oft unter Zustimmung der Arbeiter, die fatalistisch das »schnelle Geld« der sozialen Absicherung vorziehen. Erst als sie gezwungen werden, Produktionsmittel zu zerstören, erahnen sie das destruktive Potential kapitalistischer Akkumulation. Als einer ihrer Freunde auf einer ungesicherten Baustelle zu Tode kommt, ist es zu spät: Sie vertuschen den Fall, um ihre Jobs zu behalten.

Mit wackelnder Handkamera und dem Drehbuch eines Schienenarbeiters macht »The Navigators« den Eindruck eines »kleinen« Films. Leider zählt er nur zu Loachs mäßigeren Werken. Wenig Neues erzählt er dem ohnehin überzeugten Zuschauer, und dies wenige nimmt sich überdies aus wie die nationalstaatlich-nostalgische Kehrseite der migrantischen Arbeitskämpfe aus »Bread and Roses«. Formaler Realismus und Moritatendramaturgie geraten beständig aneinander, und zwar nicht zu ihrem Vorteil. Damit landet auch die Kritik an Loach wieder ganz an ihrem Anfang, nämlich beim Hinweis, daß – mit Brecht zu reden – das Foto einer Fabrik nicht ausreicht, um etwas über die Fabrik auszusagen.

Konkret 10/02, S. 59

Gert Ockert

Film des Monats

Minority Report

Regie: Steven Spielberg; mit Tom Cruise, Max von Sydow; USA 2001 (Fox); 145 Minuten; ab 3. Oktober im Kino

Er kann es doch noch. Er hat's immer noch drauf. Und wie er es draufhat! Er hat, endlich, den Hammer wieder ausgepackt und nagelt uns da fest, wo es im Kino am komfortabelsten ist: auf der Sitzkante. »Minority Report« ist das Hollywood-Comeback des Jahres, wenn nicht des Jahrzehnts; und was da wiederkehrt, ohne alle Hemmungen, ist das genuine Genie Steven Spielbergs.

Zehn Jahre lang wollte er nicht länger sein, wer er ist. Nämlich der Regisseur mit dem besten Timing der Welt. Er lief lieber herum als der Mann mit dem schlechtesten Gewissen der Branche. Ihm tat es leid, Blockbuster gedreht zu haben. Er mochte nicht mehr erinnert werden an »Der weiße Hai«, »Unheimliche Begegnung der dritten Art« oder die »Indiana-Jones«-Serie. Vor allem nicht an sie. Denn Anfang der Neunziger hatte Spielberg den Auftrag angenommen, die Geschichte Oskar Schindlers zu verfilmen. Und zum ersten Mal in seinem Leben begann der größte Kirmeszauberer aller Zeiten, sich ernsthaft für Geschichte zu interessieren.

Erstmals wurde ihm bewußt, daß die Holocaust-Opfer, die es auch in seiner Familie gibt, einen Schatten auf ihn selbst werfen. Daß Nazi-Schergen nicht bloß perfekte Schurken für Actionfilme abgeben, sondern Millionen Menschen ermordet haben. Richtige Menschen, die nur eine Generation, ein Passagierschiff von ihm entfernt waren. Er fing an nachzudenken, und das war gar nicht gut für Spielberg. Plötzlich schämte er sich für die wunderbaren Achterbahn-Vergnügungen, die er zwei Jahrzehnte lang inszeniert hatte. Es kam ihm vor, als habe er sein bisheriges Leben mit Kinderspielen vertan, und das stimmte ja.

Die späte Erkenntnis hat Spielberg zutiefst bestürzt, und sie ist jedem seiner Filme anzusehen seit »Jurassic Park« (1993). Zumal »Vergessene Welt« (1997), die Fortsetzung des unerhört erfolgreichen Dinosaurierspektakels, besteht aus lauter Figurationen des Selbstzweifels und Verdrusses – und ist zweifellos die beste Parodie auf den Stil dieses Regisseurs, die man sich wünschen kann. Doch zugleich ein einziger Akt der Selbstbestrafung.

Steven Spielberg verlor über »Schindlers Liste« die Unbekümmertheit, mit der er bis dahin Spielfilme inszeniert hatte. Das Handwerk verlernte er darüber natürlich nicht; und ebensowenig seine Manierismen: weichgezeichnete Szenen im Gegenlicht, kontraststarke Großaufnahmen von Gesichtern und Gesten, pathetische Panoramaschwenks. Auch seinem Haus- und Hofkomponisten John Williams blieb er treu. Dennoch: Spielberg wollte raus aus seiner Haut. Zunächst, in »Amistad« (1997), als sozialdemokratischer Volkshochschullehrer, dann, in »Der Soldat James Ryan« (1998), als pädagogisch wertvoller Neorealist. Und schließlich, in »A. I.« (2001), verleugnete er sich vollends und schlüpfte in die Haut von Stanley Kubrick, obwohl er mit dem nichts gemein hatte als eine Obsession fürs Kino.

Spielberg hat für »A. I.« schreckliche Prügel bezogen, und zu Recht. Aber nun, mit »Minority Report«, wird klar, daß er durch dieses tiefste Tal seiner Karriere stolpern mußte, um wirklich erwachsen und endlich wieder er selbst zu werden. Daß einer 55 Jahre braucht, um seine Adoleszenz zu beenden, ist eventuell zum Lachen. Aber wir reden hier ja nicht von irgendeinem Mann, sondern von dem einflußreichsten Filmregisseur des letzten Vierteljahrhunderts und von einem Werk, in dem fortwährend zwei Figuren auf oder unter der sichtbaren Oberfläche umgehen, die das Erwachsenwerden einfach nicht schaffen: Peter Pan und Pinocchio.

»Minority Report« erzählt, ziemlich frei nach Philip K. Dick, eine Science-Fiction-Geschichte. Im Washington D. C. des späten 21. Jahrhunderts arbeitet die Polizei mit Hellsehern, sogenannten »Precogs«, um Morde zu verhindern. Anführer der parapsychischen Spezialeinheit ist Detective John Anderton, den Tom Cruise mit enormem Charisma und furiosem körperlichem Einsatz spielt. Der Film beginnt mit einer Vorführung übersinnlicher Kriminalistik. Aus den wirren und verwackelten Visionen der Precogs – durch irgendein elektronisches Wunder ihren Gehirnen entrissen – setzt Anderton an einem riesigen Computer-Display den Fall, der noch gar nicht passiert ist, eilig zusammen. Allein diese Szene, in welcher der Detektiv die Traumbilder durch schnelle Bewegungen seiner verkabelten Arme und Hände über den riesigen Schirm schiebt, verwirft, aufzoomt, aneinander klebt, ist den Besuch des Films wert. Es gibt, so viel steht fest, außerhalb Chinas keinen Schauspieler, der so dynamisch und elegant und agil agiert wie Tom Cruise.

Die Faszination für physische Phänomene, für Körper in Bewegung und Deformation, prägt »Minority Report« zutiefst. Nach der Brechkur aus zerschossenen Köpfen und abgerissenen Gliedmaßen, die Spielberg sich im »Soldat James Ryan« selbst verordnet hatte, und nach seiner ausgiebig zelebrierten Konfusion über den Unterschied von echtem und künstlichem Leben in »A. I.« ist Spielberg heute endlich so weit und reif, daß er den Körper im Kino nicht mehr nur als Verhandlungsmasse behandelt, sondern als das innerste, innigste Thema dieser Kunst.

Es lohnte sich bereits, wie gesagt, nur die Exposition dieses Films zu sehen. Aber richtig los geht es erst dann. Denn die nächste Vision, die Anderton aus seinen Precogs holt, zeigt ihn selbst als Mörder. Und nun beginnen zwei Stunden Identitätskrise, Paranoia und Verfolgungsjagd – vor allem Verfolgungsjagd. Anderton, der beste Mann des Dezernats, versucht, sich vor seiner eigenen Zukunft zu retten, und weil er weiß, wie die Kollegen arbeiten, fallen ihm Auswege ein, die keiner erwartet, das Publikum zuletzt. Wie einst bei den »Jägern des verlorenen Schatzes« setzt Spielberg auf einen eminent rasanten Prolog immer mehr und noch mehr Tempo, und es fallen ihm dabei Wendungen und Pointen ein, auf die er seit einem Jahrzehnt nicht mehr gekommen ist.

Er ist erwachsen geworden, und er hat es wieder drauf. Er zeigt, wie es ist, in einem intelligenten Auto fliehen zu wollen, das einen pflichtbewußt lieber zu den Verfolgern befördern möchte. Er führt vor, welche Vorteile es hat, eine Hellseherin im Arm zu haben, wenn man nicht erwischt werden möchte (und eine Sequenz wie diese, so witzig und dramatisch zugleich, kann niemand realisieren außer Spielberg).

Endlich hat er wieder die Souveränität, geschmacklose Witze zu machen – z. B. über Augen, und wie deren Schein, buchstäblich, trügen kann. Endlich genießt er es wieder, Filme wie Achterbahnfahrten zu konstruieren – die erste große Verfolgungsjagd von »Minority Report« ist purer Vergnügungspark. Endlich hat er wieder Spaß daran, etwas zu erzählen, ohne sein Publikum mit Moral behelligen zu wollen. Sie, die Moral, kommt, wie in allen seinen guten Stücken, einfach von selbst und am Ende. In diesem besten Hitchcock-Film, den Hitchcock nie gedreht hat, sind der Pessimismus und die Misanthropie, die Ohnmacht und Weltangst, die Spielberg seit »Schindlers Liste« umtreiben, kein Anlaß mehr für Predigten. Er, Spielberg, hält sein Entsetzen endlich lang genug aus, um es ohne ablenkendes Geschwätz darstellen zu können.

»Ich wollte den häßlichsten, schmutzigsten Film drehen, den ich je gemacht habe«, sagt der Regisseur; und das ist ihm, gemeinsam mit seinem Lieblingskameramann Janusz Kaminski, gelungen. Er, Spielberg, ist wieder da. Und wie!

Konkret 10/02, S. 60

Dietrich Kuhlbrodt

Kabale und Liebe in Mitte

Bericht von den Dreharbeiten für einen Film, der Wenders, Schlöndorff und Konsorten vor Neid erblassen lassen wird – falls sie ihn jemals zu sehen kriegen

Ein Mensch namens Achim Scherf hatte mich angerufen: »Wir kennen uns doch.« Und ob ich nicht den Präsidenten in seinem Film »Kabale und Liebe« spielen wolle. Schiller? Kenn ich. Bloß hatte ich weder eine Ahnung, ob ich den Pathostext auswendig lernen kann, noch wer Achim war. Geld sollte ich keins bekommen, wohl aber eine klasse Unterkunft sowie ein Guten-Abend-Ticket von Hamburg nach Berlin. Achims Stimme hörte sich verzögert an, außerdem wie die eines Siebzehnjährigen. Was sagt dazu einer, der auf die Siebzig zugeht? Ja!

Kurz vor der Abfahrt traf das Foto ein, auf dem wir beide drauf sein sollten. Eine Art Klassenfoto mit 17 Personen. Davon kannte ich 16. Wir standen vorm Eingang zum Prater, Berlin-Ost, und Achim war der, den ich nicht kannte. Die Augen waren durch dicke Linsen weggespiegelt, dafür waren die Ohren, im rechten Winkel abstehend, unverkennbar. Achim lächelte. Ich wurde ernst. Es war mir definitiv unmöglich, aus dem Stand zwei aufeinanderfolgende Sätze zu reproduzieren. Außerdem hatte Achim im Begleitbrief geschrieben: »Die weiblichen Rollen werden von Tunten gespielt.« Das war reizend. Zwei volle Drehtage für mich. Am Ostbahnhof holten mich Achim und Robert ab. Anfang zwanzig die beiden. Ich erfuhr, daß auch die männlichen Hauptrollen von Tunten gespielt wurden. Ich gab zu meiner sexuellen Orientierung kein Statement ab und fand mich in Achims Schlafzimmer wieder. Achim und sein Freund schliefen auf dem Fußboden im Wohnzimmer. Peinlicher Staatsgast, ich. Ich bekam einen Schlüssel, und wir brachen zu den Partys auf.

Ecke Schönhauser Allee/Torstraße, handgemaltes Schild: Privatveranstaltung. Gespannte Atmosphäre. Es ging um die Premiere eines Musikvideos, Achim sollte zu sehen sein. Alle waren unglücklich. Immer wenn wer guckte, guckte der andere schnell weg. Klar, das waren alles keine Tunten. Aber schon schwärmte derjenige, der Achims Vater, wenn nicht Großvater hätte sein können, von der Gute-Laune-Nacht, die wir beide verbracht hätten, auf St. Pauli, in der Privatveranstaltung zum 60. Geburtstag von Gremliza. Stimmt! Aber wer war das denn nun eigentlich, der mir das erzählte? Hatte ich ein Alzheimerproblem? Der KONKRET-Kollege hatte ebenso wie Achim eine kleine Rolle im Video, das nun endlich projiziert wurde. Aha, ökologische Musik; wußte ich nicht, daß es das gibt, geht aber in Ordnung. Doch leider waren dann doch weder Achim noch mein neuer KONKRET-Freund zu entdecken. Alle guckten noch unglücklicher. Es war höchste Zeit, ins Tuntenhaus zu gehen.

Wieder der handgeschriebene Privatparty-Zettel an der Hoftür. Diesmal fragte aber keiner, was ich für einer bin. Hundert glückliche Menschen, oder waren es zweihundert? Jeder guckte, ob wer guckt. Ich gratulierte den beiden Gastgeberinnen zum Geburtstag. Der Blonde hatte eine tragende Frauenrolle in »Kabale und Liebe« übernommen. Der andere, dunkle, exotische Jubilarin umarmte mich links, rechts, und die Lippen bitte nicht vergessen. Es ging rund, ich bekam meinen Wein, die Temperatur stieg. Dies war ein besetztes Haus gewesen, erklärte Achim, und man sei geblieben, legalisiert, er inhalierte längere Zeit, und die Augenlider waren nur halb hochgezogen. Ich sollte die beiden nächsten Tage lernen, daß dies bei ihm immer so war. Es sah sinnlich aus. Ich fand, es müsse was geschehen. Und brachte meine Glasnummer. Die geht so: Man packt einen Glasrand mit den Zähnen, beißt ein Stück raus, kaut das gut, schluckt, das macht Geräusch, und man macht auf sich aufmerksam. Jedenfalls hatte ich auf diese Tour meinen ersten und einzigen Stunt-Vertrag in einem Film bekommen. – Daneben. Achim nahm mir das Glas weg, sagte mir, daß er letzte Nacht nur drei Stunden geschlafen habe und ob ich den Weg nach Haus allein schaffen würde. Scheiße, ich hatte mich im Tuntenhaus danebenbenommen. Auch hatte ich ein Glas, wiewohl erst halb aufgegessen, kaputtgemacht.

Den Rückweg legte ich schätzungsweise viermal zurück. Wenn man die Breite des Bürgersteigs bedenkt. Und meine Sinuskurven. Drei wichtige Gedanken waren zu verfolgen. Erstens, den Weg dadurch entscheidend zu verkürzen, daß ich eine grade Linie verfolgte. Zweitens zu prüfen, ob das, was Achim mir ausgehändigt hatte, der berüchtigte Berliner Durchsteckschlüssel war. Mit einem solchen Ding hatte ich Jahre zuvor bis zum Morgengrauen experimentiert. Aber war es nicht schon hell geworden? Drittens war zu erinnern, daß auf der Disposition für den 19. Mai 2001, 8. Drehtag, als Arbeitsbeginn 8.30 Uhr eingetragen war. Das war heute.

Kein Durchsteckschloß. Danke, DDR. In der Wohnung war der, der nicht mitgekommen war, ein mittelriesiger schwarzer Hund mit lauter Locken. Ich ging in die Küche und aß vom Backblech völlig unbeherrscht die Reste einer Quiche auf. Miss Marple, der liebe Hund, machte mich nicht darauf aufmerksam, daß es zur Ordnung des Hauses gehörte, die Schiebetür wieder zu schließen. Der Hund wurde mein Freund. Ich schlief ein. Ich wachte sofort wieder auf. Schien mir. Die Türsprechanlage. Einer nach dem anderen kam in den vierten Stock, Achims Zimmer war voll. Freunde, Bekannte, geworben in den Kneipen in Mitte und um Mitte herum. Kein Geld. Aber alle waren überzeugt, daß der Film gemacht werden müsse. Achim hatte eine Digitalkamera und mitnichten eine Filmförderung. Vom Bankautomaten war kein Geld zu bekommen. Aber auch die Drehgenehmigung für heute hatte es schließlich umsonst gegeben. Immerhin auf einem

Kaufhausparkdeck. Warum auch diese unbefreundeten Geschäftsleute am Freundeswerk mitmachten, schreibe ich mangels anderer Möglichkeiten Achims halbgeschlossenen Lidern zu.

Alle Filmfreunde sind aus dem Osten. Und ich? Aus Hamburg? Wieder bin ich daneben. Ich rechtfertige mich, in Achims überfülltem Zimmer, gleich als erstes. Die Kuhlbrodts kommen alle aus Werder/Havel. Das wird akzeptiert. Problem aber ist: Wie kommt man zum Parkhaus? Kein Stadtplan. Routen werden erwogen. Es ist zwölf Uhr dreißig. Vier Stunden nach Plan. Und sollte Drehschluß nicht um 23 Uhr sein? Ich gähne. Vor dem ersten Take. Achims Wohnung ist Filmzentrum, Maske, Kostüm, Technik, Catering, alles.

Ich fand mich im Theaterkostüm scheiße. Dieser dicke Bauch! Kissen drunter war das, behauptete ich. Man schwieg höflich. Dann trat ich meinem Partner gegenüber, dem Hofmarschall. Szene 1.6, Limousine. Präsident publiziert Ferdinands Hochzeit mit Lady Milford, und zwar bis 16 Uhr. So lange war das Parkdeck für uns reserviert.

Am Parkdeck war nichts reserviert, auch waren wir jetzt fünf Stunden zu spät. Wie sollte die große Szene fertig werden? Ich war total uncool. Und lernte meine Lektion: Die Uhrzeit ist ein fremdes System, von dem man sich nicht bestimmen läßt. Zwar gibt es Vorschriften wie die, daß um 9 Drehbeginn und um 12.30 Ende ist. Das nimmt man genauso zur Kenntnis, wie daß in der Straßenbahn ein Automat ist, der Münzen für die Kurzstrecke haben will. Ich begann, gegen meine Spießerkonditionierung anzugehen. Ziel: die innere Uhr ticken hören; sie bringt einen zuverlässig zum richtigen, nämlich selbstbestimmten Zeitpunkt zum selbst gewählten Ort. Man braucht infolgedessen auch keine Armbanduhr, wohl aber ein Handy. Achim rief nachmittags um halb sechs die Proficateringsponsoren an, die um halb eins mit dem Mittagessen aufwarten sollten. »Alles klar, wir sind grade aufgestanden und gehen jetzt einkaufen«, war die fröhliche Antwort. Kein Streß, nirgendwo. Das war der Moment, wo ich meine Uhr abnahm und in die Hosentasche steckte. Inzwischen hatte ich mich mit Fernando angefreundet, meinem Hofmarschall. Fernando hatte sprühenden Charme sowie einen ausgeprägten iberischen oder südamerikanischen Akzent. Laut Schiller fliegt er mit großem Gekreisch auf den Präsidenten zu und umarmt ihn.

Wir probten das unter uns. Das war o.k., aber dann war da noch der Text. Ich gab mir große Mühe, ihm seine Sätze akzentfrei vorzusprechen. Dann wurde gefilmt, die Szene am Stück. Für eine Probe war keine Zeit mehr. Den Text hatte auch er nicht gelernt. Pedro wurde mir sympathisch. Wir sagten dies und jenes vor dem Auto. Dann regnete es, und wir sagten die Dialoge schillernäher noch mal im Trockenen. Ehe wir damit durch waren, kam die Sicherheit, schickte uns eiskalt vom Parkdeck runter, und wir fragten uns: Warum Schiller? Achim hatte mir plausibel gemacht, daß mein Platz im Auto war. Schillers Präsident managt ein mafiöses Kartell (Drogen und Korruption), flexibel bewegt er sich mit seiner Mercedeslimousine von Ort zu Ort und stiftet Unheil. Dagegen sind Luise und ihre alleinerziehende Mutter, eher Proletarierinnen denn Bürgerliche, stationär. Sie wohnen in einer kleinen Datsche, isoliert und einsam, und erleiden das, was die Mächtigen draußen in der Welt beschließen. Mein Sohn Ferdinand pendelt zwischen stationär und ambulant; momentan wohnt er mir zum Trotz im Yellow, dem zum Camper ausgebauten Kleintransporter. »Der Konflikt zwischen korrumpiertem Adel und tugendhaftem Bürgertum soll verallgemeinert als Gegensatz zwischen utilitarischen Machtinteressen und individuellem Glück und einer freien Entfaltung der Persönlichkeit aufgehoben werden«, hatte mir Achim aufgeschrieben; »im Mittelpunkt steht dabei die existentielle Bedrohung durch Einsamkeit beziehungsweise durch Verlassenwerden«.

Daß in den Datschen am Müggelsee Bürger sitzen und gegen die da oben mosern, das ist einwandfrei eine Schillersche Disposition. Und daß aus heiterem Himmel jemand von einer anonymen Regierung kommt und Eigentumsrechte geltend macht – ja bittschön, dann bin ich, der aus dem Westen kommt, der Richtige, um den Ossis, die einsam und verzweifelt in ihren Datschen oder Plattenbauten sitzen, bitter unrecht zu tun. Robert, Achims Assi, fragte mich grade: »Stimmt das, daß du Oberstaatsanwalt warst?« Jetzt war ich nicht nur in meiner Rolle, sondern in Person Buhmann, und aus dem Westen dazu. Ich zog mich auf die für diesen Fall geltende Verteidigungslinie zurück: »Zwanzig Jahre lang habe ich Naziverbrechen verfolgt.« Und: »Dafür bekam ich einen antifaschistischen Orden, den Kommandeur des Friedenssterns der ehemaligen alliierten Widerstandskämpfer in Europa, ausgehändigt vom Dekan der Universität Poznan.« Das war too much. Robert murmelte was von schon o.k., aber ich hatte wie ein Präsident gesprochen und nicht wie einer, der Tunten und Ossis freie Entfaltung der Persönlichkeit garantiert. Also gut, ich vertrete das, was man im Osten »die Regierung« nennt. Trotzdem bekam ich die im Kreise umgehende Zigarette. Nicht schlecht, der Stoff.

Achims Konzept war vielleicht gar nicht übel. Er studierte irgendwas Germanistisches, in der Uni war er dieses Jahr allerdings noch nicht gewesen. Filme hatte er geschnitten, fürs Fernsehen, eine freie TV-Station. Er war ehrlich begeistert, mit einer Kamera etwas aufzunehmen. Ich mußte zugeben, daß der Schillertext gar nicht so hochtrabend war, wie ich das seit langer Zeit geglaubt hatte, genauer seit der Schulzeit. Ich war dabei, meinen Schwur zu brechen: Niemals wieder Schiller. Trotzdem blieb die Frage: »Achim, warum ›Kabale und Liebe‹?« Die Antwort: »Weil ich den Text downloaden konnte.« Auf meinem Ausdruck: ziemlich viel Text. Für das Stück insgesamt fünf Drehtage. Ich war bei den beiden letzten dabei. Auf den Mustern sah ich erstmals die andern. Ferdinand, Markus Brühl, machte zwischen den Sätzen lange Pausen. Das würde ich auch machen, denn die braucht man, um sich an den nächsten Satz zu erinnern, den man hoffentlich

behalten hat. Ferdinand amüsierte sich beim Gucken. Er saß neben mir auf dem Sofa. Er nennt sich auch Penelope und schreibt Texte. Wolfgang Müller hatte ihn in der »Taz« gewürdigt. Ich sah inzwischen auf dem Monitor die Mutter aus Schillers Stück. Auf dem Straßenstrich. Im Mini. Würdevoll. Das war dokumentarisch gedreht, im Straßenverkehr. Der eine und andere Wagen verlangsamte die Fahrt. Hält er? Öffnet sich die Beifahrertür? Mutter Maria 2000 war ihrer Sache nicht sicher.

Und ich begann, an Achim zu glauben. In Müggelheim fingen wir an zu drehen, kurz nachdem laut Plan Drehschluß sein sollte. Ich war immer noch dabei, auf die Uhr zu sehen. Alle anderen hatten ihre eigene Uhrzeit. Und die war aus Gründen, die ich erst am nächsten Tag erfahren sollte, für alle die gleiche. Die Datsche gehörte Ferdinands Eltern. Die waren verreist, und der Datschensohn war bedrückt. Er hatte strengstes Verbot, Freunde einzuladen. Nachts unter den Kiefern, auf dem von der Mutter frisch gesäten Rasen, entführte ich Luises Mutter. Ich schleppte sie ums Haus herum über die Kiefernschößlinge, die die Datschenmutter angepflanzt hatte. Auch schrie ich herrisch so laut, wie ich konnte. Es war zirka halb zwei. Aus den Nachbardatschen, die bestimmt 15 Meter entfernt waren, hörte ich Gegenschreie. Wir machten weiter. Ein Nachbar raffte sich nach einer Dreiviertelstunde auf, sich persönlich Ruhe auszubitten. Jogginghose und was Zerknittertes drüber. Was wir da trieben. Achim: »Wir drehen einen Film.« Er: »Dann ist ja gut. Aber warum so laut?« Achim: »Wegen dem Film.« Der stämmige Fünfziger beugte sich der Autorität. Da sagte ich: »Wir mäßigen die Lautstärke.« Das war unbedacht, und Achim korrigierte: »Wir machen weiter, wie's im Drehbuch steht. Noch eine Stunde.« »Ja, wenn's so ist«, und weg war er. Achim war mit mir unzufrieden. »Immer eine Zeit sagen. Dann sind die ruhig.« Bei den nächsten Takes brüllte ich zu leise. Es wurde hektisch. Wir hatten längst die Alkverstecke von Ferdinands Eltern gefunden. Es wurde hell. Und was ist jetzt mit den Anschlüssen beim Nachtdreh? Ich brüllte bis sechs herum.

Um halb acht hatten wir Gisela Sommer, Schillers Lady Mildford, in Eichwalde vor dem Schulgebäude abgesetzt. In der Fachhochschule begann der Sonntagskurs um zehn. Eine Stunde Schlaf im Korridor. Zäh, der Typ. Er organisiert mit den 400 politisch aktiven Schwulen in Mitte, Prenzlauer Berg, Friedrichshain den autonomen Gegenrave zu Mottes Millionenkommerz.

Die große Szene mit Penelope, meinem Sohn Ferdinand. Die Sonne schien. Der Drehort Parkplatz wurde spontan aufgegeben. Wir stiegen in Friedrichshain einen Plattenbau hoch. Jemand hatte irgendwoher einen Generalschlüssel. Wir stiegen aufs Dach. Ich hatte Penelope zu befehlen, die unweiche Lady zu ehelichen, aus Gründen der Mafiaraison. Die Auf- und Abtritte gingen durch die Dachluken. Weiter weg wurde es schwindelig. Kein Gitter. Wir standen Nase an Nase. Ich mußte meinen Text leider improvisieren. »Ej, boy, du machst mich rasend.« Wieder die Lautstärke. Zurufe aus den Häusern von links und rechts. Im Hof lag diverse Stockwerke tiefer ein unglaublich fetter Mensch im Fenster, die Wampe mit einem Kissen abgefedert. Daneben was Struppiges, eine Heterofrau. Der Mensch pöbelte. Ich verstand nichts. Weg hier? Der Hausmeister? Achim klärte mich auf: »Er ist keiner, aber er spielt einen. Voll dement. Daneben seine Alkoholikerin, immer noch nicht umgebracht. Ich kenn die von früher.« Auf den Balkons der anderen Straßenseite aufgekratzte Seniorinnen. Sie winkten begeistert. Ja! Film! Demnächst im Fernsehen!

Die nächste Szene doch wieder im Mercedes. Von Tims reichem Freund. Bloß kein Kratzer. Jetzt würden die Plattenbauten von außen ins Bild kommen. Die Landsberger Allee rauf und runter. Neben mir mein Hofmarschall. Wir entwickelten böse Pläne, uns den niederen Stand gefügig zu machen; es darf nur geben, was der Organisation nützt oder dem Kartell oder uns, der neuen Nomenklatura. Ich fragte zwischen den Takes meinen Vertrauten, ob er aus Südamerika sei. Er wurde mißtrauisch. Er wollte das nicht sagen, auch nicht, ob und wo er arbeitet. Scheiße, ich war dabei, einen Mitbürger zu verhören. Ich werde das nicht los, deformiert durch den Exberuf.

Des Hofmarschalls Neigung wiederzugewinnen, hatte ich einen Plan. Für die Cateringpause in Achims Plattenwohnung. Ich hatte das Standesprivileg, nebenan auf dem Ehebett zu ruhen. Ich lud den Mitbürger ein, das Bett zu teilen. Mein Filmpartner war schockiert. Ein Verhörtrick? Wieder daneben. Ich hörte, wie die Crew die Aufnahmen vom Tag ansah. Ich mochte mir das nicht ansehen. Es war nach Mitternacht, als wir die Folterszene begannen. Ich sollte Hand anlegen, an Luises Mutter. Achim hatte mir versprochen, ihr schleimiges Zeug ins Gesicht spucken zu dürfen. Wir trugen Scheinwerfer auf den Dachboden eines Hauses, das ausschließlich an Schwule vermietet war, 350 Mark die Miniwohnung. Es sah so aus wie andere Häuser, bloß noch ordentlicher und sauberer. Noch spießiger? Auf dem Boden schrie ich wieder laut herum. Als Foltergehilfen hatte ich einen, der sonst zum Stab gehörte. Animiert erzählte mein Assistent von SM-Praktiken. Ein Muß, vor dem Anlegen von Handschellen sich zu vergewissern, daß der Schlüssel da ist. Björn lernt an der Fachhochschule in Potsdam Bibliothekar. Er hat daher in der Woche keine Zeit für anderes. Er fesselte die Mutter an einen Stuhl. Fachgerecht. Es sah echt aus. Ich kippte den Stuhl. Die Mutter schrie, gellend. Eine Bodentür öffnete sich. Zwei Hunde, hoffentlich angeleint. Zwei junge Typen dahinter, schwarz angezogen. Tuntensecurity? Ja, tatsächlich. Sie sahen auf die gefesselte Verhörsperson. Sie fragten was. Achim hatte die Augendeckel jetzt zu zwei Drittel runter. Er schwieg. Ich erläuterte die Situation. Ein Film? Ach so, dann ist das in Ordnung.

Aber nachts um zwei? Und wer hat das denn genehmigt? Ehe ich wieder was Falsches sagen konnte, sagte Achim doch was: »Das geht nur noch eine Stunde. Dann ist Schluß.« Ach so, dann ist das ja in Ordnung. Weg waren sie, und das mit

der Genehmigung schien damit auch erledigt. »Die spielen sich hier immer als Hauswarte auf«, sagte Achim, »und werd jetzt bitte nicht wieder leiser.« Ich kriegte den versprochenen Schleim zwar nicht, aber ich spuckte der Gefesselten einen Mund voll Mineralwasser ins Gesicht. Es sah klasse aus. Mein SM-Experte stand linkisch dabei, drei Schritt weg. Mir fiel auf, daß er nicht mitspielte. Ich versuchte mein Bestes. Er stand hölzern herum. Achim sagte mir nach Drehschluß, daß Björn meine Gestapomethoden verabscheue. Es muß tiefgegangen sein. Der Folterassistent sah mich auch auf der Schlußparty nicht mehr an. Die Party begann um halb vier im Hof des Tuntentowers. Wir saßen bei plus 10 Grad um ein Feuer. Es gab genug zu trinken. Und das kam so: Achim hatte mir am Nachmittag gesagt: »Ah ja, du bekommst ja das Geld für das Guten-Abend-Ticket.« Er zückte seine Börse, ich die meine. Er sah meinen Barbestand, sagte: »Das reicht für heute nacht, dankeschön«, und dann reichte es auch.

Wo soll »Kabale und Liebe« eigentlich laufen, wenn der Film fertig ist? Achim hatte was von »irgendwo in der Szene« gesagt. »Oder hast du einen Draht zum Schauspielhaus in Hamburg? Aber warum reden wir jetzt schon drüber?«

Achim hatte den Tag für mich reserviert. Sein Freund war beim Psychiater. Wir nahmen den großen schwarzen Hund und fuhren mit der Straßenbahn zum Volkspark Friedrichshain. Abgesehen davon, daß ich aus dem Automaten eine Kurzstreckenkarte löste, benahm ich mich nicht daneben.

Im Freizeitzentrum saßen diverse Frauenpaare in der Sonne. Achim sah mich an und sagte: »Ich bin verliebt.« Er sah mich weiter an: »Du weißt schon, wen ich meine.« Bevor ich noch »Ich?« fragen konnte, nannte er den Namen Robert. Wir würden ihn jetzt besuchen. Den Geliebten zu zweit, den schwarzen Zottelhund nicht mitgerechnet? Erforderlich war jedenfalls eine Flasche Rotkäppchen. Wir gingen die mir nun schon gut bekannte Landsberger Allee Richtung Marzahn. Achim zeigte mir die Grenze, bis wohin das Punk- und Autonomenrevier ginge. Dahinter sei es gefährlich, die Nazi- und Skin-Zone der Plattenbauten. »Hier kann man im Fummel rumlaufen, drüben geht's nicht.« Und: »Die Grenze wird respektiert. Wir gehen nicht rüber, die aber auch nicht.« Jetzt stand ich in der Landsberger Allee vor einem Supermarkt, den Schwarzstruppigen an der Leine. Eine hundesachverständige Seniorin erzählte mir viel über Hundepflege, als Lehrerin sei sie ja nach dem Beitritt entlassen worden, aber sie könne mir helfen, und da hatte ich auch schon die Visitenkarte in der Hand.

Robert war nicht da. Die Wohnungstür war einen Spalt offen, und dahinter stand ein achtzehnjähriger Kurzhaargeschnittener und starrte uns feindselig an. Meine Glatze erweckt im Osten häufig Zugehörigkeitsgefühle, nicht aber hier, an der Mauer. Wir erfuhren soviel, daß, wenn hier überhaupt ein Robert wohne, der jedenfalls absolut nicht da sei. Achim verstand das. Robert habe seinen Namen nicht an der Tür und sowieso weder Telefon noch Postadresse, auch kenne man nur seinen Vornamen. Dann legten wir uns in einen Park in die pralle Sonne, tranken die Flasche aus, kifften, dösten. Dann kam Robert angefahren. Er schmiß das Fahrrad hin, zog sein Shirt aus und legte den Kopf auf Achims Bauch. Auf meinen legte sich keiner.

In der Volksbühne wohnte ich Schlingensiefs »Hamlet« mit angeblich aussteigewilligen Nazis bei. Danach saßen ein Dutzend Leute auf dem Podium. Alles erschien ungeheuer wichtig. Nachts um halb drei rief ich wie vereinbart Achim an, denn ich hatte keinen Schlüssel zu seiner Wohnung. Mailbox. Also fragte ich rum, wo ich schlafen könnte. Schon hatte ich ein klasse Angebot. Gleich in der Prenzlauer Allee könnte ich bei dem Kurzhaarschnitt bleiben, der die Schauspieler im Stück angeführt hatte. Das wäre bestimmt kein Nazi. Mein neuer Freund erinnerte mich daran, daß wir uns schon kennen. Ich hätte doch in Hamburg seinen Bruder verknackt, die Kiezgröße, zu ein paar Jahren. »Und jetzt werde ich per Haftbefehl gesucht. Ich erkläre mich doch nicht eidesstattlich. Und meine Adresse haben die sowieso nicht.« Dann winkte mich todernst der junge Zürcher Dramaturg zu sich: »Tu das bloß nicht. Der Typ ist ätzend. Dann schlaf lieber bei mir im Hotel.« In den Zeitungen stand später, daß einer von Schlingensiefs aussteigewilligen Nazis verhaftet worden sei, mutmaßlich wegen Naziverbrechen. Es war der hilfsbereite Ätzende. Ich aber war sauber geblieben. Und Achim hatte sein Handy nur zu Haus vergessen. Mittags kriegte er seine Lider ein Zehntel auf: »Ah ja, du, ich hab mir schon gedacht, daß du woanders schläfst.«

Lesen Sie in der nächsten Folge Georg Seeßlens Bericht über Bilder im Baumarkt

---

Eine erweiterte Fassung des Textes erscheint in Dietrich Kuhlbrodts Memoiren »Das Kuhlbrodtbuch«, die in Kürze anläßlich seines 70. Geburtstags am 15.10.2002 im Verbrecher Verlag erscheinen

Konkret 10/02, S. 62

Rayk Wieland

Maschendrahtzaun

Großalarm im Feuilleton: Im niedersächsischen Dörfchen Bargfeld, dem langjährigen Wohnsitz von Arno Schmidt, soll eine Putenmastanlage errichtet werden. Klar, daß die Zeitungen und angeschlossenen Schmidt-Siegelbewahrer Drews und Wollschläger die günstige Gelegenheit nicht verstreichen lassen konnten, um vermittels etlichem Geraune von »Kulturlandschaft«, »Literaturlandschaft«, »literarischer Landschaft« den Stop des geplanten Putenmastanlagenbaus einzumahnen. Bei der Vorstellung, daß ein paar Futtersilos das (bislang) überschaubare Dorfidyll komplettieren sollen, steht die Schmidtgemeinde inzwischen weltweit kopf, während der Bauer nicht begreift, wozu eines toten Mannes Zettelkasten sonst dienen möchte, als seinen Puten den Bürzel zu wischen.

Der Frontverlauf ist klar und so schön wie selten. Wieder einmal droht das Profane mit dem Poetischen zu kollidieren. Die regionale Geflügelwirtschaft attackiert die Weltliteratur, das Mastvieh die Sprachkunst. Schnöder Materialismus zieht gegen hehre Dichterverehrung ins Feld, das Niedrige gegen das Hohe, bäuerlich beschränkte gegen geistige Arbeit. Das Grab des Einsiedlers muß gegen zehntausend Puten verteidigt werden. Fleischeslust streitet gegen Totenkult, Romantik contra Vogelscheiße. Hier die Jahrhundertromanwerkstatt, dort die Fleischbank. Die Sache ist ernst, es darf nicht gelacht werden.

In diesem hübschen, durch keinen Maschendrahtzaun zu befriedenden Nachbarschaftsclinch steht, so scheint's, die gesamte abendländische Kultur zur Disposition. Das Bauamt in Celle wird den Fall entscheiden.

Konkret 10/02, S. 64

Martin Büsser

Melodie & Rhythmus

The Parallax Corporation: Cocadisco. Disko B/Efa
Chumbawamba: Readymades. Mutt Records/Zomba

The Parallax Corporation: Cocadisco. Disko B/Efa

Der Jargon, den Zeitschriften wie »De bug« ausgebildet haben, um regelmäßig Hunderte von neuen Dance-Scheiben besprechen zu können, hat etwas Faszinierendes, etwas, das fast schon an die eigenweltliche Geschlossenheit von experimenteller Prosa à la Heißenbüttel heranreicht. Aber es läuft sich tot. In seinen besten Momenten funktioniert Technohouse wie ein musikalisches Pendant zur konstruktivistischen Kunst. Wer aber möchte sich die Mühe machen, jede einzelne dieser stets nur leicht voneinander abweichenden Strukturen in Worte zu fassen? Es hat schon etwas von einem spätkapitalistischen Treppenwitz, daß zu Promotionszwecken eine eigene Sprache entwickelt wurde, um Musik bewerben zu können, die sich der Sprache doch verweigert.

Dankbar sind hingegen jene Produkte, die Konturen aufweisen, die sich abgrenzen, die bereits auf rein musikalischer Ebene als Statement funktionieren. Zu ihnen gehören die Arbeiten der Parallax Corporation. Man muß nicht einmal Titel wie »Fucking Consumer« kennen oder wissen, daß I-f, die eine Hälfte des Duos, in der Hausbesetzerszene von Den Haag aktiv war, um zu hören, daß hier etwas bemerkenswert nicht stimmt. »Cocadisco« klingt retro, knüpft an die momentan überall modisch verklärten Achtziger an und zitiert doch zugleich jenseits aller Verklärung. Vor allem im Kontext von Disco und Tanzmusik werden Referenzen an vergangene Jahrzehnte fast immer nostalgisch eingesetzt, als Rekonstruktion von Glamour und Eleganz, die dem Kapitalismus retrospektiv jene schmucke Dekoration verleihen, die seine Gegenwart stets vermissen läßt.

Die Achtziger im Spiegel von »Cocadisco« klingen dagegen grob, überzeichnet, fast holzschnittartig. Mit ausschließlich alten, analogen Synthesizern und Drumcomputern eingespielt, wird der harte Beat von Bands wie D.A.F. an den Sound der von Hipstern immer als prollig empfundenen Italodisco rückgebunden. All das, was Technohouse häufig vermittelt, nämlich Optimismus, Soul, Vitalität und »We are the Future«-Euphorie, wird hier in dunkel-morbiden Sounds erstickt. Die männlichen Vocals klingen nach überzeichnet schwitzenden Sexmaschinen, die weiblichen nach einem Auftritt batteriebetriebener Barbiepuppen. Zugleich wimmelt es in »Cocadisco« vor Industrial- und New-Wave-Zitaten, also Popspielarten, die Elektronik eher desillusionistisch eingesetzt haben. Es wäre allerdings überzogen, »Cocadisco« ausschließlich als Kritik an Discomusik zu lesen, deren Hedonismus mitsamt den entsprechend extrem ausgeprägten Geschlechterrollen als idealer Soundtrack des Spätkapitalismus funktioniert. Diese Kritik ist vorhanden, aber sie wird von einer Musik getragen, die sehr viel Lust, Power und – dann doch – Groove entwickelt, also über eine Parodie weit hinausgeht.

Chumbawamba: Readymades. Mutt Records/Zomba

Kaum eine Gruppe ist so umstritten und heiß diskutiert worden wie Chumbawamba. Die 1984 unterm Einfluß der Anarchopunks Crass gegründete Band gehört zu den letzten linken Agitprop-Bands mit ideologisch ganzheitlichem Anspruch, der vom Klassenkampf bis zum Feminismus reicht. Ihr Wechsel zu Emi, der ihnen mit »Timebomb« einen Hit in den Charts einbrachte, wurde vom alten Punk-Publikum als Verrat angesehen, andere haben bereits ihre Hinwendung zu Soul und Disco als Unterwerfung unter die Kulturindustrie gedeutet. Es lag wohl an ihrem inhaltlich hohen Anspruch, daß Chumbawambas Flirt mit dem Erfolg einer so harten wie oft auch kleinlichen Kritik ausgesetzt war, die sich am Ende gar nicht mehr um das Wesentliche drehte, nämlich um die Qualität der Musik. Letztere hat tatsächlich im Laufe der Jahre gelitten. Nicht der Versuch, politische Musik möglichst eingängig und massenkompatibel zu machen, war das eigentliche Problem, sondern die Redundanz. Die ewig gleichen griffigen Melodien und Tanzbeats haben Chumbawamba-Songs ebenso wiedererkennbar wie austauschbar werden lassen.

In Interviews, die Chumbawamba zu ihrer neuen Platte gegeben haben – übrigens wieder unter dem eigenen kleinen Mutt-Label erschienen – , betonen sie, daß der »Gang durch die Institutionen« in Sachen Agitation der Massen wenig gebracht habe (hat daran wirklich jemand geglaubt?), weshalb Musik und Texte inzwischen wieder komplexer geworden seien. »Readymades« ist tatsächlich in Sachen Kontextualisierung fast schon überfrachtet. Das beginnt bereits beim Cover von John Heartfield und dem Beiheft mit Zitaten von Hans Arp bis Tristan Tzara, eine Art Nachhilfestunde in Sachen Kunstgeschichte. Der von Duchamp entlehnte »Readymade«-Begriff läßt sich auch auf die Musik beziehen, einen Steinbruch an Samples und Zitaten. Hier wird der Versuch unternommen, so etwas wie hundert Jahre widerständig-minoritäre Musik zu einer Art Medley zu verquicken, von Brecht/Weill bis zum Blues der zwanziger Jahre, von Swing bis zu Arbeiter- und Gewerkschaftsliedern. Zugegeben, auch diese Platte klingt zu freundlich nach Chumbawamba, also nach

Revolutionsoptimismus aus tausend hellen Kehlen, ganz ohne Brüche oder überraschende Wendungen – nach Agitation mit einem verklärten Grinsen, das von der Musik auf Kirchentagen gar nicht so weit entfernt ist. Das Konzept aber ist originell, feinmaschig und voller Details, erlaubt eine Zitatensuche, die zumindest intellektuell fruchtbar ist.

Es wäre daher falsch, »Readymades« oberflächlich zu nennen, denn hinter einer oberflächlich klingenden Popmusik verbergen sich Bezüge, die die Hörer im günstigen Fall inspirieren, mal wieder die eine oder andere alte Eisler- oder Billie-Holiday-Platte aufzulegen. Chumbawamba arbeiten so gewissermaßen daran, sich selbst überflüssig zu machen.

Konkret 10/02, S. 64

Ren Martens

Melodie & Rh thmus

Random_Inc: Walking in Jerusalem. Mille Plateau /Efa

Die einen mag es abschrecken, daß diese Platte einem Spaziergang nachempfunden ist, die anderen, daß das Label die Musik als discoursive electro-political sound-engineering kategorisiert. Und Gesamtkunstwerk kann man Walking in Jerusalem auch noch nennen, denn viele Stücke werden im Booklet durch Gedichte und Exzerpte aus Reportagen oder Memoiren ergänzt.

Nichtsdestotrotz ist es anregend zu verfolgen, wie Random_Inc alias Sebastian Meissner hier mittels Clicks, Cuts und Loops Episoden aus der Historie Jerusalems illustriert. Das Ausgangsmaterial hat er bei einem Rundgang durch die Stadt aufgenommen an Orten, die als Ausgangspunkt dienen, um aus unterschiedlichen Blickwinkeln aufschlußreiche Randgeschichten des israelisch-palästinensischen Konflikts zu erzählen. Auf dem Vorgängeralbum Jerusalem verfolgte Meissner einen vergleichbaren Ansatz. Dort dokumentierte er allerdings die Teilung der Stadt: In einem Teil verarbeitete er jüdische, im anderen arabische Musik.

Anders als auf dem ersten Album bearbeitet Meissner seine Klangeindrücke teilweise gemeinsam mit anderen Elektronik-Künstlern, darunter Ultra-red, der ebenfalls mit politisch ambitionierten Alltagsgeräuschcollagen arbeitet (s. KONKRET 3/02). Resultat: Mal groovt es dezent, mal hört man zerstückelte Streicherklänge, die wirken, als suche jemand im Radio hektisch nach dem richtigen Klassiksender. Das gilt jedenfalls für die CD-Version, die für die Rezeption im Wohnzimmer konzipiert ist; die Vinyl-Ausgabe von Walking in Jerusalem , clubgerecht abgemischt, weicht stark davon ab.

Die Texte, die KONKRET-Autor Thomas von der Osten-Sacken fürs Booklet zusammengestellt hat, stammen aus den vergangenen 30 Jahren. Die Autoren beschreiben hier Kindheitserinnerungen, architektonische Entwicklungen oder die Geschichte von Piratensendern. So zeigt Random_Inc mit dieser Platte, daß sich mit elektronischer Musik Bezüge zu aktuellen politischen Diskussionen herstellen lassen ohne den Hauch einer akademischen Anmutung übrigens.

Konkret 10/02, S. 65

Michael Sailer

Platte des Monats

Suede: A New Morning

Was für ein seltsamer Beginn: »Positivity« ist das peinlichste, schlechteste Stück, das Suede je veröffentlicht haben. Es erinnert daran, daß es immer Suedes Vorzug war, keine schlechten Platten zu machen. Und es klingt, als wäre das der unverschämt zufriedenen Band egal.

Rückblende: In Haywards Heath, gut fünfzig Kilometer vor der Stadtgrenze Londons, lernten sich Brett Anderson und Mat Osman als Schüler kennen und fanden 1989 per Anzeige den Gitarristen Bernard Butler. Als Trio mit Drum-Computer irrten sie durch die Vorstadtclubs, verwirrten das Publikum mit chaotischem Glam-Pop-Sound und erspielten sich dann mit Drummer Simon Gilbert einen Ruf, wie er schlimmer nicht sein könnte: Clubbesitzer, Journalisten, Plattenfirmen waren von den Jugendlichen, die sich aufführten wie Karikaturen des nordmediterranen Kokainadels, etwa so angetan wie ein Prärie-Cowboy von einem Stück Sahnekonfekt als Abendessen am Lagerfeuer. Die erste Single fand im Jahr des Rave-Booms kaum mehr Käufer, als ein paar Hände Finger haben.

1991 änderte sich alles. Plötzlich wirkte das, was gerade noch unbeholfen, peinlich und schlimm aussah, grandios, perfekt und hinreißend. Die musikalischen Rückgriffe waren deutlich – eine Prise von der morbiden Eleganz der »Shoegazer«-Szene, große Portionen von David Bowies astraler Früh-70er-Romantik, Roxy Musics gebrochen-bombastischer Größenwahn – , aber die entscheidenden Zutaten kamen von der Band selbst: Bernard Butlers blendende Gitarrenfiguren und die zwischen Coolness und Hysterie balancierende Stimme Brett Andersons, dessen Texte dem Leben der vorstädtischen Verlorenen einen fellinieskен Glanz verliehen und schon beim Lesen wirkten wie eine Pille, die jeden Tankwart in James Dean verwandelt. Im Mai 1992 zierten Suede das Cover des »Melody Maker«: »Die beste neue Band in Großbritannien«. Die im Juni folgende Single »The Drowners« löste einen Boom aus, wie ihn die britische Popszene seit den frühen Tagen der Smiths nicht mehr erlebt hatte.

Das erste Album debütierte auf Platz eins, wurde am zweiten Tag vergoldet und verkaufte sich viermal soviel wie die zweitplazierten Depeche Mode. Das zweite, »Dog Man Star«, geriet zum Meisterwerk, aber als die bombastischen Orchestersätze der Schlußnummer »Still Life« in den Büros begeisterter Vorab-Hörer verklangen, existierte die Band, die man kannte, schon nicht mehr. Der Streit zwischen Sänger (»Bernard hat nie verstanden, was wir wollten«) und gewesenem Gitarristen (»Brett kann nicht singen, schon gar nicht kann er über irgend etwas singen«) überlagerte die Aufmerksamkeit für das Album, der schnelle Wechsel weckte Zweifel an der Zukunft: Richard Oakes, siebzehn Jahre alt, konnte jeden Song auswendig, aber würde er das Genie Butler ersetzen können?

Glamour – das Fremdwörterbuch übersetzt: »Blendwerk, Zauber« – ist ein Bestandteil der britischen Popmusik, seit es sie gibt. Ein Argument, das den britischen Pop-Glamour sympathisch macht, ist, daß US-amerikanische Konsumenten selbst von den seltenen Momenten, in denen Landsleute wie die New York Dolls damit hausieren gingen, stets überfordert waren und sich mit streng antiironischer Gänsehaut »anständigeren« Künstlern zuwandten. Es mag einiges für Bob Seger und Black Oak Arkansas sprechen – stellt man Bowie und Roxy als Vergleich daneben, spricht es nicht mehr besonders laut. Leider ist Glamour im Gegensatz zur »Authentizität« nicht haltbar. Bruce Springsteen wird als 60jähriger mit Bierbauch und Glatze noch zufriedenstellend rocken können; bei Marc Bolan wandelte sich binnen weniger Monate Begeisterung in Übersättigung und Ekel.

Der Moment gilt. Einmal vorbei, taugt er nur noch für nostalgische Reprisen, vorzugsweise nach dem Tod des abgestürzten Protagonisten. Suede gelang mit »Coming Up« (1996) und der Doppel-CD »Sci-Fi Lullabies« (1997), einer Sammlung von Single-B-Seiten, das Kunststück, den Glamour zu konservieren, indem sie ihren einmal gefundenen Stil perfektionierten, dabei aber dem Mainstream fern und als Menschen vollkommen »normal« blieben. Die Trennlinie zwischen denen, die damit etwas anfangen konnten, und den Verächtern wurde zum Canyon. 1999 wartete ich in der Bar eines Londoner Hotels auf mein Interview mit der Band, inmitten von Journalisten aus aller Welt, die mit glänzenden Augen in den bunten Heftchen des »Suede Information Service« blätterten, dem Magazin des offiziellen Fanclubs, das nur kriegt, wer Mitglied ist.

Die Erwartung der gewohnten Sofort-Begeisterung wurde dem letzten, gewagt modernen Album »Head Music«, auf dem einige Songs waren, deren feine, tiefe Schönheit sich nur langsam erschloß, zum Verhängnis. Die meisten Kritiker hörten nur einmal hin, lieferten lauwarme Empfehlungen ab und fanden die Sache insgeheim doch recht mißraten (was sie stellenweise auch war). Dem Publikum erging es ähnlich: Der Funke zündete nicht sofort, also durfte er gar nicht zünden; live holte man sich schnell ein neues Bier oder klatschte freundlich, wenn zwischen »Animal Nitrate« und »The Wild Ones« Neuigkeiten wie »Electricity« gespielt wurden.

Auch auf »A New Morning« gibt es Ansätze, neue Türen zu öffnen. Das geht ein paarmal kräftig in die Hose, etwa beim erwähnten »Positivity«, das sich anhört wie ein auf halbem Weg ratlos abgebrochener Anlauf aufs US-Massenpublikum. Manches fügt sich nicht recht zusammen: als liefen die Holme einer Leiter voneinander weg statt parallel. Aber nach mehrmaligem Hören gewöhnt man sich nicht nur an die Platte, sondern möchte sie immer wieder auflegen, weil die guten Passagen immer besser werden und der Gesamteindruck das Hörbild einer Band aufruft, die nicht mehr den Anspruch auf Reizsteigerung, sondern eine elegante Zufriedenheit ausstrahlt.

Zwei Schwächen bleiben. Brett Andersons Texte gelingen offenbar dann am besten, wenn er ohne Druck vor sich hin schreiben kann. Wenn er sich hingegen bemüht, animierende Zeilen hinzubekommen, scheint die Mühe durch, etwa in »One Hit To The Body« (so hieß auch mal ein schrecklich dummer Rolling-Stones-Song) oder »Beautiful Loser«, das so sehr nach »Ich will ein typischer Suede-Text sein« klingt, daß die Grenze zum Selbstplagiat überschritten wird.

Fügen wir hinzu, daß sich Richard Oakes Gitarrenspiel seit Jahren irgendwie im Kreis dreht und manchmal böse in die Banalität abrutscht. Das stört nur dann, wenn die vertrauten Figuren allzu aufdringlich ins Ohr stechen, aber es nährt Befürchtungen. Die Melodie des abschließenden »When The Rain Falls« ähnelt der von Bernard Butlers Abschiedshymne »Still Life«, klingt aber seltsam gelassen. Winkt da jemand mit einem Lächeln im Mundwinkel ein letztes Mal, ehe er in aller Stille den Laden zusperrt?

Seien wir nicht überkritisch: »A New Morning« ist eine sehr schöne Platte. Den Abgrund, in den viele fallen, die versuchen, mit Jugendlichkeit erwachsen zu werden oder umgekehrt, in den Marc Bolan fiel wie ein Käfer in den Gulli, den haben Suede umtanzt – manchmal stolpernd, doch ohne bleibende Blessuren. Und endlich singt man beim spätsommerlichen Gestrüppschneiden im sonnigen Hinterhof ins offene Fenster hinein »Positivity« mit und streckt sich selbst die Zunge raus: unverschämt zufrieden.

Konkret 10/02, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Seine Exzellenz der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Hochwohlgeboren Kurt Edler von und zu Beck, sind schockiert:

Wenn ein Bier an der Strandbar bis zu sechs Euro kostet, sind die Grenzen weit überschritten. Es wird an einigen Stellen so maßlos überzogen, daß man sich ausgenommen fühlt. Wenn man in einem Fünf-Sterne-Hotel bei Regen ankommt, und es dauert sehr lange, bis man die Koffer selbst in die Halle getragen hat,

weil der Portier die unrasierte Landleberwurst, die ihm da entgegengetrudelt kam, für den Aushilfsboy gehalten hat,

dann fragt man sich schon, wie es um die Gastfreundschaft und den Service steht.

Beck will Mallorca bis zur Wiederherstellung des Bierpreises in den Grenzen von 1937 boykottieren:

Einen gewissen erzieherischen Effekt sollte es geben.

Was werden sie lernen, die Spanier, wenn der Mainzer Fünf-Sterne-Parvenü ausbleibt? Sie werden lernen, wieder an Gott zu glauben. Damit sie einen haben, dem sie danken können.

Im Rampenlicht Kurti der Macher, hinter den Kulissen Ulli der Denker, der Professor Ulrich Beck, der, Farce zu der Tragödie, die Marx und Engels hieß, den Sozialdemokraten zu tun hilft, worauf es ihnen ankömmt, nämlich die Verhältnisse, die sie nicht ändern wollen, verschieden zu interpretieren, und zwar so:

Ein pazifistischer Kapitalismus

den Beck, wenn ihm der Unsinn danach steht, auch »linken Kapitalismus« nennt, habe

Handelsnetze und allseitige Austauschprogramme als Fortsetzung der friedensstiftenden Politik mit ökonomischen Mitteln perfektioniert.

Damit der andere Beck, wenn die Mallorquiner von der Strandbar sich mit dem ökonomischen Mittel des Boykotts nicht perfektionieren lassen, am Ballermann jenen kapitalistischen Frieden stiften kann, den die Pazifisten Schröder und Scharping im Kosovo und in Afghanistan schon gestiftet haben?

Keiner der Alpträume zum Jahrestag ist wahr geworden – bis auf einen:

Erster Jahrestag des 11. September 2001. Horst-Eberhard Richter: ohne Umdenken droht Katastrophe.

Wir umdenken, ihr umdenkt, sie umdenken ...

In einer zum Jahrestag in Salzburg gehaltenen Rede erklärt Richter, er erkenne einerseits ein »egomanisches Freiheitsziel«, einen Fortschrittsglauben, der sich zuallererst auf den »Bemächtigungswillen« stützt. Das heißt, in der Machtpolitik der USA sehe er die »Besessenheit von einem Machtwillen, der immer nur über andere und über die Naturgewalten siegen will«.

Alle, besonders die USA, denken nur an sich. Nur nicht der Horst-Eberhard Richter – der denkt um. Selfdenying prophet, der er ist, markiert er seit Jahrzehnten scharf jeden Markstein der Entwicklung und tut also, was er kann, damit einem jeder

Glaube an Fortschritt vergeht.

Peter Struck ist ein Liebling der Medien. Ihr populärstes verrät, wie es dazu kam:

Zu den Medien hat der »Rote Peter« von Kindesbeinen an einen guten Draht. Schon als Dreikäsehoch mußte er im Zeitungskiosk seiner Mutter aushelfen, u. a. »Bild« verkaufen.

Am guten Draht zu den Medien hat er sich emporgehangelt bis er ganz groß rauskam, als Neunkäsehoch.

Aus dem Vereinsleben:

In seinem Leserbrief legt Martin Pöttner aus Heidelberg ausführlich dar, warum seiner Meinung nach Pfarrerinnen keine Priesterinnen sind. Ich möchte eine präzisierende Anmerkung anbringen: Pfarrerinnen sind doch Priesterinnen, weil nach lutherischer Auffassung Getaufte keiner weiteren Weihe bedürfen, um als Priesterinnen oder Priester – was ja Presbyterinnen oder Presbyter, also Älteste oder Ratsleute heißt – zu amtieren. Allerdings hält die reformatorische Lehre die Übertragung von Opfer-Priester-Funktionen, wie sie zur Familie Aarons in Israel gehören, auf die Presbyter der Kirche für falsch. Daher ist die Feststellung von SZ-Leser Pöttner zu präzisieren: Evangelische Pfarrerinnen und Pfarrer sind keine Opfer-Priesterinnen oder Opfer-Priester, aber dennoch Priesterinnen und Priester in der Kirche Jesu Christi.

Dr. Timotheus Arndt, Rackwitz

Vor ein ähnlich kompliziertes Problem hat ein Leser kürzlich die Ältesten oder Ratsleute der Verbandszeitschrift »Golf in Schleswig-Holstein« gestellt: »An Loch 9 ist der Graben mit einem roten Pfeil begrenzt. Wenn nun der Ball ...« Den Rest habe ich, bei Gott und Schwager Aaron, vergessen.

Die Berufung zum Innensenator der Freien und Hansestadt hat den Ronald Schill gründlich zivilisiert. Statt »Ausländer raus!« sagt er jetzt:

Über das Zuwanderungsgesetz sollten die Bürger abstimmen können.

Das ist hanseatisch vornehm und bedeutet genau dasselbe.

Gegen diesen Schill zieht der Leitartikler vom »Hamburger Abendblatt« durch die Wälder, durch die Auen, durch hohe See, über einen Strafraum, einen mittelalterlichen Turnierplatz, durch je einen Gerichts- und Tattersaal leichten Sinns dahin:

Der oft als Populist gescholtene Rechtsausleger lag meist auf Linie,

die er nie gezogen haben will. Jetzt aber

mußte ihm Bürgermeister Ole von Beust die Pistole auf die Brust setzen,

um den Innensenator zu einem

Rückzieher

zu zwingen. Der Bürgermeister

mußte seinen Koalitionspartner, mit dem der Populismus wieder einmal durchging, diesmal in die Schranken verweisen. Will der Senat erfolgreich sein, muß der Senatspräsident jetzt die Zügel straffer anziehen. Beizeiten Grenzen zu setzen, kann Schill bei der Stange halten.

Da steht der Senator nun vor seinem Richter, naß, zitternd, touchiert, mit Grasflecken auf der Hose, und wiehert. Es geschieht ihm recht.

Was ist eigentlich aus der Musterschülerin des ausgelagerten Volontariats der Bürgerpresse namens »Die Tageszeitung« geworden? Ist sie wie alle, die sich ein bißchen anstelliger angestellt haben als beispielsweise der Christian Semler, den sie immer noch beim Säzzer nachsäzzen lassen, beim »Spiegel« gelandet? Ja, sie ist's. Wenn auch vorläufig nur mit einem Leserbrief, gezeichnet:

Georgia Tornow, Generalsekretärin Film20.

Generalsekretärin – alle Achtung! Wer hat es je soweit gebracht? Nicht mal der Josef Stalin, der dafür an entscheidender Stelle siebzehn Zentimeter zu lang war.

Der Gesundheitspolitiker der CSU, Horst Seehofer, ist aus Angst vor der Diagnose mit seinem kranken Herzen nicht gleich zum Arzt gegangen und bekommt, nachdem er das knapp überlebt hat, von einem Gesinnungsgenossen die Leviten gelesen. Seehofer habe

das denkbar schlechteste Beispiel gezeigt. Vor allem die Einstellung, der Arzt könnte ja womöglich etwas finden, was gründlich behandelt werden müßte, ist verantwortungslos sich selbst und dem Gesundheitssystem gegenüber. Eine Krankheit, die zu Beginn noch mit kostengünstigen Mitteln geheilt werden könnte, so zu verschleppen, daß sich dadurch nicht nur ein lebensgefährlicher Verlauf,

das hätte der Peter Zapletal aus Traubing vielleicht noch ertragen,

sondern zudem auch noch ein wesentlicher kostenintensiver Aufwand ergab, ist gerade einem Gesundheitspolitiker nicht nachzusehen. Mit der bisherigen Wiederherstellung der Arbeitskraft sind die weitere ärztliche Betreuung und damit die Folgekosten nicht zu Ende.

Herzlichst, Ihr Blockwart.